März

3/77 - DM 3,50

C4143 EX

konkret

EUROKOMMUNISMUS

Enrico Berlinguer - ein Breschnew à la Bolognese?

Gerhard Zwerenz: Spaltet die BRD!

Kindertheater: Penis wie Peking

Abendroth, Wallraff, Boehlich, Dutschke, Gruhl, Mahlein

Italien Lire 1400
Holland hfl 4.25
Schweiz sfr 3.80

TRIKONT-Verlag

Unsere Stimme
Schallplatten bei TRIKONT

TRIKONT
Josephsburgstr. 16 8 München 80

Müller/Pilgrim/Pross/ Roesch/Teising Männerbilder. Geschichten und Protokolle von Männern.

„...die Männer hier bewegen sich zwischen Castaneda und Adorno und überall sind sie sich ihrer Bürde bewußt. Es werden keine Widersprüche mehr undialektisch übertüncht, sie werden als solche dialektisch dem Leser auf allen Ebenen ausgeliefert und hierin liegt auch ein politischer Neuansatz: Erst wenn wir uns selber und unsere Gefühle nicht mehr zum Objekt machen, dann können wir zum Subjekt der Geschichte werden."
Klaus Bernd Vollmar
11. - 20. Tausend
159 Seiten 10 Mark

Operation „Menschenfresser"

Baskische Freiheitskämpfer erzählen die Geschichte, wie sie den damals neben Franco meistgehaßten Mann, Carrero Blanco, genannt der Menschenfresser, in die Luft gesprengt haben. Ein spannendes Zeitdokument.
231 Seiten 15 Mark

Sharon R. Curtin, Niemand stirbt am Alter

Dieses Buch – sowohl belletristisch als auch soziologisch – zeigt auf, wie alte Menschen mit den Problemen des Alterns, der Isolation und der Verunsicherung leben. S. Curtin hält einen zornigen Aufstand für möglich, der die brutalen Schranken zerbricht, die alte Menschen außerhalb unserer Gesellschaft stellen.
142 Seiten 12 Mark

Autobiographie des bekanntesten Linksradikalen der Sechziger Jahre. Mai 68 aus heutiger Sicht. Kritik des Kommunismus. Israel. Starkult. In Deutschland: Rocker, politischer „Terrorismus", Häuserkampf, Kinder, Wohngemeinschaften – wie denkt und lebt die Spontilinke.
174 Seiten 12 Mark

Victor Serge, Geburt unserer Macht. Übersetzer: P. P. Zahl

Autobiographischer Schlüsselroman der 1917 mit dem Aufstand in Barcelona beginnt. Die Geschichte einer Gruppe, wo sich Insurgenten aus der ganzen Welt zusammengefunden haben. Männer, die von Enttäuschungen und Frustrationen gekennzeichnet sind und von Krankheiten und Justizurteilen dezimiert werden. Zweiter Schauplatz: St. Petersburg in den Wirren der Russischen Revolution.
ca. 250 Seiten ca. 18 Mark

Vine Deloria, Nur Stämme werden überleben. Indianische Vorschläge für eine Radikalkur des wildgewordenen Westens.

Dieses Buch geht über die pure Konfrontation von indianischer Weltanschauung und dem american way of life weit hinaus. Es sieht in der regionalen Selbstorganisation von Stämmen und Kommunen die einzig gangbare Alternative innerhalb der derzeitig zerfallenden Industriegesellschaft.
2. Auflage
124 Seiten 12 Mark

E. U. Pinkert, Büttel, Schutzmann, Prügelknabe

Die Polizei – beliebt berüchtigtes Motiv deutscher Dichter von Heine bis P.P. Zahl.
136 Seiten 10 Mark

A. Tellez, Sabate

Stadtguerillero in Spanien nach dem Bürgerkrieg. Die wagemutigen Aktionen lesen sich abenteuerlich. Aber die bittere Notwendigkeit des bewaffneten Widerstands war politisches Programm.
155 Seiten 12,80 Mark

G. Bock, Die „andere" Arbeiterbewegung in den USA.

Die Massenbewegung „Industriearbeiter der Welt" prägte 20 Jahre amerikanische Geschichte. Sie war eine der wenigen Organisationen überhaupt, in denen sich der moderne "Massenarbeiter" kämpferisch verwirklichen konnte: radikal, antiautoritär, gegen die Arbeit, für das Leben.
ca. 200 Seiten ca. 15 Mark

L. Adamic, Dynamit

Unbekannte amerikanische Geschichte, genau und doch spannend geschrieben. „Schmelztiegel" Amerika, von unten gesehen. Brutalität und Gewalt: im Feuer des Klassenkriegs erkämpft sich der moderne Kapitalismus seine tödliche Macht.
410 Seiten 25 Mark

Gerard Hof, Hunde wollt ihr ewig sterben. Übersetzt von Wolfgang Huber (ehemals SPK)

Hof, Assistenzarzt in einer französischen Nervenklinik, entfacht unter dem Eindruck der brutalen psychiatrischen Behandlung eine Revolte. Die Irren besetzen ihre KZ-Pavillons und schreiben an die Mauern: „Wir sind verrückt, aber Schweine sind die anderen."
Hof, der lieber Flohhändler als brillianter Antipsychiater wird, wird entlassen.

Kurze Zeit hielt er sich in Deutschland auf, wo er das SPK kennenlernte und die Konsequenzen, die er aus seinem Beruf zog, bestätigt sah. Zusammen mit dem SPK entwickelte er das Manifest für eine Internationale der rasenden Narren, das im Anhang des Buches abgedruckt ist.
215 Seiten 15 Mark

K. H. Roth, Die „andere" Arbeiterbewegung

Der erste große Versuch, die deutsche Geschichte der unorganisierten Arbeiter, der Ausländer, Frauen, Handlanger, des Fließbandproletariats zu schreiben. Mit zahlreichen, bisher nicht veröffentlichten Dokumenten zum Spitzelwesen in den Betrieben, Werkschutz und zur faschistischen Behandlung der Fremdarbeiter unter den Nazis.
425 Seiten 20 Mark

SPK – Aus der Krankheit eine Waffe machen. Vorwort von Jean Paul Sartre.

Eine Selbstdarstellung der ersten Patientenorganisation der Welt, ihrer Theorie und ihrer Praxis.
„...das ‚Sozialistische Patientenkollektiv', das Elend, Zank, Hoffnungen der deutschen Psychiatrie offenbarte."
Süddeutsche Zeitung
136 Seiten 7,80 Mark

2. Auflage
282 Seiten 20 Mark

Leila Khaled, Mein Volk soll leben.

Durch zwei Flugzeugentführungen wurde Leila berühmt. Ihre Autobiographie zeigt den Kampf einer Vertriebenen, die ihre Heimat zurückerobern will und gleichzeitig den mühevollen Weg einer arabischen Frau, die sich gegen die Voruteile der Genossen durchsetzen muß.
184 Seiten 12,80 Mark

Che Guevara, Bolivianisches Tagebuch

Die letzten Aufzeichnungen Ches in den Urwäldern Boliviens. Auflage 60.000.
288 Seiten 12 Mark

noch immer beschlagnahmt:

Bommi Baumann Wie alles anfing

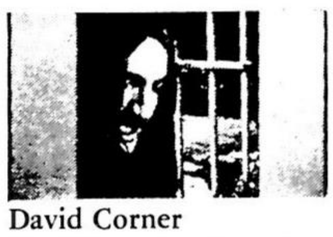
Autobiographie eines jungen Arbeiters, der seit Anfang die Berliner Subkultur und Politscene miterlebt hat und bei den ersten militanten Aktionen des 2. Juni dabei war. Das Buch wurde 1975 wegen Billigung von Gewalt verboten. Heinrich Böll zu dem Text: „Man sollte zur Verbreitung des Buches beitragen, es nicht als Pflichtlektüre, sondern vorschlagsweise in Schulen lesen, mit Kommentar versteht sich."
144 Seiten 10 Mark

Walter Moßmann
Flugblattlieder

... ist Moßmann ein Politsänger, der alle Gelegenheiten zu unmittelbarer demokratischer Aktivität mit den Mitteln des politischen Liedes wahrnimmt und seine Liedproduktion darauf einrichtet...
(FR)
LP mit Textheft US 10 – 18,--

Klaus der Fiedler & Toni
Straßenmusik

KLAUS DER FIEDLER UND TONI sind (vor allem) Strassenmusiker in Köln.
LP mit Textheft US 13 – 18,–



David Corner
Die Würde des Menschen ist unantastbar
Lieder aus der Knastgesellschaft

Er singt sich all den Haß von der Seele, singt gegen Gitter, fette Polizisten, häufig an die frühen Aufnahmen von Bob Dylan erinnernd.
(Blickpunkt)
LP US 7 – 18,--

Arbeitersache mit Tommi
Wir befreien uns selbst
LP mit Textheft US 1 – 18,–

Amparo, Biermann, Moßmann, Viglietti, Klaus der Fiedler, Toni, Eck, Tommi, El Camperol
Leben Kämpfen Solidarisieren

Live-Aufnahme der großen Spanien-Solidaritätsveranstaltung im Herbst 75, an deren Teilnahme Wolf Biermann in letzter Minute von DDR-Bürokraten gehindert wurde, er schickte ein Band.
2 LP's mit Textheft
US 12 – 25,--

Whyl • Marckolsheim

Jean Dentinger/Walter Moßmann/Gerald Walter/Francis Keck/Francois Brumbt/Le Rue des Dentelles/Roger Siffer/ Richard Weiss
Marckolsheim-Whyl: Lieder im Freundschaftshaus

Der Kampf gegen Kernkraftwerke und Chemie in Liedern vom „Besetzten Platz".
LP US 23 – 18,--

ATOM-ANLAGEN
In Liedern und Gedichten ihrer norddeutschen Gegner

Eine hochaktive Platte vom Kampf in Brokdorf, Lichtenmoor u.a. Herausgegeben von der BÜRGERAKTION KÜSTE (Zusammenschluß norddeutscher Bürgerinitiativen Umweltschutz).
LP L-107 – 15,--

Oktober Uhrsprung
Politischer Konzert-Rock

Die Musik holt die Jugendlichen da ab, wo sie sich musikalisch „zu Hause" fühlen, und die Texte gehen auf politische Sachverhalte ein, die die Jugendlichen direkt betreffen. (FR)
LP US 0024 – 18,--

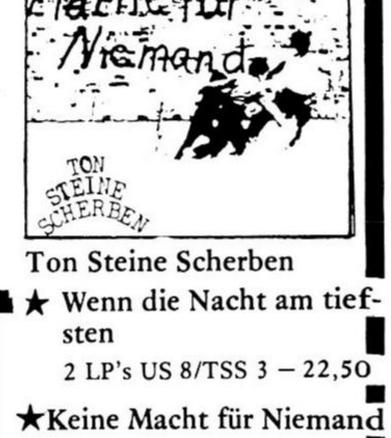
Kollektiv Rote Rübe presents

Die Songs aus den Stücken des Theaterkollektivs ROTE RÜBE:
Bravo, Bravo – Viva Italia – Frauenpower.
2 LP's mit Textheft US 14 – 25,-- (ab 1.1.77 29,--)

poder popular

Lieder der portugiesischen Revolution.

...Weil man hier excellente Volksmusik hört, von Amateuren gespielt zwar, aber nichtsdestoweniger hervorragend gemacht.
(folk-magazin)
LP mit Textheft US 22 – 20,-



Ton Steine Scherben

★ **Wenn die Nacht am tiefsten**
2 LP's US 8/TSS 3 – 22,50

★ **Keine Macht für Niemand**
2 LP's US 20/TSS 17 – 20,--

★ **Warum geht es mir so dreckig?**
LP US 21/TSS 13 – 15,--

Koproduktion mit APRIL

Sparifankal
Bayernrock

Bayern-Rock mit Texten über das Leben heutzutage und morgen (nicht nur) in Bayern.
LP mit Textheft US 18 – 18,--
Koproduktion mit APRIL

Karaxu mit Patricio Manns
Wer kommt mit mir?
Lieder aus dem chilenischen Widerstand

... du hörst die Musik und weißt, wen Du vor Dir hast ... Schon der Gestus des Singens zeigt es, ob einer einen modischen oder einen echten Zorn gegen die bürgerliche Barbarei hat...
(Wolf Biermann über die Platte)
LP mit Textheft US 6 – 18,--

* * * * * * * * * * * *

VERTRIEB

Alle LP.'s von APRIL / Panther-Politrock/USA: Phil Ochs, Seeger, Guthrie, Indianer/Italien: Bella Ciao/ Lateinamerika: Viglietti/ aus Spanien, Portugal, China, Frankreich u.a.
Und viele Platten mehr !

✠ Kostenlos anfordern: Buch-Almanach und Plattenzeitung 'Unsere Stimme' ✠

Kauft Bücher und Schallplatten in Läden des Verbandes Linker Buchläden (VLB) ;anderen progressiven und alternativen Läden (Adressen bei uns) ; oder direkt vom Verlag .

konkret

Monatszeitschrift für Politik und Kultur · Hamburg, 24. Februar 1977 · Heft 3/77

KONKRET-Autoren: Wolfgang Abendroth · Günter Amendt · Wolf Biermann · Norbert Blüm · Walter Boehlich · Heinrich Böll · Martin Buchholz · Peter O. Chotjewitz · Franz Josef Degenhardt · F. C. Delius · Rudi Dutschke · Bernt Engelmann · Hans Magnus Enzensberger · Hubert Fichte · Erich Fried · Gerd Fuchs · Max von der Grün · Peter Hamm · Karl-Heinz Hansen · Wolfgang Harich · Günter Herburger · Alexander von Hoffmann · Jörg Huffschmid · Walter Jens · Yaak Karsunke · Franz Xaver Kroetz · Hans Matthöfer · Günther Nenning · Peggy Parnass · Karl W. Pawek · Hermann P. Piwitt · Peter Schneider · Alice Schwarzer · Klaus Staeck · Horst Tomayer · Henning Venske · Günter Wallraff · Martin Walser · Peter Paul Zahl

Inhalt

Euro-Vision in rot 8
Karl W. Pawek schmeckt den Kommunismus 'a la carte ab

Wie hätten Sie's denn gern? 12
von Michael Scharang

Ein neuer Stalinismus? 13
Eine Buch- und Begriffskritik von Wolfgang Abendroth

Raus aus der Defensive 21
Klaus-Uwe Benneter begründet seine Kandidatur für den Juso-Bundesvorsitz

Abrechnung mit McCarthy 25
Burkhard Mauer über den „Strohmann"

Ich habe gelesen 28
Buchkolumne von Peter Paul Zahl

Ein ehrenwertes Syndikat 36
Walter Boehlich stellt ein neues Verlagsmodell vor

KONKRET's Literary Supplement 40

Der Grund zur Freude 41
Martin Walsers Sprüche, VII. Teil

Wir machen weiter 42
Lottemi Doormann berichtet von der Initiative „Kinderhaus"

Penis wie Peking 44
Horst Tomayer über einen permanenten Kindertheater-Skandal

Zur Emma 45
Brigitte Rohkohl hat sich Alice Schwarzers Zeitschrift zur Brust genommen

„Mario ist zu zurückhaltend" 46
Geheimprotokoll der Sozialistischen Internationale über Portugal

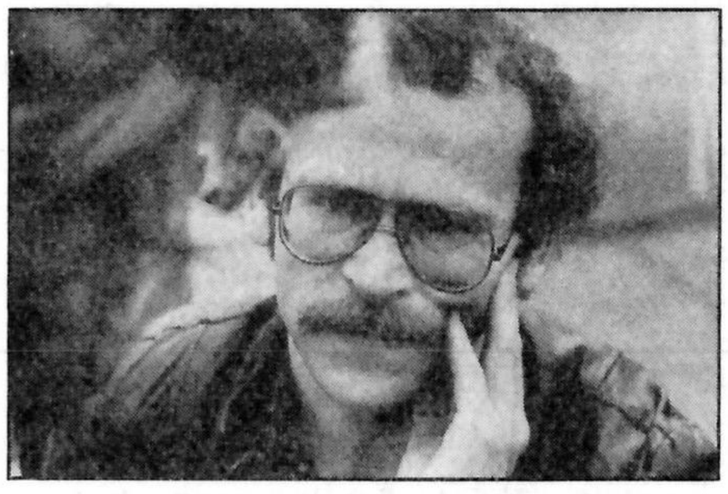
Stammheim und die Linke 48
2. Teil des Textes der inhaftierten RAF-Mitglieder

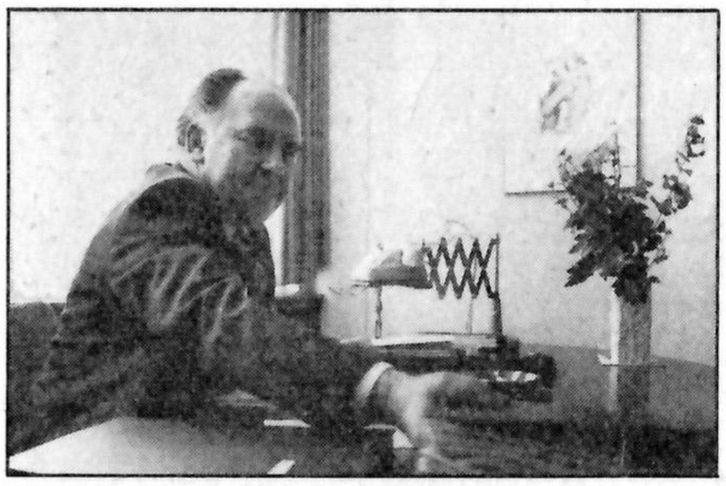
KONKRET-Forum 51
mit Beiträgen von Rudi Dutschke, Klaus Wagenbach und Herbert Gruhl

Spaltet die BRD 54
von Gerhard Zwerenz

Satire 56
Kleine Meisterwerke von Georg Bungter und Hans Konrad Zander

KONKRET ex-press 58





Der Krieg der Tröpfe 16
Die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten sind nicht normal. Wer, wie Günter Gaus, unter unnormalen Zuständen Normales äußert, macht sich zumindest unbeliebt. Hermann L. Gremliza kommentiert.

Bericht zur Gesinnungslage des Staatsschutzes 17
Günter Wallraffs Aufzeichnung seiner Erfahrungen mit den Herren Beisemann, Schneidewind, Scharfscheer und anderen Polizei-Spitzeln und Provokateuren liest sich wie eine Satire. Ist aber keine.

Lohnverzicht sichert keinen Arbeitsplatz 20
Loni Mahlein, der Vorsitzende der IG Druck und Papier, wehrt sich gegen „bürgerliche Heilslehrer aus Politik, Banken und wirtschaftswissenschaftlichen Instituten", meint aber auch, daß DGB-Chef Vetter „zu wenig überlegt".

KONKRET Magazin 23
Hans Peter Herbst über die Atom-Lobby im TÜV: „Der atomare Filz" (S. 26). Uwe Herzog über NDR-Zensur in Sachen Brokdorf: „Herr Stoltenberg bittet um Funkstille" (S. 26). Und ein Hirtenbrief der brasilianischen Bischofskonferenz: „Jagd auf linke Katholiken" (S. 29)

Bogeys aller Kinos, vereinigt Euch! 32
Als Schauspieler war Humphrey Bogart sehr gut. Keine Frage. Als Mythos ist Humphrey Bogart sehr gut. Frage: sehr gut für wen? Martin Buchholz gibt eine Antwort.

Titelfoto: Degkwitz

Neuer Konkret Verlag GmbH,
Rentzelstraße 7, 2000 Hamburg 13, Telefon (040) 44 32 53–54

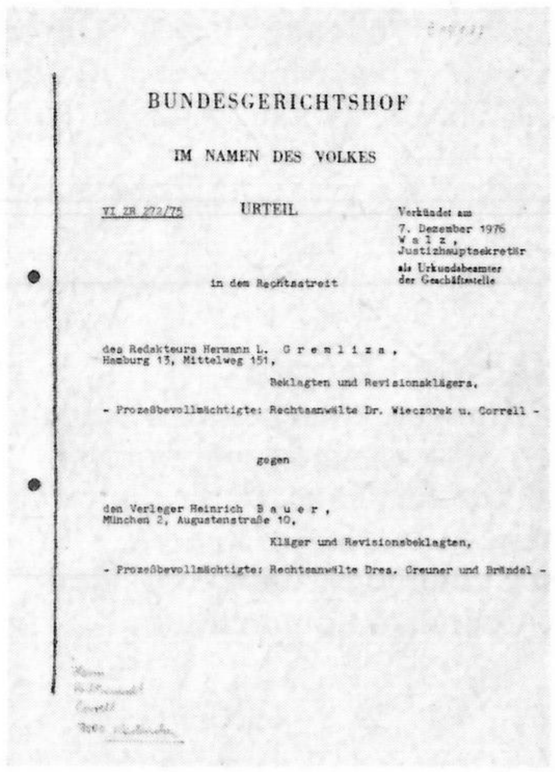
Herausgeber und Chefredakteur (verantwortlich für den Inhalt außer für konkret-intern): Hermann L. Gremliza

Redaktion: Hartmut Schulze (Politik und verantwortlich für konkret intern), Ingrid Krüger (Kultur), Uwe Herzog (Magazin)

Anzeigenleitung (Verantwortlich für den Inhalt der Anzeigen): Ulrich Alberti

Jahresabonnemt. DM 42,– frei Haus incl. Mehrwertsteuer, im Ausland zusätzlich Porto. Abonnement-Bestellung bitte an: Deutscher Presse Vertrieb, Wendenstraße 27–29, Postfach 10 16 06, 2000 Hamburg 1 · Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 21 vom 1. 1. 1977 · Bank für Gemeinwirtschaft, Hamburg, Konto-Nr. 11 806 256 · Postscheckkonto Hamburg, Konto-Nr. 3840 30-202 · Druck: Druckerei Erwin Jungfer, Herzberg am Harz · Satz: Studio für Textverarbeitung, Neumann-Reichardt-Str. 27–33, Haus 14, 2000 Hamburg 70 · Vertrieb: IPV Inland Presse Vertrieb GmbH, Wendenstr. 27–29, 2000 Hamburg 1

konkret intern



BUNDESGERICHTSHOF

IM NAMEN DES VOLKES

VI ZR 272/75 URTEIL Verkündet am 7. Dezember 1976 Walz, Justizhauptsekretär als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

in dem Rechtsstreit

den Redakteure Hermann L. Gremliza, Hamburg 13, Mittelweg 151,

Beklagten und Revisionsklägers,

- Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr. Wieczorek u. Correll -

gegen

den Verleger Heinrich Bauer, München 2, Augustenstraße 10,

Kläger und Revisionsbeklagten,

- Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dres. Greuner und Bründel -

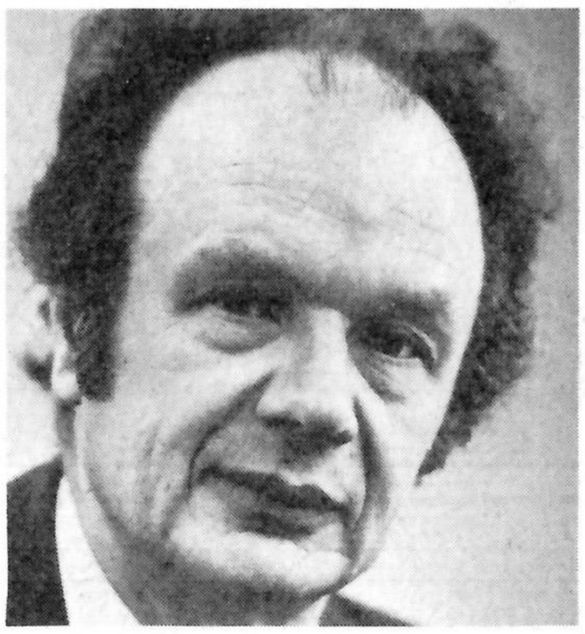
Früher hielten sich die fortschrittlichen Gazetten „Sitzredakteure", deren ausschließliche Funktion es war, für alle redaktionellen Beiträge „verantwortlich" zu zeichnen und die regelmäßig verhängten Strafen für Majestätsbeleidigung abzusitzen. Seit dem 7. Dezember 1976 tut eine andere Eichrichtung not: der Zahlredakteur. Denn an diesem Tag entschied der IV. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs in dritter Instanz anläßlich der Klage des Verlegers Heinrich Bauer („Quick", „Praline", „Sexy") gegen den KONKRET-Redakteur Hermann L. Gremliza, daß der im Impressum einer Zeitschrift als verantwortlich ausgewiesene Redakteur nicht nur strafrechtlich, sondern auch zivilrechtlich haftet, daß heißt: zu Schadensersatz- und Schmerzensgeld-Zahlung verurteilt werden kann. Nachdem Bauers Klage auf 2000 Mark Schmerzensgeld zunächst vom Landgericht Hamburg abgewisen worden war, hatte das Oberlandesgericht der Klage stattgegeben. Der Bundesgerichtshof hat dieses Urteil nun bestätigt.

Doch im Gegensatz zum Oberlandesgericht Hamburg entschied der Bundesgerichtshof nun, sozusagen en passant: „Zwar hätte der Kläger (Bauer) den Artikel als erlaubte Meinungsäußerung hinnehmen müssen, wenn dieser sich darauf beschränkt hätte, ihm (geistige) Mitwirkung an dem Einsatz von Napalm in Vietnam vorzuwerfen. Die Äußerung hingegen, er werde sich ‚furchtbar ärgern', wenn sein Geld zur ärztlichen Versorgung von Napalmopfern verwendet werde, ist ausschließlich auf Schmähung angelegt."

Im Justiz-Roulette ist die Kugel gefallen: Einmal auf rot, zweimal auf schwarz, jedesmal in ein anderes Loch. Gesamtkosten für Gremliza/KONKRET: 10 000 Mark. Spenden unter dem Stichwort Napalm nimmt das KONKRET-Konto 1 180 625 6 bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Hamburg, dankend entgegen.

KONKRET-Autor Walter Jens wandte sich (2/77) gegen einen nicht gezeichneten Aufruf in KONKRET (12/76), die „FAZ" und ihren Literatur-Redakteur Marcel Reich-Ranicki zu boykottieren. Jens: „Der Anonymus täte gut daran, seinen Namen zu nennen." Der Anonymus sagt, warum er habe anonym bleiben wollen: „Es gibt Zustände, die so mickrig sind, daß man sich namentlich gar nicht mehr darüber aufregen kann, ohne sich den Vorwurf einzuhandeln, man befasse sich mit jedem Dreck." Und er nennt seinen Namen: Hermann P. Piwitt.

In KONKRET 2/77 hatte der SPD-Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Hansen die Grenzen „der Zumutbarkeit für Linke, die sich nicht selbst davonlaufen wollen", gezogen – gerade rechtzeitig zur Sitzung des SPD-Parteirats, wo Hermann Heinemann, rechter Vorsitzender des SPD-Bezirks westliches Westfalen, am „Fall Hansen" demonstrierte, daß „Selbstachtung" nicht gefragt sei. SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr stellte daraufhin Ausgewogenheit her, indem er die Kritik an Hansens linkem KONKRET-Beitrag mit Kritik an den parteischädigenden Leitartikeln des CDU-nahen SPD-MdB Conrad Ahlers in der sozialdemokratischen „Hamburger Morgenpost" parierte. Bundeskanzler Schmidt schließlich, vom „Stern" nach Hansen befragt, wertete den Abgeordneten als Einzelgänger. Mag sein, daß nur ein halbes Dutzend SPD-Abgeordneter so denkt wie Hansen. Aber die Koalition hat bloß vier Stimmen über die absolute Mehrheit. Bislang konnte die Parteirechte stets davon ausgehen, das sich die Linke in fast selbstzerstörerischer Solidarität stets unterwarf. Hansens Wort von „der Grenze der Selbstachtung" deutet an, daß dies nicht so bleiben muß. Vielleicht sollte der Kanzler darüber mal nachdenken.



In KONKRET 2/77 hatte Lottemi Doormann die „Emma"-Herausgeberin Alice Schwarzer interviewt. In einer Bildunterschrift wurde Lottemi Doormann als „Ex-Feministin" bezeichnet. Das will sie nicht auf sich sitzen lassen:

„Dem Schubladen-Titel „Ex-Feministin" widerspreche ich entschieden. Zwar bin ich aus der Kirche, nicht aber ‚aus dem Feminismus' ausgetreten. Was wäre darunter auch schon zu verstehen? Richtig ist, daß ich für eine selbstbewußte, radikaldemokratische (das heißt: sozialistische) Frauenpolitik eintrete, sexistische Nabelschau, individualistischen Schlafzimmerkrieg und weibliche Flucht in ländliche Selbsterfahrungsidyllen eher skeptisch beurteile."

Aus einer 30-Minuten-Sendung des NDR über KONKRET:
„Trotz wirtschaftlicher Schwäche ist das neue KONKRET zu einem politischen Faktor in der deutschen Presselandschaft geworden... eine Zeitschrift, die sich, was Aufmachung und Inhalt angeht, sehen lassen kann...

Briefe

Von Jesuiten

„Wer regiert die SPD?" fragte KONKRET auf dem Februar-Titel und Karl-Heinz Hansen (SPD-MdB) tippte auf „hirnlosen Übermut"

Dem Genossen Hansen ein herzliches „Dankeschön!" für den Artikel „An der Grenze der Selbstachtung". Es tut gut, in dem Sumpf von Opportunismus, in dem unsere stolze Partei zu versinken droht, solche aufrechten Worte zu hören!

Karl H. Schneider
Mitglied des
SPD-Unterbezirksvorstands
Kreis Offenbach, Rodgau

Wer regiert die SPD? Vielleicht kann ich zu dieser Frage was beitragen, indem ich Adenauer oder Bismarck nenne. Adenauer über die Partei unter Willy Brandt: „Die SPD ist heute die beste CDU, um 180 Grad hat sie kehrtgemacht. Eine Opposition sollte aber ihren Grundsätzen treu bleiben." Und Bismarck rief einmal in prophetischer Vorausschau im Reichstag den Sozialdemokraten zu: „Es wird einmal der Tag kommen, da ihre Partei von Jesuiten geführt werden wird."

Theo Liebert
Bremen

Untertanen-Öffentlichkeit

Der Abdruck eines Briefwechsels zwischen Gerhard Zwerenz und dem Frankfurter Oberbürgermeister Rudi Arndt („Gelegenheit zur Satire", KONKRET 12/76) hat den OB ganz schön bloßgestellt – reagiert hat er allerdings bis jetzt nicht.

Aus der Veröffentlichung des Briefwechsels ergibt sich der Vorwurf, daß Arndt Zwerenz eine privat am Telefon geäußerte resignierte Charakterisierung Frankfurter Realitäten als öffentliche Arndt-Beschimpfung vorwirft; daß Arndt sich dabei auf die Information von Abhörbehörden stützt; und daß er daraus Ressentiments und Strafgelüste bezogen hat. Diese Vorwürfe sind in den Augen des Frankfurter Oberbürgermeisters offenbar keine Reaktion wert – obwohl ihm die Veröffentlichung nicht unbekannt geblieben sein dürfte, da er ja sogar über Zwerenz' Telefongespräche informiert wird. Die Anspielung Arndts auf die Demokraten von 1933 – darunter „auch Frankfurts OB Landmann" –, die vergeblich Klage um Klage gegen die Rufmörder erhoben, läßt ver-

muten, daß Arndt die Beifalls-Verweigerung einzelner Schriftsteller wie Gerhard Zwerenz und Jürgen Roth in einen Topf wirft mit den Rufmord-Aktionen von Mitläufern oder Mitgliedern faschistischer Massenbewegungen. Und in einen Topf wirft er dabei eben auch einerseits private Äußerungen zwischen zwei befreundeten Schriftstellern, von denen Dritte nur dank der emsigen Tätigkeit von Abhörbehörden Kenntnis erlangen konnten, und andererseits gezielte Rufmord-Aktionen, deren Urheber selbst auf die Verbreitung ihrer Äußerungen bedacht sind.

Man weiß allerdings nicht, was schlimmer ist: die bei Arndt zu vermutende fast schon naiv wirkende Arroganz der Macht oder die ausbleibende Reaktion darauf auf Seiten der Medien, seitens der Frankfurter Öffentlichkeit. Denn welche Öffentlichkeit kann über solche Vorfälle hinweggehen außer einer Akklamationsöffentlichkeit von Untertanen? Können die Frankfurter und andere Bundesrepublikaner es sich leisten, zuzulassen, daß die paar Schriftsteller, die sich für eine menschenwürdigere Stadt und für eine an moralischen Prinzipien gebundene Politik einsetzen, zur Resignation gedrängt werden?

Dr. Rolf Wiggershaus
Frankfurt

Nicht lockerlassen

Im Februar-Heft begann KONKRET mit dem Abdruck eines Textes der Gefangenen von Stuttgart-Stammheim; „Der Schauprozeß"

Die „Märtyrer" beschweren sich über ihre Haft, und daß sie bei den Verhandlungen immer unterbrochen werden. Doch was sich die Richter anhören müssen, sagen sie nicht. Es fallen Wörter wie: du Schwein, Arschloch, alter Nazi, und andere Schweinereien. Man vergleicht unsere demokratisch gewählte Regierung mit dem Nazi-Terror vergangener Zeiten. Was die „RAF" in Heidelberg und in vielen anderen Städten mordete, wird jedoch nicht erwähnt.

Johann Helwes
Herne

Mich hatten die Berichte über den Tod von Ulrike Meinhof ziemlich aufgewühlt. Deshalb schrieb ich an den Justiz-Minister von Baden-Württemberg. In der Antwort heißt es:
„Die nach der Einstellung des Verfahrens erhobenen Vorwürfe gegen das Ermittlungsergebnis sind von der Staatsanwaltschaft überprüft worden. Sie waren in keinem Fall geeignet, Zweifel an dem Ergebnis, daß Frau Meinhof Selbstmord durch Erhängen begangen hat, aufkommen zu lassen. Dies gilt insbesondere auch für das Ergebnis der von den Angehörigen von Frau Meinhof veranlaßten zusätzlichen privaten Sektion, soweit es der Staatsanwaltschaft bekannt geworden ist. Bei der gegebenen Sachlage sieht der Herr Justizminister keine Veranlassung, die Staatsanwaltschaft zu weiteren Ermittlungen anzuweisen."
Wenn Sie der Meinung sind, daß nach wie vor Wichtiges ungeklärt blieb, sollten Sie das Thema wieder aufgreifen und nicht lockerlassen.

Pfarrer Dr. Sören Widmann
Eislingen

Ist doch Tinnef

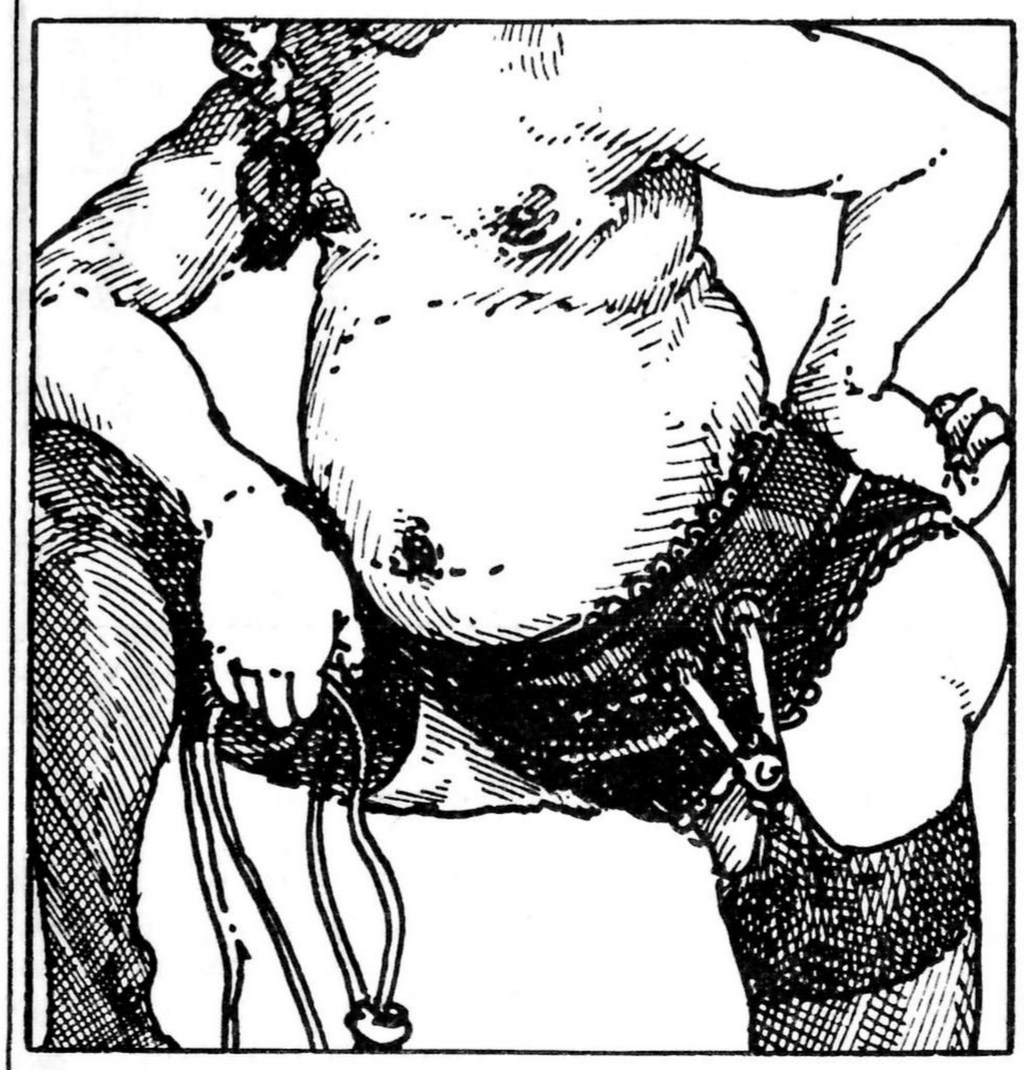
Die Biermann-Diskussion geht weiter

Zum Hinter-die-Ohren-Schreiben, für alle Falsch-Interpreten Rosa Luxemburgs: „So findet auch die Freiheit der Kritik an unserem Wesen selbst als eine politische Partei ihre praktischen Grenzen. Das, was uns selbst ausmacht: der Klassenkampf, kann einer freien Kritik in unserer Partei nicht unterliegen. Wir können nicht im Namen der Freiheit der Kritik einen Selbstmord begehen (eben!), der Opportunismus läuft aber darauf hinaus, uns, wie Bebel sagt, das Rückgrat zu zerbrechen, also unsere Vernichtung als Partei des Klassenkampfes zu bewirken."

Werner Deiler
Ludwigshafen

Pawek bemängelt, daß Biermann „Kritik am falschen Ort zur falschen Zeit" geäußert hat. Ja, *wann denn* und *wo* soll kritisiert werden? Sollte Biermann warten, bis ihm das DDR-TV einen Abend zur Verfügung stellt? Pawek meint auch, Biermann sollte nicht in der

Neu in der Reihe Hanser:



Amerikanische Erzählungen 9.80 DM

Charles Bukowski
Fuck Machine

BRD publizieren. Ist Biermann etwa freiwillig hier? Soll Corvalan nichts mehr sagen, weil er gerade nicht in Chile sein kann? Soll ich denn ein Buch nicht mehr publizieren lassen oder gar lesen dürfen, nur weil es bei Luchterhand, Suhrkamp etc. erscheint? Das ist doch Tinnef. Andersherum: mit welchem Recht – oder zumindest: mit welchem Ziel – schreibt Pawek noch in KONKRET, das von „den Massenmedien" in der BRD – wenn überhaupt beachtet – ja wohl eher diffamiert wird?

Thomas Martini
Warrington, Cheshire

KONKRETion

In einem KONKRET-Interview (2/77) hat Alice Schwarzer das Redaktionskonzept ihrer „Emma" erklärt, wobei sie auf „weibliche Qualitäten" setzt

Gibt es tatsächlich weibliche Qualitäten? Alice nennt welche: Spontaneität, Emotionen, konkretes Bezogensein auf das Leben und soziales Verhalten. Auf sowas sollte man sich lieber nicht einlassen, liebe Alice. Denn es ist doch genau das, was den Frauen (und den Männern) durch die Massenmedien immer wieder eingehämmert wird:

– Frauen haben gelenkigere Finger (zum Schreibmaschineschreiben)
– Frauen haben mehr Einfühlungsvermögen (zum Kindererziehen)
– Frauen haben mehr Geduld (zum Kochen)
– Frauen haben mehr Emotionen (– und weniger Verstand – zum Beispiel beim Studieren)

Das aber sind Ergebnisse geschlechtsspezifischer Erziehung. Es gibt keine weiblichen Eigenschaften! Es gibt gute Eigenschaften, deren Güte sich aber erst in der Konkretion erweisen kann.

Marion Schneider
Marburg

Verheiz uns nicht

Selten kamen auf einen KONKRET-Beitrag so viele Proteste wie auf Hermann L. Gremlizas Aufforderung „Unterwandert die Bundeswehr!" (12/76). Hier ein letzter Wunsch zum Abschluß der Diskussion

Mit keiner Silbe deutest Du an, wie diese ominöse Unterwanderung im einzelnen aussehen könnte, wie solltest Du auch, ist Dein Artikel doch einen Atemzug später zu Ende. In der Tat haust Du Deinen Lesern eine ganze Menge unverdauter und unverdaubarer Brocken hin. Die „linke Berührungsangst zum Militär" z.B. macht Dir Sorgen. Hätte das Theo Sommer geschrieben, ich bin überzeugt, es wäre seine große Chance gewesen, wieder einmal eine halbe Spalte in „KONKRET ex-press" von Dir reserviert zu bekommen, und da hättest Du auch ganz Recht gehabt. Denn erstens, was aber jetzt nicht zur Debatte steht, ist das grammatikalisch barer Unsinn (wenn schon, dann „der Linken"), und zweitens frage ich Dich: Bist Du der Auffassung, diese Berührungsangst sei ihrem Wesen nach eine spezifische Problematik der Linken? Falls Du aber, und das vermute ich eher, mit Deinem Artikel nur Deine linken Leser ansprechen wolltest, und zwar diejenigen, die tatsächlich aus ihrem Links-Sein heraus jene zitierte Berührungsangst entwickelt haben, dann kann ich halt nur noch bitten: Verheiz' uns die paar Genossen nicht, die wir in der BRD haben. Vielleicht hält sie diese von Dir monierte Berührungsangst gerade am Leben!

Ingo Nauhaus
Stuttgart

Kein Ärger und keine Rachsucht

Ernest Borneman kritisierte Marielouise Janssen-Jurreits „Sexismus"-Buch (KONKRET 1/77). Marielouise Janssen-Jurreit kritisierte Ernest Bornemans Kritik (KONKRET 2/77). Ernest Borneman kritisiert die Kritik der Kritik

Wenn man Frau Janssen-Jurreits Replik auf meine Rezension ihres Buches „Seximus" liest, empfängt man den Eindruck, daß sie zum erstenmal aus den Rezensionen erfahren hat, was eigentlich in ihrem Buch drinsteht, und nun verzweifelt kundzugeben versucht, sie hätte etwas ganz anderes gemeint. Ich hatte bei der Lektüre ihrer Replik den gleichen Eindruck wie bei der Lektüre ihres Buches: daß es sich weder um eine Auseinandersetzung mit dem Sexismus noch mit ihren Kritikern, sondern mit einem psychischen Privatproblem handelt, das uns, die Außenstehenden, eigentlich nichts angeht. Ihre nominellen Gegner – das Patriarchat, der Seximus, der Mann, der Borneman – spielen nur stellvertretende Rollen für den wirklichen Gegner: die Sexualität.
Doch wollte ich ihr das Recht des *in dubio pro reo* einräumen und schrieb deshalb: „Es wäre leicht, das als Produkt jener Labilität und Ich-Schwäche abzutun, die sich auch in dem stets gekränkt wirkenden, den kritisierten Personen stets unlautere Motive unterstellenden Ton des Buches niederschlägt. Aber mir scheint, daß es vor allem ein Resultat jener objektiv falschen Deutung der bürgerlichen Gesellschaft ist, die alles potentiell Fortschrittliche im Patriarchat leugnet, die bürgerliche Ordnung nicht als notwendige und transitorische, sondern als eine grundsätzlich schlechte, weil von Männern beherrschte auffaßt, die Entwicklung der Produktivkräfte völlig außer acht läßt und die Wurzel des Übels in der Sexualität sieht." (KONKRET 1/77) Es tut mir trotz meiner Meinungsverschiedenheiten mit ihr leid, daß sie diese Diagnose so emphatisch in ihrer eigenen Replik bestätigt.

Ich schwöre Frau Janssen-Jurreit, daß ich keineswegs von Ärger oder Rachsucht gegen sie motiviert bin, ihre Intelligenz durchaus respektiere, ihre Deutung des Patriarchats aber aus den erwähnten Gründen für falsch und im politischen Sinne gefährlich halte. Der Titel, „Feministischer Abort", den die Redaktion über meine Besprechung des Buches gesetzt hat, stammt nicht von mir und hat mich genauso geärgert, wie er offenbar Frau Janssen-Jurreit geärgert hat. Wenn sie sich über „Playboy" beschwert, sollte sie sich übrigens auch über das Busenphoto beschweren, das meine Rezension „ziert". Auch das stammt nicht von mir. Ich bin dankbar, für „Playboy" schreiben zu dürfen (und wäre auch dankbar, wenn ich für die Springer-Presse schreiben dürfte), weil ich dadurch aus dem begrenzten Kreise der Genossen herauskomme und endlich einmal meine politischen Gegner mit meinen Schriften erreiche.

Fast religiös dankbar

Ein paar Briefe über KONKRET als solches

Ich lese jetzt schon lange genug das neue KONKRET, um Euch mitteilen zu können, daß ich fast religiös dankbar bin, daß es dieses Blatt gibt. Bin politisch leicht verunsichert (noch -SPD, möchtegern -DKP), und KONKRET, das Blatt für politisch Schwimmende, hilft mir zusehens, meinen parteipolitischen Freischwimmer zu machen.

Hans-Joachim Greifenstein
Frankfurt

Hiermit kündige ich ab sofort mein KONKRET-Abo! Ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß ich in Zukunft ohne Eure Zeitung auskommen kann. Ich fühlte mich durch Euren SPD-Wahlrummel ganz schön verarscht. Schließlich hat mein Schwager im sozialdemokratisch regierten Nordrhein-Westfalen seit einem Jahr Berufsverbot (Ihr selber habt über den Fall berichtet), und davon ist mir „übel" genug. Als ich KONKRET abonnierte, habe ich eine konsequente linke Zeitung abonniert, aber keine heimliche SPD-Hauspostille. Zu allem Überfluß habt Ihr noch zum 5. Jahrestag der Berufsverbote Euern ständigen Berufsverbote-Teil um fast die Hälfte gekürzt. Mir reicht's!

Barbara Jeske
Aachen

Unter den aufgeführten 37 Autoren auf der Inhalts-Seite sind nur zwei Frauen zu finden – KONKRET ein Herrenblatt?
Als zweites fällt mir der unverhältnismäßig große Anteil der Diskussion über die Ausbürgerung Biermanns im Januar-Heft auf. Fehlt es am Stoff?
Journalistischem wie Kassenfüllendem: Ich weiß, Biermann-Artikel gehören jetzt dazu. Ob da wohl ein Zusammenhang zu dem Inserat auf der hinteren Umschlagseite besteht?

Franz Egle
Emmenbrücke

Ja. Oder sollen wir auf Biermann-Anzeigen verzichten, nur weil wir Biermann-Artikel im Blatt haben? Oder umgekehrt?
Die Red.

sozialmagazin

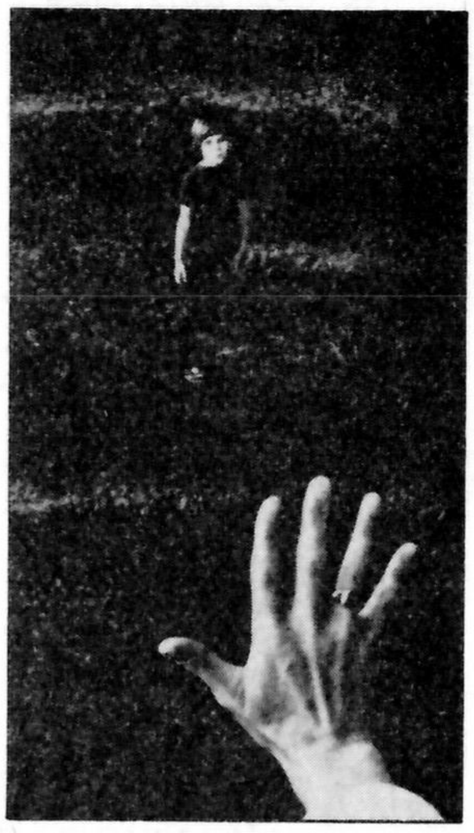
Zeitschrift für Sozialarbeit und Sozialpädagogik

Protokolle, Materialien, Erfahrungsberichte aus Projekten, Modellen — geschrieben von den Leuten, die sie machen:
Erfahrungen von der Basis

Theorie, die Bedingungen von Erfahrungen benennt, Grenzen von Erfahrungen formuliert und damit ihre Tauglichkeit für die Praxis ausweist:
eingreifende, praktische Theorie

Analysen, Daten, Fakten aus traditionellen Arbeitsfeldern, die in anderen Zeitschriften nicht erscheinen (dürfen):
Informationen, die weiter helfen

In den ersten Heften des Sozialmagazins schreiben:
Manfred Liebel,
Hedwig Ortmann,
Reinhard Wolff,
Gunnar Heinsohn,
Barbara M. C. Knieper,
Christian Marzahn,
Udo Maas,
Annelie Keil,
C. W. Müller,
Prodosh Aich,
Monika Seifert,
Oskar Negt . . . u. a.
Außerdem kann man erfahren, wo es unveröffentlichte, aber wichtige Manuskripte gibt – kann man Karteikarten sammeln –
kann sich über neue Bücher und Zielgruppenfilme informieren –
Cartoons von Clodwig Poth, Marie Marcks, Jan Tomaschoff u. a.



Heinsohn/Knieper und Monika Seifert über Kindertagesstätten:
Realität – für Kinder verboten

Gruppe Kinderschutzzentrum Berlin:
Das Elend der Kinder
Protokolle, Analysen . . . Auswege

Hedwig Ortmann über Leben und Lernen an der Hochschule:
Das Zutrauen zum eigenen Denken bei der Aufhebung der Knechtschaft

Alvons Diemer über Arbeitslose im Jugendzentrum:
Solidarität lernen

Erziehung in Kollektiven: Kindheit in China

Mädchen berichten aus einem katholischen Erziehungsheim:
Überwacht, isoliert, totgeschwiegen

Coupon bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim

Vorzugsangebot zum Kennenlernen

Ich bestelle ab sofort
zum Vorzugspreis von DM 10,– (inkl. Versandkosten und MwSt.) ein Probeabonnement (4 Hefte ab lfd. Nr.) der Zeitschrift SOZIALMAGAZIN. 1027

Bitte beachten Sie: Wir liefern nach Ablauf des Probeabonnements zum regulären Bezugspreis (Jahresabonnement DM 40,– inkl. Versandkosten und MwSt.) weiter, falls nach Auslieferung des dritten Heftes keine Abbestellung erfolgt.

Name

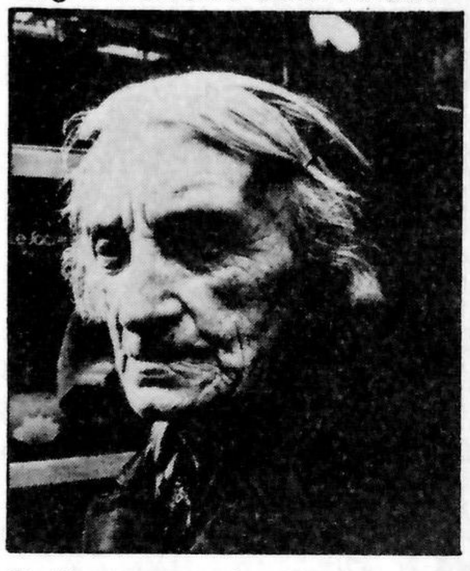
Vorname

Straße

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

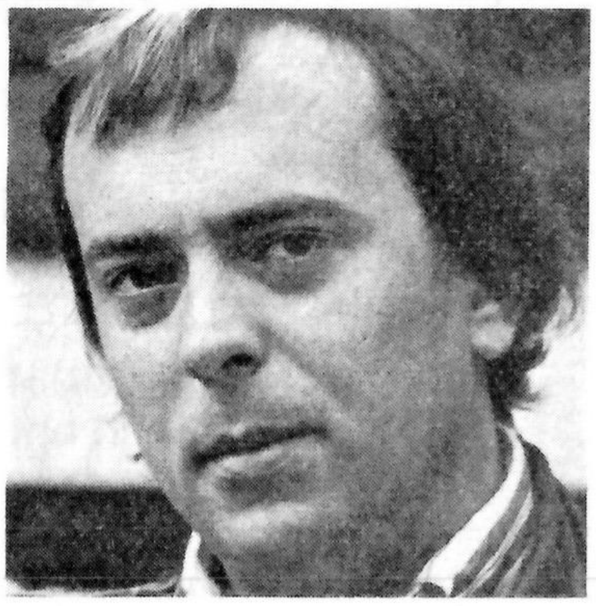
Nach drei Jahren Kampf um den „aufrechten Gang“:
Tagebuch aus dem Knast



Selbstorganisation im Altenklub:
Der (sehr) lange Weg zur Selbstbestimmung

Lernt Italienisch mit Berlinguer: „Compromeso storico“ und „Eurocomunismo“ sind in Ost und West bald so geläufig wie „Pizza“ und „Lollobrigida“. Doch von Moskau bis Chicago wird gerätselt, was hier wie dort drin verbacken oder verpackt ist

Euro-Vision



in rot

Karl W. Pawek

Gespenster sind zäh und flexibel. Lange Jahre schien es verbannt aus Westeuropa, jetzt ist es – mit neuem Vornamen – wieder da: Euro-Kommunismus heißt es.

Und wie ein rechtschaffenes Gespenst treibt es sein Unwesen vor allem dort, wo von seinem Wesen keine Spur ist. In der Bundesrepublik, zum Beispiel, wo eine von anpasserischer SPD und dogmatischer DKP frustrierte Jugendbewegung ihm zuruft: Ja, Italien!!!

Sie singen mit Biermann – so soll es ein – von „Italiens Sonnenschein“ wie unsere Altvordern vom Land, wo die Zitronen blühn. Sie reisen mit Heidemarie Wieczorek zum Pressefest der „Unita“, sie „tanzen und knutschen“ mit Roms KPI-Jugend wie Rudi Dutschke. Sie träumen den Traum von der unbefleckten Empfängnis des Sozialismus, von der kommunistischen Rose, die ohne Dornen ist. Jungsozialisten fast aller Fraktionen machen mit, Sozialdemokraten der friedlichen Sorte, Linksliberale und Gewerkschaftsjugend, Spontis und Jungkommunisten. Ja, Italien!!!

Solche Vereinbarung des Unvereinbaren vermag keine Realität, das kann nur ein Gespenst. Und so wundert es nicht, daß sich nicht einmal die Hauptgegner im Klassenkampf – die Bourgeoisie und die marxistische Linke – mit sich einig werden, was denn Eurokommunismus eigentlich sei, wem er nütze oder schade, was er bewirke und was er verhindere.

Eine Fraktion des Kapitals sieht im Eurokommunismus nur die raffinierte Tarnung des Klassenfeindes. Die Beteuerung der nationalen Unabhängigkeit durch die kommunistischen Parteien Italiens, Frankreichs und Spaniens, ihre Freiheitsversprechen gelten diesen Machiavellisten nichts, denn – so stellte einer ihrer Sprecher, Henry Kissinger, fest –: „Unsere Sorge ist nicht, daß diese Parteien von Moskau gesteuert werden, sondern daß es sich um Kommunisten handelt. Unsere Sorge ist es, daß die grundsätzliche Einstellung und die Philosophie von Kommunisten überhaupt ungesunde Wirkung haben werden.“

Der rationalere Teil des Kapitals, repräsentiert durch Kissinger-Berater Sonnenfeld und Carters Sicherheitschef Brzezinski, scheint auf die Disziplinierungsfunktion der eurokommunistischen Parteien zu setzen. Vor allem die italienische Bourgeoisie verweist auf positive Erfahrungen: Während der letzten Monate hat sie allein der KPI eine relative Stabilität der politischen und ökonomischen Entwicklung des Landes zu verdanken. Gegen den massiven Widerstand der Basis halfen die Kommunisten und ihre Gewerkschaft CGIL, einschneidende Sparmaßnahmen abzusichern, spontane Streiks zu verhindern.

Ambivalent ist auch das Verhältnis der nordosteuropäischen Linken zum Eurokommunismus. Während z.B. die SED-Führung eine Aufweichung und Unterwanderung eigener Positionen, also sozialdemokratische Rückwirkungen auf die Verhältnisse in der DDR fürchtet und entsprechend hart reagiert, zeigt die KPdSU größere Gelassenheit. Sie geht davon aus, daß eine Sozialdemokratisierung der Eurokommunisten zwar möglich, jedoch noch nicht zwangsläufig ist.

Die Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas billigte nicht nur die Forderung der völligen Unabhängigkeit jeder kommunistischen Partei, sondern dokumentierte auch die Bereitschaft zur Fortsetzung des proletarischen Internationalismus. Brücken jedenfalls will Moskau noch nicht abbrechen. Auch ist die KPdSU realistisch genug einzusehen, daß in Westeuropa der Kommunismus nicht auf der Tagesordnung steht. Für die Änderung des Kräfteverhältnisses aber scheint ihr eine starke linke Sozialdemokratie geeigneter als die vorzeitige Revolution und ihr wahrscheinlicher Untergang im faschistoiden Chaos.

Die westdeutschen Kommunisten schließlich betonen ebenfalls das illusionistische Moment des Eurokommunismus, nur wird die Haltung vieler Parteimitglieder zunehmend modifiziert durch das Vier-Promille-Trauma. Die erfolgreiche Strategie der italienischen Genossen würden sie schon gerne übernehmen, ließe diese sich nur von jeglichem Antisowjetismus befreien.

Tatsächlich existiert der Eurokommunismus bislang nur in den Köpfen. Die konkrete Regionalpolitik der KPI etwa ist nicht praktizierter „Eurokommunismus“, sondern der Versuch, im kommunalen und regionalen Bereich reformistische antikapitalistische Schritte zu gehen, die im nationalen Rahmen die Toleranzgrenze der noch Herrschenden überschreiten würden. Schon die Verwaltung der Hauptstadt Rom offenbart diese Grenze, wenn z.B. fortschrittlichen Sanierungsprogrammen nicht vereinzelte Grundeigentümer und Konzerne, sondern die katholische Kirche als Großgrundbesitzer gegenübersteht.

Berlinguers Lehrer: Chile

Historisch ist Eurokommunismus eine Reaktion auf die von Marx, Engels und Millionen Genossen veränderten Verhältnisse. Seine vor allem von italienischen Kommunisten entwickelte Theorie beruht auf der Erkenntnis, daß sich die Bedingungen für eine sozialistische Machtergreifung nicht zuletzt durch die Existenz sozialistischer Staaten und die Reformpolitik der Sozialdemokratie so weitgehend verändert haben, daß eine Übernahme traditioneller Revolutionsmodelle zumindest für hochindustrialisierte Staaten nicht mehr praktikabel ist, und sei es nur, weil die Proletariermassen dieser Staaten längst nicht mehr auf das Signal warten, es vielmehr fürchten. Darüber hinaus zeigte der blutige Sieg der internationalen Konterrevolution in Chile, daß jede Transformation einer Gesellschaft in Richtung Sozialismus getragen sein muß von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung.

Unter dem Eindruck der chilenischen Ereignisse entwickelte Enrico Berlinguer 1973 den „Historischen Kompromiß“, Kern dessen, was die bürgerliche Presse Eurokommunismus nennt. Dieser „compromesso storico“ leitet sich ab aus der Geschichte der KPI. Als stärkste Kraft des antifaschistischen Widerstandes war sie von 1944–47 an der Regierung für die natio-

Enrico Berlinguer: unbefleckte Empfängnis des Sozialismus?

nale Einheit beteiligt. Durch die Einbeziehung auch der antifaschistischen Monarchisten wurde damals schon die erste Grundlage für den „italienischen Weg zum Sozialismus" gelegt. Die kommunistischen Vorstellungen einer „progressiven Demokratie" stießen jedoch bald auf den Widerstand der USA. 1947, die KPI hatte 2,2 Millionen Mitglieder (1976: 1,8 Millionen), verlangten die Vereinigten Staaten als Gegenleistung für finanzielle Hilfe den Ausschluß der Kommunisten und Sozialisten aus der Regierung. Der christdemokratische Ministerpräsident de Gasperi stimmte zu; ein hemmungsloser Antikommunismus, unterstützt von wütenden Ausfällen der katholischen Kirche und ihres reaktionären Papstes Pacelli (1949 drohte der Vatikan allen KPI-Mitgliedern die Exkommunikation an), ließen auch die italienischen Kommunisten zunächst ihr Heil in Moskau suchen. Doch Togliatti erkannte früh die Kurzsichtigkeit einer solchen Politik:

„In jedem kommunistisch regierten Land können und müssen die objektiven und subjektiven Verhältnisse, die Traditionen unterschiedlich die Organisationsform der Bewegung beeinflussen. In der übrigen Welt gibt es Länder, in denen man den Sozialismus aufbauen will, ohne daß die Kommunisten die führende Partei sind. In noch anderen Ländern bildet der Marsch zum Sozialismus das Ziel, das Kräfte zusammenführt, die von verschiedenen Bewegungen herkommen, die aber bisher weder einig sind noch sich verstehen. Die Gesamtheit des Systems wird polyzentrisch, und in der kommunistischen Bewegung selbst kann man nicht mehr von einer einheitlichen Führung, sondern man muß von einem Fortschritt sprechen, der durch das Beschreiten verschiedener Wege erreicht wird."

Arbeiter allein – das reicht nicht

Dieser „Policentrismo", von Togliatti 1956 entwickelt, wird heute – festgeschrieben im Dokument der Berliner Konferenz (1976) – von keiner kommunistischen Partei in Frage gestellt. Die nationale Profilierung der italienischen Kommunisten (1958 erste Unterstützung einer linken christdemokratischen Regionalregierung in Sizilien) zwang die DC zur Öffnung nach links (Centro Sinistro), um die KPI zu isolieren. Dennoch wuchs der kommunistische Stimmenanteil zwischen 1953 und 1972 kontinuierlich, wenngleich langsam (um 4,6 Prozent). Als einzige westliche kommunistische Partei überstand die KPI die Prager Ereignisse ohne Einbußen; das Zentralkomitee hatte den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR einstimmig verurteilt.

Die mit Abstand zweitstärkste Partei Italiens (1972 = 27,2 Prozent) blieb jedoch in den Möglichkeiten ihrer Politik auf Reaktionen beschränkt. Loyal, frei von putschistischen Tendenzen, kämpfte sie aus der Isolation um die demokratische Veränderung der Gesellschaft. Hunderte Genossen haben seit 1945 diesen Kampf mit ihrem Leben bezahlt. Da aber „Politik machen heißt, handelnd die Welt zu verändern" (Togliatti), starke faschistische Banden in Italien zunehmend dreister den Umsturz vorzubereiten suchten, ein Minderheitensozialismus nach Chile selbstmörderisch schien, mußte eine neue Strategie

entwickelt werden. Berlinguer stellte damals richtig fest,

„daß die Einheit der Parteien der Werktätigen und der Linkskräfte keine ausreichende Bedingung ist, um die Verteidigung und den Fortschritt der Demokratie dort zu gewährleisten, wo dieser Einheit ein Block der Parteien des Zentrums bis zur äußersten Rechten entgegensteht".

Daher muß die Basis für eine „demokratische Transformation der Gesellschaft" wesentlich erweitert, jede feste Verbindung des Zentrums mit der Rechten verhindert werden:

„Für den Ausgang unseres demokratischen Kampfes für die Umgestaltung und Erneuerung unserer Gesellschaft ist bestimmend, welche Haltung diese Massen, diese Mittelschichten, diese Bevölkerungsgruppen einnehmen, wie sie sich orientieren und wie sie wirksam werden. Ganz offensichtlich ist für das Schicksal der demokratischen Entwicklung und des Vormarsches zum Sozialismus entscheidend, ob sich das Gewicht dieser gesellschaftlichen Kräfte auf die Seite der Arbeiterklasse oder gegen sie verlagert" (Berlinguer).

Der Strategie des historischen Kompromisses, der eben kein Parteienbündnis und nicht auf den Parlamentarismus fixiert ist, liegt somit der einfache Gedanke zugrunde, daß jede gesellschaftliche Erneuerung nur möglich ist, wenn es gelingt, jene mächtigen und aggressiven wirtschaftlich und politisch herrschenden Gruppen zu isolieren.

Das heißt aber auch, sich in der politischen Arbeit nicht auf den Kern der klassenbewußten Werktätigen zu beschränken – dieses Potential schien in Italien zudem ausgeschöpft –, sondern den Durchbruch in die konservativierten Teile der Arbeiterschaft und in die Mittelschicht zu suchen. Eine solche Strategie muß allerdings auch deren Antikommunismus, Fremdbestimmung, Vorurteile berücksichtigen, muß Maximalforderungen durch Konzessionen ersetzen.

Von den beiden Kernelementen des Eurokommunismus, Unabhängigkeit jeder KP und Garantie bürgerlicher Freiheitsrechte, ist der „nationale Weg" gewiß weniger problematisch. Bereits 1947 hatte Togliatti, nach Ulbricht (für die SBZ), Gottwald (für die CSSR), Dimitroff (für Bulgarien) und Gomulka (für Polen) gefordert, jenen „nationalen Weg" zu finden, „der uns von den Bedingungen unseres Landes diktiert wird".

Ist Freiheit auch die Freiheit, andere auszubeuten?

Nur: Unter „nationalem Weg" scheinen verschiedene Gruppierungen Verschiedenes zu verstehen. Für Euro- und einfache Kommunisten bedeutet er nicht mehr als die Berücksichtigung der nationalen historischen und ökonomischen Bedingungen auf dem Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft bei Verzicht aller Hegemonieansprüche. (Italien: Fehlen einer bürgerlichen Revolution, Bedeutung des Katholizismus, Nord-Süd-Gefälle). Linksliberale und sozialdemokratische Publizisten hingegen sehen dabei gleich ihre kühnsten Hoffnungen erfüllt. Wenn Pierre Juquin, ZK-Mitglied der KPF, erklärt:

„Wir werden jedesmal, wenn es notwendig sein wird, unsere Kritik über diesen oder jenen Aspekt der sowjetischen Realität formulieren",

so ist dies ein Fest für unsere Kommunismusdeuter. Der nationale Weg als Anpinkelei, das hätten sie gerne. Weit davon entfernt, die Bedeutung der KPF zu würdigen, nutzen sie derartige Bemerkungen für gewöhnlich aus, Spaltungstendenzen aufzuzeigen und die eigene kommunistische Partei zu diffamieren. Daß Juquin fortfuhr:

„Aber wir werden uns nicht am Antisowjetismus beteiligen, einem Unternehmen systematischer Lüge und Verleumdung, der Anschwärzung und der groben Diskriminierung",

erfährt der geschätzte Leser je nach Interessenlage des Verlegers entweder gar nicht, oder es wird ihm als Beweis geliefert dafür, daß die französischen Kommunisten eben doch noch moskauhörig seien.

Der nationale Weg, das zeigen die Reaktionen auf Ungarn, DDR, CSSR sowie das Schweigen zu Albanien, interessiert diese Publizistik immer nur, soweit er abschüssig zu sein verspricht.

Die zweite Komponente des Eurokommunismus hingegen, seine Garantie bürgerlicher Freiheiten, des Pluralismus, des Betätigungsrechts von Oppositionsparteien, der Möglichkeit eines demokratischen Regierungswechsels, scheint mir fragwürdiger. Zugegeben: Wie freudlos wirkt doch DDR-Wirklichkeit gemessen an der „Gemeinsamen Erklärung der Kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs", einem der Grundlagendokumente des Eurokommunismus:

„Die italienischen und französischen Kommunisten sind der Meinung, daß der Vormarsch zum Sozialismus und der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft... sich im Rahmen einer stetigen Demokratisierung des ökonomischen, sozialen und politischen Lebens vollziehen müssen. Der Sozialismus wird eine höhere Phase der Demokratie und der Freiheit sein, die vollständige Verwirklichung der Demokratie. In diesem Sinne müssen alle Freiheiten, die in den großen bürgerlich-demokratischen Revolutionen und den großen Volkskämpfen dieses Jahrhunderts errungen wurden... garantiert und ausgebaut werden. Dies gilt für die Meinungsfreiheit, die Pressefreiheit, die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, für die Freizügigkeit im In- bzw. ins Ausland, die Unverletzlichkeit der Privatsphäre, für die religiösen Freiheiten, für die totale Freiheit aller philosophischen, kulturellen und künstlerischen Strömungen und Auffassungen."

Wer wird sich diesen, sämtliche Vorurteile gegenüber der SU beschwichtigenden Forderungen nicht anschließen wollen? Damit sind wir bei dem eigentlichen Problem des Eurokommunismus, seiner Ausrichtung auf Mehrheitsentscheidungen im Rahmen einer bürgerlichen Demokratie, oder – wertfrei formuliert – bei den Auswirkungen der richtigen Erkenntnis, daß eine wesentlich erweiterte Massenbasis die Voraussetzung ist für einen sozialistischen Sieg.

Die Schaffung einer solchen Massenbasis setzt eine Evolution in der Mentalität der Bündnispartner voraus. Dies kann erreicht werden durch schrittweise Veränderungen der bestehenden Gesellschaft, durch die sinnliche Erfahrbarkeit partieller sozialistischer Errungenschaften z.B. im kommunalen Bereich. Da solche Veränderungen den Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Ordnung noch nicht überschreiten, können sie langfristig abgesichert werden. Immer größere Teile der Bevölkerung werden mit sozialistischen Analysen vertraut, von deren Richtigkeit überzeugt, ein revolutionäres Potential wächst heran, die Umwälzung der Verhältnisse wird möglich mit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung und nicht – wie gewöhnlich – gegen sie.

Der hessische CDU-Landesvorsitzende Alfred Dregger hat in Bonn vor dem Verein der ausländischen Presse vor den Gefahren gewarnt, die von den italienischen und französischen kommunistischen Parteien ausgingen. Der italienische KP-Chef Enrico Berlinguer sei „gerade wegen seiner vorzüglichen Manieren" besonders gefährlich.
„Frankfurter Rundschau" vom 3. 2. 76

Wie kommunistisch ist die Nato?

Dies gilt freilich nur unter der Voraussetzung, daß die Transformierung der Gesellschaft mit Hilfe von Bündnispartnern nicht die Partei selbst transformiert, sie zur Aufgabe wesentlicher Programmpunkte verführt im starren Blick auf günstige Wahlergebnisse. 1972–76 wuchs der Stimmenanteil der KPI um 7,2 Prozent. Viele italienische Genossen befürchten eine weitere Stärkung des rechten KPI-Flügels um Amendola und die von ihm betriebene Sozialdemokratisierung der Partei. So warnte erst kürzlich Parteipräsident Luigi Longo:

„In werktätigen Schichten bestehen Zweifel an unserer augenblicklichen Fähigkeit und unserem Willen, über die Krise hinauszusehen und für eine tiefgehende Erneuerung der Gesellschaft zu handeln."

Der Unmut über anbiedernde Alleingänge einiger Funktionäre wächst. Belinguers positive Würdigung der NATO z.B. stieß bei vielen Jungkommunisten auf Unverständnis, zumal ihre Organisation gerade eine Anti-NATO-Kampagne vorbereitet hatte.

Gelingt es aber der Partei, diesen unentwegt Konzessionen an das verfälschte Bewußtsein der Massen fordernden Transformationsprozeß zu verwirklichen, ohne selbst in reformistische Positionen abzugleiten, wird sie auf die Dauer um die Eigentumsfrage, um die Überwindung der Herrschaft des Menschen über den Menschen nicht hinwegtaktieren können. Jede Transformation erreicht irgendwann das Stadium des Überschlags, jenen Moment also, den man „Stunde der Wahrheit" nennen könnte. Spätestens fünf Minuten vor dieser Stunde werden die Besitzer der Produktionsmittel und ihre Agenten im Staatsapparat die Machtfrage für sich zu entscheiden suchen.

Sehr realistisch sah Berlinguer in den chilenischen Ereignissen

„einen weiteren eindeutigen Beweis dafür, daß die herrschenden bürgerlichen Klassen und die sie vertretenden oder ihnen dienenden Parteien bereit sind, alle Freiheits-

rechte zu zerstören und jedes staatsbürgerliche Recht sowie jedes menschliche Prinzip dann mit Füßen zu treten, wenn ihre eigenen Privilegien und ihre eigene Macht angetastet werden oder bedroht sind."

Dann wird eine kommunistische Partei vor der Alternative stehen, sich tatsächlich abwählen und zerschlagen zu lassen (ein ähnliches Risiko würde eine siegreiche Bourgeoisie so schnell nicht noch einmal eingehen), oder das bis dahin geschaffene revolutionäre Potential einzusetzen zur gründlichen Veränderung der Verhältnisse – vorausgesetzt, das internationale Kräfteverhältnis verbietet der kapitalistischen Internationale Interventionen wie in Chile. An eurokommunistischen Freiheitsidealen werden dann freilich Abstriche vorzunehmen sein.

Für die ideologische Auseinandersetzung scheint mir die Machtfrage der wesentlichste Aspekt zu sein, da sich an ihr der Wert diverser Garantien bürgerlicher Freiheit, die Möglichkeit, diese Freiheiten auch in einer sozialistischen Gesellschaft zu gewährleisten, verdeutlichen läßt.

Erklärungen der eurokommunistischen Parteien strapazieren das Wort „Freiheit" wie sonst nur die CDU. Da werden Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, religiöse Freiheiten, die totale Freiheit aller philosophischen, kulturellen und künstlerischen Strömungen und Auffassungen, die persönlichen und kollektiven Freiheiten und was es sonst noch an Freiheiten gibt, garantiert. Aber was heißt „Freiheit"? Zählt zu den persönlichen Freiheiten auch die Freiheit auszubeuten? Oder der freie Kapitaltransfer ins sichere Ausland? Ist Aussperrung durch die Koalitionsfreiheit gedeckt und antikommunistische Hetze von den Kanzeln durch Religionsfreiheit? Oder anders und wesentlicher gefragt: Ist Selbstmord, ist die falsche Reaktion auf falsche Bedingungen ein Akt der Freiheit?

Jede Vorstellung von Freiheit ist historisch bedingt. Schon die Griechen philosophierten über Freiheit, während sie sich von ihren Sklaven Getränke reichen ließen. Katholische Theologen priesen die Freiheit und ließen Hexen verbrennen. Und der kleine Bourgeois lobte die Freiheit, als er endlich auch auf Kosten anderer Profite machen durfte. Sie alle haben ihre Vorstellung von Freiheit, der Professor, der Pfarrer, der Kleinbürger, Bündnispartner des Eurokommunismus. Ihnen Freiheiten garantieren heißt, ihnen *ihre* Freiheiten zu garantieren.

Zum Beispiel die Meinungs- und Informationsfreiheit. Beide sind bekanntlich gewährleistet im Westen, wogegen sie in den kommunistischen Staaten mit Füßen getreten werden. Während wir in Freiheit jede Veröffentlichung aus einem Ostblockland lesen dürfen (und fast alles schreiben dürfen), werden westliche Publikationen den Menschen drüben vorenthalten. Zwar stimmt es wohl, daß seit 1945 z.B. in der Sowjetunion über 7000 Neuerscheinungen aus den USA, 6000 aus Frankreich, 4500 aus England und 1000 aus Italien übersetzt und in hoher Auflage verbreitet wurden. Umgekehrt sind in den USA und in England nur 500 sowjetische Bücher, in Italien 400 und in Frankreich 600 herausgekommen. Doch dieses Zahlenverhältnis, auch wenn sie denen des Fernsehaustausches und Filmexportes, der Theateraufführungen und Sprachkurse entsprechen, sind kein überzeugendes Argument, denn: Wir dürfen alles lesen, nur wollen wir eben nicht; wir sind so frei.

Und das ist das Faszinierende an unserer Freiheit, daß sie jedem Freiheit ermöglicht unter Verzicht auf seine Freiheitsrechte. Wir fühlen uns so herrlich frei wie ein Kaninchen, das im Stall geboren wurde, im Stall sterben wird und über den Stall nicht hinausdenken kann. Freiheit als eine historisch bedingte Vorstellung wird für den Menschen, der selbst unter diesen historischen Bedingungen sozialisiert wurde, immer nur „seine" Freiheit sein. Diese aber steht nicht nur zwingend im Widerspruch zu den sich – zunächst unmerklich – verändernden Bedingungen, sondern erst recht zu jeder bewußt initiierten Umwälzung. Diese Erscheinung ist bekannt spätestens seit Wilhelm Reich.

Über den Wert der Träume

Der Mensch denkt und empfindet heute, was er gestern erlebt, erfahren, gelernt hat. Zwar wird unser Bewußtsein vom Sein bestimmt (wie dieses Bewußtsein auch unser Sein beeinflußt), aber die entsprechenden Wirkungsmechanismen sind keine unmittelbaren, unverzögerten. Kaum jemanden gelingt es, seine eigene frühkindliche Sozialisation, die auf Anschauungen vorangegangener Generationen beruht, wirklich vollständig zu überwinden, und möge er noch so alt werden. Jene Schere zwischen Sein und Bewußtsein, beider Ungleichzeitigkeit, scheint mir die Ursache des (auch linken) Konservativismus. Was bedeutet dies konkret?

Die Annahme, Kapitalismus und Sozialismus könnten in einer pluralistischen, sozial abgesicherten, an bürgerlichen Freiheitsrechten orientierten Gesellschaft eine echte Alternative bilden für die Massen, ist falsch. Sollte es z.B. den italienischen Kommunisten als herrschende Partei gelingen, ihren Einfluß auf die Medien des Landes quantitativ dem der kapitalistischen Medienproduzenten anzugleichen, haben sie damit noch lange keine Gleichwertigkeit der Mittel erreicht, da die gewohnte Lüge des „Paese" eher mit dem noch notwendig falschen oder beschränkten Bewußtsein der meisten Leser übereinstimmt als die sozialistische Wahrheit der „Unita".

Wer Meinungsfreiheit, überhaupt bürgerliche Freiheiten garantiert, gewährt den konservativen Kräften eine Vorgabe. Dies gilt verstärkt noch für Gesellschaften unmittelbar oder einige Jahrzehnte nach einer revolutionären Veränderung. Über die Wirkung einer frei vertriebenen BRD-Presse in der DDR z.B. darf man sich keine Illusionen machen. Sie würde nicht nur das „Regime", sondern den Sozialismus in der DDR überhaupt gefährden. Erst wenn sich die Schere wieder schließt, wenn das Bewußtsein das neue Sein eingeholt hat, bleiben objektiv falsche, da veraltete Ideologien wirkungslos, werden Dissidenten zu Käuzen. (Damit meine ich nicht, daß alle Dissidenten Reaktionäre sind, sicher aber jene, deren Namen in der „Welt" gepriesen werden.)

Derartige Überlegungen sollen nicht den Eurokommunismus diskreditieren. Auch Träume können einen revolutionären Wert haben (Lenin), und es ist wahrlich an der Zeit, daß wir den Traum Freiheit realisieren. Nur halte ich es für gefährlich und falsch, wenn sich die westdeutsche Linke, offensichtlich immer noch unfähig, einen „nationalen Weg" zu gehen, an eurokommunistischen, d.h. aber (noch) idealistischen, subjektivistischen Freiheiten orientiert in ihrer Kritik am mißachteten realen Sozialismus. Freiheit darf nicht die „Freiheit" sein, Hitler oder Mussolini zu wählen, sondern die Einsicht in die objektive Notwendigkeit und die darauf beruhende Fähigkeit, Gesetzmäßigkeiten der Natur und Gesellschaft mit Sachkenntnis bewußt anzuwenden, um eine wachsende Herrschaft über sie zu erlangen.

Wer die richtige Erkenntnis von der Notwendigkeit einer breiten Massenbasis verwirklichen möchte, auch in der BRD, kann tatsächlich von den italienischen Kommunisten viel lernen: Stadtteilarbeit, Formen der Massenmobilisierung, offensive Öffentlichkeitsarbeit, Zusammenarbeit mit progressiven Künstlern, Bewußtmachen der nationalen Identität, Möglichkeiten kontroverser Diskussion, Kreativität usw. Nur darf man nicht vom Eurokommunismus geweckte Illusionen über bürgerliche Freiheiten im Sozialismus dazu mißbrauchen, antikommunistischer Vorurteile zuliebe die unumgängliche Veränderung des Freiheitsbegriffs im Sozialismus zu leugnen und etwa den realen Sozialismus nur am Maßstab bürgerlicher Freiheit zu messen. So notwendig es ist, Vorgänge, Entwicklungen im Ostblock kritisch und selbstbewußt zu analysieren, so töricht ist es, die neue, wenn auch unvollkommene Freiheit, die die Menschen dort besitzen, nicht zu erkennen. ■

Zum Weiterlesen

Die wichtigsten Texte zum Thema „Eurokommunismus" erscheinen bei VSA, dem Westberliner Verlag zum Studium der Arbeiterbewegung. Zum Beispiel:
Berlinguer / Gramsci / Longo / Amendola / Gruppi u.a.: Der historische Kompromiß (14 Mark)
Helga Koppel: PCI – Die Entwicklung der italienischen KP zur Massenpartei (12 Mark)
Freiheit der Kritik oder Standpunktlogik – Diskussion in der KPF (14,80 Mark)
Spanien nach Franco – Debray/Gallo diskutieren mit Santiago Carillo (14,80 Mark)
und zahlreiche Beiträge in der Vierteljahresschrift des VSA **„Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus".**
Ein „Klassiker" aus der Sowjetunion: **„Die kommunistische Weltbewegung – Abriß der Strategie und Taktik",** Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. (12 Mark)
Wichtig auch das **Kursbuch 46: „Volksfront für Europa"** (7 Mark) und das **Italien-Sonderheft** des **Berliner Extra-Dienst** (4 Mark)
Die **Dokumente der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien** sind im Augenblick weder in der Ausgabe, die der DKP-Parteivorstand herausgegeben hat, noch in der des Dietz-Verlags (DDR) lieferbar.

Der Wiener Schriftsteller Michael Scharang zur Frage:

Kommunismus - wie hätten Sie's denn gern?

Die Frage, wie man es gern hätte, wurde bisher bei uns in Österreich vor allem von Friseuren gestellt. Sie wird unumgänglich, nachdem sich Friseur und Kunde über die Tagesordnung für das folgende halbstündige Gespräch geeinigt haben, und bezieht sich auf den Haarschnitt.

In letzter Zeit macht sich ein neues Dienstleistungsgewerbe breit, das ebenfalls mit der Frage, wie man es gern hätte, an die Kunden herantritt, sonst aber mit der ehrenhaften Tätigkeit von Friseuren nichts zu tun hat. Die Spekulanten, die sich auf dieses Gewerbe stürzen, haben eine Lücke im Markt des Antikommunismus entdeckt. Da die österreichischen Kommunisten auf Vorhaltungen, wie schlimm die Kommunisten im Osten seien, ihrem künstlich erregten Gegenüber nur noch begütigend auf den Hinterkopf klopfen, versucht man uns nun mit dem Hinweis auf die braven Eurokommunisten aus der Fassung zu bringen.

Ich fiel diesen Spekulanten auch prompt herein. Sofort machte ich mich daran, italienische Bedingungen bei uns zu schaffen, nahm das marxistische Dogma, daß auch die Natur den Menschen prägt, und eine Schaufel zur Hand, um zuerst einmal den Neusiedler See in die Adria zu verwandeln. Ein italienischer Genosse, den ich bei Skifahren kennengelernt hatte, griff daraufhin zu den Normen des proletarischen Internationalismus (die Partei stellte sie ihm gern gegen eine geringe Leihgebühr zur Verfügung) und versuchte, aus den römischen Hügeln die Zillertaler Alpen zu machen. Beide Unternehmungen scheiterten.

Die Zeit der Anfechtungen war damit für mich aber noch nicht vorbei. Ich fragte die Spekulanten, was ich nun tun könnte, um ein braver Kommunist zu werden, und sie rieten mir, zu den Massenmedien zu laufen und gegen die Diskriminierung der Dissidenten zu protestieren. Ich nichts als hin, denn das wollte ich ja schon lang, nur hatte es mir an ermutigendem Zuspruch gefehlt. Ich pflanzte mich vor Redakteuren, Abteilungsleitern und Intendanten auf und protestierte dagegen, daß ich in diesem Land meiner politischen Gesinnung wegen diskriminiert werde, mir die Massenmedien weitgehend verschlossen blieben, ich nur in Dissidentenblättern schreiben dürfe, mein Offener Brief an den Bundeskanzler noch immer ohne Antwort sei. Und, fuhr ich fort, ich sei nicht der einzige, ja, ich kenne keinen Kommunisten hier, der nicht schlimmen Repressionen ausgesetzt sei, das reiche von Entlassungen über Strafversetzungen bis zu Berufsverboten.

Die Herren bedauerten. Sie seien nur für Ost-Dissidenten zuständig, eventuell noch für verfolgte Weiße in Südafrika (weil sie sich jetzt schon einarbeiten müßten für die Zeit der schwarzen Machtergreifung), aber völlig unzuständig für heimische Dissidenten. Da müßte ich mich an die „Volksstimme" wenden, die Zeitung der KPÖ.

Und so landete ich unversehens wieder bei der Partei.

Den Spekulanten war das sogar recht. Sag doch denen, drängten sie, daß die Franzosen und Italiener aus ihren Parteiprogrammen ein paar Wörter herausgestrichen haben; das könnt ihr doch auch machen, und ihr werdet sehen, im Handumdrehen seid auch ihr eine große Partei. Ich wollte aber nicht gleich die kleine Partei drängen, sondern zuerst mich: zum Nachdenken.

Große Partei? Waren wir nicht schon auf dem Weg dazu? Gab es nicht im Oktober 1950 Klassenkämpfe im ganzen Land gegen die ersten Auswirkungen der Sozialpartnerschaftspolitik? Warum werden diese Kämpfe heute noch gegen jede historische Wahrheit als Kommunistenputsch diffamiert? Und was war weiter? Das berüchtigte Proporzsystem wurde ausgebaut, die politische Macht zwischen SPÖ und ÖVP (der großen Unternehmerpartei) geteilt; ein Kontrollsystem von der obersten bis zu den untersten Instanzen zur Niederhaltung der Arbeiterbewegung; Institutionalisierung der Sozialpartnerschaft zur geheimen Regierung, was praktisch einer Ausschaltung des Parlaments gleichkommt; die diversen Ideologien werden zur Staatsideologie des Antikommunismus vereinheitlicht und reduziert und schließlich, unter der SP-Regierung, zur Staatsdoktrin erhoben; Sozialdemokraten wird offiziell verboten, mit Kommunisten zusammenzuarbeiten; zum Ausgleich dafür besichtigt auf einem offiziellen Auslandsbesuch der SPÖ-Bundeskanzler mit dem FPÖ-Obmann, einem ehemaligen SS-Obersturmführer, ein Konzentrationslager.

Also, wie hätten Sie's jetzt gern? Pluralistisch und ohne Diktatur des Proletariats? Oder sind Sie inzwischen auch schon draufgekommen, daß das nicht nur theoretische, sondern vor allem auch praktische Fragen sind? Fragen, die sich den französischen und italienischen Genossen im Rahmen ihrer Bündnispolitik stellen und die von den Möglichkeiten dieser Politik her beantwortet werden müssen.

Unsere Bündnispartner wagen den Kontakt mit uns zur Zeit nur mittels Fernrohr. Für uns ist es schon ermutigend, zu wissen, daß sie das nicht aus Furcht vor uns tun. So sieht die politische Realität in Österreich aus, und entsprechend sind die Kampfbedingungen. Eine Ideologiediskussion hierher zu verpflanzen, die woanders unter ganz anderen Bedingungen entstand, wäre nicht nur ein fauler ideologischer Trick. Wir würden uns damit auch den Boden unter den Füßen wegziehen.

Und genau darauf haben es unsere bürgerlichen und sozialdemokratischen Prediger des Eurokommunismus abgesehen. Kommunistenliquidierung auf die direkte Art ist eben nicht mehr das ganz große Geschäft. Deshalb wollen sie uns jetzt die italienische Sonne verordnen, damit wir schneller reif werden. Zum Abschuß.

Aber sie spekulieren falsch. Wir haben nämlich von den vielen Prügeln nicht nur eine dicke, sondern auch eine rote Haut. Der tut die Sonne nichts. Die käsigen ideologischen Gesundbeter aber werden noch immer mit einem Sonnenbrand im Bett liegen, wenn wir längst schon mit den italienischen Genossen Arm in Arm dahinspazieren (oder dahinmarschieren).

Ja, so hätten wir's alle gern - mit menschlichem Antlitz

Wolfgang Abendroth

Ein neuer Stalinismus?

Die Auseinandersetzung mit dem „Personenkult“ wurde auf dem XX. Parteitag der KPdSU geführt. Und damit basta. Die Propaganda-Gleichung Sozialismus = Stalinismus wirkt, weil in den sozialistischen Staaten eine gründliche materialistische Stalinismus-Kritik – zumindest in der Öffentlichkeit – nie stattfand. Ein französischer Kommunist, Jean Elleinstein, hat sie nachgeliefert* . Wolfgang Abendroth nimmt seine „Geschichte des ‚Stalinismus‘“ zum Anlaß für eine – auch – aktuell-politische Begriffsbestimmung

In unserem sozialistischen Nachbarstaat, der DDR, hat der Fall Biermann (und ebenso, was an Einschränkungsmaßnahmen im intellektuellen Bereich aus ihm folgte), in der Tschechoslowakei die Auseinandersetzung um die „Charta ’77“, in Polen all das, was an Prozessen sich aus einer Streik-Auseinandersetzung (mit anschließenden schweren Ausschreitungen) ergeben hat, in der UdSSR der Brief Sacharows an Carter zu der Gefahr geführt, daß in die gesamte Welt der sozialistischen Staaten eine Kälte-Welle einbricht, die der antikommunistischen Propaganda (gleichgültig ob in bürgerlicher, sozialdemokratischer oder ultralinker Form) ihre Arbeit erleichtert. Rechte (wie „linke“, aber keineswegs wirklich linke) Sozialdemokraten behaupten in holder Eintracht mit den alten Kämpen der CDU, der Stalinismus sei in alter Pracht auferstanden.

Die hohen Repräsentanten der „sozialliberalen“ Koalition der Bundesrepublik und ihre „öffentliche Meinung“, die sich über die Ausbürgerung Wolf Biermanns nicht genug entrüsten können und sich darauf freuen, daß sie auf der Belgrader Konferenz, die die Bilanz von Helsinki ziehen soll, die DDR (völkerrechtlich gesehen nur angeblicher, moralisch gesehen leider teilweise realer) Beeinträchtigung der Menschenrechte bezichtigen können, müssen sich zur gleichen Zeit vom Außenminister des Iran daran erinnern lassen, daß ihre Geheimdienste den Behörden des Schah, seiner politischen Polizei und seinen Gerichten Materialien über die persischen Studenten in unserem Lande liefern. Wo bleibt da der Protest der Führer der SPD (und der Ausschlußantrag gegen die für

Wolfgang Abendroth

diese Kumpanei zur Begünstigung eines extrem terroristischen Regimes der äußersten Reaktion verantwortlichen sozialdemokratischen Minister)? Hat, wer seinen „Verfassungsschutz“ für die Savak des Schah arbeiten läßt, die Tag für Tag neue Opfer für Folter und Mord sucht, das Recht, Ausbürgerung und Behinderungen in den sozialistischen Staaten, die sich gegen Oppositionelle richten – so beklagenswert sie sind –, als die gefährlichsten Menschenrechtsverletzungen in unserer Zeit zu bezeichnen?

Aber wie steht es mit dem Argument, es handle sich dabei um das Wiederaufleben des Stalinismus? Es ist richtig – leider ist trotz des 20. Parteitages der KPdSU und des berühmten Geheimberichtes von Chrustschow, der vier Monate später von der „New York Times“ veröffentlicht wurde, trotz der Resolution des ZK-Plenums vom 30. Juni 1956 und der Enthüllungen des 22. Parteitages zum Mordfall Kirow und seinen Folgen in den offiziösen kommunistischen Parteien die Aufarbeitung dieser Probleme zwanzig Jahre lang nicht erfolgt. Sie blieb einerseits der Erinnerungsliteratur, andererseits der antikommunistischen bürgerlichen Wissenschaft überlassen, soweit sich nicht kritische Marxisten wie Isaak Deutscher ihrer angenommen haben.

Um so verdienstvoller ist es, daß nun Jean Elleinstein, der Leiter des „Centre d’Etude et des Récherches Marxistes“ der KPF eine gute historische Analyse des „phénomène staliniste“ vorgelegt hat, die sich nicht mit der billigen These des bloßen „Personalismus“ begnügt, sondern die wichtigsten Quellen zusammenträgt, kein Verbrechen verschweigt und seine geschichtlichen und sozialen Ursachen und Bedingungen ebenso klärt wie seine Funktion. Der „VSA“-Verlag in West-Berlin hat das Buch jetzt in deutscher Übersetzung mit dem Titel „Geschichte des Stalinismus“ publiziert.

Niemand sollte mehr leichtfertig den Ausdruck „Stalinismus“ verwenden oder über seine unleugbaren aber wohl unvermeidlichen Nachfolgewirkungen auch in der Gegenwart orakeln, der es nicht gelesen hat. Hat man es studiert, so weiß man, wie grotesk es wäre, die heutigen Rückfälle gegenüber Meinungs- und Diskussionsfreiheit, die ja weit geringfügiger sind als in allzu vielen kapitalistischen Ländern, mit der Brutalität sei es des „Vorstalinismus“ der Jahre 1929/30–1934, sei es des Hochstalinismus der Jahre 1936–1938, sei es des Neostalinismus (auch in den neu entstandenen sozialistischen Ländern) nach Beginn des „kalten Krieges“ in einem Atemzug zu nennen. Schon darum sollte dieses Buch zur Pflichtlektüre eines jeden werden, der in der Linken der Bundesrepublik ernstlich mitdiskutieren will. Es sei auch jedem Historiker und Sozialwissenschaftler dringend empfohlen. Denn es ist eine ebenso gründliche wie überzeugende marxistische wissenschaftliche Analyse, die alle wichtigen Fakten darstellt. Man sollte sich deshalb auch nicht durch gelegentlich groteske Übersetzungsfehler (z.B. Seite 42/43, 79, 116/117, 152) oder Schlampereien des Korrektors abschrecken lassen.

Dabei ist es erstaunlich, mit welcher undogmatischen Offenheit Elleinstein häufig auf den „Trotzkisten“ Isaak Deutscher zurückgreift und wie häufig er zu gleichen Positionen gelangt, wie sie in den Publikationen Werner Hofmanns (oder meinen) in den fünfziger und sechziger Jahren in der Bundesrepublik vertreten worden sind, die er offensichtlich gar nicht kennt.

Die Ansätze, die die Wendung zum Siege Stalins und dann des Stalinschen voluntaristisch-terroristischen Systems möglich – nicht etwa unvermeidlich – machten, wurden bereits dadurch gegeben, daß, nachdem auch die „linken Sozialrevolutionäre“, die ja zunächst die Koalitionspartner der Bolschewiki waren, ins Lager der Gegenrevolution übergegangen waren, weil sie den Friedensschluß von Brest-Litowsk nicht tolerieren wollten, real – zuerst auch noch nicht theoretisch – die Diktatur

*) Jean Elleinstein: Geschichte des „Stalinismus“, VSA (Westberlin), 228 Seiten, 16,80 Mark

des Proletariats zur Einparteienherrschaft wurde. Die lange Dauer des Bürgerkrieges und der Abwehr der Interventionsfeldzüge aller Großmächte, der West-Alliierten wie des Deutschen Reiches, und der polnische Angriffskrieg zwecks Eroberung der Ukraine zwangen dazu, die noch kleine Arbeiterklasse, die Vorhut der Revolution, zu militarisieren, die Stadt im „Kriegskommunismus" durch das Land zu ernähren. Gleichwohl hielt das Büdnis mit den Bauern, die wußten, daß der sieg der „Weißen" den Großgrundbesitz wiederherstellen würde; aber von demokratischer Diskussion, die zu Beginn dieser Periode auch die Partei bestimmt hatte, konnte immer weniger die Rede sein, weil die Praxis es verbot. Das Fraktionsbildungsverbot des 10. Parteitages und der Kronstädter Aufstand fallen nicht zufällig zeitlich fast zusammen. So war die zweite Bedingung vorbereitet: die innere Entdemokratisierung der Partei.

Die Neue Ökonomische Politik (NEP) mit der Bestätigung der bäuerlichen Einzelwirtschaft (und ihrer Konkurrenz und damit der rasch sich durchspielenden Schichten-Differenzierung zugunsten der Kulaken und größeren Mittelbauern), mit der begrenzten Wiederherstellung kleinkapitalistischer Produktion in den Städten und den – rasch gescheiterten – Hoffnungen, westliches Kapital zur – sozialistisch kontrollierten – Investitionshilfe heranzuziehen, mußte die Restitution der Bedrohung des werdenden Sozialismus durch neue Klassenkämpfe bringen, so groß auch ihr Erfolg in der Rekonstruktion des Produktionsniveaus war. War die Partei, die nun voll mit dem Staat (aber auch mit den fehlenden demokratischen Kontrollen, wie sie der russischen Geschichte nun einmal entsprachen) identisch geworden war, dem gewachsen? Zunächst hatten die Hoffnung auf den Sieg der Revolution in einem hochindustriellen Land und die Hilfen, die daraus erwachsen würden, den Weg der NEP als zulässig erscheinen lassen. Aber seit der Niederlage im Deutschen Reich 1923 war diese Hoffnung für lange Zeit entfallen.

So war die Vorherrschaft der von Kommunisten geleiteten Staatsmacht und der sozialistischen Ökonomie in der großindustriellen Produktion bedroht; eine Vorherrschaft, die die siegreiche Revolution gleichsam übrig gelassen hatte, die aber nicht mehr aktiv von der großen bäuerlichen Majorität der Bevölkerung getragen war, von ihr höchstens passiv geduldet wurde. Neue Wege des Aufbaus des Sozialismus in nur *einem* Lande mußten gefunden werden, dazu in einem – wir würden heute sagen – „Entwicklungsland", dessen Produktivkräfte nur schwach waren. Damit entstanden die dritte und die vierte Vorbedingung zur Entwicklung des „Stalinismus". Die dritte: Es bedurfte der agrarischen Umstrukturierung in Richtung auf kollektive Großproduktion, die der Vorherrschaft der Kulaken auf dem Land ein Ende setzte. Die vierte: Es bedurfte neuer Formen der raschen weiteren Entwicklung der industriellen Produktion und der Verkehrswege, sozialistischer, aber unvermeidlich eruptiv-primitiver Akkumulation, die auf noch lange Zeit die Angleichung der Lebenshaltungsbedingungen des industriellen Proletariats (das gleichzeitig erheblich und schnell wachsen mußte) an das Niveau, das es sich in den entwickelten kapitalistisch-industriellen Ländern (wenigstens in deren Konjunkturperioden) erstritten hatte, als Möglichkeit ausschloß.

Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili – das Problem „Stalin" wurde 20 Jahre lang der antikommunistischen bürgerlichen Wissenschaft überlassen

Für alles das hatte die Partei keine „fertige" Strategie. Sie war als Partei des revolutionären Klassenkampfes mit dem Ziel der Eroberung der politischen Macht als der Vorbedingung des Wegs zum Sozialismus entstanden, und sie hatte diesen unmittelbaren Weg zur Macht nur deshalb beschritten, weil sie hoffte, zumindest in einem hochindustriellen Lande werde die Arbeiterklasse auch siegen. Nun stand sie allein. Sie debattierte, und sie reagierte auf neue Zuspitzungen stets zu spät und im Grunde ohne, bestenfalls mit „nachgeschobener" strategischer Perspektive. In den Debatten wurden jedoch im Hin und Her der Gruppierungen alle diese Fragen, häufig in sehr durchdachter Weise, angesprochen.

So ist es durchaus verständlich und erklärbar, daß die parteibürokratische Gruppierung des „Machers" Stalin nach Lenins Selbstausschaltung durch Krankheit 1923 und nach seinem Tode 1924 in wechselnden Kombinationen an die Spitze getrieben wurde und nach der Krise der Zehnjahresfeier der Revolution 1927 allein über die Macht verfügte. Erklären – das heißt, wie Elleinstein immer wieder mit Recht betont –, nicht alternativlos rechtfertigen und für richtig halten. So ist es ebenso zu verstehen, daß, gestützt auf Partei, Staatsapparat und Städte, 1928/29 der Weg zur zweiten Agrarrevolution, zur technisch unvorbereiteten (oder doch technisch gänzlich unzureichend ausgestatteten) Kollektivierung mit ihren ungeheuerlichen Opfern und ihrem ungeheuerlichen Terror beschritten wurde, der nicht nur die Kulaken, sondern auch die Mittelbauern und weitgehend die Kleinbauern traf. Damit war auch das vierte Problem angesprochen: die Arbeitskräfte für riesige Verkehrsprojekte und auch für viele industrielle Projekte waren „freigesetzt", aber, weil sie – gewaltsam vertrieben aus ihren früheren Positionen – extrem erbittert waren (und sein mußten), millionenhaft als Zwangsarbeiter in der „Verschiebung". *Richard Lorenz* hat in seiner „Sozialgeschichte der Sowjet-Union" (Bd. 1, Edition Suhrkamp 654, 1976) gewiß recht, wenn er sagt, daß das alles zu ungeheuerlichen ökonomischen Verlusten und Planungswidersprüchen führte, wenn auch das Ziel, die Umwandlung der UdSSR in einen industriellen Staat, erreicht worden ist.

Gleichzeitig kam in der kapitalistischen Welt die große Krise und der Aufstieg des Faschismus. Sie erklärt, warum die kommunistischen Arbeiter dieser Länder – neuen Gefahren ausgesetzt, wie sie es waren – das alles nicht kritisch-solidarisch analysierten, sondern gläubig hoffend auf das ferne Moskau starrten, alles, was dort geschah, für richtig hielten und jeden verdammten, der Zweifel äußern wollte, auch in der bittersten Periode, die nun folgt. Denn: Notwendig führten die Rückfälle und Widersprüche, das Elend der Massen in dieser Periode, aber auch das Anwachsen der außenpolitischen Gefahren, die der Sieg der Faschisten in Deutschland mit sich brachte (und die durch die Aufnahme der UdSSR in den Völkerbund 1934 keineswegs ausgeglichen waren), zur „Gefahr" neuer großer Widersprüche in der Partei selbst, zur steten Steigerung der Angst der bürokratischen Führungsgruppen um Stalin vor neuer Diskussion. Konnte – wenn man in ihren Denkgeleisen überlegt – eine nicht extrem bürgerkriegsmäßig disziplinierte Partei- und Staatsführung die Gefahren bestehen, die nun vor ihr standen?

So kommt nun die Übertragung des barbarischen Terrors, der die Bauern in die Kollektive auf der einen, die Arbeitslager auf der anderen Seite gezwungen hatte, auf die alten Kader der Partei. 1927 war Verbannung Trotzkis noch Ausnahme gewesen: 1934 kommt das erste Urteil gegen Sinowjew und Kamenew, 1936 – nach dem Kirow-Mord – das zweite mit den ersten Todesurteilen. Von nun an geht die ganze alte Garde der Bolschewiki durch Todesurteile unter, sei es durch physische, sei es durch psychische Folter erzwungenen, unwahren Geständnissen. Aber das alles ist nur die Spitze eines Eisberges: „unten", bei kleinen Funktionären und alten Mitgliedern der Partei potenziert sich all das. Es ergreift auch die Spitzenkader illegalisierter ausländischer kommunistischer Parteien, die in Moskau leben. An diesem Widerspruch stirbt auch im Westen die Chance, die reformistischen Parteien zur Fortsetzung der Volksfrontpolitik zu zwingen.

„Hat, wer seinen Verfassungsschutz für die Savak des Schah arbeiten läßt, das Recht, Behinderungen von Oppositionellen in den sozialistischen Staaten als die gefährlichsten Menschenrechtsverletzungen in unserer Zeit zu bezeichnen?"

Und gleichwohl bleibt – und wird z. T. erst – die ökonomische Basis der sich rasch industrialisierenden UdSSR sozialistisch; aber es ist, wie *August Thalheimer* das damals zutreffend definierte, „barbarischer Sozialismus". Zwar schwächt sich Ende 1938 dieser innerparteiliche Terror, der sein Ziel, die Partei völlig diskussionslos zu machen, erreicht hat, deutlich wieder ab. Aber er hat vorher auch noch die besten alten Kader der Roten Armee gefressen. In der Partei ist der Karrierist an die Stelle des kritischen Leninisten getreten. Im Krieg scheint dann das alles an Bedeutung zu verlieren.

Nach dem Kriege, erst recht nach Beginn des „Kalten Krieges" (unvermeidlich um der Klassenstrukturen willen und weil die imperialistischen Staaten ihren Ausbeutungsraum gegen koloniale Revolutionen schützen wollen, nicht zuletzt auch, weil sie eine demokratisch-sozialistische Kompromißlösung, die Stalin zunächst keineswegs nur für Deutschland, sondern für alle europäischen Staaten zulassen will, verhindern müssen) bricht das alles wieder los. Die UdSSR ist in ihren ganzen europäischen Gebieten durch Hitlers Raub- und Mordzug fast auf das Ausgangsniveau zurückgeworfen. Und in den neuen sozialistischen Ländern ist der Sozialismus im Schatten der Armee der UdSSR entstanden. Weil zu den Lasten ihres eigenen Wiederaufbaus noch die (verständlicherweise erforderliche) Hilfe für den der UdSSR hinzukommt und also auch bei ihnen die Lebenshaltung der Massen nicht so rasch wachsen kann wie in den kapitalistischen Staaten, wiederholt sich auch in diesen Ländern das Problem, daß sich der sozialistische Aufbau allzu häufig bald nicht mehr mit der Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung, sondern gegen ihren Willen vollzieht. So entsteht die Welle des Neo-Stalinismus, die in der UdSSR den Ärzteprozeß als Kulminationspunkt kennt, in den anderen sozialistischen Ländern viel bitterere Ereignisse. Noch am glimpflichsten ist sie – das bleibt ein Verdienst Walter Ulbrichts – in der DDR verlaufen. Die Folgen waren die gleichen: Der internationale Reformismus lief ins Lager der Reaktion zurück.

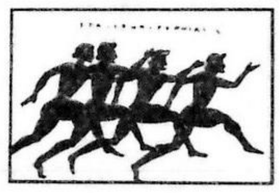
Leider hat Elleinstein diese beiden Wellen nicht scharf genug getrennt und unterschieden. Die Verspätung in der Aufarbeitung des Stalinismus führt – das soll kein Vorwurf sein – in der französischen KP gerade hier, in der jüngsten Periode, von der sie sich am entschiedensten abgrenzen muß, leicht zu Vereinfachungen. Doch der Wert des Buches wird dadurch keineswegs gemindert. Einen auch nur annähernd ebenso wertvollen Grundriß des Systems und der Geschichte des stalinistischen Phänomens gibt es in der internationalen Literatur nirgends.

Elleinstein stellt auch die Periode des Abbaus des Systems Stalins nach der Leningrader Ärzte-Verfolgung und dem Tode Stalins 1953 und dann seiner Überwindung nach dem 20. Parteitag der KPdSU systematisch dar. Er macht deutlich, daß es seit der Liquidation der Kriegsfolgen und dem neuen industriellen Aufschwung der UdSSR trotz ihrer ungeheuren Belastung durch unproduktive Rüstungsnotwendigkeiten, wie sie ihr durch die Hochaufrüstung der immer noch industriell überlegenen monopolkapitalistischen Staaten aufgezwungen sind, wenn sie sich nicht der Gefahr eines zweiten 1941 aussetzen will, keine soziale Funktion und nur noch Reste einer sozialen Grundlage des Stalinismus mehr gibt.

Unvermeidlich gibt es sozialpsychologische (und organisatorische) Reste, die aus dieser Zeit stammen. Sie können in Perioden verschärfter Bedrohung, sei es der UdSSR und der sozialistischen Staatenwelt von außen, sei es wegen innerer Spannungen durch Rückschläge im Wachstumsprozeß der sozialistischen Ökonomie, immer wieder Frostperioden erzeugen, kaum aber mehr. Um sie vermeiden zu können, ist die genaue historische und theoretische Aufarbeitung der stalinistischen Perioden auch in der kommunistischen Literatur dringend erforderlich. Wir sollten deshalb für Elleinsteins Beitrag doppelt dankbar sein, nicht nur wissenschaftlich, auch aktuell-politisch. ■

George Thomson

Frühgeschichte Griechenlands und der Ägäis



FORSCHUNGEN ZUR ALTGRIECHISCHEN GESELLSCHAFT 1

563 S., DM 17,80

W. RUGE

WEIMAR

REPUBLIK AUF ZEIT

388 S., DM 14,80

Luigi Longo

Die Internationalen Brigaden in Spanien

deb

287 S., DM 14,80

Philosophisches Wörterbuch

2 Herausgeber Georg Klaus Manfred Buhr

1394 S., DM 32,00

Dieter Fricke

Die deutsche **Arbeiterbewegung** 1869 bis 1914

Organisation • Tätigkeit

991 S., DM 24,00

A. S. Makarenko
Eine Auswahl

556 S., DM 9,80

Werner Hecht

Brechts Weg zum epischen Theater
1918–1933

deb

171 S., DM 7,00

Braunsdorf / Löffler

KAPITALBEGRIFF UND MONOPOL

Zur Kritik an:
Altvater · Ebbighausen
Jordan · Neusüss
Projekt Klassenanalyse
Rosdolsky · Reichelt
Schubert · Wirth · u.a.

244 S., DM 12,80

George Thomson

Aischylos und Athen

deb

515 S., DM 19,80

Brecht
Sein Leben und Werk

Bunge · Hecht · Rülicke

333 S., DM 9,00

Fordern Sie bitte unser Gesamtverzeichnis '76/'77 an.

deb verlag das europäische buch

Knesebeckstraße 3, 1 Berlin 12

Hermann L. Gremliza

Der Krieg der Tröpfe

Wenn Frieden die bloße Abwesenheit von Krieg wäre, hätte 1913 oder 1938 in Mitteleuropa Frieden geherrscht. Herrscht solcher Friede auch 1977?

Carl Friedrich von Weizsäcker sagte kürzlich, er habe noch vor einigen Jahren einen Krieg in Europa für undenkbar gehalten – inzwischen sei er da nicht mehr so sicher. Doch auch wer die Möglichkeit eines Krieges ausschließt, muß erkennen, was in der Erleichterung über eine vernünftigere Vertrags- und Entspannungspolitik verdrängt wurde: Daß die Voraussetzung wirklichen Friedens, die vorbehaltlose Anerkennung der staatlichen Existenz aller Staaten Europas durch alle anderen Staaten Europas, bis heute fehlt: Noch immer verzichtet die Bundesrepublik Deutschland nicht auf ihr Ziel, den Staat DDR zu beseitigen. Verzichtet hat sie nur darauf, dies mit Gewalt zu tun.

Man kann freilich auch unter Verzicht auf Kanonen und Gewehre gewalttätige Politik betreiben. Indem man etwa den Anspruch stellt und, soweit der Arm des eigenen Büttels reicht, auch durchsetzt, daß die Bürger des anderen Staates nicht dessen Bürgerrecht haben. Oder indem man die Gültigkeit der eigenen Rechtsnormen über die Bürger des anderen Staates ausdehnt, oder die Grenze jenes Staates nicht als Staatsgrenze anerkennt. Denn dies ist es doch, was hinter der harmlos klingenden Formel von den „Beziehungen besonderer Art" steckt: Nicht, daß die kurze Zeit seit der Teilung des Deutschen Reichs die verwandtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen BRD und DDR noch nicht so weit aufgelöst hat wie etwa zwischen der Schweiz und Österreich. Sondern daß die Bundesrepublik gegenüber der DDR Rechte reklamiert, deren Forderung jeder Staat als Kriegserklärung verstehen könnte.

Das Grundgesetz verlangt's, sagen die, die das Grundgesetz hundertmal geändert, verbogen und umgangen haben. Das Verfassungsgericht zwingt uns, sagen die, die diese Richter nach ihren Parteiprogrammen gewählt haben. Als würden die staatlichen Akte in der internationalen Politik nach der innerpolitischen Arbeitsteilung, die sie zustande gebracht hat, beurteilt werden können. Der südafrikanische Premier könnte seine Politik auch nicht damit salvieren, daß sein oberstes Gericht leider auf Rassismus bestehe.

Die Grenze zur DDR, so sagte in diesen Tagen der außenpolitische Sprecher der Bonner CDU/CSU-Fraktion, dürfe rechtlich nichts anderes sein als eine Grenze zwischen Bundesländern. Sie darf also von Bürgern der DDR (die in dieser gewalttätigen Rechtsauslegung ja eigentlich Bürger der Bundesrepublik sind) an allen Grenz- und Zollkontrollen vorbei passiert werden. Wer diese Grenzüberschreitungen durch Feld und Wald verhindern will, ist demnach eine Wegelagerer und darf, wenn er bewaffnet ist, in „Notwehr" – Fall Weinhold – erschossen werden. Infolgedessen darf man Personen, die diese Grenze mit polizeiartigem Einsatz (dreimaliger Anruf, danach Warnschüsse, schließlich gezielte Schüsse) bewachen, vorwerfen, sie seien beauftragt, Menschen abzuknallen wie Hasen. Und wenn man deshalb aus dem Staat, den man beseitigen will, ausgewiesen wird, ist dies – Fall Loewe – Vertragsbruch.

Es waren diese Akte von Gewalttätigkeit, die dem ständigen Vertreter der Bundesrepublik in der Hauptstadt der DDR, der qua Amt doch alle von der DDR verursachten Störungen zu registrieren hat, das Überwiegen bundesdeutscher Provokationen erkennen ließen. Und es spricht für Günter Gaus, daß er, bei aller Vorsicht, dort Änderungen der Bonner Politik – die er nicht Deutschland-, sondern „DDR-Politik" nennt – vorschlug, wo die DDR mit Recht ihre staatliche Existenz mißachtet sieht: in den Fragen der Staatsgrenze und der Staatsbürgerschaft.

Gausens Interview zielte auf einen Frieden in Europa, der nicht nur die Abwesenheit, die vorübergehende, von Krieg bedeutete. Die CDU/CSU forderte deshalb seine Abberufung, Hans-Dietrich Genscher und ein Teil der SPD hätten dem gern entsprochen und die „Zeit", das Zentralorgan der staatstragenden Kräfte, fragte: „Ging Gaus der Gaul durch?"

In diesem öffentlichen Dienst ist Vernunft eine Radikale. Auch wenn sie sich, wie im Falle Gaus, nur halbwegs zu erkennen gibt. ■

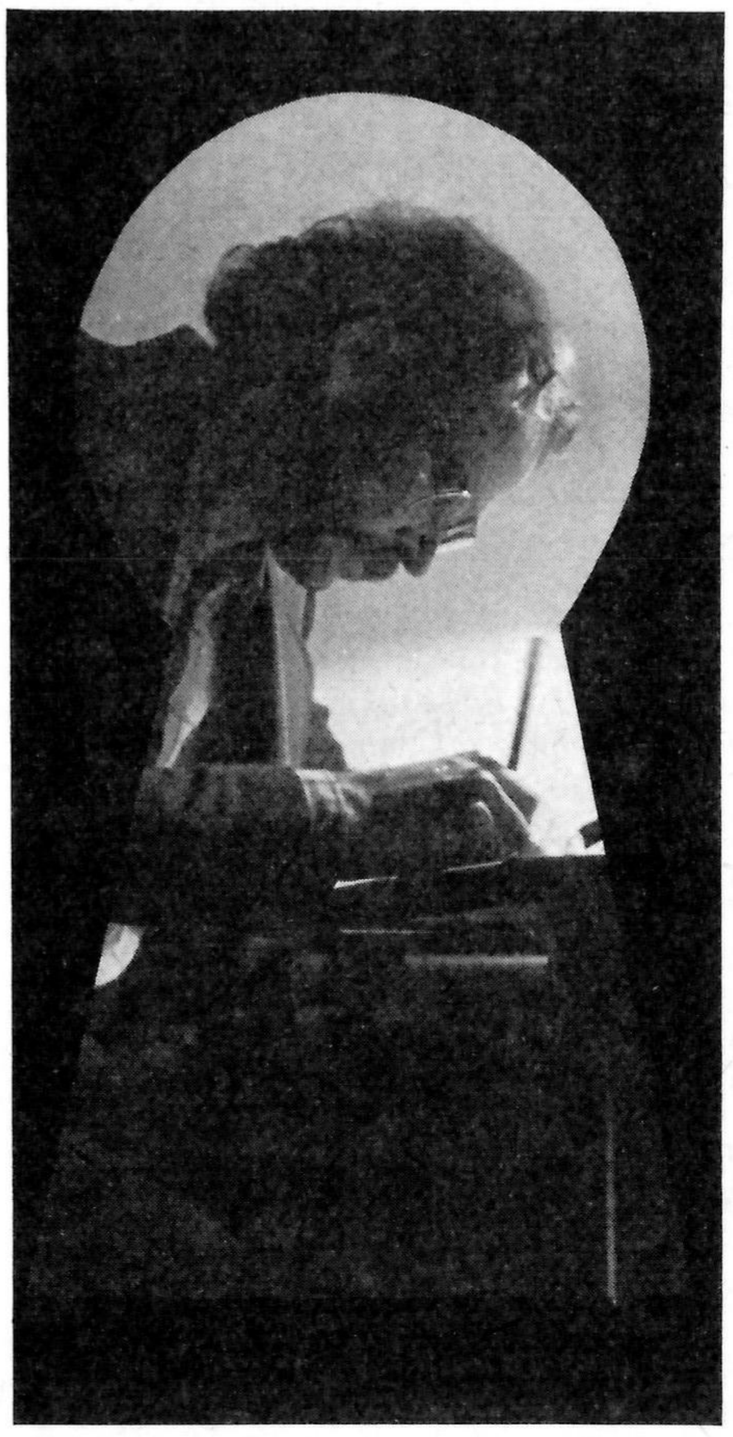
Günter Wallraff
Die Stasi von Köln/2. Teil

Bericht zur Gesinnungslage des Staatsschutzes

Anderthalb Jahre lang ließ die Kölner Staatsanwaltschaft gegen Günter Wallraff ermitteln: auf „Verdacht der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung". So abstrus der Verdacht, so abstrus die Ermittlungsmethoden von Politischer Polizei, Spitzeln und Staatsanwälten. Wallraff zitiert ihre Berichte als „gefundene Literatur". Am Schluß des ersten Teils (KONKRET 2/77) macht sich ein Spitzel an Wallraffs Hausbriefkasten zu schaffen

Ich hielt ihn fest und verlangte seinen Namen und seine Adresse. Er gab an, „Werner Schneidewind" zu heißen (wahrscheinlich sein Deckname) und nannte eine Adresse, die sich später als falsch erwies. Er ging in die Offensive über und meinte, er sei gekommen, um mit mir zu diskutieren, mir sei doch wohl klar, wenn ich meine Aktion statt in Griechenland in der UdSSR unternommen hätte, säße ich jetzt lebenslänglich in Sibirien. Ich war nicht dazu aufgelegt, mit ihm zu diskutieren, sagte ihm, er könne ja noch mal wiederkommen, wenn ich seine Personalien überprüft hätte. Er schien erleichtert, als ich ihn gehen ließ.

Unmittelbar darauf setzte ich mich in meinen Wagen, um zu meinem Kollegen Eckart Spoo nach Hannover zu fahren. An der letzten Rotampel vor der Autobahnauffahrt – ich fuhr glücklicherweise im Schrittempo – rutschte der Wagen weg und das linke Vorderrad ging spazieren. Der Monteur in der Werkstatt stellte fest, daß eindeutig an dem Rad manipuliert worden war, der Splint war entfernt worden. Ich rief die Polizei an, um Anzeige zu erstatten, nach mehrmaligem Hin- und Herfragen wurde ich an einen Kommissar namens Scharfscheer verwiesen. Ich mußte lachen und bat ihn, mir einen anderen Kollegen zu geben, da er sich mir gegenüber doch befangen fühlen müsse. Scharfscheer war es, der vor einigen Monaten eine meiner wichtigsten Informantinnen aus dem Gerling-Konzern – eine ehemalige Chefsekretärin – aufgesucht und versucht hatte, sie über mich auszufragen. Als sie das ablehnte, schüchterte er sie ein, indem er einmal auf ein antifaschistisches Poster gegen das griechische Obristenregime an ihrer Wand zeigte und feststellte: „Sie haben Ihren Kopf ja auch schon ganz schön in der Schlinge" und mich dann als besonders geschickten Anarchisten und Terroristen bezeichnete, der, wenn es noch Recht gäbe in diesem Land, längst hinter Schloß und Riegel sitzen müsse. Er, Scharfscheer, müsse es schließlich wissen, da er der Leiter eines mobilen Einsatzkommandos gewesen sei und mich wochenlang observiert hätte, ihm könne man nichts mehr vormachen.



Jedenfalls, am Telefon läßt sich Scharfscheer nichts anmerken, er beteuert, ich könne mich ihm unbesorgt anvertrauen. Er als Beamter vertrete das Prinzip strikter unbestechlicher Neutralität. „Schneidewind, Scharfscheer", Zufall oder nicht, jedenfalls es klingt wie Decknamen von der gleichen Truppe. Die Ermittlungen verlaufen im Sande, privat finde ich heraus, daß Schneidewind einmal Mitglied des KBW und dort als Polizeispitzel entlarvt worden war.

Monate später, kurz vor der Brandstiftung in meinen Arbeitsräumen, bei der fast mein gesamtes Archiv vernichtet wird und ein Sachschaden von 70 000 Mark entsteht, wird Schneidewind während meiner Abwesenheit von einem Mitbewohner in meiner Wohnung gesichtet, zu der er sich mit einem Nachschlüssel Zugang verschafft hat. Er versucht ihn festzuhalten, um die Polizei zu verständigen, aber Schneidewind kann sich losreißen und davonlaufen.

In den Akten Beisemanns ist über den Vorfall verkürzt und entstellt das folgende notiert: „Ergänzend wird auf eine Strafanzeige des Wallraff wegen gefährlicher Körperverletzung zu seinem Nachteil hingewiesen. Diese Anzeige richtet sich gegen Unbekannt wegen angeblicher Manipulation an den Bremsen seines Fahrzeuges."

Weiter aus Beisemanns Spitzelberichten: „8. 9. 1976: Über den Aufenthalt H. G. Wallraffs konnte nichts genaues mehr in Erfahrung gebracht werden. Seine Wohnung soll er nur noch sporadisch aufsuchen. W. verfügt über gute Verbindungen zum WDR-Hörfunk und -Fernsehen. Wiederholt wurde er dort erwähnt oder wurden ganze Sendungen von ihm gebracht. Aber auch das ‚ZDF-Magazin' beschäftigte sich vor einigen Monaten mit ihm. Dort wurde er im Gegensatz zu den WDR-Sendungen massiv angegriffen... Zu Beginn seines Auftritts erklärte Wallraff über sich selbst: ‚Wenn Sie mich schon in diese Ecke drängen wollen, dann nehmen Sie auch noch zur Kenntnis, daß ich in wilder Ehe lebe, ein bißchen bisexuell bin und auch schon mal Hasch geraucht habe.' Die Ermittlungen gestalteten sich schwierig. Wegen der großen Mobilität des Verdächtigen dürften örtliche Erhebungen zur Gewinnung weiterer Tathinweise kaum ausreichend sein. Der Vorfall soll zunächst wieder der Staatsanwaltschaft vorgelegt werden. Beim Anfall neuer Erkenntnisse wird nachberichtet."

Fünfzehnmonatige hektische und kostspielige Ermittlungen – und immer noch nichts für eine Anklage Verwertbares an Land gezogen. Statt dessen hat sich die Staatsanwaltschaft allem Anschein nach selber strafbar gemacht:

Erstens wegen der unterlassenen Benachrichtigung über die dreimonatige Telefonabhörmaßnahme. Die Strafprozeßordnung § 101, Abs. 1, schreibt das nämlich nach Beendigung unverzüglich vor. Ich nehme an, man unterließ es, um mich illegal weiter abzuhören, wie ich inzwischen überhaupt vermute, daß das gesamte Verfahren nicht nur dazu diente, mich einer Straftat zu überführen, sondern gleichzeitig ein Vorwand war, vorsorglich in Erfahrung zu bringen, welche neuen Reportagen ich plante.

Zweiter Gesetzesbruch: Urkundenfälschung. Durch das Strafrechtsänderungs-

Verlag Neue Kritik

132 Seiten, DM 8,80

Dieser Band enthält nicht nur umfangreiches Material über das Zustandekommen von Verfassungsschutz-Dossiers, sondern untersucht vor allem auch die soziopsychischen Reaktionsmuster der potentiell Betroffenen.

Verlag Neue Kritik, 6000 Frankfurt
Myliusstrasse 58, (0611) 72 75 76

Marxismus-Digest 29

Frauenbewegung und Frauenemanzipation

Heft 1/1977, ca. 140 Seiten, DM 6,–

Beiträge über die Frauenbewegung in Frankreich, Großbritannien, Italien und den USA. Über ‚Women's Lib' und Gewerkschaften, über politische Parteien und außerparlamentarische Bewegungen. Unter den Autoren: Madeleine Vincent, Maria Larini, Judith Hunt, Maurice Godelier, Walter Hollitscher, N. Jegorowa u. a.
Die Kommunisten und die Lage der Frauen in den kapitalistischen Ländern / Frauenprogramm der CGT / Gesetz-Entwurf der FKP / Dreißig Jahre Kampf der italienischen Arbeiterinnen – und seine Erfolge / Frauenbewegung in den USA / Frauenbewegung und Emanzipation der Frau / ‚Working Women's Charter' und TUC-Programm / Diskussion: Wege zur Emanzipation der Frau / Frauenfrage und Neofeminismus / Bornemanns Anklage gegen die Männerherrschaft / Wirtschaftliche, soziale und politische Daten zur Lage der Frauen in den entwickelten kapitalistischen Ländern.

.....

Ich bestelle Marxismus Digest 29

Name .....

Anschrift .....

.....

Einsenden an: **Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main**

Lieferung erfolgt gegen Vorausrechnung.

gesetz vom 20. August 1976 mußte die Ermittlungssache an den Generalbundesanwalt abgegeben werden. Die Kölner Staatsanwälte kamen in Zeitdruck, sie setzten ihre letzten Mittel ein und datierten, als auch das nichts half, auf einen Termin vor dem 20. August zurück.

In dieser Schlußphase der Ermittlungen gewinnt ein Spitzel kurzfristig das Vertrauen meiner Sekretärin. Doch bald bricht sie den Kontakt zu ihm ab, als sie merkt, daß sein Interesse weniger ihr gilt als meiner Arbeit und meinen Kontakten. Als sie ihm schon zu verstehen gegeben hat, daß sie ihn nicht mehr sehen will, steht er eines Tages wieder vor der Haustür. Freunde aus Portugal sind gerade zu Besuch. Als sie ihn vor der Tür abweist, erzählt er eine rührende Geschichte: er komme soeben vom Zahnarzt, der ihm einen Weisheitszahn gezogen habe, ihm sei so elend und schwindlig, er müsse sich unbedingt kurz bei ihr ausruhen. Als sie immer noch kein Erbarmen zeigt, holt er zur Glaubhaftmachung aus seiner Hosentasche ein Monstrum von Zahn heraus, total vergilbt, der mehr nach dem Backenzahn eines Schäferhundes aussieht. Schließlich zieht der Spitzel wütend ab und behelligt sie seitdem nicht mehr.

Zwei Wochen später, wie es der Zufall will, stehen eines Abends zwei Typen vor meiner Tür und wollen mich dringend sprechen. Der eine beruft sich auf Baha Targyn, den Streikführer des Ford-Streiks der Türken, den ich einmal kennenlernte. Er sitzt zur Zeit im Gefängnis, weil er sich von Provokateuren des türkischen Geheimdienstes in eine Falle locken ließ. Mein Besucher gibt an, mit Targyn in einer Zelle gesessen zu haben. (Wie ich später nachrecherchierte, stimmte das nicht.) Sie kommen schnell zur Sache, erklären, sie stünden mit Luther und Plambeck von der RAF in Verbindung und kämen als „Genossen" zu mir, damit ich ihnen Waffen und Sprengstoff für geplante neue Aktionen verschaffen solle. Sie sprechen von Banküberfällen und einem geplanten Anschlag auf den Gerling-Konzern. Ich gebe ihnen zu verstehen, daß sie bei mir an der falschen Adresse sind. Und falls ihr Vorhaben stimmen sollte, was ich nicht annähme, würde ich alles in meinen Kräften stehende daransetzen, so etwas zu verhindern. Es gelingt mir, die Personalien aus den Papieren des einen Simulier-Terroristen zu notieren.

Als sie weg sind, rufe ich im Beisein eines Rechtsanwalts das Politische Kommissariat in Köln an. Ich sage: „Vorsichtshalber möchte ich Sie informieren… Wahrscheinlich werden sich in diesem Fall die Ermittlungen für Sie recht leicht gestalten, wenn sich am Ende herausstellt, daß es sich um Ihre eigenen Leute handelt."

Am nächsten Tag erscheint der stellvertretende Leiter des politischen Kommissariats, Klein, im Beisein eines jungen Beamten bei mir zu Hause, um den Sachverhalt aufzunehmen. Hauptkommissar Klein begrüßt mich wie einen guten alten Bekannten: „Wir kennen uns doch, von früher…" Ich erkenne ihn nicht. Er klärt mich auf, und ich erinnere mich. Es ist über zehn Jahre her, als Klein mich vorgeladen hatte wegen des „Verdachts landesverräterischer Beziehungen". Meine Reportagen waren im Ausland nachgedruckt worden, unter anderem auch in sowjetischen, jugoslawischen und polnischen Zeitschriften. Ich wußte damals noch nichts davon und war stolz und hocherfreut, als ich in Kleins Akten die Belegexemplare sah. Ich sollte damals einen Revers unterschreiben, daß ich auch künftighin keine Kontakte zu Journalisten aus Ostblockstaaten aufnehmen würde. Ich weigerte mich, und das Verfahren wurde kurz darauf eingestellt.

Heute ist Klein die Freundlichkeit selbst. Er stellt nur einmal bekümmert fest: „Wenn Sie wüßten, was für eine Arbeit wir oft Ihretwegen haben." Als ich die Geschichte mit den beiden Provokateuren geschildert habe, fragt Klein seinen jungen Kollegen, ob zur Zeit Vollmond sei. Der schaut im Kalender nach und stellt fest: „Zunehmender Mond, in drei Tagen Vollmond." Klein bemerkt: „Tja, bei Vollmond häufen sich immer die merkwürdigsten Delikte von allen möglichen Spinnern, die Straftaten vortäuschen."

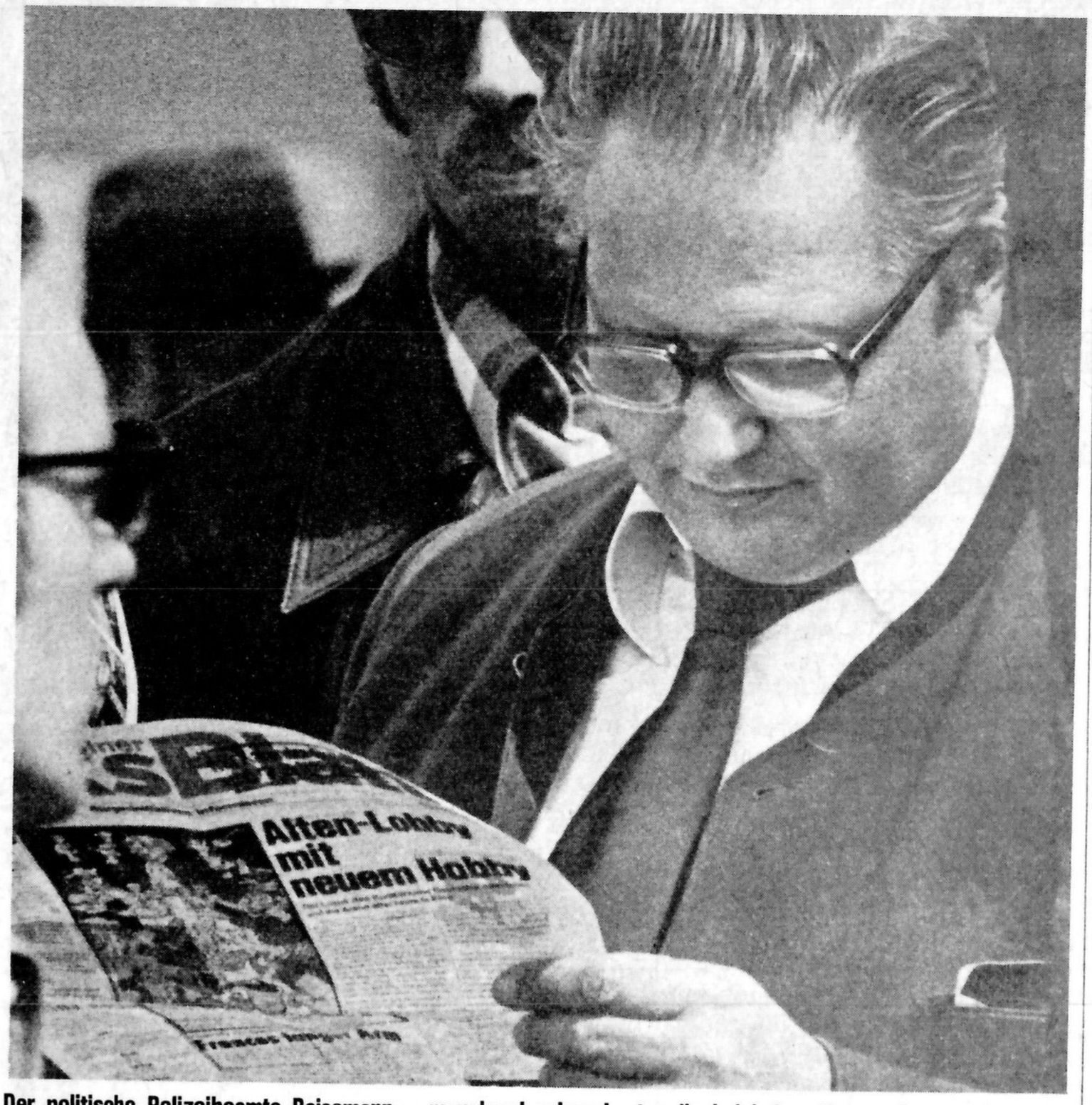
Ich habe daraufhin die Akten des „Straftäters" Beisemann noch einmal überprüft, mußte aber feststellen, daß dessen Eintragungen sowohl bei ab- und zunehmendem als auch bei Vollmond stattfanden. Klein will seine „Hand dafür ins Feuer legen", daß es sich bei den beiden offensichtlichen Provokateuren nicht um seine Leute gehandelt haben kann: „Mit derartigen Elementen arbeiten wir nicht zusammen."

„Dann sind Sie vielleicht von der Kon-

Das Ermittlungsverfahren gegen die Kölner Staatsanwälte wegen Urkundenfälschung und Rechtsbeugung wurde am 20. Januar eingestellt, der ins Jugendressort strafversetzte Oberstaatsanwalt Bellinghausen auf seinen alten Platz – ins politische Ressort – zurückbeordert.

Die Einlassung Bellinghausens, er habe durch die Aktenfälschung lediglich Nachteile von der Bundesrepublik Deutschland abwenden wollen, wurde von Generalstaatsanwalt Pfromm als hinreichende Entschuldigung und Begründung akzeptiert:

„Oberstaatsanwalt Dr. Bellinghausen hat allerdings selbst erklärt, er habe die im Verfügungsentwurf vorgesehene Benachrichtigung von Wallraff gestrichen, um diesem die Möglichkeit zu nehmen, unmittelbar vor der am 3. Oktober stattfindenden Bundestagswahl in den ihm zugänglichen Publikationsorganen die Bundesrepublik Deutschland und deren Justizorgane zu beschimpfen. Aufgrund einschlägiger Erfahrungen habe er es nicht für gänzlich abwegig gehalten, daß Wallraff hiervon Gebrauch machen werde, wenn ihm die Nachricht über die durchgeführte Telefonüberwachung einige Tage vor der Telefonüberwachung erreiche…
Aufgrund dieser eigenen Einlassung von Oberstaatsanwalt Dr. Bellinghausen ist davon auszugehen, daß er der Vorschrift des § 101 der Strafprozeßordnung bewußt zuwiderhandelte und sich dabei von sachfremden Erwägungen mit Blick auf die Tagespolitik leiten ließ. Für eine Anklageerhebung wegen Rechtsbeugung wäre jedoch ferner der Nachweis erforderlich, daß Oberstaatsanwalt Dr. Bellinghausen einen Nachteil seiner Handlungsweise für Wallraff als möglich erkannt und zumindest billigend in Kauf genommen hat. Dieser Nachweis konnte nicht mit der erforderlichen Sicherheit geführt werden…"



Der politische Polizeibeamte Beisemann - manchmal sehen Leute, die bei keiner Haussuchung, bei keiner Observation von Linken fehlen, genauso aus, wie man sie sich vorstellt

kurrenz, vom Verfassungsschutz?!" Aber auch das hält Klein für ausgeschlossen.

Ein paar Wochen später erkundige ich mich telefonisch bei Klein, was die Ermittlungen erbracht haben. „Völlig harmlos, allem Anschein nach", beruhigt mich Klein. „Straftäter und Säufer mit kleineren Delikten, die sich wichtig tun wollten, aber ganz sicher nichts Politisches."

Am 7. Dezember 1976 teilt mir Generalstaatsanwalt Pfromm mit, daß er das Verfahren gegen mich übernommen und eingestellt hat. Mit über einjähriger Verspätung werde ich über das Abhören meines Telefons unterrichtet. Und wegen der Straftatbestände seiner Staatsanwälte keine Entschuldigung, nur ein dezenter Hinweis: „Hinsichtlich der Bearbeitung des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft Köln, insbesondere auch wegen der verspäteten Benachrichtigung gemäß § 101, Abs. 1, ist hier das Erforderliche veranlaßt worden."

Ich könnte zufrieden sein, bin ich doch nun, wie es mein Anwalt der Presse gegenüber schlagzeilenwirksam zum Ausdruck bringt, ein „amtlich geprüfter Nicht-Terrorist".

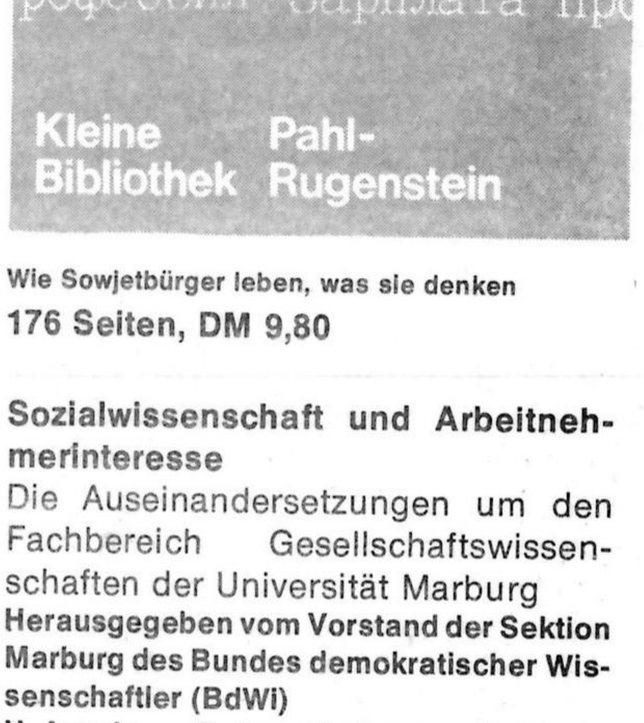
Aber ich beobachte, wie die Dauerobservation und -verdächtigung bei mir selbst etwas bewirkt hat, was mich doch beunruhigt. Vor ein paar Wochen sah ich mir den Film „Buffalo Bill" in einem kleinen Kino an, in dem es nie ganz dunkel wird, weil dort während der Vorstellung Getränke serviert werden. An der Stelle des Films, wo der geschlagene und halb gebrochene Indianerhäuptling Sitting Bull in die Western-Show-Arena geführt wird, auf daß er seine domestizierte Wildheit in Form von Mätzchen und Kunststückchen seinen einstigen Feinden, den Siedlern und Soldaten im Beisein des damaligen Präsidenten Lincoln vorführe, bricht der Kampfgeist des gedemütigten Häuptlings plötzlich noch einmal zumindest symbolisch hervor. Er legt sein Gewehr auf den Präsidenten an, der sich hinter einen Blumentopf schmeißt und dabei seine gesamte gestelzte Würde verliert. Spontanes befreiendes Gelächter im Publikum. Ich ertappe mich dabei, wie ich mit Lachen einhalte und mich rechts und links umschaue, ob da womöglich jemand sitzt, der mein Lachen unter dem Gesichtspunkt der „Gesinnungsphysiognomik" als Terroristen-Sympathiebezeugung registrieren könnte.

Kurz darauf erlebe ich Ähnliches, als ich in Stockholm – eingeladen vom PEN-Club und vom Goethe-Institut – eine Rede halte über die derzeitige politische Situation in der Bundesrepublik, im Beisein des Stellvertreters des deutschen Botschafters. Ich spreche über die Auswirkungen des Radikalenerlasses, Gesinnungsschnüffelei usw. und komme, danach gefragt, auch auf den politischen Amoklauf der Anarchisten zu sprechen und über Terrorismus insbesondere. Ich merke zu spät, wie mir der wichtigere Teil dabei zu kurz gerät und das Nebenthema zum Hauptthema wird. Nach der Veranstaltung kommt der Vertreter des Botschafters zu mir, reicht mir die Hand und lobt mich: Meinen Ausführungen über den Terrorismus könne er vorbehaltlos zustimmen.

Erst, als ich allein im Hotelzimmer lag, erschrak ich. Ich hatte diese Ohrfeige des Botschafters auch noch als Kompliment mißverstanden. ■

Neuerscheinungen

Kleine Bibliothek



Wie Sowjetbürger leben, was sie denken
176 Seiten, DM 9,80

Sozialwissenschaft und Arbeitnehmerinteresse
Die Auseinandersetzungen um den Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg
Herausgegeben vom Vorstand der Sektion Marburg des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi)
H. Asseln, G. Auernheimer, H. Claas, F. Deppe, B. Grimm, R. Rilling, F. Siebels
Band 97 252 Seiten, DM 12,80

Kurt Bayertz/Josef Schleifstein
Mythologie der „kritischen Vernunft"
Zur Kritik der Erkenntnis- und Geschichtstheorie Karl Poppers
Band 86 270 Seiten, DM 14,80

W. F. Haug
Kritik des Absurdismus
Überarbeitete Neuauflage von „J. P. Sartre und die Konstruktion des Absurden"
Band 77 194 Seiten, DM 9,80

Martin Niemöller
Reden, Predigten, Denkanstöße 1964–1976
Mit einem Geleitwort von Walter Kreck zum 85. Geburtstag von Martin Niemöller
Herausgegeben von Hans Joachim Oeffler
Band 69 260 Seiten, DM 14,80

Udo Mayer/Gerhard Stuby (Hrsg.)
Das lädierte Grundgesetz
Beiträge und Dokumente zur Verfassungsgeschichte 1949–1976
Band 83 364 Seiten, DM 14,80

Im Buchhandel erhältlich.
Fordern Sie bitte unser Gesamtverzeichnis '76/'77 bzw. 1. Halbjahr '77 an.

Pahl-Rugenstein

Vorgebirgstraße 115 · 5 Köln 51

Loni Mahlein

Lohnverzicht sichert keinen Arbeitsplatz

Der Vorsitzende der IG Druck und Papier entwickelt gewerkschaftliche Grundsätze für die Tarifrunde '77

Zumindest in der öffentlichen Diskussion haben sich wie 1976 in trauter Gemeinsamkeit der Bundesbank-Präsident, der Sachverständigenrat, die sogenannten führenden wirtschaftswissenschaftlichen Institute, der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung, die Unternehmerverbände und die Hofprediger in den Massenmedien, gegen die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften zusammengefunden.

Die Argumente dieses „unternehmerischen Unterstützungsvereins" sind fast die gleichen wie im Vorjahr:

– Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen;

– neue Arbeitsplätze nur bei sinkender Lohnquote (so das Institut für Weltwirtschaft in Kiel);

– die Tarifpartner entscheiden über die Fortsetzung der Konjunktur;

– 1977 sei wie 1976 eine Verschiebung der Einkommensverteilung zugunsten der Gewinne dringend erforderlich;

– *neu ist,* daß es in der Lohntarifrunde 1977 darauf ankomme, das unterschiedlich hohe Risiko zu respektieren, das in den einzelnen Wirtschaftszweigen mit bestimmten Lohnerhöhungen für den Beschäftigungsgrad und die Investitionsneigung verbunden sein könne;

– oder daß auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen – wie Senkung des gesetzlichen Rentenalters oder eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit – verzichtet werden müsse;

– neu ist auch die Erkenntnis des Sachverständigenrates, daß die Konjunktur einen zusätzlichen Konsumschub brauche. Der Tatendrang zum neuentdeckten, notwendigen zusätzlichen Konsumschub ging soweit, daß der neue Bundesarbeitsminister gar sein ursprüngliches Glaubensbekenntnis zur „Vermögensbildung über Tarifverträge" über Bord warf und zum „nationalen Opfer" mit Hilfe der 1977 freiwerdenden Vermögensmasse aufrief.

Falls die Gewerkschaften nicht willens sein sollten, ein eigenes, theoretisch fundiertes wirtschaftspolitisches Alternativ-Konzept zu entwickeln – und für die diesjährige Tarifrunde scheint es fast schon zu spät zu sein – dann sollte wenigstens die IG Druck und Papier bei der Entwicklung ihrer eigenen tarifpolitischen Vorstellung von folgenden Grunderkenntnissen ausgehen:

Wir müssen uns befreien von der immer mehr zunehmenden „wissenschaftlichen Umarmung" und von den tarifpolitischen Mahnungen und Ratschlägen, wie sie uns von den bürgerlichen Heilslehrern aus Politik, Banken und wirtschaftswissenschaftlichen Instituten erteilt werden. Insbesondere der Präsident der Bundesbank hat in letzter Zeit jedes Maß an Zurückhaltung aufgegeben und plädiert quasi als „dritter Tarifpartner" bzw. als „tarifpolitische Gouvernante" rücksichtslos für noch maßvollere Tarifabschlüsse als im letzten Jahr.

Wir müssen die Demagogie deutlich machen, die in der Konstruktion einer kausalen Zwangsläufigkeit mit der Formel steckt:

Lohnverzicht = Gewinnwachstum = Investitionsanreiz = Investitionswachstum = Wirtschaftswachstum = gesicherte Arbeitsplätze.

Eine solche Zwangsläufigkeit hat es nie gegeben und wird es auch nicht geben, weil die reale wirtschaftliche Entwicklung von anderen Faktoren viel stärker beeinflußt wird, als vom Lohn. Wie irrsinnig diese Formel ist, beweist eine IFO-Umfrage, nach der fast 82 Prozent der befragten Firmen die *Rationalisierung als hauptsächliches Investitionsmotiv* angegeben haben. Nach unseren Erfahrungen heißt das, daß mehr und mehr Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Die Erweiterungs-Investitionen – die neue Arbeitsplätze schaffen würden – sind im Gegensatz dazu von 28 Prozent im Jahre 1974 auf 16 Prozent im Jahre 1976 abgesunken. Dieser Trend dürfte sich noch weiter fortsetzen.

Wir müssen den Täuschungsmanövern entschiedener begegnen, mit denen in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, als würden die Investitionen von den Gewinnen finanziert und als sei die deutsche Wirtschaft insgesamt in einer Lage, in der sie praktisch kaum Gewinne erzielt, die zu den Investitionen die Grundlagen hergeben könnten. Zu einer solchen Argumentation paßt schon die Nachricht schlecht, daß die deutsche Wirtschaft allein im ersten Halbjahr 1976 im Ausland rund 2,27 Milliarden Mark investiert hat. Tatsache ist aber auch, daß die Investitionen nicht aus Gewinnen, sondern vielmehr und überwiegend aus den Abschreibungserlösen und mit Bankkrediten finanziert werden. Tatsache ist weiterhin, daß die Unternehmer zwischen 80 und 90 Prozent der Gewinne für den privaten Verbrauch oder für Geld- und Kapitalanlagen außerhalb der Unternehmen verwenden und dadurch die 25 Prozent der Gewinne – die 1970 noch für Investitionszwecke in den Betrieben belassen wurden – im Jahre 1974 bereits auf ein Zehntel abgesunken sind.

Weil dies so ist, halte ich die Überlegungen des DGB-Vorsitzenden über eine *Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich* – weil von den Unternehmern dafür die Kosten nicht getragen werden könnten – für zu wenig überlegt. Ein solches Verfahren ist im *gewerkschaftlichen* Sinne keine Arbeitszeitverkürzung, sondern wäre eine *„tariflich vereinbarte Kurzarbeit"* – um das Kind beim richtigen Namen zu nennen, die bei den Arbeitnehmern zu einer weiteren Senkung des Realeinkommens und bei den Unternehmern zu einer weiteren Eskalation der Gewinne führen würde.

Die tatsächlichen Inhalte des eingetretenen wirtschaftlichen Aufschwungs – die von den Unternehmern aus Gründen des lohnpolitischen Taktierens natürlich krampfhaft verschwiegen werden – nämlich rund 6 Prozent Lohnzuwachs für die Arbeitnehmer und über 15 Prozent Gewinnsteigerung für die Unternehmer, zerstören in einer bisher nie dagewesenen Deutlichkeit das Märchen von dem einen Boot in dem angeblich Alle sitzen.

Neben dem Abbau von betrieblichen Sozialleistungen, der Kürzung übertariflicher Lohnbestandteile und durch niedrigere Tarifabschlüsse haben wir einen sinkenden Lohndrift zu verzeichnen und außerdem verringert sich durch steigende Sozialabgaben und angehobene Steuerlasten das Wachstum der Nettoeinkommen. Das heißt, daß verbunden mit der jeweiligen Inflationsrate die Realeinkommen der Arbeitnehmer stagnieren oder gar zurückgehen.

Gewerkschaftliche Tarifpolitik beschränkt sich jedoch nicht nur auf die periodische Erhöhung der Löhne und Gehälter, denn der Begriff der Sicherung des sozialen Besitzstandes ist nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Sicherung des Realeinkommens zu sehen, sondern schließt die Sicherung des Arbeitsplatzes, die Herstellung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen ebenso ein wie die Erhaltung und Verteidigung des Qualifikationsniveaus – ja sie bedingen sich sogar gegeneinander.

Ich bin deswegen auch nicht der Meinung „... daß wohl auch noch der Lohn diskutiert wird, nur steht der in diesem Jahr nicht im Vordergrund". Würden wir den tarifpolitischen Weg des „Entweder-oder" gehen, so würde dies nicht nur die gewerkschaftliche Bestätigung für die idiotische These „die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen" beinhalten, sondern auch die Zustimmung zu den einseitigen ideologischen Charakteristiken der Sachverständigen-Gutachten.

Die Jusos, noch vor wenigen Jahren Zentrum systemkritischer Diskussion in diesem Land, sind heruntergekommen – zur mäßig dissonanten Begleitkapelle sozialdemokratischer Regierungspolitik. Jetzt bietet sich ihnen die Chance zu einem neuen Anfang: Der Bundeskongreß in Hamburg muß Mitte März einen Nachfolger für Heidi Wieczorek-Zeul wählen. Die Mehrheit des Wieczorek-Vorstands hat den Saarländer Ottmar Schreiner vorgeschlagen, die Delegierten aus Westberlin, Hamburg, Hannover sowie Teilen Nordrhein-Westfalens und Bayerns haben sich auf einen Gegenkandidaten, den westberliner Anwalt Klaus-Uwe Benneter geeinigt. Für KONKRET schrieb Benneter eine Begründung seiner Kandidatur

Juso-Chefin Wieczorek-Zeul, Nachfolge-Kandidaten Benneter (hinten, 2. v. l.), Schreiner (hinten rechts)

Raus aus der Defensive!

Klaus-Uwe Benneter

Die Reformillusionen der Zeit nach 1969 sind endgültig den Rotstiften der Sparkommissare zum Opfer gefallen. Das Versprechen, „mehr Demokratie zu wagen", hat der Praxis der Berufsverbote nicht standgehalten.

Geschwunden ist aber auch der große Traum der Jungsozialisten, den Thomas von der Vring damals in die Worte gefaßt hatte: „Wir sind die SPD der achtziger Jahre!" Zwar mag diese Hoffnung für einige Juso-Aktivisten persönlich in Erfüllung gegangen sein. Dem optimistischen Ziel, ihre sozialistischen Positionen in der SPD durchzusetzen, sind die Jungsozialisten in den vergangenen acht Jahren jedoch nicht viel näher gekommen. Im Gegenteil: Die aktuelle Politik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung ist von den Zielen der Jungsozialisten weiter entfernt als zuvor. Und der Einfluß der Jungsozialisten auf die SPD ist durch Disziplinierung, Einschüchterung und Anpassung eher kleiner geworden.

Diese Tatsachen können durch hektische Betriebsamkeit und durch eine allumfassende Presseerklärungspolitik nicht überspielt werden. Die Hinwendung zu einer realistischeren Einschätzung ohne Verzicht auf die entscheidenden sozialistischen Positionen tut not. Nur so können die Jungsozialisten wieder zu einer bewegenden sozialistischen Kraft werden.

In den Diskussionen um die Grundsätze sozialdemokratischer Politik müssen die Jungsozialisten aus der selbst gewählten Defensive herauskommen.

Der gegenwärtige Bundesvorstand mißt in seiner Mehrheit die Politik der Bundesregierung und der Parteiführung allein an den längst aufgegebenen illusionär-reformistischen Versprechungen oder an sehr vagen Formulierungen des Orientierungsrahmens: Gegenwärtig reduziert er

soeben eingetroffen

Sophie Lissitzky-Küppers

El Lissitzky

Maler, Architekt, Typograf, Fotograf
Erinnerungen, Briefe, Schriften
20,5 cm x 27 cm, 410 Seiten, 290 Abbildungen, 110 farbig, Ganzleinen mit Schutzumschlag.
Bestell-Nr. 500 283 5. 2. Auflage. DM 78,–

Wieland Herzfelde

John Heartfield

Leben und Werk
18,7 cm x 27 cm, 376 Seiten, über 300 ein- und mehrfarbige Abbildungen, Ganzleinen mit Schutzumschlag. Bestell-Nr. 500 128 5.
3. Auflage. DM 42,20

Florence Hervé · Marianne Konze

Frauen kontra Männer – Sackgasse oder Ausweg?

In dem Maße, wie Frauen sich ihrer Situation bewußt werden, sich organisieren, um zu verändern, wird die Beantwortung einer Frage immer dringlicher: Welches sind die Ursachen für die Unterdrückung und Benachteiligung der Frauen in unserer Gesellschaft, und wie können wir diese Ursachen beseitigen?

Mit dieser Frage setzen wir uns auseinander: Frauen kontra Männer – oder gemeinsamer Kampf – Kampf gegen eine Männergesellschaft – oder Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft – das ist oft die Streitfrage.

(Aus der Einleitung)

Verlag Marxistische Blätter Frankfurt am Main 1977 S.104 6,–

Ihre Spezialisten für DDR+UdSSR Literatur collectiv Buchhandlungen

5100 Aachen, Löhergraben 4
Adam-Kuckhoff-Buchhandlung
Telefon (0241) 36191
8600 Bamberg, Obere Brücke 3
Buchhandlung Ludwig Feuerbach
Telefon (0951) 24780
5070 Bergisch Gladbach, Bensberger Straße 128
Buchhandlung Wissen und Fortschritt
4800 Bielefeld 1, Feilenstraße 10
Buchhandlung Wissen und Fortschritt
Telefon (0521) 63518
5300 Bonn, Oxfordstraße 17
Progress-Buchhandlung GmbH
Telefon (02221) 658433
3300 Braunschweig, Adolfstraße 1
Buchhdlg. Wissen u. Fortschritt/Filiale
Telefon (0531) 791988
2800 Bremen 1, Richtweg 4
Volksbuchhandlung
Telefon (0421) 323334
6100 Darmstadt, Lauteschlägerstr. 3
Buchhandlung Wissen und Fortschritt
Telefon (06151) 75230
4600 Dortmund, Königswall 22
Buch Internationai
Telefon (0231) 140880
4000 Düsseldorf, Ackerstraße 3
Heinrich-Heine-Buchhandlung
Telefon (0211) 350691
8520 Erlangen, Schiffstraße 5
Libresso-Buchzentrum
Telefon (09131) 22610
4300 Essen 1, Viehofer Platz 14
Karl-Liebknecht-Buchhandlung
Telefon (0201) 232014
6000 Frankfurt/Main, Goethestr. 31–33
Buchzentrum in der Goethestraße
Telefon (0611) 281090
6000 Frankfurt/Main, Schumannstr. 56
Buchhandlung Johanna Kirchner
Telefon (0611) 751046
7800 Freiburg, An der Mehlwaage 2
Buchhandlung Walter Herbster
Telefon (0761) 25136
6300 Gießen, Schiffenberger Weg 1
Buchhdlg. Wissen u. Fortschritt GmbH
Telefon (0641) 78948
3400 Göttingen, Burgstraße 24
Wissen u. Fortschritt Buchhdlg./Filiale
Telefon (0551) 43918
2000 Hamburg 13, Johnsallee 67
Internationale Buchhandlung GmbH
Telefon (040) 4104572
3000 Hannover, Hamburger Allee 37
Buchhandlung Wissen und Fortschritt
Telefon (0511) 313955
6900 Heidelberg, Plöck 64a
Buchhandlung collectiv
Telefon (06221) 12633
3500 Kassel, Werner-Hilpert-Straße 5
Wissen und Fortschritt GmbH/Filiale
Telefon (0561) 15642
2300 Kiel 1, Falckstraße 16
collectiv-Buchhandlung
Telefon (0431) 92450
5000 Köln, Fleischmengergasse 31
Buchhandlung Wissen und Fortschritt
Telefon (0221) 215770
4150 Krefeld, St.-Anton-Str. 86
Rosa-Luxemburg-Buchhandlung
Telefon (02151) 72249
6500 Mainz, Bilhildisstraße 15
Anna-Seghers-Buchhandlung
Telefon (06131) 24916
6800 Mannheim, U 2, 3
Buchhandlung Wissen und Fortschritt
Telefon (0621) 15664
3550 Marburg, Am Grün 56
Buchhdlg. Wissen und Fortschritt GmbH/Filiale
Telefon (06421) 26412
8000 München 40, Türkenstraße 66
Libresso-Buchhandlung
Telefon (089) 281767
4400 Münster, Steinfurter Straße 15
Karl-Liebknecht-Buchhandlung
Telefon (0251) 28077
2350 Neumünster, Kieler Straße 89a
Bücherstube Neumünster
Telefon (04321) 46865
8500 Nürnberg, Weinmarkt 12a
Libresso-Buchzentrum Sabine Weber
Telefon (0911) 221507
2900 Oldenburg, Am Damm 26
Volksbuchhandlung
Telefon (0441) 27742
8400 Regensburg, Glockengasse 7
Libresso-Buchhandlung
Telefon (0941) 561538
6600 Saarbrücken, Nauwieser Str 13
Buchhandlung lenchen demuth
Telefon (0681) 36559
5900 Siegen-Weidenau, Auf den Hütten 20
Progress-Buchhandlung
Telefon (0271) 73060
7000 Stuttgart, Wilhelmsplatz 1
Buchhandlung Hornung und Steinbach
Telefon (0711) 246580
5600 Wuppertal 1, Gathe 55–57
Friedrich-Engels-Buchhandlung
Telefon (0202) 452853/456504

„Leibstandarte Adolf Hitler",

„Das Reich", „Hitlerjugend", „Totenkopf" — Namen, die einst Terror und Tod über Europa brachten, tauchen wieder öffentlich auf: Immer häufiger veranstaltet die SS-Nachfolgeorganisation HIAG ihre „Traditionstreffen". Offiziere der Bundeswehr nehmen daran teil. Die Kontakte zwischen Bundeswehr und HIAG sind zur Dauereinrichtung geworden. SS-Verbrechen als Bestandteil der „Traditionspflege" in der Bundeswehr? Eine verbrecherische Organisation — so das Urteil des Nürnberger Prozesses — wieder hoffähig?

Die vorliegende Arbeit dokumentiert den wahren Charakter der SS: Von Hitlers „Schutzstaffel" zur perfektesten Mordorganisation der Weltgeschichte.

Mit Anhang:
SS und Bundeswehr

88 Seiten, Broschur, DM 4,—

Vorrätig in allen collectiv-Buchläden. Zu bestellen im Buchhandel oder direkt beim Verlag.

An Röderberg-Verlag
Postfach 4129
6000 Frankfurt a. M. 1

Ich bestelle

..... **Ex. Verbrechen der Waffen-SS**

.....
Name

.....
Straße

.....
PLZ/Ort

.....
Datum **Unterschrift** **ko**

seine Kritik darauf, daß man doch auch bei fehlendem Wirtschaftswachstum Reformpolitik betreiben könne; als Perspektive wird letztlich angegeben, die Krisenfolgen nach einem „Gleichheitsprogramm" auf die verschiedenen Gruppen der Arbeiterklasse aufzuteilen. Ziel sozialistischer Solidarität ist aber nicht eine für die Kapitalisten wohlfeile Gerechtigkeit unter den Unterdrückten und Ausgebeuteten. Ziel ist das gemeinsame Handeln, um die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu überwinden. Das ist angesichts der auch in der Krise steigenden Profite der Kapitalisten unmittelbar einsichtig zu machen.

Im Gegensatz zur Meinung der derzeitigen Vorstandsmehrheit bleibt die marxistische Einsicht richtig, daß der Kapitalismus nicht nur wegen des Fehlens eines qualitativ auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichteten Wirtschaftswachstums überwunden werden muß. Gerade die auf den Gesetzen der Kapitalverwertung beruhenden Schranken der quantitativen Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums erfordern im Interesse der arbeitenden Menschen tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen. Prinzipielle Wachstumsfeindlichkeit ist sozialromantisch und wirkt reaktionär!

Angesichts der Tiefe der gegenwärtigen Krise und der Notwendigkeit einer grundlegenden Alternative werden die Jungsozialisten schon in nächster Zeit von allgemein gehaltenen Vokabeln wie „Investitionslenkung" zu Elementen eines konkreten wirtschaftspolitischen Aktionsprogramms voranschreiten müssen: Die Frage, welche Schlüsselbereiche und welche namentlich zu benennenden Konzerne zu vergesellschaften sind, steht ebenso auf der Tagesordnung wie die Ausarbeitung konkreter Vorstellungen über die Verwaltung und Planung der vergesellschafteten Sektoren.

DER HEIDI WIECZO-RAG

Im nächsten Jahr ist
der nächste Geburtstag,
dann ist's mit dem Ju
von dem Juso vorbei.
Im nächsten Jahr ist
der nächste Geburtstag,
und dann wird mein Platz
rechtsaußen wieder frei.
Als Linksaußen bei den
Asos bin ich neu!

Und eines Tages standen
wir vor Wahlen,
da sagten Asos:Freunde,
eine Bitte:
Wir wollen doch nicht
auf die Schnauze fallen,
daher vergrault uns,bitte,
nicht die Mitte;
am klügsten wär es,
vor der Wahl zu schweigen
oder,zum Schein nur,
allem abzuschwörn;
ihr könnt es uns ja
nach den Wahlen zeigen
und uns dann zwischendurch
beim Herrschen störn!

Refrain:
Im nächsten Jahr ist...

Aus "Talk täglich" von
Dieter Hildebrandt und
Werner Schneyder

Die Glaubwürdigkeit der Jungsozialisten in der politisch engagierten Jugend hängt entscheidend von ihrem konsequenten Eintreten für die demokratischen Rechte ab. Die Jungsozialisten streiten für eine sozialistische Demokratie. Sie verurteilen daher freiheitsfeindliche Maßnahmen wie die Ausbürgerung Biermanns aus der DDR oder politische Repressionen in der CSSR. Ihren konkreten Kampf führen sie aber in der Bundesrepublik, wo sie sich für vom Berufsverbot Betroffene auch dann einsetzen, wenn diese andere Auffassungen haben. Vor allem gilt eines: Wer bei uns Berufsverbote unterstützt oder gar praktiziert, der hat kein Recht, undemokratische Verhältnisse in anderen Ländern zu verurteilen.

Illusionär wäre es, die Zielgruppenarbeit unabhängig von der Durchsetzungsfähigkeit und von den Kräfteverhältnissen innerhalb der SPD betreiben zu wollen. Die vielfältigen Disziplinierungsversuche, vor allem aufgrund des „Maulkorberlasses" zur Juso-Öffentlichkeitsarbeit, sollten da die letzten Wunschträume hinweggefegt haben. Die innerparteilichen Möglichkeiten werden allerdings nicht durch Wohlverhalten größer. Auch nicht durch Anpassung an die jeweilige Taktik der Linken im Parteivorstand. Im Gegenteil: Der Einfluß der Jungsozialisten war immer dann am größten, wenn sie von den eigenen Positionen ausgehend die Entwicklung voranzutreiben versuchten.

Der Mannheimer Parteitag der SPD und seine Folgen haben das Versagen des gegenwärtigen Bundesvorstands deutlich gemacht. Die Aufgabe eigener Alternativvorstellungen zugunsten vager Formelkompromisse im Orientierungsrahmen haben innerhalb und außerhalb der SPD zu einer beträchtlichen Desorientierung geführt. Das ist besonders verhängnisvoll, weil gegenüber einer Regierungserklärung, die „keine sozialdemokratische Handschrift erkennen läßt", eine deutliche sozialdemokratische Alternative notwendig ist.

Der Verzicht darauf, den Maulkorberlaß auf dem Mannheimer Parteitag zu einem Thema zu machen, hat keinerlei Vorteile gebracht. In den Untergliederungen hat er aber Amokläufe mancher rechter Duodezfürsten geradezu herausgefordert. Der Kampf gegen den Maulkorberlaß wird eine, wenn nicht die Hauptaufgabe des nächsten Bundesvorstands sein.

Wenn die Jungsozialisten politisch wieder in die Offensive kommen wollen, müssen sie das innerverbandliche politische Klima verbessern und die „traditionellen" Konflikte überwinden, die durch die politische Entwicklung längst überholt sind: Gegen harte Diskussionen, auch in grundsätzlichen Fragen, kann niemand etwas haben. Mit den unerträglichen Diffamierungen, die immer wieder von der Parteirechten zum Vorgehen gegen die Jungsozialisten insgesamt aufgenommen werden, muß es endlich ein Ende haben!

Allerdings wird das Eintreten für mehr Einheitlichkeit nichts an der Absicht derer ändern, die die Jungsozialisten wieder in die politische Offensive bringen wollen: Es reicht keine „Öffnung" des Bundesvorstands für einen oder zwei Kritiker. Die Leitung des Bundesverbandes der Jungsozialisten muß auf eine neue Mehrheit übergehen! ■

Radikalauer von Winfried Thomsen

Schwarze Autonomie: Bayern – ein Homeland für Strauß.

Zum Abendbrot riß sich der Baulöwe rasch noch ein paar Mieter.

In Stammheim wurde der Rechtsstaat so strapaziert, daß er sich erholen muß. Er schaltet erstmal völlig ab.

Auch Politiker sind ihres eigenen Glückes Schmied. Darum wirken viele so behämmert.

Die Firma Hoffmann-La Roche beruhigt Demokraten mit Wahlium.

Wenn man genau hinriecht, merkt man, daß bei mancher Fahndung das Gewicht auf der zweiten Silbe liegt.

Eine deutsche Provinzzeitung verglich die Rentendebatte des Bundestages mit dem Treiben von Boxern. Ja, ja, sie waren alle wieder da, die Hunde mit der platten Schnauze.

Wetten, daß auch das Jüngste Gericht mit Prozessen gegen Linksradikale überlastet ist?

Was ist der Unterschied zwischen Einzelfall- und Pauschalprüfung? Bei der ersten fällt jeder für sich, und bei der anderen fallen alle mit Gott.

Neulich war mir, als hörte ich einen Breitmaulfrosch über Freiheit quaken. Es war dann aber doch nur der Bundesinnenminister.

Muß man auf einem Buback eigentlich immer nur sitzen, oder darf man ihn auch 'mal zusammenkneifen?

Gerhard Zwerenz

Ein Simmel mit 'ner Tarnkappe?

Die 17. Zivilkammer des Landgerichts Stuttgart hat zugeschlagen. Im Namen des Volkes ist ein Urteil ergangen. Der PDI (Presseausschuß Demokratische Initiative) darf als „kommunistische Tarnorganisation" bezeichnet werden. Es handle sich um keine Tatsachenbehauptung, sondern um ein Werturteil. So sei zu verstehen, was in einer Beilage zum „Bayernkurier" gestanden habe. Tatsachenbehauptungen müssen natürlich belegt werden. Sind sie unbelegbar, sind es eben keine Tatsachenbehauptungen. Wer aber wollte dem „Bayernkurier" und seinem FJS untersagen, Werturteile abgeben zu dürfen. Die 17. Zivilkammer des Stuttgarter Landgerichts untersagte dem FJS nichts.

Also wurden wir alle zu Mitgliedern einer „kommunistischen Tarnorganisation" ernannt, wir PDI-Mitglieder von Bingel bis Zwerenz: Peter O. Chotjewitz, Martin Gregor-Dellin, Max von der Grün, Walter Jens, Robert Jungk, Hermann Kesten, Siegfried Lenz, Luise Rinser, Ingeborg Drewitz, Johannes Mario Simmel, Ulrich Sonnemann, Martin Walser... lauter tarnorganisierte Kommunisten. Nun sei eingeräumt, unter den drei Dutzend PDI-Mitgliedern gibts tatsächlich drei Kommunisten. Erika Runge und Franz Xaver Kroetz etwa machen gar keinen Hehl aus ihrer DKP-Mitgliedschaft.

Da frage ich mich nur, warum diese DKP-Genossen so umständlich verfahren: einerseits offensichtlich in der Partei – andererseits tarnorganisiert. Unsere kommunistische Tarnorganisation tarnt sich raffinierterweise sogar mit echten DKP-Leuten. Immerhin. Ein deutsches Gericht hat gesprochen. IM NAMEN DES VOLKES.

Ich bin verunsichert. Vielleicht wird der PDI klammheimlich fremdgesteuert? Vielleicht sind wir aus dem Osten finanziert? Zwar habe ich keinen Pfennig erhalten, auch lasse ich mich nun wirklich schwer fremdsteuern, wie einige genau wissen, aber so ein ordentliches Gericht urteilt gewiß nicht ins Blaue oder Schwarze hinein. Keineswegs. Auch die letzten Zweifel ausräumend, erklärt das Gericht ebenso für erlaubt, Bernt Engelmann und Günter Wallraff als „Untergrundkommunisten" zu qualifizieren.

Und wiederum: Das sei keine Tatsachenbehauptung, sondern ein Werturteil. Der „Bayernkurier", zumindest in seiner Beilage, teilt also nicht Tatsachen mit, sondern urteilt wert, und nun kann einer wen er will „Untergrundkommunist" nennen. Ich verstehe. Engelmann besorgte sich für sein Buch gegen einen Strauß-Freund Dokumente aus der DDR. Wer das tut, ist ein Untergrundkommunist. Wallraff wiederum gibt gerade bei Kiepenheuer und Witsch „Exil" heraus, eine Dokumentation zur Ausbürgerung Biermanns aus der DDR. Biermann, zwar der DDR verwiesen, doch hartnäckig als Kommunist sich bezeichnend, infiziert damit Wallraff, so sind wir alle miteinander infiziert, die wir links stehen von FJS und seinem „Bayernkurier". Als ob das ein Kunststück wär!

Daß die so denken wie sie sprechen, wußten wir schon. Daß bundesdeutsche Gerichte auch so sprechen, ohne zu denken, ist neu. Man wird zur nächsthöheren Instanz gehen. Mal sehen. Bis dahin bleibt Recht, was rechts ist: „Herr Wallraff hielt es ja für richtig, sich auf dem Titelbild der Zeitschrift ‚konkret' mit dem kommunistischen Gruß vorzustellen." So die „Bayernkurierler". Das reicht schon zum Untergrundkommunisten? Nein. Es kommt hinzu: „Wenn der Kläger (Engelmann und Wallraff, die auf Unterlassung klagten) daher Rosa Luxemburg als sein Vorbild bezeichnet, so muß er sich den Vorwurf gefallen lassen, er sei ein Untergrundkommunist..." Das nenn' ich aber gerichtsverwertbare Vorbringungen. Anklagematerial. Urteilslogik. Ein Land, das kaum Kommunisten hat, schafft sich per anum welche. Demnach leben bei uns die paar Kommunisten, die sich dazu bekennen. Und die vie-

Entwurf: Christian Schaffernicht

len anderen, die es heimlich sind. Wer es heimlich ist, wird als „Untergrundkommunist" namhaft gemacht. Und wer als solcher namhaft gemacht wird, das bestimmt FJS über die Stationen „Bayernkurier" – Stuttgarter Landgericht. Kommunisten bestimmen sich selbst. U-Kommunisten werden im „Bayernkurier" veröffentlicht.

Dem neuen Amtsblatt der Bewegung zur Früherkennung von ROTFRONT. Ich warne vor dem PDI. Wer da jemals Mitglied war und sich etwa als Lehrer oder Beamter, sei's als Lokomotivführer oder Friedhofsgärtner, bewerben wollte, wird abgewiesen.

Sie würden Rosa Luxemburg, lebte sie heute, nochmal ermorden. ■

Gedrückte Drücker

Die Methoden der Zeitschriftenwerber, der Drücker, haben sich nicht geändert. Die Brutalität, mit der „Werbeleiter" in dieser faulen Branche ihre Drücker drücken, auch nicht. Der Hamburger Heinrich-Bauer-Verlag wird seine Pornoblätter nicht einstellen müssen:

Auszug aus einem internen Protokoll eines „Lehrlingsnachmittags" beim Heinrich-Bauer-Verlag: „Fräulein Maak nannte Beispiele von Werbekolonnen, wo die Werbeleiter oder Kolonnenführer viel für ihre Mitarbeiter unternehmen würden."
Soweit, so dumm. Wer könnte auch auf den Gedanken kommen, daß Drücker mit kriminellen Methoden arbeiten müssen, weil ihre „Werbeleiter" sie sonst grün und blau schlagen? So geschehen in Bergen bei Hannover. Bei einer „Werbeagentur", die hauptsächlich für den Heinrich-Bauer-Verlag arbeitet. Rainer Helling aus Bielefeld: „Ich hab in der Zeitung ne Anzeige gesehen. Da wurden Beifahrer gesucht. Für eine Spedition, die Zeitungen transportiert. Ich habe dann dort angerufen. Am Sonntag darauf wurde ich von der Firma mit einem Auto abgeholt. Die haben mich dann nach Bergen gefahren, in ein Hotel. Und in der Hotelhalle haben die mir dann gesagt, wie mein Job wirklich aussehen sollte. Von Haus zu Haus gehen, Zeitschriften werben. Ich bin dann sofort auf mein Zimmer gegangen, um meine Sachen zu packen und wieder nach Hause zu fahren. Das war so gegen zehn Uhr abends. Plötzlich haben die das Hotelzimmer von außen zugesperrt und ich saß dann da im zweiten Stock, wußte nicht, was ich machen soll. Nachts um eins kamen dann zwei Typen rein. Da hätte schon mal einer versucht, abzuhauen. Der hätte dafür 'n paar auf die Schnauze gekriegt. Die wollten mich zusammenschlagen, wenn ich nicht unterschreibe, daß ich dem Kolonnenführer Högh 360 Mark schulde. Das hab ich natürlich gemacht. Als die rausgingen, haben sie wieder abgeschlossen und erst früh um acht wieder aufgemacht. Beim Frühstück wurde dann die Arbeitszeit besprochen. Täglich von neun bis zwanzig Uhr, kein Mittag, auch Samstag Dienst. Dann haben die mir mein Geld und meinen Ausweis abgenommen und wir sind aufs Land gefahren. So vierzig Kilometer von Bergen weg. Zum Zeitschriftenwerben. Bei der erstbesten Gelegenheit bin ich abgehauen. Ich habe dann in Bielefeld Anzeige wegen Freiheitsberaubung und Diebstahl erstattet."

Angebote männlich

Wir stellen ein:
Junge Leute mit Schwung
(18–26 Jahre)
für leicht erlernbare Tätigkeit mit garantierter Möglichkeit, überdurchschnittlich zu verdienen.
Wir bieten außer Überbrückung, Fixum, freier Krankenkasse noch einige Vorteile, die Ihnen sicher gefallen könnten.
Montag bis Donnerstag von 10.00 bis 12.00 und 13.00 bis 18.00 Uhr
[redacted]
Telefon [redacted]

Unabhängige Beifahrer | Kraftfahrer Kl. 2

„Da kam wer och im Morjngraun!"

„Sehr geehrter Herr Zahl, wegen der im Abschnitt „Gutachten" Ihres o. a. Buches enthaltenen herabsetzenden und beleidigenden Äußerungen gegenüber der Berliner Polizei habe ich das vorliegende Ermittlungsverfahren gegen Sie eingeleitet. Ich stelle Ihnen anheim, sich zu diesem Vorwurf zu äußern," schrieb der Düsseldorfer Staatsanwalt Trennhaus einem Schriftsteller, der schon im Knast sitzt: Peter Paul Zahl. Nachdem sein Manuskript „Isolation" beschlagnahmt wurde, wird jetzt sein im Literarischen Verlag Helmut Braun (Leverkusen) erschienenes Buch „Wie im Frieden" attakkiert. In dem „beleidigenden" Abschnitt „Gutachten" erzählt Zahl die Geschichte der zuletzt in Berlin lebenden Frau „U. W.", die Ende der sechziger Jahre in ihrer Druckerei Texte und Flugblätter für die „Neue Linke" druckte. Die Folge: Razzien der politischen Polizei, Tag und Nacht. Als „herabsetzend" betrachtet es die Staatsanwaltschaft wohl, daß U. W. sich in eine Art Uniform-Paranoia hineinsteigerte und in der Nervenklinik landete. Nicht zuletzt, weil die Beamten bei ihr ein- und ausgingen. Hier Zitate aus dem Buch: „Den Anlaß für akute Verfolgungen jedoch suchte man anders. In Kleinigkeiten. Wenn ein deutscher Uniformträger Bulle genannt wurde, beispielsweise ... Man kam wie zu Zeiten der bekannten Vorgänger, der Abteilung Ia der Berliner Kriminalpolizei, Görings Gestapo. Ein älterer Beamter kurz vor dem Abzug zu U. W.: Ach wissen se, det is doch allet Operette heut. Früher kam wer och im Morjngraun und traten gleich de Tür ein."

Rechts geputscht, gut geputscht...

„Die Generale der drei Wehrmachtsteile und die Polizei haben keinen ‚Putsch' im landläufigen Sinn gemacht, sie haben nicht aus Machtgelüsten gehandelt. Sie haben in Wirklichkeit eine vaterländische Tat vollbracht, die ganz groß in die Geschichte eingehen wird. Es mußte schnell zugeschlagen werden, bevor die anderen losschlugen. Von der Gesetzgebung und der Moral her waren sie dazu verpflichtet. Chile ist jetzt frei. Die Menschen haben wieder Freude an der Arbeit. Im Nachbarn braucht man keinen Spion mehr zu wittern, und man kann ohne Sorge schlafen. Es wird herzlich gelacht!" Nein, dies ist kein Auszug aus einem Kommentar der „National-Zeitung". Der Text ist der Broschüre „Der Sturz des Präsidenten Allende in Chile" entnommen, die die Bayrische Landeszentrale für politische Bildung kostenlos vertreibt. Um das „Demokratieverständnis der Bürger zu fördern und ihre politische Einsatzbereitschaft zu stärken". Zur Erinnerung: Der Putsch forderte 30 000 Tote. Die CSU-Bayern lachen herzlich.

...das ist und bleibt der Denunziant

Aus „Bild am Sonntag"

So sieht er aus, der Denunziant, der beim Verfassungsschutz hinter einem Kollegen herrecherchierte. Schier-Gribowski heißt er (mancher flicht noch ein m in die erste Silbe ein) und ist Redakteur beim NDR, Hauptabteilung Zeitgeschehen. Ein Mitarbeiter des Hamburger Landesamtes informierte bereitwillig und prompt, hatte Schier-Gribowski doch kürzlich erst einen Hofbericht über den Verfassungsschutz im Fernsehen abgelassen. Man zeigte sich erkenntlich mit der „Erkenntnis", daß der betroffene Kollege Mitglied der DKP ist. Das war weder Geheimnis noch, warum auch, Grund für den NDR, den betroffenen Kollegen nicht zu beschäftigen. Bis Schier-Gribowski kam und die Springer-Presse eine Affäre draus machte: nicht aus der Denunziation, sondern aus der DKP-Mitgliedschaft eines NDR-Mitarbeiters. Schier-Gribowski wird also weiter schnüffeln, der sozialdemokratische Senator Staak wird weiter nichts dabei finden, daß seine Behörde private Schnüffler mit „Erkenntnissen" beliefert, und das Berufsverbot wird auf öffentlich rechtliche Anstalten ausgedehnt.

„Linksradikale" Knirpse

„Geben Sie bis spätestens 20. Dezember schriftlich eine verbindliche Erklärung darüber ab, daß Sie künftig dafür Sorge tragen werden, daß Ihre Kinder das Buch ‚Freiheit für Zimbabwe' oder ähnliche Literatur nicht mehr in die Tagesstätte mitbringen werden. Sollten Sie diese verbindliche Erklärung nicht abgeben, lehnen wir ab 1. 1. 77 die weitere Betreuung Ihrer Kinder ab." Diesen Brief erhielt ein Heidelberger Ehepaar vom Vorstandsmitglied der örtlichen Arbeiterwohlfahrt (AWO), Bächstedt. Die Eltern ließen sich nicht auf die Drohung ein – die Kindertagesstätte der AWO warf die Kinder hinaus. Das Ehepaar erhielt Hausverbot für alle Einrichtungen und Grundstücke der „Wohlfahrt". In dem Buch „Freiheit für Zimbabwe" erzählt ein kleiner Junge seine Unterdrückung und die seiner schwarzen Landsleute durch die Weißen. Die AWO sah darin eine „Aufforderung zur Gewaltanwendung und zum bewaffneten Widerstand".

Gewissen vom grünen Tisch

In Bayern und Baden-Württemberg wird der §218 nach wie vor unterlaufen: Kreistage, Stadtverwaltungen und Ministerien zwingen den Ärzten ein „Kollektivgewissen" auf. In einigen Krankenhäusern sind Schwangerschaftsabbrüche überhaupt nicht möglich und bestimmte Indikationen – vor allem die Notlagenindikation – werden nicht anerkannt. Zwanzig bayrische Mitglieder des Bundestags, fünfzig Landtagsabgeordnete, 105 Kommunalpolitiker, 103 Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebs- und Personalräte, 41 Künstler und Wissenschaftler, 23 Ärzte und 15 Juristen unterzeichneten jetzt den Aufruf „Gegen das Kollektivgewissen". Ihr Appell: „Wir fordern die Landesregierungen auf, unverzüglich alle rechtlichen Schritte zu unternehmen, um den alle Möglichkeiten ausschöpfenden Vollzug des neugefaßten §218 StGB in allen Bundesländern zu erreichen und zu sichern!" Zu den Unterzeichnern gehören auch Dieter Hildebrandt, Hanna Schygulla, Volker Schlöndorff, Cornelia Froboess, Sammy Drechsel und Hansjörg Felmy.

*

Aus einer Broschüre des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS):

„Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum §218 kann jede Frau eine Abtreibung vornehmen lassen, wenn sie die Behauptung ins Feld führt, sie sei vergewaltigt worden. Der hierfür kausale Mann wandert somit hinter Gitter. Der RCDS empfiehlt daher allen männlichen Kommilitonen, sich durch folgendes Formblatt zu schützen: Ich,..., bin mit dem folgenden Geschlechtsverkehr einverstanden. Es liegt keine Vergewaltigung im Sinne des Urteils des BVerG vom 25. Februar 1975 vor. Diese Versicherung gebe ich im Vollbesitz meiner geistigen Kräfte ab. Hannover, den... Unterschrift der Frau."

Schöne Wirtschaft

NS-Arbeitsdienst: Die „Hausgehilfin" lächelt für UFA

Zwangsarbeit für Jugendliche fordert der katholische Prälat und Chefredakteur des „Passauer Bistumsblattes", Dr. Emil Janik. Junge Mädchen sollten den Haushalt „gutbürgerlicher" Familien führen – und für junge Männer gebe es schon „vor dem Wehrdienst" eine Reihe von „Arbeitsmöglichkeiten". Janik steht mit seinem Vorschlag nicht allein: In einer Repräsentativ-Umfrage erhielten die Demoskopen des Bielefelder Instituts „Emnid" von 53 Prozent ein klares „Ja" auf die Frage, ob staatlich organisierte Zwangsarbeit für joblose Jugendliche sinnvoll sei, wenn man sie so „von der Straße holen könne".

30 000 Arbeitsplätze bei der Deutschen Bundesbahn (DB) hat Verkehrsminister Kurt Gscheidle (SPD) in den letzten zwei Jahren bereits beerdigt. Weitere 30 000 Eisenbahner will er 1977/78 wegrationalisieren, um eine Milliarde Mark zu sparen.

Protelarische Bilanz 1976: Laut „Internationaler Arbeits-Organisation" (ILO) belief sich die Zahl der Streiktage je tausend Beschäftigte in Italien auf 1640, in England auf 540, in Frankreich auf 390 – und in der Bundesrepublik auf zehn.

ANZEIGE

Elleinstein – ein Antikommunist?

Die Sowjetische Zeitschrift „Nowoje Wremja" schreibt über den Wissenschaftler, Mitglied der KPF, er habe es sich offenbar zum Ziel gemacht, die antisowjetischen Verleumdungen der bourgeoisen Ideologen zu übertrumpfen. **Grund:** statt die Errungenschaften des Sowjetsystems zu beschreiben, gelte sein Interesse den negativen Aspekten, den mit dem Persönlichkeitskult verbundenen Abweichungen von sozialistischen Prinzipien.

Jean Elleinstein
Geschichte des „Stalinismus"
228 Seiten; Paperback; DM 16,80

Jean Elleinstein ist stellvertretender Direktor des „Instituts für marxistische Studien und Forschungen" (CERM) der Französischen Kommunistischen Partei.

Eine Kritik an der politischen Position Elleinsteins findet sich auch bei

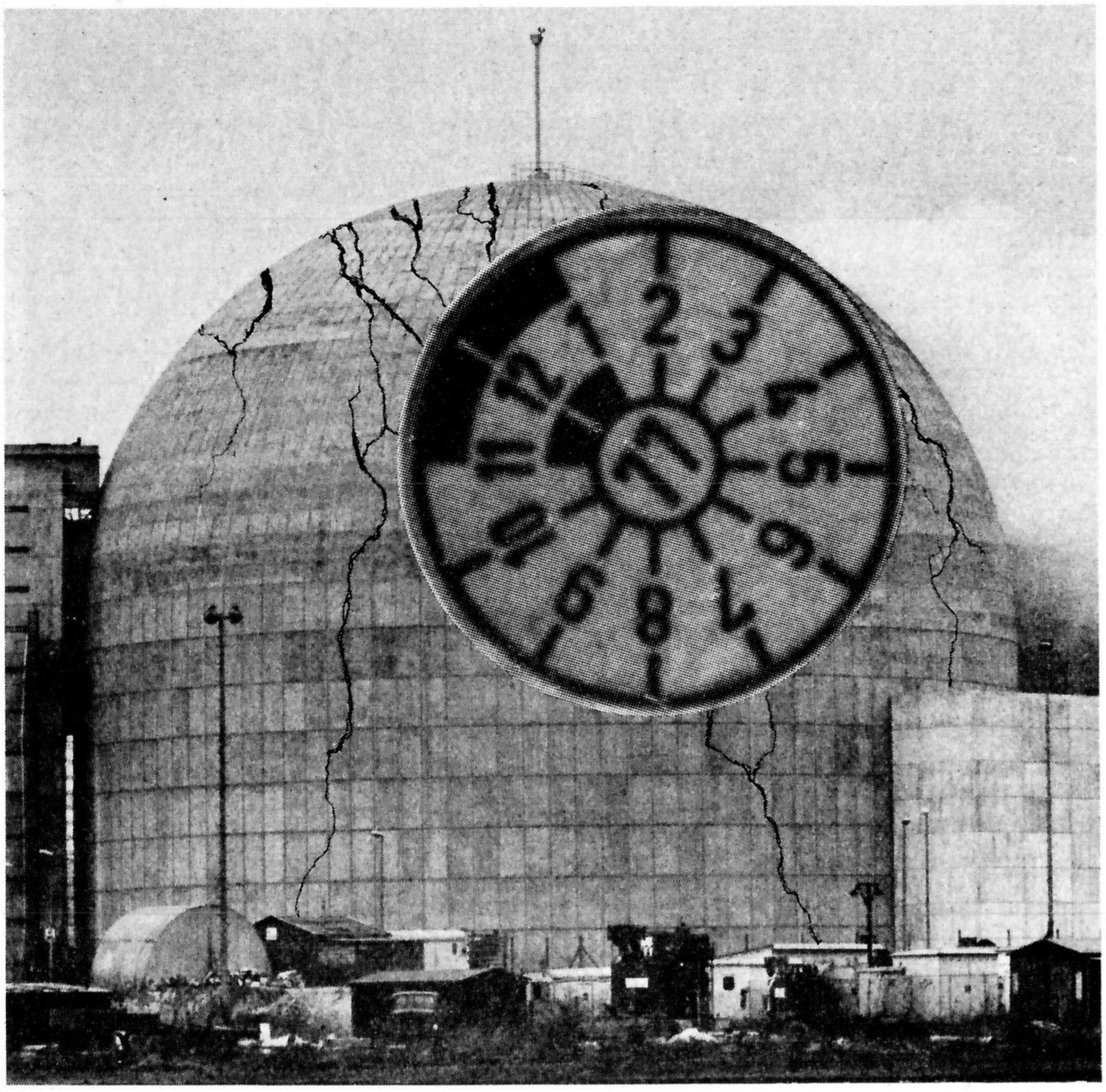
Etienne Balibar ist Mitglied der KPF

Mit Dokumenten des 22. Parteitages der KPF. Reihe „Positionen", Hrsg. von Peter Schöttler, Nr. 2; 185 Seiten; Paperback; DM 16,–

Allen Hutt/John Gollan
Die Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien
220 Seiten; Paperback; DM 16,–

Außerdem:
Freiheit der Kritik oder Standpunktlogik Diskussion in der KPF
Mit Beiträgen u. a. von Lucien Seve, Francis Cohen, Waldeck Rochet, Christine Buci-Glucksmann, Nicole E. Thevenin, Dominique Lecourt, Etienne Balibar, Georges Labica.
196 Seiten; Paperback; DM 14,80

VSA, Koppel 14, 2000 Hamburg 1,
Telefon 040/24 45 73
Herstellung und Vertrieb:
VSA, Erkelenzdamm 7,
Postfach 360 307,
1000 Berlin-West 36,
Telefon 030/614 60 10



Hans Peter Herbst

Der atomare Filz

Vor 27 Jahren war Westdeutschland noch jede Atomforschung verboten. Jetzt sind 240 Atomkraftwerke geplant. Wie das kommt und warum es keine unabhängigen Prüfer und Gutachter für Kernkraftwerke gibt, untersucht KONKRET-Mitarbeiter Hans Peter Herbst

Atomkraftwerke, das geben auch ihre Befürworter zu, sind gefährlich. Um das Risiko möglichst klein zu halten, gibt es ein kompliziertes Prüfungs- und Genehmigungsverfahren, das allerdings nur dann halbwegs funktionieren könnte, wenn die daran Beteiligten – also Industrie, Gutachter und staatliche Genehmigungsbehörden – voneinander unabhängig wären. Sie sind es nicht – im Gegenteil.

Ein Beispiel: das KKW Unterweser in Esenshamm. Antragsteller sind hier die Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK) und die Preussische Elektrizitäts AG (PREAG). Genehmigungsbehörde ist das Niedersächsische Sozialministerium – allerdings im Auftrag und unter ständiger Kontrolle der Bundesregierung, die der Landesbehörde gegenüber weisungsberechtigt ist. Gutachter sind das Institut für Reaktorsicherheit (IRS) der bundesweiten Vereinigung der Technischen Überwachungsvereine (VdTÜV) und der TÜV Norddeutschland.

Da die NWK zu 67,8 Prozent der PREAG gehört, die PREAG zu 86,5 Prozent der VEBA, deren Hauptaktionär wiederum der Bund ist (40 Prozent; Rest gestreut unter mehr als eine Million Kleinaktionäre), sind Betreiber und oberste Genehmigungsbehörde praktisch identisch: Der Antragsteller genehmigt sich seinen Antrag selbst. Auch die Unabhängigkeit der Gutachter erweist sich als Farce: Der Vorstandsvorsitzende der PREAG ist gleichzeitig Vorstandsmitglied des zuständigen TÜV Norddeutschland, und die VdTÜV gehört dem Deutschen Atomforum an, der Lobby der bundesdeutschen Kernindustrie.

Esenshamm ist kein Sonderfall: Von Wyhl bis Brokdorf sind Staat, Industrie und Gutachter ähnlich miteinander verfilzt. Wie konnte es dazu kommen?

Nach dem 2. Weltkrieg hatten USA und UdSSR die Führung in der „friedlichen Nutzung der Atomenergie" übernommen; der Bundesrepublik war Kernforschung verboten. Erst die Pariser Verträge des Jahres 1955 hoben dieses Verbot auf. Dennoch

- gab es schon 1952 eine „Kommission für Atomphysik",
- beteiligte sich die Bundesregierung schon 1953 an der Gründung des europäischen Kernforschungszentrums CERN,
- wurde schon 1954 am Max Planck Institut Göttingen eine „Reaktorphysikalische Arbeitsgruppe" gebildet, finanziell unterstützt zum Beispiel von AEG, Siemens, Hoechst, Bayer und BBC – Firmen, die noch heute dick im Atomgeschäft stecken.

1955 wurde das „Bundesministerium für Atomfragen" gegründet; erster Minister: Franz Josef Strauß. Seine Aufgabe war, „alle mit der Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken zusammenhängende Fragen " zu bearbeiten. Mittlerweile ist diese Aufgabe ans Bundesministerium für Forschung und Technologie übergegangen. Die Folge: Im Rahmen von vier Atomprogrammen flossen bis heute rund 18 Milliarden Mark aus Bundesmitteln in die Kernforschung.

Bei der Ausarbeitung dieser Atomprogramme ließ sich das Ministerium von einem „wissenschaftlichen Beirat" unterstützen, der „Deutschen Atomkommission" (DAtK). Den Vorsitz der DAtK führt der Minister, einer seiner Stellvertreter ist der Aufsichtsratsvorsitzende von Hoechst. Unter den Mitgliedern sind Vertreter folgender Firmen: Bayer, BASF, RWE, Klöckner, Mannesmann, Thyssen, AEG und Siemens – alle im Atomgeschäft engagiert.

Das Deutsche Atomforum mit Sitz in Bonn ist die Lobby der bundesdeutschen Kernindustrie. Es wurde 1959 als eingetragener Verein gegründet mit dem ausdrücklichen Zweck, „alle Bestrebungen zu fördern, die mit der Entwicklung und Nutzung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken zusammenhängen". (Satzung § 2,1)

Seine Mitglieder sind:

131 Firmen, darunter die fünf größten deutschen Aktiengesellschaften Bayer, BASF, Hoechst, RWE und Siemens; außerdem AEG, Klöckner und Krupp sowie Kraftwerke und Energieversorgungsunternehmen – praktisch die gesamte Atomindustrie.

58 Verbände und Vereinigungen, zum Beispiel die Gesellschaft für Kernforschung in Karlsruhe und die Kernforschungsanlage Jülich, aber auch die Technischen Überwachungsvereine in München, Essen und Hannover sowie die bundesweite Vereinigung der TÜV.

14 Behörden, darunter das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und die Wirtschaftsministerien der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein.

387 Einzelpersonen, meist Wissenschaftler und Ingenieure, aber auch 11 Bundestagsabgeordnete (neben ihrem Gewissen nun auch der Satzung des Atomforums verpflichtet) und ein Minister: Hans-Dietrich Genscher.

Als Genscher noch Innenminister war, erhielt sein Ministerium die Zuständigkeit für Strahlenschutz und Reaktorsicherheit, die

bis dahin beim Ministerium für Forschung und Technologie gelegen hatte. Genscher begrüßte 1973 diese Verlagerung, „da sich Förderung und Kontrolle von Kernkraftwerken schlecht miteinander vertragen". Gleichzeitig fand er nichts dabei, dem Deutschen Atomforum als Präsidiumsmitglied zu dienen.

Um „alle Bestrebungen" zugunsten der Kernenergie „zu fördern", gab der „Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit und Presse" des Atomforums 1975 fast eine halbe Million Mark aus. Vorsitzender dieses Arbeitskreises ist der Bundestagsabgeordnete Gerhard Flämig. Er leitet außerdem einen „Informationskreis Kernenergie", dessen „Zielgruppenfelder Meinungsbildner und schulpflichtige Jugendliche im Alter von 13 bis 16 Jahren" sind (Tätigkeitsbericht 1976). Der „Informationskreis" bietet zum Beispiel Lehrern Bild- und Tonkassetten, Filme sowie vollständige Unterrichtseinheiten zum Thema Kernenergie an – komplett mit Schülerarbeitsbogen und Folien für den Tageslichtprojektor.

Wie effektiv die PR-Arbeit des Deutschen Atomforums ist, zeigt zum Beispiel folgender Fall: Das Institut für Reaktorsicherheit (IRS) wurde 1972 von den Hamburgischen Elektrizitätswerken beauftragt, eine Stellungnahme der Hamburgischen Bürgervereine zum geplanten KKW Krümmel zu begutachten. Als das IRS sein Gutachten ablieferte, stellte sich heraus, daß es zum Teil wörtlich aus einer Broschüre des Atomforums abgeschrieben war. Und der Direktor des IRS, Dr. Kellermann, erklärte noch im Februar 1976: „Das Restrisiko bei Kernkraftwerken ist so gering, daß es von allen ohne Gefahr akzeptiert werden kann." Und: „Kernkraftwerke als Schreckgespenster radioaktiver Verseuchung gibt es nur noch in den Köpfen oft fanatisierter, kaum Sachargumenten zugänglicher und falsch programmierter Umweltschützer."

Bis zur Entlassung des TÜV-Ingenieurs Jens Pommerenke wegen seiner Teilnahme an einer Brokdorf-Kundgebung (KONKRET 2/77: „Gesinnungs-TÜV") wußte kaum jemand, daß der TÜV auch für die Sicherheit von Atomkraftwerken verantwortlich ist. Auch hier nützt ein Blick in die Geschichte:

Der TÜV wurde vor 110 Jahren als eine Art Freiwillige Selbstkontrolle der Dampfkessel-Betreiber gegründet. Die Firmen kamen so drohenden staatlichen Kontrollen zuvor, denn die damals ziemlich häufigen Dampfkessel-Explosionen hatten schon eine Reihe von Menschenleben gefordert. Im Laufe der Zeit erweiterte sich das Aufgabengebiet des TÜV, bis es praktisch alle Bereiche der Technik umfaßte, zum Beispiel Aufzugsanlagen und Werkstoffprüfungen, Rohrleitungen und Seilbahnen, Autos und Atomkraftwerke.

Trotz dieser allumfassenden Zuständigkeit ist der TÜV bis heute eine Selbstverwaltungsorganisation der Wirtschaft geblieben, ein „Zusammenschluß von Betreibern überwachungsbedürftiger Anlagen" sowie anderer Firmen, die etwa an sicherheitstechnischen oder energiewirtschaftlichen Fragen interessiert sind. Von den Vorstandsmitgliedern der einzelnen TÜV stammen

40 Prozent aus Maschinenbau und Produktionsgüterindustrie,
40 Prozent aus Energiewirtschaft, Bergbau und Chemie und
5 Prozent aus Kreisen der Wissenschaft. Die übrigen Mitglieder kommen aus dem Kfz-Bereich.

Diese Zusammensetzung der TÜV-Vorstände führt automatisch dazu, daß der angeblich unabhängige TÜV von genau den Firmen kontrolliert wird, die er überwachen soll.

Zu wessen Gunsten entschieden wird, wenn es – wie in der Atomindustrie – um Milliarden geht, zeigt das Beispiel des TÜV Rheinland: In seinem Vorstand sitzen unter anderem Vertreter von Interatom Internationale Reaktorbau GmbH, Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke (RWE), Kraftwerke Mainz-Wiesbaden, Koblenzer Elektrizitätswerk, Bayer und Mannesmann. Die Interessenlage dieser Firmen drückt sich in einem Tätigkeitsbericht des TÜV Rheinland über seine Teilnahme an atomrechtlichen Erörterungsterminen so aus: „In diesen Erörterungsterminen wurde neben meisterhaft vorgetragenen Argumenten antitechnischer Ideologen und gesellschaftspolitischer Agitatoren auch die echte Besorgnis der betroffenen Bevölkerung deutlich. Hier ist eine intensive Aufklärung erforderlich."

Noch eindeutiger sind die Verhältnisse beim TÜV Norddeutschland, der durch die Entlassung des Kerntechnik-Sachverständigen Jens Pommerenke ins Licht der Öffentlichkeit geriet. Wir haben in KONKRET darüber berichtet, daß das Hamburger Arbeitsgericht die drei fristlosen Kündigungen Pommerenkes für rechtswidrig erklärt hat. Wie sein Anwalt Gerd Benoit mitteilt, hat der TÜV gegen dieses Urteil inzwischen Berufung eingelegt.

Im Vorstand des TÜV Norddeutschland sind unter anderem folgende Firmen vertreten: NWK, PREAG, VEBA, Schleswag, Überlandwerke Nord, Energie-Versorgung Weser-Ems, Hastra, Preussag, Interatom, Uran GmbH & Co KG, Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt und die Kernkraftwerke Brunsbüttel, Krümmel und Stade.

Der Vorstand beruft den Geschäftsführer. Beim TÜV Norddeutschland ist das Dr.-Ing. W. Witt. Dieser Dr. Witt hat im Sommer 1976 in einem internen Rundschreiben an seine Hauptabteilungs- und Abteilungsleiter, in dem es um Reklamationen von TÜV-Kunden ging, folgenden Satz formuliert:
„In erster Linie geht es darum, den Kunden zufriedenzustellen und nicht darum, den letzten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse darzustellen."
Wieviel seine „Kunden" dem TÜV einbringen, zeigt folgende Zahl: Allein im Kernenergiebereich hatte der TÜV Norddeutschland im Geschäftsjahr 1975 einen Umsatz von etwa 14 Millionen Mark.

Schließlich noch ein Beispiel für die Verflechtung der bundesweiten VdTÜV mit Staat und Wirtschaft: Prof. Dr.-Ing. Siegfried Balke, langjähriger Vorsitzender der VdTÜV, war von 1956–57 Bundesminister für Atomfragen, von 1957–62 Bundesminister für Atomenergie und von 1964 bis 69 Präsident des Bundes Deutscher Arbeitgeberverbände.

Auch im sogenannten „Normalbetrieb" geben Atomkraftwerke Radioaktivität an ihre Umwelt ab, bei „Störfällen" können auch größere Mengen freigesetzt werden. Selbst wenn man dieses Risiko in Kauf nehmen wollte, bleibt der GAU, der „Größte anzunehmende Unfall".

Die Definition des GAU ist umstritten, meist versteht man darunter jedoch einen Bruch der Hauptkühlleitung, der bei Ausfall der Notkühlung innerhalb von 30 bis 50 Sekunden zu einer Verschmelzung des Reaktorkerns führt, die nicht mehr aufzuhalten ist. Der geschmolzene Kern brennt sich durch Druckbehälter und Betonabschirmung in die Erde. Dabei kann die gesamte Radioaktivität freigesetzt werden, das heißt bei einem 1000 Megawatt-Kraftwerk nach einem Jahr Betriebsdauer das tausendfache der Hiroshima-Bombe.

In der Schweiz ist ein solcher Unfall bereits passiert: Am 21. 1. 1969 schmolz der Reaktor Lucens in die Erde. Nur weil es sich um einen kleinen Versuchsreaktor handelte (8,5 Megawatt), der zudem tief in eine Berghöhle hineingebaut worden war, wurde eine radioaktive Verseuchung der Außenwelt vermieden.

In einer TÜV-Veröffentlichung aus dem Jahre 1972 heißt es zum GAU: „Bei Annäherung an das Gefährdungspotential wird die Eintrittswahrscheinlichkeit der Störfälle extrem klein. Von einem qualitativ subjektiven Grenzwert ab schließt man deshalb solche Störfälle aus der weiteren Betrachtung aus. Dieses auf angenehme Weise einfache Gedankenmodell hat jedoch offensichtlich Mängel, da die anfängliche Entscheidung, welcher Unfall anzunehmen ist, subjektiv und keine Beziehung zur Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkung eines bestimmten Unfalls gegeben ist." „Die menschliche Phantasie wird darüber hinaus mögliche Störfälle entsinnen können, die aber wegen ihrer extrem geringen Eintrittswahrscheinlichkeit unberücksichtigt bleiben müssen. Andernfalls besteht die Gefahr von Fehlinvestitionen wertvoller Zeit und Mittel."

Im selben Jahr 1972 stellten amerikanische Wissenschaftler fest, daß nicht nur ein Bruch der Hauptkühlleitung zum GAU führen kann, sondern mit weit höherer Wahrscheinlichkeit ein Zusammentreffen mehrerer – einzeln relativ beherrschbarer – „kleiner" Störfälle, wie zum Beispiel Ventilfehler oder eine Reihe von Rohrleitungsbrüchen. Solche „kleinen" Störfälle sind jedoch in bundesdeutschen Kernkraftwerken durchaus nicht so selten, wie die Propagandisten der Atomindustrie glauben machen wollen.

Mindestens einmal wäre es beinahe zum GAU gekommen: im Februar 1973 im KKW Würgassen. Hier ein Auszug aus der gutachterlichen Äußerung der TÜV Hannover/Rheinland zu diesem „Störfall":
„... läßt im Ganzen und in vielen Details erkennen, daß die technische Überperfektion dieses Atomkraftwerkes Würgassen nicht sicher zu beherrschen war und auch durch weitere zusätzliche Sicherheitseinbauten und Verriegelungen nicht betriebssicher werden wird." ■

Prügel für Reporter

„Die Arbeit der Presse bei der Berichterstattung über die Demonstrationen gegen den Bau eines Kernkraftwerkes in Brokdorf am 13. November war voll gewährleistet. Gegenteilige Behauptungen stehen in krassem Widerspruch zu den Tatsachen. Die Arbeit der Presse ist jederzeit ausdrücklich gefördert worden", meldet der Pressedienst der schleswig-holsteinischen Landesregierung (PDL). Dieter Brumm, Vorsitzender der Deutschen Journalisten Union (DJU) in Hamburg, sieht das anders. In einem Brief an den Innenminister Schleswig-Holsteins, Rudolf Titzck, schrieb Brumm:

„Aus den geschilderten Vorfällen geht hervor, daß die vom Grundgesetz garantierte Freiheit der Berichterstattung am 30. 10. und am 13. 11. 1976 in Brokdorf schwerwiegend beeinträchtigt wurde. Journalisten, die in der dargestellten Form bei ihrer Arbeit behindert werden, können die Öffentlichkeit nicht mehr ausreichend informieren und müssen sich fragen, ob dies die Absicht der Behinderungen war."

Die brisantesten Fälle:

Dem Fotografen Peter Thomann brachte seine journalistische Sorgfalt einen zweiwöchigen Krankenhausaufenthalt ein. Er kletterte bei der Anti-Kernkraft-Demonstration in Brokdorf am 13. November auf einen Baum, um einen besseren Überblick zu haben. Prompt rüttelten unten Polizisten – von oben setzte ein Polizeihubschrauber zum Tiefflug an, um Thomann durch den entstehenden Luftdruck vom Baum zu fegen. Mit Erfolg. Der Fotograf landete bewußtlos im Krankenhaus.

Sechsmal wurde der Hamburger Fotograf Günter Zint am gleichen Tag kontrolliert: Beamte forderten nicht nur seinen Presseausweis, sondern auch Personalausweis und Reisepaß, Zints Wagen wurde bei jeder der Kontrollen durchsucht.

Fritz Peyer, ebenfalls Fotograf aus Hamburg, durfte am 30. Oktober Fotos innerhalb des eingezäunten Baugeländes machen. Doch nachdem Demonstranten einen Teil des Geländes besetzt hatten, stürzten sich auch mehrere Polizeibeamte auf Peyer, drehten ihm den Arm auf den Rücken und schoben ihn gewaltsam ab. Ein Reporter weniger, der Fotos vom Einsatz der Polizei machen konnte.

„Wenn Sie nicht sofort die Straße verlassen, lasse ich räumen!" bekam Stern-Reporter Klaus Lutterbeck von einem Einsatzleiter zur Antwort auf die Frage, warum jener eine friedliche Gruppe Demonstranten weit ab von der eigentlichen Schlacht durch Polizisten angreifen ließ. Weder Presseausweis noch Hausausweis vom Gruner + Jahr-Verlag nützten Lutterbeck: „Diese Straße ist auch für Sie gesperrt, beschweren Sie sich doch beim Innenminister!"

Stoltenberg in Brokdorf

Uwe Herzog

Herr Stoltenberg bittet um Funkstille...

Im Norddeutschen Rundfunk läuft einer mit der Sense herum: Schleswig-Holsteins Innenminister Rudolf Titzck, gleichzeitig Verwaltungsratsmitglied im NDR. Kritische Berichte zum Thema Brokdorf werden abgemäht. Exemplarisch, wie hier die Kieler CDU-Regierung Nachrichten unterdrücken läßt und ihre eigenen subjektiven „Verlautbarungen" als objektive Meldungen ins Programm einschleust.

Ministerpräsident Stoltenberg hat den NDR in einem Brief gebeten, nicht durch Hinweise und Vorberichterstattung die Aufmerksamkeit der Bevölkerung zu sehr auf geplante Demonstrationen, hinter denen möglicherweise militante Gruppen stehen, zu lenken. Herr Räuker schlägt vor, künftig im Fernsehen auf Vorberichte mit Bild zu verzichten, da Bilder in diesem Zusammenhang zu stark emotionalisieren. Man solle sich in diesem Zusammenhang lediglich auf Nachrichten beschränken."

Dies ist ein Auszug aus dem streng vertraulichen Protokoll der Programmdirektorenkonferenz vom 26. Januar 1976 im Norddeutschen Rundfunk. Es geht um Brokdorf, um Einschränkung der Berichterstattung über den Kampf gegen das geplante Kernkraftwerk an der Unterelbe. Doch dies ist nicht die erste „Bitte" der schleswig-holsteinischen Landesregierung, die Programmdirektor Friedrich Wilhelm Räuker (CDU) bereitwillig befolgt. Lange bevor ein Wort in Sachen Brokdorf geschrieben und eine Szene abgedreht war, sagte die Landesregierung der kritischen Berichterstattung im NDR den Kampf an.

Stoltenbergs Innenminister Rudolf Titzck, gleichzeitig Mitglied des NDR-Verwaltungsrats, machte bereits vor einem Jahr unter Berufung auf Verfassungsschutzberichte Stimmung gegen „linke Bauplatzbesetzer". Zum Beispiel auf der Verwaltungsratssitzung 302 vom 26. März 1976, Tagesordnungspunkt 10a: „Herr Titzck führte aus, man wisse, daß die Bundesregierung den Plan hat, den Bau einer Mehrzahl von Kernkraftwerken im Bundesgebiet zusammen mit den jeweils zuständigen Landesregierungen durch entsprechende Planung und abgestimmte Vorstellungen durchzuführen. Man habe einen besonders auch die Öffentlichkeit berührenden Fall in Wyhl gehabt. Es liege jetzt das Problem der Planung eines Kernkraftstandortes und des Baues eines Kernkraftwerkes in Brokdorf in Schleswig-Holstein vor. Nach seiner Kenntnis spielen auch hier professionelle Baustellenbesetzer, die aus dem ganzen Bundesgebiet zusammengezogen werden, eine besondere Rolle. Er halte es auch wegen entsprechender Erfahrung in der Vergangenheit für geboten, den Hinweis rechtzeitig zu geben, damit er bei der zweifellos ausführlichen Berichterstattung des NDR berücksichtigt werden kann."

Die ersten NDR-Redakteure, die sich nicht an die Weisung Titzcks hielten, waren Karsten Biehl und Eberhard Hollweg. Sie drehten den Film „Brokdorf – ein zweites Wyhl?", der am 31. Oktober – einen Tag nach der ersten Brokdorf-Demonstration – ausgestrahlt wurde. Der 30-Minuten-Streifen, der schildert, wie es zu dem Widerstand der Bevölkerung kam, brachte den beiden Autoren mehr Ärger ein, als sie erwarteten. Ministerpräsident Stoltenberg empörte sich darüber, daß nur ein einziger Satz aus seinem Munde gesendet wurde

und der Pressedienst der Landesregierung (PDL) meldete, Biehl habe in der Sendung die Polizeibeamten aufgefordert, den Dienst zu verweigern.

Als Biehls Vorgesetzter Gerhard Bott der „Monitor"-Redaktion im Westdeutschen Rundfunk (WDR) Material aus der Sondersendung anbot, versuchte Programmdirektor Räuker zu verhindern, daß der Film nach Köln geschickt wird. Doch Räuker kam wenige Stunden zu spät – das Material war bereits unterwegs und wurde am 1. November in „Monitor" eingebaut. Ein NDR-Redakteur zu KONKRET: „Räuker forderte eine Erklärung, wie der Film zum WDR gekommen ist. Er veranlaßte eine richtige Untersuchung des ‚Vorfalls'. Dann warnte er uns alle mit dem Hinweis, wir sollten Brokdorf richtig einschätzen." Und als NDR-Redakteur Hans Peter Herbst Ausschnitte aus „Brokdorf – ein zweites Wyhl?" für eine Sendung des regionalen Freitagsmagazins bestellte, mußte er auf das Material länger warten, als gewöhnlich: Eine „Sondergenehmigung" war nötig. Eine weitere neue Variante der Zensur kam hinzu: Räuker zitierte Redakteure kurz vor der Ausstrahlung von Brokdorf-Sendungen zu sich, um Passagen in Moderationstexten zu ändern.

Der NDR scheute sich nach den Angriffen Stoltenbergs auf die Sendungen über die erste Brokdorf-Demonstration nicht, Verträge zu brechen. Den Austauschvertrag mit dem holländischen Fernsehen etwa, auf den sich der Sender VARA berief, als er NDR-Filmmaterial bestellte. Das Material blieb in Hamburg, VARA protestierte bei Intendant Neuffer und entsandte für die Demonstration am 13. November ein eigenes Team.

Den nächsten Schritt unternahm Räuker. Er bereitete Zensurmaßnahmen für

NDR-Intendant Martin Neuffer (SPD) läßt die Zensurmaßnahmen, von der Kieler Regierung (CDU) gesteuert, im Funkhaus zu

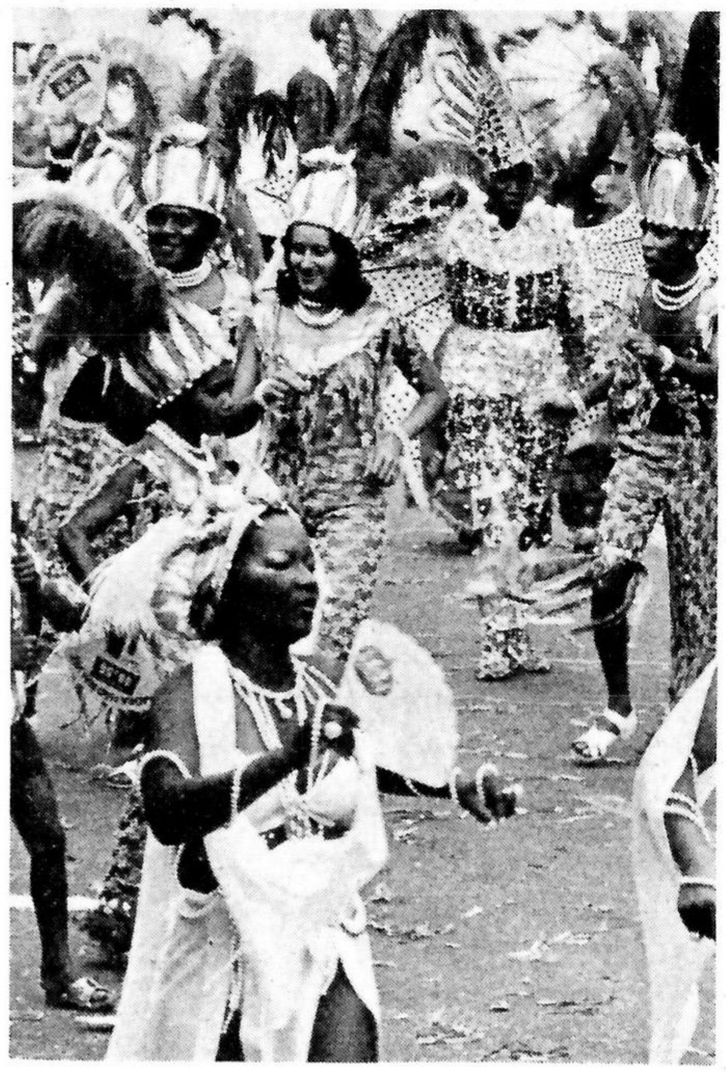
ganze Sendungen vor – nicht nur in Sachen Brokdorf. Hier ein Brief des Programmdirektors vom 10. November an den Redakteur einer der wenigen kritischen Sendungen im 3. NDR-Programm (den Namen des Redakteurs und den Titel der Sendung nennen wir nicht, um NDR-Redakteure nicht zu gefährden): „Sehr geehrter Herr..., da ich aus Termingründen nicht alle Sendungen sehen konnte, wäre ich Ihnen dankbar, wen n Sie mir eine Themenaufstellung des bisherigen Programms zur Kenntnis geben könnten. Darüber hinaus möchte ich gern die Moderationstexte der letzten vier Sendungen einsehen. Zweck der Übung ist es, Belege für meine Annahme zu finden (oder nicht zu finden), daß... sich thematisch von der ursprünglich verabredeten und anfangs auch eingenommenen Position wegbewegt. Ich werde mir in absehbarer Zeit erlauben, Herrn... und die verantwortlichen Redakteure einschließlich „Zulieferer" zu einem Gespräch über die vorliegende Problematik zu bitten."

Der NDR-Verwaltungsrat griff Räukers Idee der Nach-Zensur (die Selbstzensur der Redakteure zur Folge hat) am 27. November auf: „Wegen der Kritik an der Behandlung des Themas ‚Brokdorf' durch den NDR in Hörfunk und Fernsehen beauftragt der Verwaltungsrat den Intendanten, unverzüglich alle im Sendegebiet des NDR ausgestrahlten Sendungen des NDR in der Zeit zwischen dem 25. 10. 1976 bis 26. 11. 1976, die das Problem der Versorgung mit Kernenergie und den Bau eines Kernkraftwerks in Brokdorf zum Gegenstand haben, zusammenstellen zu lassen und dem Verwaltungsrat zur Prüfung vorzulegen. Dafür sind Niederschriften aller Nachrichten, Berichte, Kommentare und sonstiger Sendungen in den drei Hörfunkprogrammen zu erfassen, sowie Bildkassetten anderer Nachrichten (Tagesschau, Berichte vom Tage), Magazin-Beiträge, Sonderberichte und sonstige Beiträge im Ersten und Dritten Fernsehprogramm." Das Material umfaßt 1069 Seiten aus 143 Sendeminuten des Fernsehens und den 1100 Hörfunksendungen, in denen Brokdorf vorkam.

Im Hörfunk setzten sich Zensur und Selbstzensur ebenso durch, wie im Fernsehgebäude in Hamburg-Lokstedt. Der skandalöseste Fall: Laut Staatsvertrag des NDR mit dem Land Schleswig-Holstein muß der NDR der Landesregierung eine „angemessene Sendezeit für amtliche Verlautbarungen" einräumen. Wenn es zum Beispiel um Flutkatastrophen oder Waldbrände geht. Diese Verlautbarungen müssen jedoch streng von den „unabhängigen und objektiven" Nachrichtensendungen getrennt werden.

Am 12. und 13. November wurde der Vertrag nicht eingehalten. Dreimal sendete der NDR-Hörfunk eine ‚Verlautbarung' der Kieler Regierung im Nachrichtenblock: „Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein weist darauf hin, daß organisierte Gruppen die Absicht verfolgen, anläßlich der für Samstag, dem 13. November 1976, vorgesehenen Demonstration in Brokdorf das Baugelände für das Kernkraftwerk zu besetzen. Der Innenminister macht deshalb mit Nachdruck auf folgendes aufmerksam: Jede Überwindung der Absperrung und jede Besetzung der Baustelle ist ein Rechtsbruch..."

Der Wille Stoltenbergs wird selbst in Musiksendungen befolgt: Am 27. Dezember wurde der Moderatorin Sybille Wahnschaffe in der Sendung „Von neun bis halb eins" verboten, den „KKW-Nein-Rag" von Walter Mossmann zu spielen. ■



Während die brasilianische Regierung für Heile-Welt-Fotos Carneval feiern läßt, foltert und mordet ihre Polizei Antifaschisten

Rio: Jagd auf linke Katholiken

Faschismus in Brasilien: das ist längst nicht nur mehr Terror gegen die Linke. Selbst katholische Priester und Bischöfe, die sich sonst fast jedem Regime anpassen, werden von Polizei und Militärs verhaftet, gefoltert, ermordet. KONKRET dokumentiert eines Auszug aus dem Hirtenbrief der Nationalen Bischofskonferenz von Brasilien.

DIE Ereignisse von Merure im Bundesstaat Mato Grosso sind in ihrem Ursprung eng verknüpft mit der Abgrenzung des den Indianern zugesprochenen Landes, die mit Genehmigung der FUNAI (Nationale Behörde für Indianerfragen durchgeführt wurde. Zwei Tage nachdem mit der Arbeit begonnen worden war, am 15. Juli dieses Jahres, drangen mehr als 60 Personen – Großgrundbesitzer, deren Leibwächter und Siedler – in die Missionsstation der Salezianer in Merure ein. Sie suchten Pater Rudolfo Lunkenbein, um sich Genugtuung zu verschaffen.

Pater Gonçalo, der sie empfing, wurde von ihnen mißhandelt. Kurze Zeit darauf erschien Pater Rudolfo in Begleitung einiger Indianer vom Stamm der Bororos. Pater Rudolfo, der nicht auf die Provokationen reagierte, versuchte, sie davon zu überzeugen, daß sie den Rechtsweg beschreiten müßten. Einige Indianer wollten schließlich etwas unternehmen, um Pater Rudolfo angesichts dieser Aggression zu schützen.

Lourenço, der Häuptling der Bororos, wurde in den Rücken geschossen. Drei weitere Schüsse wurden abgegeben. Pater Rudolfo wurde getroffen und starb zehn Minuten später. Die Schießerei weitete sich aus. Andere Indianer waren hinzugekommen; fünf von ihnen wurden verletzt, außerdem einige der Angreifer. Einer aus den

MANGUARE CUBA

Best.-Nr. L88118
3o-cm-LP, stereo
Textbeilage

1.LP des sozialistischen Cubas in der BRD

„pläne„
Schallplatten und MusiCassetten für Kopfhörer.

pläne
Verlag „pläne„ GMBH
Braunschweiger Str. 20
4600 Dortmund
Tel.: 0231 · 81 89 25

GESAMTVERZEICHNIS anfordern

MARO VERLAG + DRUCK 89 AUGSBURG 1
BISMARCKSTR. 7½ TEL: 0821-577131

Charles Bukowski
Als wir von 3 Jahren das erste Buch von C. B. machten, war er für den etablierten Literaturbetrieb nicht fein genug. Mittlerweile hat sich das geändert: Kaum ein Verlag, der sich nicht die Hacken nach einer Lizenz abläuft, denn der Bierdosenknacker aus Los Angeles haut in die Vollen:

1. **Gedichte die einer schrieb bevor er im 8. Stockwerk aus dem Fenster sprang.**
   Mit Fotos, Briefen, Dokumenten, 112 Seiten, 9,80 Mark
2. **Kaputt in Hollywood - und andere Stories vom täglichen Wahnsinn** - Mit Fotos und einem Interview von Thomas Kettner, 144 Seiten, 12 Mark
3. **Bukowski-Poster** (Portrait mit einem Strip Girl)
   Format 86 x 60 cm - Kleine Auflage - Fanpreis 5 Mark

Harold Norse: Beat Hotel
Cut-Up-Text aus einer verlausten Kaschemme in Paris
Hier trafen sich Burroughs, Corso, Thomas, Gysin und andere Größen der Beat-Generation. Mit einer Story über das Beat Hotel der Puffmutter Rachou von C. Weissner.
78 Seiten (davon 10 Fotocollagen v. N. O. Mustill), 8 Mark

Christoph Derschau: Den Kopf voll Suff und Kino
Gedichte von Liebe, Tod und dem täglichen Kleinkram.
Vorwortgedicht von H. C. Artmann, 104 rosarote S., 10 Mark

BÜCHER DIE MAN SONST NICHT FINDET -
Katalog der Minipressen - Ausgabe 1976-77
In den deutschen Kleinverlagen tut sich so manches. Dieser Katalog informiert ausführlich über die Produkte der sog. Alternativpresse. Mit einer genauen Bibliografie über mehr als 900 Bücher aus ca. 100 Verlagen. Der Schinken hat 336 Seiten und kostet 18 Mark.

Reihen der Angreifer, Aloisio, starb durch einen Schuß ins Gesicht und einige Messerstiche. Auch der Indianer Simao wurde verletzt. Als seine Mutter Tereza ihm zu Hilfe eilen wollte, wurde auch sie schwer verwundet. Kurz darauf flohen die Angreifer, ließen jedoch den Leichnam Aloisos und eines ihrer Autos zurück. Die Verwundeten wurden nach Barra do Garça gebracht. Auf dem Weg dorthin starb der Indianer Simao.

● Am Mittwoch, dem 22. September dieses Jahres, verließ Adriano Hipolito, Bischof von Nova Inguaçu, in Begleitung seines Neffen und dessen Verlobter im Volkswagen des Bischofs die Bistumsverwaltung. Nachdem sie einige Straßen durchfahren hatten, wurden sie plötzlich von zwei Autos gestoppt, aus denen fünf oder sechs mit Pistolen bewaffnete Männer heraussprangen. Auf brutale Weise zwangen sie den Bischof und seinen Neffen, aus dem Auto zu steigen; dem Mädchen gelang es, in dem Durcheinander nach Hause zu fliehen. Der Bischof wurde von den Entführern auf den Rücksitz eines ihrer Autos geworfen. Man zog ihm eine Kapuze über den Kopf und legte ihm Handschellen an. Dann wurde er gezwungen, sich zusammenzukrümmen, damit er von der Straße aus nicht gesehen werden konnte, während das Auto mit hoher Geschwindigkeit davonraste. Die Entführer schnitten sämtliche Knöpfe an der Soutane des Bischofs ab.

Nach etwa einer halben Stunde stoppte das Auto, und der Bischof wurde völlig entkleidet. Man versuchte zunächst, ihm mit Gewalt eine Flasche Zuckerrohrschnaps einzuflößen; doch als der Bischof sich heftig zur Wehr setzte, ließ man von diesem Vorhaben ab. Während der ganzen Zeit schrien die Entführer, daß sie zur AAB (Antikommunistische Allianz Brasiliens) gehörten, daß der Bischof ein „kommunistischer Verbrecher" wäre und daß die Stunde des Bischofs Calheiros schon kommen würde (Es handelt sich hierbei um Waldyr Calheiros, Bischof von Volta Redonda im Bundesstaat Rio de Janeiro).

Dann wurde der Bischof an einen abgelegenen Ort gebracht, wo er die Schreie seines Neffen hören konnte. Nachdem man ihn mit roter Farbe beschmiert hatte, brachte man ihn ins Auto zurück. Weit entfernt von Nova Jacarepaguai wurde er schließlich gefesselt von seinen Entführern abgesetzt.

Der Bischof wurde von einigen Männern gefunden, die ihm Kleidung gaben und ihn zurück zum nächsten Pfarrhaus brachten. Bischof Hipolito wandte sich zunächst an die Polizeibehörden des betreffenden Bezirks, wo er seine Aussage machte, und dann wurde er von dort zur politischen Polizei gebracht. Bei der DOPS (Abteilung für politische und soziale Ordnung) wurde ihm mitgeteilt, daß sein Neffe gefunden worden sei und sich auf dem Wege befände, um seine Aussage zu machen. Hier erfuhr er auch, daß sein Wagen vor dem Gebäude der Nationalen Bischofskonferenz im Stadtteil Gloria in Rio de Janeiro in die Luft gesprengt worden war.

Noch bei der DOPS erhielt der Bischof Hipolito den Besuch des Apostolischen Nuntius, dem Vertreter des Heiligen Stuhls in Brasilien, der ihm seine Solidarität erklärte. Zunächst war der Nuntius der Zutritt zu dem Raum, in dem der Bischof seine Aussage machte, verweigert worden.

Bis zum heutigen Tag hat die Brasilianische Bischofskonferenz über das Ergebnis der Nachforschung durch die verantwortlichen Bischöfe keine Mitteilung erhalten.

● Am 11. Oktober befand sich Joao Bosco Penido Burnier, Jesuitenpater und Missionar der Prälater Diamantino im Bundesstaat Mato Grosso in Begleitung des Bischofs Pedro Casaldaliga von Sao Felix aus dem gleichen Bundesstaat auf der Rückreise von einer Priesterkonferenz, auf der die Probleme der Indianer behandelt worden waren.

Auf ihrer Durchreise durch den kleinen Ort Ribeirao Bonito in der Gemeinde Barra do Garças suchten beide die örtliche Polizeistation auf, um gegen die ungerechtfertigte Verhaftung und Folterungen von zwei Frauen des Ortes Einspruch zu erheben. Acht Tage zuvor war der Polizeiwachtmeister Felix, ein Angehöriger der Militärpolizei des Bundesstaates Mato Grosso, ermordet worden. Dies geschah anläßlich der mit brutaler Gewalt durchgeführten Verhaftung der Kinder von Jovino Barhosa. Der Tod des Wachtmeisters hatte zur Folge, daß aus Barra do Garça ein großes Polizeiaufgebot nach Riberao Bonito geschickt wurde, das unter der Bevölkerung Angst und Schrecken verbreitete. Viele wurden festgenommen, verprügelt und gefoltert.

Margarida Barbosa, die Schwester von Jorino Barbosa wurde vom 5. bis 11. dieses Monats festgehalten und von der Polizei gefoltert. Man zwang sie, mit ausgebreiteten Armen auf Flaschendeckeln zu knien, man trieb ihr Nadeln unter die Fingernägel und in die Brüste und schlug sie. Während des Verhörs wurde sie ständig mit einem in Anschlag gebrachten Gewehr und zwei auf die Ohren gerichteten Revolver bedroht. Während der ganzen Zeit bekam sie weder zu essen noch zu trinken. Am 11. Oktober um 17 Uhr waren auf der Straße Schreie zu hören: „Schlagt mich nicht!"

Santana, die Schwiegertochter von Jovina Barbosa, wurde zur selben Zeit, zwei Wochen nach ihrer Niederkunft festgenommen und von mehreren Soldaten vergewaltigt. Außerdem wurden die Pflanzung und das Haus ihres Mannes mit allen Reisvorräten niedergebrannt.

Das Leiden dieser Frauen bewog Bischof Casaldaliga und Pater Joao Bosco auf der Polizeistation von Riberao Bonito vorzusprechen. Sie versuchten vergeblich, sich in einem richtigen Gespräch mit den Wachtmeistern Juraci und Messias sowie zwei Soldaten für die beiden Frauen einzusetzen. Die Polizisten reagierten mit Beschimpfungen und drohten ihnen für den Fall, daß sie es wagen sollten, diese Willkür anzuzeigen. Der Pater erhielt einen Faustschlag und einen Kolbenhieb ins Gesicht und wurde von einem Dum-Dum-Geschoß auf den Kopf getroffen.

Während der drei Stunden, die Pater Joao Bosco noch bei Bewußtsein war, erhielt er die Sterbesakramente und weihte Gott sein Leiden für das Volk und für die Indianer. Man brachte den Sterbenden nach Goiania, wo er am 12. Oktober um 17 Uhr seinen Verletzungen erlag. ■

Gefeuert: Michael Ziegelhöfer

„Herr Landrat hat gebeten"

Im September letzten Jahres kündigte die Kreissparkasse im nordbayrischen Lichtenfels dem 26jährigen Bankkaufmann Michael Ziegelhöfer. Fristlos. Ziegelhöfer, sieben Jahre bei der Sparkasse angestellt, wird von Direktor Schnickmann mit fadenscheinigen Begründungen abgespeist: 1970 sei er doch schon in der Berufsschule öfter später zum Unterricht gekommen und für 1976 könne man ihm „Verspätungen bis zu fünf Minuten nachweisen". In erster Arbeitsgerichtsinstanz am 1. Dezember 76 weist der vorsitzende Richter sämtliche Begründungen zur Kündigung zurück. Vorschlag des Arbeitsgerichts Coburg: Ziegelhöfer soll wieder eingestellt werden. Doch Sparkassendirektor Schnickmann gibt nicht auf. Im Gerichtsprotokoll ist der Hintergrund der fristlosen Kündigung festgehalten: „Der Beklagtenvertreter (Schnickmann) erklärt, der Landrat Walter (SPD) habe ihn gebeten, die Kündigung zu veranlassen, weil der Kläger in einer Wohngemeinschaft wohne, die verfassungsrechtlich überwacht worden sei. Dies sei ein Sicherheitsrisiko für die Sparkasse." Ziegelhöfer, weder Mitglied irgendeiner Partei noch politisch aktiv, wird laut Beschluß des Arbeitsgerichts Coburg vom 18. Januar bis September weiterbezahlt. Nicht weiterbeschäftigt.

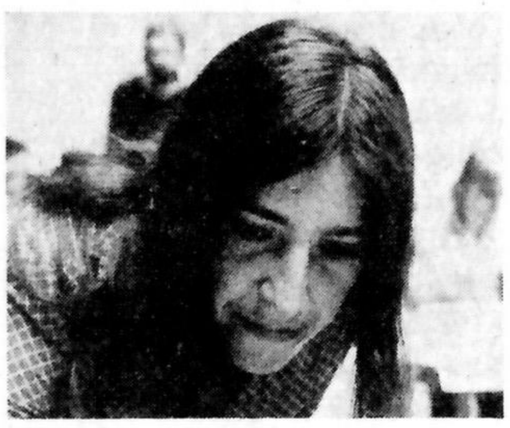
Deutsche Urteile

Ausgleichende Gerechtigkeit

Das Berufsverbot, das der hessische Kultusminister Krollmann (SPD) gegen die Lehrerin Silvia Gingold verhängt hatte, wurde vom Verwaltungsgericht Kassel aufgehoben (KONKRET 11/76). In der Urteilsbegründung hieß es zur „Entlassung" von Silvia Gingold, daß sie „aller Wahrscheinlichkeit nach unter anderem deswegen Mitglied der DKP ist, weil sie damit ihrer Verbundenheit zu der Weltanschauung Ausdruck verleihen will, deren Anhänger ihren als Widerstandskämpfern gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft verfolgten Eltern das Leben gerettet haben".

In der Zeitschrift „Demokratie und Recht" (Pahl-Rugenstein-Verlag) kommentiert jetzt Hans-Albert Lennartz die Argumentation des Gerichts:

„Sollte sich im Anschluß an diese Entscheidung zu den inzwischen wohl in allen Rechtsgebieten zahllos existierenden ‚Rechtsprinzipien', die die jeweilige Normstruktur längst überwuchern, ein neues Prin-



Silvia Gingold

zip der ‚ausgleichenden Gerechtigkeit' herausbilden, dann würde dies dem Sinn nach etwa lauten: Ganze Familien oder einzelne ihrer Angehörigen dürfen nicht in unmittelbarer Generationenfolge mehrfach politisch verfolgt werden.

Wenngleich das für viele der vom Berufsverbot Betroffenen oder Gefährdeten mangels kommunistischen oder zumindest antifaschistischen Elternhauses keine aktuellen Lichtblicke eröffnet, so doch im Hinblick auf die ihnen folgende Generation, die dann diesen Bonus einsetzen könnte.

Wir können davon ausgehen, daß dies ein Gedankenspiel bleiben wird, denn was die Entscheidung des VG Kassel über den Mechanismus der ansonsten so genannten, in diesem Fall tatsächlichen Einzel- = Ausnahmefallprüfung an Ungleichbehandlungen zugunsten Silvia Gingolds erbracht hat, beruht natürlich auf dem politisch entfalteten Druck der demokratischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik und vor allem des Auslandes."

Jura-Institute dichtmachen?

Nicht kommentiert werden muß eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Berlin. In einem Berufsverbots-Urteil gegen den ehemaligen SDS-Führer und wissenschaftlichen Assistenten an der FU Berlin, Wolfgang Lefèvre, plädieren die Oberverwaltungsrichter („Die Revision wird nicht zugelassen") indirekt für die Schließung sämtlicher Politologie-, Wirtschaftswissenschafts-, Jura- und ähnlicher Institute an den Universitäten, soweit sie ihre Lehre auf politische Praxis hin ausrichten:

„Für diese Wissenschaftler garantiert zwar die Wissenschaftsfreiheit des Artikel 5, Absatz 3 Grundgesetz einen Freiheitsraum, der im Rahmen der übertragenen Aufgaben jede Beschränkung des Wissenschaftlers hinsichtlich des Inhalts von Forschung und Lehre ausschließt. Die Wissenschaft als solche kann daher niemals gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verstoßen, auch wenn sie zur Prognose künftiger gesellschaftlicher Entwicklungen führt. Der durch Art. 5, Abs. 3 GG geschützte Freiheitsraum endet aber dort, wo wissenschaftliche Erkenntnisse in die politische Wirklichkeit umgesetzt werden sollen und zu politischem Handeln aufgerufen wird. Die Grenze zwischen wissenschaftlicher Theorie und politischem Ziel liegt dort, wo die betrachtend gewonnenen Erkenntnisse zu Bestimmungsgründen politischen Handelns gemacht werden. Für Wissenschaftler in politikbezogenen Disziplinen mag sich ein Eingehen auf tagespolitische Fragen im Rahmen des Art. 5, Abs. 3 GG halten, wenn es in sachlicher Form und sorgsamem Abwägen des Für und Wider geschieht. Sobald ein solcher Wissenschaftler die politische Aktivität des Hörers oder Lesers anspricht – gleichgültig ob innerhalb oder außerhalb von Lehrveranstaltungen – oder sich die Äußerungen in politischer Propaganda verlieren, ist der Freiheitsraum Art. 5, Abs. 3 GG überschritten."

Krach in der „Initiative"

Nachdem Gerhard Weber (FDP) unter anderem mit Hinweis auf die Biermann-Ausbürgerung*) aus der Initiative „Weg mit den Berufsverboten" ausgetreten ist, fordert jetzt auch die Juso-Bundesvorsitzende Heidi Wieczorek-Zeul: „Die politische Handlungsgrundlage der Initiative kann sich keineswegs ausschließlich auf die Berufsverbotepraxis in der Bundesrepublik beschränken." In einerAntwort schreibt die Sprecherin der Berufsverbote-Initiative, Ingrid Kurz:

„Von Anfang an war klar, daß Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberale und parteilose Christen unterschiedliche Positionen zu vielen Fragen einnehmen, z.B. auch zur Regierungspraxis in sozialistischen Staaten. Dennoch können sie – wie die Arbeit der Berufsverbotekomitees beweist – sich in der Ablehnung der Berufsverbote in der Bundesrepublik einig sein und gemeinsamen Protest erheben.

Wenn jetzt an die Initiative die Aufforderung gerichtet wird, ihre ‚politische Handlungsgrundlage' zu ändern, muß gefragt werden, wohin das zielt. Wer in einer solchen Zusammenarbeit seine Position zu anderen Fragen als zu solchen, zu denen man sich zusammengefunden hat, zur Handlungsgrundlage aller machen will, zerstört die Gemeinsamkeit. Es ist eigentlich nicht vorstellbar, daß das die Absicht des Bundesvorstandes der Jungsozialisten in einem Augenblick ist, wo die gemeinsame Protestbewegung erste Erfolge zeitigt. Daß z.B. zur Ausbürgerung von Wolf Biermann mit unterschiedlichen Argumenten und Positionen bereits von den Organisationen, denen die Mitglieder des Arbeitsausschusses angehören, Stellung bezogen wurde, ist schon allgemein bekannt."

Verärgert über jungsozialistische Profilierungssucht sind auch die Jungdemokraten. Judo-Vorsitzender Knisch: „Die Jusos müssen sich fragen lassen, in wieweit sie ernsthaft gegen Berufsverbote hierzulande vorgehen wollen, wenn sie sich teilweise weigern, mit den Betroffenen an einem Tisch zu sitzen."

*) In Gerhard Webers Beitrag „Warum ich die Initiative verlassen habe" (KONKRET 2/77) wurde von der Redaktion irrtümlich eingefügt, Kurt Erlebach (DKP) sei Mitglied der Berufsverbote-Initiative.

Der Bogart-Kult hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Was treibt Linke zu dieser Dauerdemonstration für einen Star?

Martin Buchholz

Bogeys aller Kinos, vereinigt Euch!

„Bogey...", murmelt fast zärtlich der schrumpelnasige Belmondo. Mitten in der Hetze und im Gehetztwerden legt er eine Gedenkminute ein, eine Andachtspause vor einem Heiligenschrein, einem Kino-Schaukasten, in dem SEIN Bild hängt, das von Humphrey Bogart eben.

Neulich sah ich diese kurze Szene aus dem ersten Film Jean-Luc Godards „Außer Atem" in einem Fernsehporträt zum 20. Todestag von Humphrey Bogart wieder. Obwohl Godards Film nun selbst schon wieder fast siebzehn Jahre als ist: diese Szene könnte sich auch heute abspielen – vielleicht nicht in Paris, ganz sicherlich aber in Hamburg, Frankfurt und Westberlin.

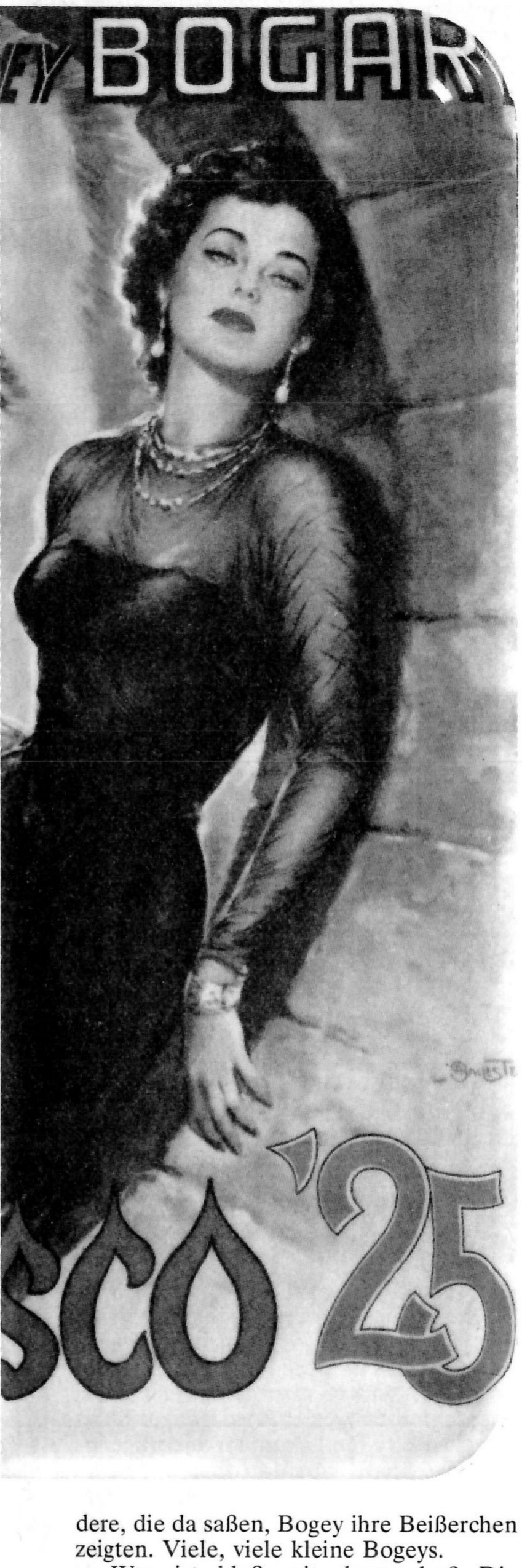
Hier hat der Bogart-Kult einen neuen Höhepunkt erreicht. Seit Monaten läuft nun schon eine Retrospektive von alten Bogart-Streifen in einem Filmkunstkino. In einem anderen hat man sich ebenfalls auf Monate mit den „Gangstern in Key Largo" und „African Queen" eingerichtet. In einem dritten lief wochenlang allnächtlich der wieder entdeckte „Tiger". Doch was heißt hier: wieder entdeckt?! Die große Bogart-Gemeinde entdeckt ihn ohnehin wieder und wieder (Und wehe, man hat da einen Film nicht gesehen. Sofort ist man „out", ein Abtrünniger, der dem Idol nicht die gebührende bedingungslose Ergebenheit zeigt). Auch in den meisten anderen Studio-Kinos der Stadt (meine gesegnete Kino-Heimat hat deren etwa 20) ist Bogart immer ein sicherer Programm-Tip. Die linken und liberalen Intellektuellen strömen en masse herbei. Eine Dauerdemonstration für einen Star. Ein Protestmarsch gegen die Berufsverbote dürfte von der Menge der Teilnehmer her nur knapp die Zahl der zahlenden Zuschauer erreichen, die sich innerhalb eines Monats ins schummrige Halbdunkel der Off-Kudamm-Lichtspielschuppen verkriechen, um sich an Bogart-Filmen, insbesondere an denen aus den Jahren 1941 bis 1949, sachverständig gütlich zu tun. Wenn das eine Übertreibung sein sollte, dann treibt sie höchstens um einige Ideologie-Millimeter über die tatsächlichen Gegebenheiten hinaus.

Übrigens: Es ist nicht auszuschließen, daß ich als Kritikaster dieses Kults nicht auch davon angekränkelt bin. In den letzten zwei Monaten habe ich immerhin fünf Filme mit Bogart gesehen, die mir früher schon mindestens einmal vor die Augen gekommen sind. Man kann sich ja auch immer drauf verlassen: Es handelt sich um intelligente, spannende Kino-Unterhaltung mit einem intelligenten großen Schauspieler, wie ihn Hollywoods Star-Geschichte bislang nur einmal und deshalb unverwechselbar produziert hat. Der Kino-Abend wird also nie ganz verloren sein, selbst wenn einer dieser Filme mal unerträglich banal ausfällt. Ein abschreckendes und zugleich erheiterndes Beispiel ist das total durchfeuchtete Schnulzodram „Die barfüßige Gräfin": Hier gibt Hollywood vor, die eigene Verlogenheit widerzuspiegeln. Doch was da von Leinwand „realistisch" reflektiert wird, ist doppelt und dreifach verlogen. Das wird dann unfreiwillig komisch bis zum unhappyendlichen Knalleffekt: Da lösen ein Herr Graf – verehelicht mit einem Glamour-Star, den Bogart als Regisseur auf der Leinwand päppelte – Herr Graf also lösen sein Problem, daß die Hochzeitsnacht nicht gerade pimmelhochjauchzend verläuft, auf waidmännische Art. Das adlige Geschlecht ist nämlich – so erfährt der Zuschauer – deshalb am Aussterben, weil ihm die adligen Geschlechtsteile abhanden gekommen sind. Die Sache ist schließlich nur noch per Penis-Ersatz zu regeln: Rossano Brazzi knallt Ava Gardner großkalibrig ab. Humphrey Bogart zerknittert die Furchen unter dem Schlapphut in bitterer Melancholie über soviel dahingeflossenes blaues Blut. Dann schlägt er den Kragen des Trenchcoats hoch, zündet sich hinter der hohlen Hand eine Zigarette an und stapft davon. (Das Leben spielt schließlich weiter.)

Wie gesagt: Eigentlich habe ich nie was gegen Bogart-Filme gehabt. Nachdenklich wurde ich erst, als ich jüngst wieder einmal des „Malteser Falken" ansichtig wurde. Das ist der erste „eigentliche" Bogart-Film, zugleich auch der erste, in dem John Huston Regie führte. Das „Bogey"-Image wurde mit der Rolle des Privatdetektivs Sam Spade nach Dashiell Hammetts Roman-Vorlage geprägt (aber wem erzähle ich das). Bei diesem Kino-Besuch faszinierten mich weniger die Geschehnisse auf der Leinwand als die Reaktionen der Zuschauer. Ich saß in diesem ausverkauften großen Kino in einer Gemeinschaft von Verschworenen. Anderthalb Weihestunden lang war man mit IHM vereint. Beifälliges Gemurmel des Wiedererkennens begleitete jede der später ritualisierten Gesten Bogarts.

Wenn er sich mit dem Daumen nachdenklich über die Oberlippe strich oder sich am Ohr zupfte, machte sich das Publikum mit einem verzückten, leise geseufzten „Jaaaaa" Luft. Wenn er dann gar diese berühmte Oberlippe zurückzog und sein mit dem Etikett „sardonisch" ausgestattetes Grinsen hervorholte, die tränenumflorte Mary Astor schmiedeeisern anbleckend – dann schauerte die Gemeinde selig unter dieser erogenen Zyne.

Als ich mich in einem solchen Moment umblickte, entdeckte ich im Dämmerschein hinter mir zwei, die versonnen mitbleckten. Bei ihnen sah das allerdings nicht mehr cool und zynisch, sondern nur noch sanft idiotisch aus. Ich bin sicher, daß noch viele an-

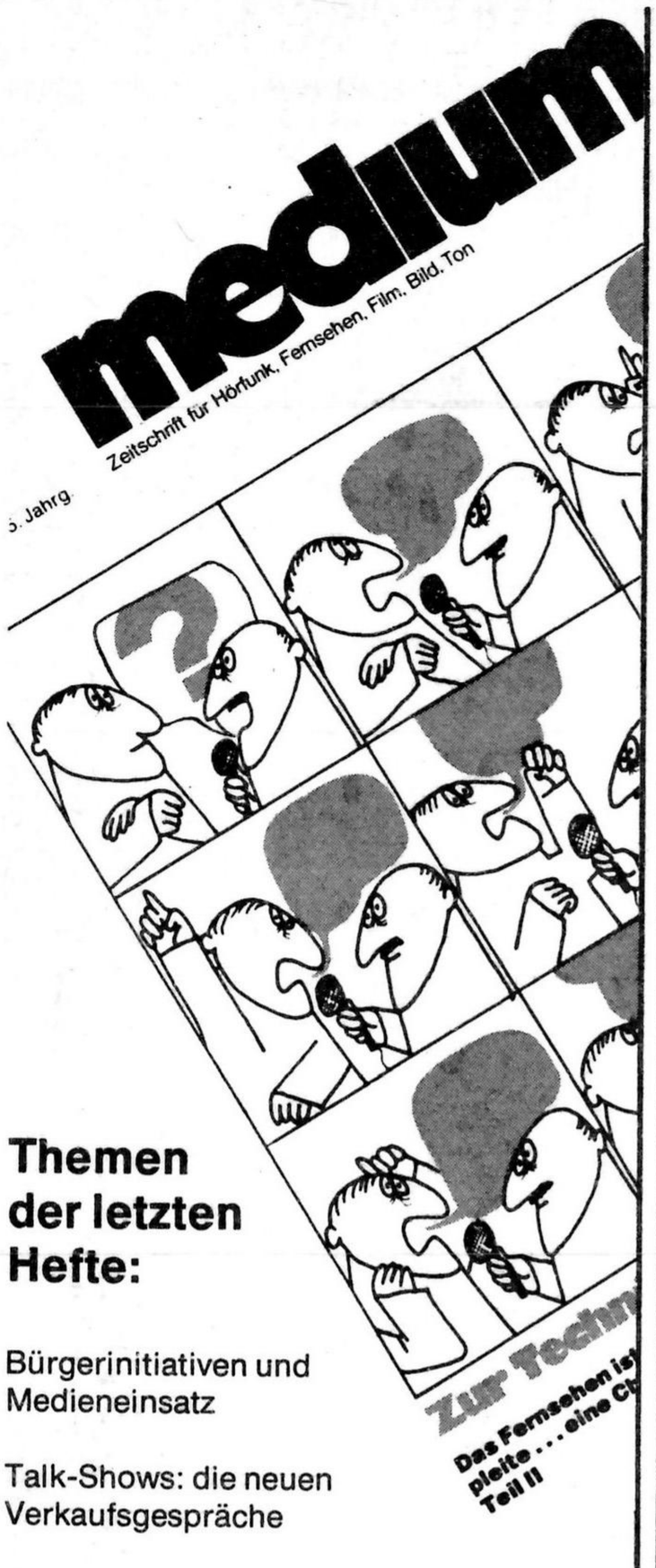


dere, die da saßen, Bogey ihre Beißerchen zeigten. Viele, viele kleine Bogeys.

Was ist bloß mit denen los? Die schlimmste Antwort wäre: Mit denen ist nicht mehr viel los! Weil ein Teil dieser Bogartianer sich nur etwas darstellen lassen, selber aber nichts darstellen. Weil es arme Würstchen sind, die sich für ein paar schöne Stunden der Illusion hingeben, daß sie so schnell nicht abserviert werden. Weil sie zu den Rat- und Tatlosen gehören, sich saft- und kraftlos fühlen und einen brauchen, der trotz dieser jammervollen Traurigkeit das schafft, wozu sie selbst zu geschafft und abgeschlafft sind. Da hocken sie im Dustern – und feiern in Massen das Hochamt der absoluten Individualität.

Denn wie jeder romantische Held ist Bogart (hier als Typ gemeint, den er verkörpert hat und als der er unkörperlich heute beschworen wird) ein Individual-Exemplar, einer, der die Aura der Einsamkeit braucht, um seine Einzigkeit richtig zur Geltung kommen zu lassen. Ein Edel-Fossil, das sich seinen Trampelpfad unzeitgemäßer Tugend durch den Dschungel der Korruption schlägt. Einer, der – egal, was rechts und links von ihm passiert – „seinen Weg" geht. Ein MANN, wie er im Bilderbuche des Kinos steht. Ein pessimistischer Einzelgänger mit zerknautschter Seele und zerbeultem Hut, der letztlich immer reingelegt wird, der jedoch immer und gerade noch die heile Haut seiner höchstpersönlichen Integrität retten kann. Bewaffnet mit einem bösen Lächeln, einer Herzlichkeit aus dem Tiefkühlfach und ein paar fiesen Sprüchen putzt er seine Umwelt herunter, pflegt seinen zynischen Ekel vor der Welt und läßt ihr vorsichtshalber keine Chance, nicht widerwärtig zu sein. Bevor er Tiefschläge einsteckt, teilt er lieber selber welche aus.

Das ist schon faszinierend – auch und gerade für die verängstigten Jungs, die im Kinodunkel Bogart für sich pfeifen lassen. In einer politisch finsteren Zeit, da uns die Tendenzwinde ins Gesicht blasen und viele der früheren Fortschritt-Macher ein warmes Schlupfloch gefunden haben (und das konnten sie nicht, ohne irgendwem dabei in den Hintern zu kriechen) – da braucht man für das fröstelnde Polit-Gewissen auch ein schützendes Mäntelchen (damit man es



Themen der letzten Hefte:

Bürgerinitiativen und Medieneinsatz

Talk-Shows: die neuen Verkaufsgespräche

Berichte zur Mediensituation in Österreich und Italien

Spekulationsobjekt Kinofilm: die sog. Abschreibungsgesellschaften

Das US-Genre der Schnüfflerfilme

Neo-Kolonialismus: Kino in Afrika

Medienarbeit mit alten Menschen

Dazu: Filmkritiken, Fernsehvorkritiken, rundfunk- und filmpolitische Kommentare, Buchbesprechungen, Veranstaltungskalender u. a.

Zum Kennenlernen haben wir ein Probeabonnement eingerichtet: drei laufende Hefte für insgesamt 4,50 DM.

Einzelheft 3,– DM, Jahresabonnement 36,– DM, Studentenabonnement 25,20 DM (alles incl. Porto).

Bestellungen an:
medium, Gemeinschaftswerk Ev. Publizistik,
Friedrichstraße 2–6, 6000 Frankfurt

medium

dann wieder in eben jene Tendenzwinde hängen kann). Anpassertum und Duckmäuserei schlagen auf Magen und Gemüt: Ergo erfindet man für sich selbst ein paar wohlklingende Ausreden („Schließlich hatte sich die ganze Sache doch totgelaufen und außerdem: was nutzt mir der ganze Sozialismus, wenn er erst kommt, wenn ich schon lange hinüber bin und dann noch so aussieht wie der da drüben. Hör ihn dir doch an, den Biermann. Nee, da bin ich ganz ehrlich: da seh ich doch lieber hier, wie ich zurecht komme. Mir paßt natürlich auch nicht alles, aber ich bin lieber vorsichtig, wenn ich den Mund zu weit aufreiße – das bringt doch nichts, nichts für die Sache, meine ich. Und ich bin dann sofort abgestempelt – und kann dann überhaupt nichts mehr machen. Aber so privat, persönlich, meine ich, bin ich doch frei. Kann tun und lassen, was ich will. Also, nun fang nicht wieder an mit deinen Scheiß-Berufsverboten. Schließlich ist ja drüben…“ undundund). Und den Widerstand, den man ja eigentlich mal leisten wollte, den verlegt man auf den Feierabend und läßt ihn auf der Leinwand von jemand anders erledigen, stellvertretend von Bogey zum Beispiel. Da geht dann alles seinen aufrechten Gang, da leckt einen das Leben mal so richtig am Arsch, in den man sich ansonsten hineintreten läßt.

Zugegeben, das ist etwas überpsychologisiert – doch hier hat der Bogart-Mythos gewiß seine tieferen Gründe. Der pessimistische, eingeschüchterte Intellektuelle, der voller Selbstmitleid seine ramponierte Individualität jammernd im Arme wiegt und den sonst nichts kümmert, braucht einen Helden, der die totale Selbstsucht zur Tugend verklärt.

Wenn dieser Held etwas für andere tut, dann tut er das doch nicht für sie, sondern weil er zum Beispiel „eine Sache zu Ende bringen muß“. Gemeinschaft mit anderen gibt es nicht, Solidarität ist ein Fremdwort. Wenn er gut aufgelegt ist, hilft der Held auch mal einem Schwachen auf, statt ihn mit einem Fußtritt endgültig zu Boden zu werfen – doch das hängt, wie gesagt, von seiner Laune ab. Gelegentlich ist er halt sentimental. Dann gibt sich der einsame Wolf als das Schaf im Wolfspelz zu erkennen – doch oft kann er sich das nicht leisten. Wenn er nämlich nicht mehr als der böse Wolf gefürchtet wird, wer wagt es dann, dieser kleinen Nutte, dem Rotkäppchen, eine zu ballern und der versoffenen Puffmutter in ihrem Waldbordell für geile Wildhüter die Tür einzutreten. Nein, er darf sich nicht zu oft im schäfchenweichen Gemütsflaum zeigen: Ein Bogart zum Kuscheln wäre keiner mehr. Von ihm werden andere Formen der Ersatzbefriedigung, kerlige, kernige, „männliche“, erwartet.

Und natürlich, da wir gerade davon reden, ist Bogart auch ein Super-Macker. Seine Beziehungen zu Frauen sind die des gemäßigten Sadisten zur „hingebungsvollen“ Masochistin. Ihn haucht keine Frau um, auch wenn sie ihn zuerst noch so vampig-pampig anpustet. Den längeren Atem hat immer er. Frauen können sich bei ihm nur als kühle, blonde Staffage mit verschleierten Blicken halten – und sind doch nur ein „baby“ oder „honey“. Das gilt auch für die schein-emanzipierte Lauren Bacall, die nur an seiner Seite bleiben darf, weil sie seinen Stil kopiert, Zärtlichkeit nur berechnend einsetzt, eine Art weibliche Bogart-Ausgabe wird.

Woody Allen hat in „Mach's noch einmal, Sam“ diese Seite des „Rollenverhaltens“ von Bogart-Fans fröhlich auf die Schippe genommen. (Der Titel ist die wohlbekannte Aufforderung Bogarts an den schwarzen Barpianisten in „Casablanca“, noch einmal „das“ Lied zu spielen, bei dem er in Gedanken an Ingrid Bergman immer gleich mehrere Whiskys kippen muß.) Woody, der picklige, zappelige Niemand, ist so ein Bogart-Fan, der sein Leben stellvertretend von IHM leben läßt, ein Kino-Süchtiger, dem die Frau wegläuft, weil er nur noch vor der Leinwand ein Kerl ist, nämlich der Kerl, den er auf der Leinwand sieht. Einmal möchte er im „wirklichen Leben“ so wie ER sein, lässig jede Lebenslage aus dem Mundwinkel heraus meisternd, sich auf der Couch einfach eine „Puppe“ hernehmen statt vor nervöser Schüchternheit von einer Backe auf die andere zu rutschen. Bogey hilft ihm schließlich, steigt aus dem Kino-Himmel herab und erteilt konkrete Anweisungen, um Woody aus dem Sexual-Notstand zu befreien. Schließlich kriegt Woody sogar eine große Schlußszene wie in „Casablanca“ mit dem in- und auswendig zu wiederholenden Verzichts-Monolog – und danach kann er wie der große Einsame im schicksalwabernden Wallenebel verschwinden. Schööööön!

Damit könnte ich eigentlich den Helden und Sie als Leser entlassen, nachdem ich Ihnen gründlich den Spaß verdorben habe, den Sie haben könnten, wenn Sie demnächst einen Film mit Bogart sehen. Aber schließlich will ich kein Lichtspiel-Verderber sein und säge nicht gern an dem Cine-Ast, auf dem ich selber sitze. Langsam kriege ich ja selbst ein schlechtes Gewissen, daß ich mir so gern und relativ oft Filme mit Humphrey Bogart ansehe (oder Filme im Stil dieser Filme: Robert Mitchum als wehmütiger, fast schon altersmüder Philip Marlowe in „Fahr zur Hölle, Liebling“; Gene Hackman als privat und beruflich gescheiterter und immer wieder scheiternder Detektiv in Arthur Penns „Blutige Spur“; Paul Newman als Lew Harper alias Archer in „Unter Wasser stirbt man nicht“; und das sind nur einige der Einzelgänger-Sagas aus der Hollywood-Produktion des letzten Jahres). Die Faszination dieser sich im Grundmuster immer wiederholenden Geschichte von einem, der auszog, um für sich allein und deshalb letztlich vergeblich gegen eine gemeine, brutale Gesellschaft anzukämpfen – diese Faszination ist stark. Sie wird nur dann gefährlich, wenn sie nicht als Ideologie-Transporter angeschaut und durchschaut wird. Dann können diese Märchen aus der Traumfabrik zu Tagträumen, zum Handlungsersatz werden.

Ich plädiere also nicht gegen diese Filme, sondern für eine neue, eine weise Betrachtung. Immerhin könnte man aus ihnen ja auch positive Schlußfolgerungen ziehen. Diese zum Beispiel: Allein machen sie dich ein! Oder diese: Viele einsame Wölfe würden gemeinsam ein starkes Rudel ergeben. Oder diese: Bogeys aller Kinos, vereinigt Euch! ■

Martin Ritt: „Der Strohmann" (Woody Allen)
Charlie Chaplin: „Ein König in New York"

Abrechnung mit McCarthy

Burkhard Mauer fordert:
Einen Förderpreis für Fritz Teufel, damit er einen Prinzing-Film drehen kann!

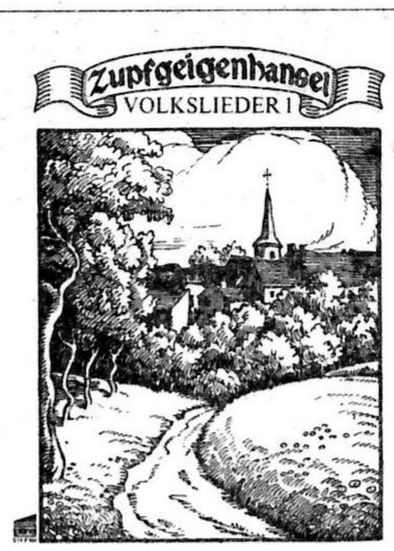
WOODY Allen spielt den Strohmann in Martin Ritt's gleichnamigen Film. Er verkauft die Drehbücher einiger TV-Autoren, die es selbst nicht mehr können, da sie auf der schwarzen Liste stehen. Sie sind oder waren Kommunisten, oder kannten mal einen. Woody kassiert pro Mann und Buch 10 Prozent, kalter Krieg Anfang der 50er Jahre. Das ist schon komisch, aber der Film klappt nicht so richtig, weil ihm die große Wut fehlt, weil auch Woody's Gegenspieler, Vertreter freiheitlich demokratischer Grundordnung ihrem Gerede nach und bemüht, eine Volksgemeinschaft von Denunzianten zu schaffen, nicht viel hergeben.

Das Thema ist brisanter als der Film. Vor rund 20 Jahren terrorisierte Joseph McCarthy, Senator aus Wisconsin, einen halben Kontinent. An der Spitze eines Ausschusses für „unamerikanische Umtriebe", den nationalistische und antisemistische Tendenzen prägten, ruinierte er neben anderen führende Schauspieler, Regisseure und Autoren Hollywoods. Im glimpflichsten Fall wurden sie zu Belastungszeugen degradiert. Schade, daß Solschenizyn nicht damals nach Amerika kam. Das ging damals soweit, daß kurze Zeit fraglich war, ob Marylin Monroe „tragbar" sei, weil sie sich für den Dramatiker Arthur Miller, ihren späteren Mann, einsetzte, der an den Umtriebs-Ausschuß geraten war. Ellenlang ist die Liste berühmter Terrorisierter. Und daß niemand versucht hat, eine Liste der weniger berühmten Opfer zusammenzustellen, wird schon Gründe haben. Selbst die Ford-Foundation brennt sicher nicht darauf, dafür eine Gedenkbibliothek einzurichten.

Woody Allens flauer Film hat Vorläufer. 1947 war auch Chaplin an den oder/statt-Freiheit-Ausschuß geraten. Als er dann 1952 per Schiff zur „Limelight"-Premiere nach Europa fuhr, erklärte der US-Justizminister – das Schiff fuhr noch mitten zwischen amerikanischen Fischen –, an seine Wiedereinreise sei nicht zu denken, das sei kein Land für ihn. Chaplin, dem schon der große europäische Diktator, mit dem er ums Bärtchen kämpfen mußte, mißfallen hatte, rächte sich und drehte „Ein König in New York". Da kommt er im Film zurück, fällt einem skrupellosen Mädchen in die Hände, die ihn fürs Werbefernsehen ausnutzt, und trifft einen kleinen Jungen, der seine Eltern nur dadurch aus dem Gefängnis holen kann, daß er andere reinbringt. Nach allem, was man heute über jene Zeit weiß, ist verständlich, warum „Ein König in New York" lange als „schwacher" Chaplin-Film galt und spät gezeigt wurde. Er ist witzig und präzis wie alle Chaplin-Filme.

Chaplins Abrechnung erklärt auch, warum wir unlängst einen sprachlichen Welterfolg hatten: das Wort „Berufsverbot" ging auch ins Amerikanische als Lehnwort ein. Vielleicht ging das so schnell, weil sie dort gleich wußten, wovon die Rede war. Wir sollten eigentlich nicht solange warten wie Woody Allen, sondern spontan wie Chaplin reagieren. Es wäre schön, einen komischen deutschen Film zu Staat und rechter Untertanengesinnung zu haben: einen Förderpreis für Fritz Teufel, damit er einen Prinzing-Film drehen kann! ■

Zupfgeigenhansel
Volkslieder 1



Best.-Nr. L19F901
30-cm-LP, stereo
Textbeilage
Neues demokratisches Volkslied.

„pläne„
Schallplatten und MusiCassetten für Kopfhörer.

pläne
Verlag „pläne„ GMBH
Braunschweiger Str. 20
4600 Dortmund
Tel.: 0231 · 81 89 25
GESAMTVERZEICHNIS anfordern

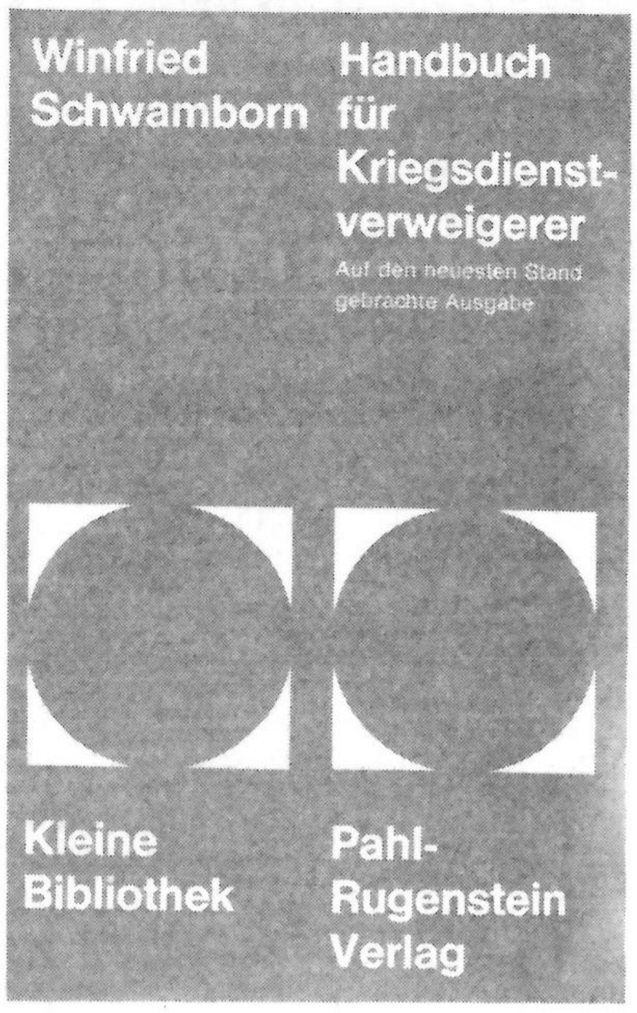
Lexikon:
Von Dracula bis Zombies, von Abbot & Costello bis George Zucco: alles Wissenswerte über den Horror-Film. Ein Bildführer durch den Kosmos der Märchen & Mythen, Monster & Mutanten. Nachschlagewerk, Lesebuch u. Kunstband in einem! Bestellen oder Katalog anfordern:
Filmbuchverlag Roloff & Seeßlen, Adelsbergstr.19 8000 München 60

Hiermit bestelle ich (Scheck anbei):

Name, Vorname
Straße/Nr.
Postleitzahl, Ort

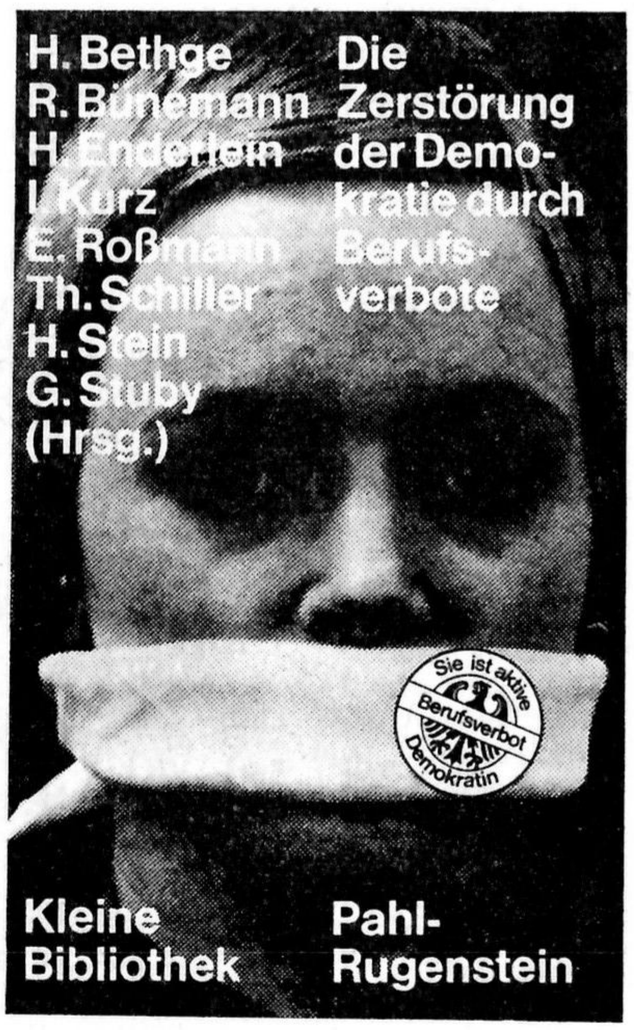
☐ Leinenausgabe **48 DM**
☐ Studienausgabe **36 DM**
☐ Katalog »Der populäre Film in 20 Bänden« (**gratis**; 1 Plakat erhalte ich b. Bestellg.)

Nachauflagen



3. Aufl., 186 S., DM 9,80

Eberhard Czichon
Wer verhalf Hitler zur Macht?
Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik
4. unveränderte Aufl., 165 S., DM 9,80



2. Aufl., 396 S., DM 7,80

Jutta Menschik
Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau
2. überarbeitete Aufl., 426 S., DM 9,80

Im Buchhandel erhältlich.
Fordern Sie bitte unser Gesamtverzeichnis '76/'77 bzw. 1. Halbjahr '77 an.

Pahl-Rugenstein

Vorgebirgstraße 115 · 5 Köln 51

Verlage

Walter Boehlich

Ein ehrenwertes Syndikat

Ehemalige Suhrkamp-Lektoren wollten einen Verlag gründen, der genossenschaftlich den Autoren gehört. Doch das bundesdeutsche Gesellschaftsrecht verlangt kapitalistische Unternehmens-Strukturen. Walter Boehlich beschreibt, wie den Leuten von Syndikat dennoch ein kleiner Geniestreich gelang

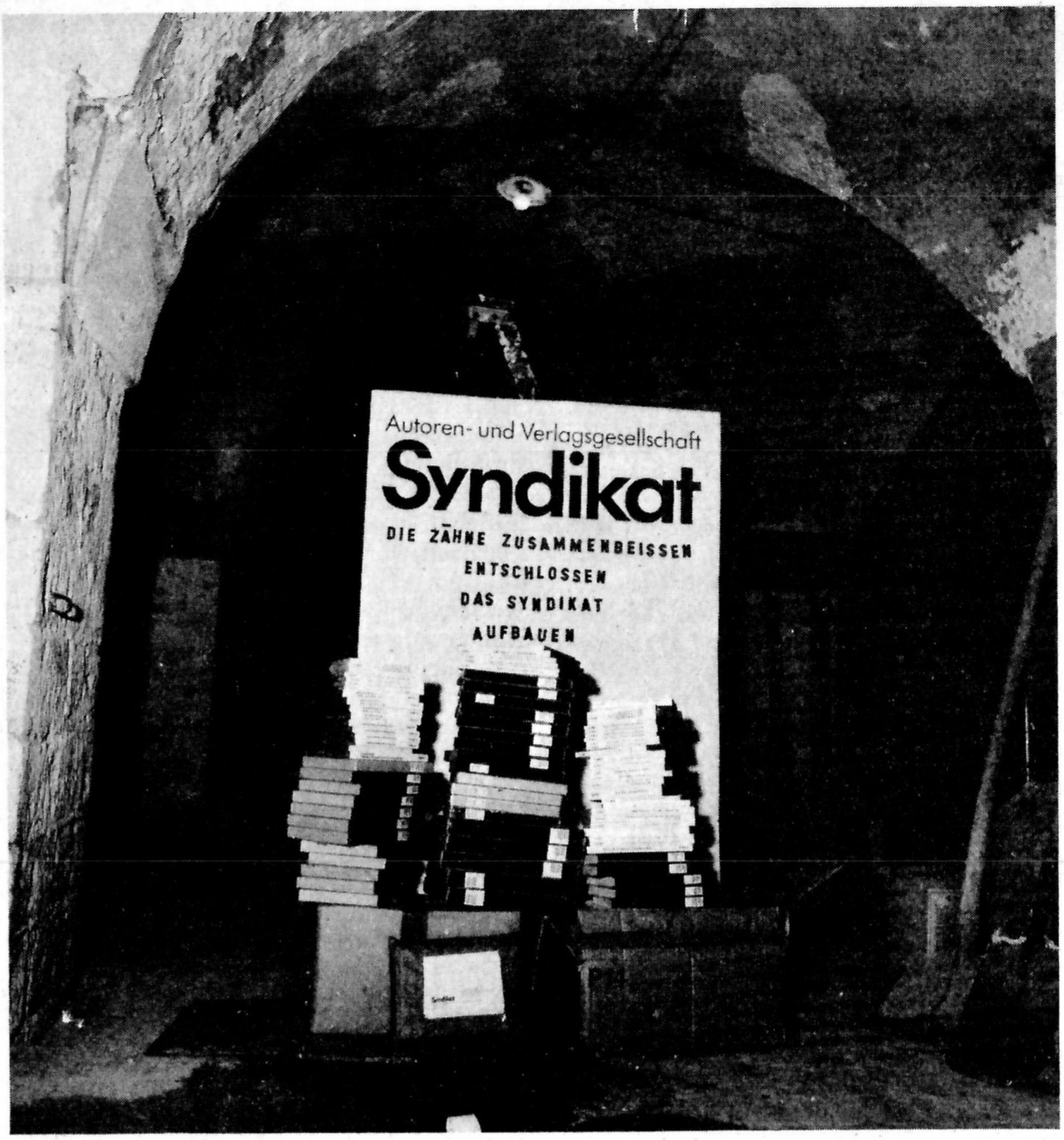
Was passiert, wenn... Wer die bestehenden Verhältnisse für wünschenswert und hinreichend vollkommen hält, wird auf jede Möglichkeit von Veränderung mit Kassandrarufen reagieren. Wenn der feste Ladenpreis aufgehoben würde, heißt es, bräche der unvergleichliche deutsche Sortimentsbuchhandel zusammen. Wenn die deutschen Verleger sich zur Taschenbuchproduktion entschlössen, hieß es, stehe das Ende der deutschen Buch- und Lesekultur bevor. Wenn die Verleger, die ein rundes Jahrzehnt auf der linken Welle geschwommen sind, der zunehmenden Repression gehorchend, ihre kritischen Programme einschränkten, dann...

Es ist allemal anders gekommen und wird allemal anders kommen. Die Katastrophe käme nur, wenn alles beim alten bliebe. Noch jeder Verlag, der sich einmal an die Spitze einer Entwicklung gesetzt hat, ist entweder still wieder von der Bildfläche verschwunden oder zu einer konventionellen Buchfabrik degeneriert. Der Innovationscharakter ist eine verderbliche Frucht, nicht jede Rechnung geht auch auf. Andererseits sogar: je mehr Spaß am Rechnen, desto mehr Neigung zur Elephantiasis, zur Routine, zum Ballast des bloß Verkäuflichen. Der Erfolg sucht seine Rechtfertigung in einer vulgären Warenästhetik, die die Verkaufszahlen zu Kriterien des Wertes erhebt und die Bestsellerlisten mit dem Dekalog verwechselt. Dann kommt die Zeit für neue Verlage. Wenn nichts mehr geht, kaum noch etwas geht, oder doch jedenfalls viel zu wenig geht, die eine Seite frohlockt, daß endlich wieder gesunde und normale Zustände herrschten, die andere, kleinere Seite bedrückt die Folgen der Tendenzwende analysiert, ist der Augenblick zum Handeln gekommen.

Gehandelt haben zwei ehemalige Suhrkamp-Lektoren, Karl Markus Michel und Axel Rütters. Sie haben nicht resigniert die Hände in den Schoß sinken lassen, als ringsum die kritischen Programme eingestellt oder reduziert wurden oder als doch mehr merkbar als unmerklich das vermeintlich kritische Denken sich in konservativen Positionen häuslich einzurichten begann – sie haben sich gesagt, nicht, daß man nach verlorenen Kriegen Lustspiele schreiben müsse, sondern daß kritische Wissenschaft in der Restauration nicht unwichtiger, sondern wichtiger werde, daß, wenn so viele Publikationsmöglichkeiten über Nacht verschwänden, neue geschaffen werden müßten. Sie sind davon ausgegangen, daß an druckbaren Manuskripten kein Mangel sei und daß es auch einen Markt für sie geben werde. Im Zweifelsfalle keinen überwältigend großen, aber doch auch nicht den relativ krisenfesten Minimarkt der öffentlichen Bibliotheken, auf den alteingesessene wissenschaftliche Verlage sich so gern und so bequem beschränken. Die Bücher, die sie machen wollten, sollten auch private Käufer finden, finden können, Insider vielleicht, aber doch nicht solche, die bereit und fähig wären, gelassen mit großen Scheinen zu zahlen.

Über große Scheine verfügten auch Michel und Rütters nicht. Sie mußten sich etwas einfallen lassen, um ihren Verlag, das Syndikat, gründen zu können, und sie mußten das umsomehr, je weniger sie für ihre Ziele mit dem großen Geld rechnen konnten. Daß es in der Bundesrepublik kein „linkes" Kapital gibt, ist kein Geheimnis, so wenig wie es ein Geheimnis ist, daß ohne ein beträchtliches Kapital Verlage so wenig wie Zeitungen oder Zeitschriften aufgebaut werden können. Woher es also nehmen, wenn, was einem vorschwebt, auch noch mit dem verdächtigen Geruch der Mitbestimmung und Selbstbestimmung belastet ist? Vielleicht von denen, für die dieser Verlag gemacht werden sollte, von vielen kleines, statt des einen großen Kapitals?

Auf dem Papier sieht ein solcher Plan recht schön aus, kämen nicht zu den normalen Hindernissen noch weitere hinzu, die sich unserem Gesellschaftsrecht und unserer Steuergesetzgebung verdanken, die jede genossenschaftliche Gründung zu einem Hindernisrennen machen, an dem auch der Bestwillige ohne Beratung durch vortreffliche Juristen und Steuerberater



Syndikat am Start: Werden Autoren Solidarität lernen?

scheitern müßte. Vergleichbare Unternehmen wie der Verlag der Autoren, der Filmverlag der Autoren, der Rotbuch Verlag und viele andere wissen ein Lied davon zu singen.

Was beim Syndikat aus fremden Erfahrungen und eigenen Überlegungen hervorgegangen ist, sieht auf den ersten Blick ein wenig umständlich aus, und es ist auch umständlich, aber es geht – bis jetzt – nur umständlich, weil alles, was wir haben, auf die Bedürfnisse des Kapitals zugeschnitten ist und denen, die die Produktion und Distribution ihrer Arbeit selbst in die Hand nehmen wollen, das Leben schwermacht. Das Syndikat ist also organisiert als GmbH & Co. KG, und zwar in der Form, daß Michel und Rütters eine Buchgesellschaft gegründet haben, als deren Kommanditisten Autoren fungieren, während der Komplementär durch eine GmbH dargestellt wird. Warum? In einer normalen Kommanditgesellschaft haften die Kommanditisten lediglich mit ihrer Einlage, während der Komplementär mit seinem gesamten augenblicklichen und zukünftigen Vermögen haftet. Will man diese unbegrenzte Haftung vermeiden, ersetzt man einfach den persönlich haftenden Komplementär durch eine Institution, deren Haftung schon durch ihre Definition beschränkt ist, also eine GmbH. Das ist legal, läßt aber Schlüsse auf das zu, was der Gesetzgeber hinzunehmen bereit ist.

Nun wollten die beiden Frankfurter Dioskuren aber vordringlich einen Verlag und in zweiter Linie eine Buchgesellschaft gründen, aber sie mußten ihr Pferd am Schwanz aufzäumen, des oben erwähnten Hindernisrennens wegen. Das führt dazu, daß der Verlag nicht etwa die Mutter, sondern umgekehrt eine hundertprozentige Tochter der Buchgesellschaft geworden ist. Wieder warum? Hätten Michel und Rütters gemeinsam mit Autoren einen Verlag gegründet, dessen Geschäfte durch die Autorenversammlung, das heißt durch Kommanditisten bestimmt worden wären, dann hätten diejenigen Autoren, deren Werke in diesem Verlag veröffentlicht worden wären, nicht nur die üblichen Steuern, sondern auch noch zusätzlich Gewerbesteuern für die Ergebnisse ihrer Arbeit zahlen müssen, sie wären mit anderen Worten gleich zweimal als Unternehmer behandelt worden, einmal aufgrund ihrer schriftstellerischen Tätigkeit, das andere Mal aufgrund ihrer unternehmerischen Betätigung. Das ändert sich, wenn die Autoren ihre Geschäfte im Verlag nicht direkt, sondern indirekt führen, obgleich sich sonst ganz und gar nichts ändert. Möglicherweise sieht das alles recht logisch aus, nur, vernünftig ist es nicht. Es sei denn, man sähe die Vernunft der herrschenden Gesellschaft darin, Kooperationsmodelle so stark wie möglich zu behindern.

Rechtlich und steuerrechtlich erweckt die Syndikatskonstruktion den Eindruck eines kleinen Geniestreiches, aber es muß erklärt werden, was die Buchgesellschaft dabei soll. Die Gründer sind davon ausgegangen, daß mit der Art wissenschaftlicher Literatur, die zu veröffentlichen sie vorhatten, der Verlag weder auf einen grünen noch auf einen goldenen Zweig je hätte kommen können. Den notwendigen Gewinn, haben sie sich gesagt, müßten sie anders erwirtschaften. Sie werden daher sowohl die eigenen Titel (bereits nach einem halben Jahr) als auch von Dritten erworbene Rechte oder Bestände über eine Buchgesellschaft zu vertreiben suchen, die noch in diesem Jahr ihre Arbeit aufnehmen soll. Gewönnen sie auch nur den zehnten Teil der Mitgliederzahl der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft in Darmstadt (also ca. 10 000 Mitglieder), sähen sie sich gerettet – vorausgesetzt, sie könnten auch hier das Problem der Finanzierung lösen. Ihre Absicht ist, die Mitglieder jährlich im voraus 60 Mark einzahlen zu lassen, für die dann laufend Bücher bezogen werden dürfen. Ihre Konkurrenz zu Darmstadt sehen sie nicht anders als ihre Konkurrenz zu den Verlagen: Sie versprechen sich ihren Erfolg durch das, was die andern vernachlässigen, und das ist gerade bei Darmstadt noch weit mehr als bei den Verlagen eben die kritische Wissenschaft.

Bis hierher handelt es sich um Gründungsschwierigkeiten, was kommen wird, sind die Leiden der Mitbestimmung. Das Syndikat arbeitet, sein erstes Programm ist ausgeliefert, sein zweites Programm angekündigt, die erste Gesellschafterversammlung hat stattgefunden, ein Autorensprecher und ein Kommanditistensprecher sind gewählt, Arbeitsgruppen gebildet, eine Art informeller Kleinakademie ins Leben gerufen. Das Modell kann aber nur halten, was die Beteiligten ermöglichen. Können Autoren, die in der Durchsetzung ihrer Interessen noch immer egoistisch gewesen sind und egoistisch sein mußten, schnell genug lernen, daß sie sich einem Verlag gegenüber, der ihnen selbst zu großen Teilen gehört, vor allem solidarisch verhalten müssen? Werden hinreichend viele auch dann noch den Verlag wollen und seine Interessen und Möglichkeiten verständnisvoll berücksichtigen, wenn der Verlag, seine Mehrheiten nämlich, ein Werk von ihnen nicht will oder nicht wollen kann? Werden sie die Konflikte und das Diskutieren satt werden oder gar neue, sinnvolle Formen gemeinsamer Arbei entwickeln? Daß die konventionelle Form von Produktion und Distribution für viele bequemer ist, am bequemsten für die Stars, zeigen die Geschichten des Rotbuch Verlags und des Verlags der Autoren deutlich, aber die zeigen eben auch, wie notwendig wir solche Experimente brauchen. Zu beobachten, wie es im Syndikat weitergeht, kann spannend werden, und es wird nicht weniger spannend, wenn man den Blick von seiner Konstruktion ab- und ihn seinem Programm zuwendet, einem Programm, das gewiß auf seine Weise elitär ist, das aber, scheut man die Anstrengung des Gedankens nicht, genausoviel Spaß machen kann wie seinen Autoren, Mühsal hin, Mühsal her, die Arbeit an und in ihrem Modell. ■

Verlag Rogner & Bernhard
Trautenwolfstraße 5, 8000 München 40

Asja Lacis: Revolutionär im Beruf. Berichte über proletarisches Theater, über Meyerhold, Brecht, Benjamin und Piscator. Herausgegeben von Hildegard Brenner. Ca. 140 Seiten mit 16 Abbildungen. Reihe Passagen. Broschur. DM 14,80. (ISBN 3807700773)

»Schwarzseher
dulde ich nicht, und
wer sich zur Arbeit
nicht eignet,
der scheide aus
und suche sich ein
besseres Land.«

● **Kaiser Wilhelm II: Reden.** Ausgewählt von Axel Matthes. Nachwort Helmut Arntzen. 224 Seiten mit Abbildungen. Kartoniert. DM 9,80.

● **Michael Naumann (Hrsg.): Ein Konzern hält die Luft an.** Ein politisches Sachbuch. 176 Seiten mit Abbildungen und Dokumenten. Kartoniert. DM 14,80.

Autoren-Kolumne

P. P. Zahl: Ich habe gelesen

Marianne Herzog: „Von der Hand in den Mund"
Frauen im Akkord
Rotbuch Verlag, 110 Seiten, 7 Mark

1969/1970 gingen Hunderte von Angehörigen der Neuen Linken in die Betriebe. Die erste Welle der antiautoritären Revolte war vorüber, der „Aufstand der Studenten" vorbei, die „Revolution im Überbau" hatte nicht stattgefunden.

1969/70 war dieses „In-die-Produktion-Gehen" getragen von der Erwartung, daß mit dem Wiedereinsetzen der zyklischen Krisen – nach der langen, ach so langen Boom-Phase nach dem zweiten Weltkrieg, Koreakrieg und Marshallplan – auch der Kampf der deutschen Arbeiter auf ein höheres Niveau kommen würde. „Basisarbeit", sagten die, die „es nicht nötig hatten", „Vereinigung von Kopf- und Handarbeit" und „Chinas Kulturrevolution"...

Andere dagegen lachten nur: „Ihr seid wie die russischen Narodniki, die vor 100 Jahren auf's Land gingen, um Bauern zu agitieren. Euch sieht man's an der Nasenspitze an, daß ihr anders seid als die..."

„Die" waren auch mißtrauisch. Berechtigt. Wer geht schon freiwillig ans Fließband (wenn er die Ausbildung hat) – oder in den Knast oder ins Irrenhaus?

1969 gab es den „heißen Herbst": bei Kloeckner in Bremen, Hoesch in Dortmund und anderswo. Doch Studenten- und Arbeiterbewegung in der BRD verbanden sich nicht. Sie blieben getrennt. Anders als z. B. in Frankreich und Italien, wo die Klassenkämpfe eine Form erreicht hatten, die Unterschiede zwischen Kopf- und Handarbeitern, zwischen Lehrlingen im Betrieb und Lehrlingen in der Uni etwas einebneten.

1973 kam es wieder zu wilden Streiks hier. Zum geringsten Teil mitgetragen von denen, die damals „in die Fabrik gegangen" waren. Neue Gruppen waren entstanden – und verschwanden wieder, die PL/PI (Proletarische Linke/Parteiinitiative), die „Arbeitersache", die „Proletarische Front", der „Revolutionäre Kampf" u. a. Sie entstanden, weil diese Linken der Meinung waren, die klassische Arbeiterbewegung sei zerbrochen und habe versagt.

Die in der Nachfolge der Neuen Linken entstandenen kleinen Organisationen wollten lernen aus der Vergangenheit, lernen von Aktivitäten der Neuen Arbeiterbewegung in Frankreich oder Italien. Sie diskutierten von neuem das Spannungsverhältnis zwischen festgefügter Organisation (Partei/Gewerkschaft) und spontaner Basisbewegung von „unten". Aufgenommen wurde die Rätedebatte, die Kritik am Marxismus-Leninismus, die Auseinandersetzung zwischen Marx und Bakunin, Rosa Luxemburg und den Bolschewiki, die Kritik der Rätekommunisten (Gorter, Pannekoek, Korsch) an Lenin und leninistischen Praktiken.

Heute gehen junge Linke nicht mehr mit den Erwartungen von 1968/69/70 in den Betrieb. Heute gehen sie in die Produktion, weil sie die Uni anstinkt, weil die Arbeitslosigkeit unter Akademikern ungemein zugenommen hat, weil es sich von den Sozialsätzen nicht leben läßt – oder weil sie unter das Berufsverbot gefallen sind. Wer heute in die Fabrik geht, tut es, um sich Brötchen zu verdienen – und ohne Illusion.

Marianne Herzog war im Knast. Als sie rauskam, mußte sie Geld verdienen. Sie hatte – in der DDR – Buchhändlerin gelernt. Diesen Beruf wieder auszuüben widerstrebte ihr. Sie arbeitete dann in verschiedenen Betrieben. Und sie schrieb – wie schon in der Zeit vor ihrer Inhaftierung – über ihre Arbeit, über „Frauen im Akkord". Sie berichtet über Arbeitsbedingungen heute und vergleicht sie mit entsprechenden – ebenso deprimierenden – Berichten aus den 30er Jahren; sie beschreibt Frauenarbeit zum Beispiel im Knast und bei Siemens; die Arbeitssuche: das Ausfüllen von Formularen, die menschenunwürdigen Untersuchungspraktiken (Werksärzte, die Arbeiterinnen testen wie Schlachtvieh); sie porträtiert „Gast"-Arbeiterinnen und Kolleginnen.

Industriereportagen wie gehabt? Nein. Marianne Herzogs Berichte über Frauen im Akkord, das klug beigefügte Anzeigen- und Fotomaterial, die wenigen am Schluß des Buches angeführten Beispiele von Arbeitskämpfen in Frankreich, von Frauen in Pierburg oder bei LIP machen wütend und befangen und zornig, und sie unterrichten. Marianne Herzogs leidenschaftliche Anteilnahme an ihren arbeitenden Geschlechtsgenossinnen ist lakonisch. Präzise und ökonomisch lehrt sie so den Leser mehr, als wenn sie ihrem berechtigten Zorn Ausdruck verliehe, ihrer Wut über den täglichen Terror in der Produktion, dem gerade Frauen ausgesetzt sind. Ihre Sätze sind knapp und genau, die Stimmung ist nüchtern und von extremer Wahrheitsliebe getragen, ihre Solidarität mit den ausgebeuteten Frauen kommt nicht lärmend zum Ausdruck, sondern exakt und warmherzig zugleich. Sie stimmt keinen Kampfruf an, jede Zeile klagt an, jeder Begriff „sitzt".

Dieses Buch gehört in jede Schule. Es gibt Auskunft über die „Akkord" genannte Schlachtung im Namen von Fortschritt und Profit, die „Arbeit" genannte Guillotinierung von Sinnlichkeit. Ehe der „Akkord keine Ende hat, kann von menschlicher Produktion nicht geredet werden." ■

Swantje Storm

Informationen zum Abschalten

Zwei Tage nach der Wahl: Während ständig jemand dazwischenredet, hängen Fotos von Schmidt und Genscher an der Mattscheibe, bevor zunächst Schmidt, dann Brandt in ein Haus gehen, das als Bungalow bezeichnet wird, doch schon steigen Genscher und Mischnick aus Autos, um zusammen mit Friderichs, Schmidt, Wehner, Brandt und Koschnick eine grinsende Koalitionsgruppe zu bilden, und jetzt versichert Helmut Schmidt entschlossener Miene einem Mikrofon, er werde wieder Kanzler. Womit Zeit ist, die Herren Brandt und Genscher frisch aufgerissenen Wagenschlägen ent- und nacheinander die Villa Hammerschmidt besteigen zu lassen, wo sie ebenso nacheinander in ein Händeschütteln mit Scheel ausbrechen und Mikrofone besprechen, worauf die Kamera unverdrossen die Gesichter einer Anzahl von FDP-Abgeordneten mustert wie auch die Möblierung ihres Fraktionsraumes, und schon drängeln sich die Spitzenpolitiker der SPD am kalten Büffet, und jetzt kommen Fotos von Kohl, Stoltenberg, Hassel, Dregger und Börner – denn das Publikum soll die Artikel, die da gepriesen werden, auch sehen.

Es ist jeden Abend dasselbe: auf Kitekat und Schaumwein folgen Kohl und Schmidt. Johnny Walker geht, und die Tagesschau kommt. „Guten Abend, meine Damen und Herren", sagt der Sprecher in freier Rede, blickt treuherzig in die Kamera und liest dann („on") vor, was die Redaktion ihm aufgeschrieben hat, um die politischen Kenntnisse und die Urteilskraft von Millionen Fernsehzuschauern zu stärken. Dabei assistieren ein unsichtbarer („off") Zweitsprecher sowie Korrespondenten und Politiker mit Original-(„O"-)Tönen. In 15 Minuten liefern sie die verkürzte und gedrängte Auswahl aus mehr als 1000 Meldungen der Nachrichtenagenturen und vielen Nachrichtenfilmen. Die Möglichkeiten des Publikums, das alles zu verstehen oder gar zu begreifen, sind dabei aus verschiedenen Gründen ziemlich schlecht.

"Die Äußerungen von Bundesminister Maihofer über den Anstieg der politisch motivierten Anschläge im vergangenen Jahr, sind von der Landesleitung der CSU in München in einer ersten Stellungnahme als ein Beweis für die - wie es heißt - erschütternde Diskrepanz zwischen der Wirklichkeit und der beschwichtigenden Darstellung durch die Verantwortlichen bezeichnet worden."

Meldung der "Tagesschau" vom 27.5.75

Man lese sich den Text einmal laut vor und fasse sich anschließend an den Kopf: es wird nichts drin sein. Der Satz enthält ohne Pause 18 Teilinformationen, 15 Hauptwörter (einschließlich CSU), davon elf mit mehr als zwei Silben. Er umfaßt 49 Wörter (normal: sieben) und ist gesprochen etwa 20 Sekunden lang (Kurzzeitgedächtnis: sechs Sekunden). Dafür ist sein Informationswert gleich Null.

Der Nachrichtenstil verhindert recht zuverlässig, daß die Meldungen verstanden werden. Er weicht beträchtlich vom normalen Sprachgebrauch ab. Kennzeichen des Nachrichtenstils sind: die rasche Folge von unverbundenen Teilinformationen (ist eine aufgenommen, sind drei andere schon verrauscht), das schnelle und monotone Verlesen durch den Sprecher, die Häufung von Hauptwörtern mit mehr als zwei Silben (der im Deutschen durchschnittlichen Silbenzahl), die extremen Satzlängen (Tagesschau: rund 17 Wörter pro Satz, Umgangssprache: rund sieben Wörter), die langen Einschübe zwischen zwei Satzteilen (Kurzzeitgedächtnis: 6 Sekunden; Tagesschau-Sätze: bis zu 20 Sekunden).

Hinzu kommen Ausdrücke aus allen möglichen Fachsprachen (*floaten, OPEC, Bandbreiten, Währungsschlange, Petition, Doyen, KSZE* usw.). Hinzu kommen schließlich politische Codes für Spezialisten (dem Durchschnittszuschauer muß auf die Schnelle verborgen bleiben, daß es ein Unterschied ist, ob bei den Koalitionsverhandlungen in Hannover die Stimmabgabe im Bundesrat „keine Rolle gespielt" oder „nicht den Ausschlag gegeben" hat – nur für Politiker sind solche Nuancen wichtig).

So lädt der Nachrichtenstil einen Haufen von Hauptwörtern, einen Berg von Äußerlichkeiten, ein Sack voller unwichtiger Informationen in einer Sprache, die niemand spricht und die gespickt ist mit Geheimchiffren, auf's Haupt des unglücklichen Zuschauers. Da kann eigentlich außer ein paar Fetzen nichts hängenbleiben; zumal schon die nächste, ebenso komplizierte Meldung folgt, die zu entschlüsseln wieder keine Zeit bleibt.

Schließlich vermitteln sich über richtig verstandene Begriffe oft auch falsche Bedeutungen, also Fehlinformationen. So standen im Libanonkrieg stets „christliche Milizen" im Kampf gegen „linke Moslems". Dem militärischen Begriff Miliz entspricht der religiöse Begriff Moslem ebensowenig wie das Gegenteil von „christlich" links sein kann. Aber es scheint, als sei genau das gemeint, als solle sich der Zuschauer (christlich) mit den Guten gegen die Bösen (links) identifizieren. Die „objektive" Nachricht wird so objektiv zum Kreuzzugs-Aufruf.

Wären die Nachrichten informativer, wenn die Redakteure ihr Material aus den Sprachen der Beamten, Funktionäre, Manager und Kirchenfürsten übersetzten in ein Deutsch für jedermann? Schließlich haben die meisten der arbeitenden Menschen in diesem Lande ihre traumhafte Karriere mit Abschluß der Hauptschule fast schon beendet – sie haben nicht den Globus im Kopf, wissen nichts von Kommuniqués und haben mäßiges Interesse am Stand der Aktienkurse. Ja, verständlicher und vertrauter ließen sie sich machen: es könnte statt: „Sie unterstrichen ihre Entschlossenheit zur Ergreifung von Maßnahmen", auch heißen: „Sie wollen jetzt Nägel mit Köpfen machen". Das versteht man. Nur: es bleibt eine sprachliche Verbesserung, die den inhaltlichen Wert der Information nicht berührt. ■

KONKRET'S LITERARY SUPPLEMENT

Linke Presse zwischen den Weltkriegen? Ja, die „Weltbühne"! Kaum einer, der so antwortet, kennt sie, weiß, daß sie selbst in ihrer Glanzzeit nicht mehr als 20000 Käufer hatte, daß ihr Einfluß gering war, ihre Qualität schwankend bis zur Belanglosigkeit. Was von ihr bleiben wird sind ein paar Tucholskys und der ganze, analytisch wie stilistisch wichtigere: Ossietzky. Wer aber weiß, daß damals in Berlin die größte proletarische Illustrierte der Welt erschien, an der Egon Erwin Kisch, Käthe Kollwitz, Johannes R. Becher, Heinrich Zille, Arnold Zweig, Tucholsky, Heinrich Mann mitarbeiteten und die doch *Arbeiter*-Illustrierte war. Gegründet von dem kommunistischen Presse-Tycoon Willi Münzenberg (für den damals auch John Jahr arbeitete), erschien die AIZ seit 1921 und von 1933 bis 1938 im Exil. Jetzt ist eine Dokumentation erschienen

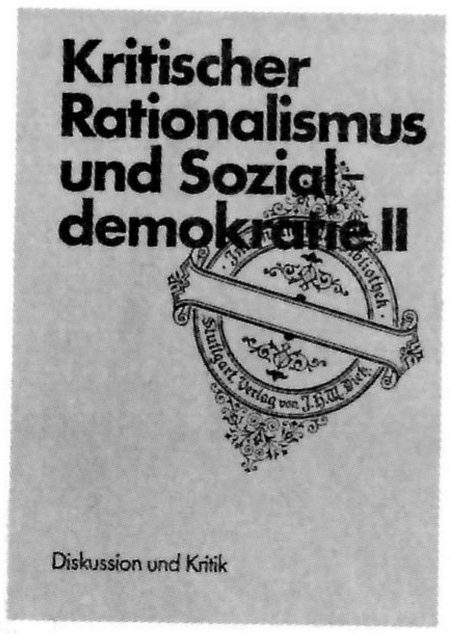
Geschichte der Arbeiter-Illustrierten Zeitung
von Heinz Willmann
Verlag Das Europäische Buch, Berlin, 359 Seiten, DM 29,50

und neben der Erkenntnis, wie mies die heutige Presselandschaft ist, lernt man im Vergleich zwischen der Weimarer Periode und der Exil-Zeit, wie abhängig von der Stärke der Arbeiterbewegung die Qualität ihrer Propaganda ist: Je schwächer desto proletkultischer, pompöser, bürokratischer und intellektualistischer.

Kennen Sie Popper? Oder, wie unser Kanzler, der ihn statt Marx empfiehlt, ihn nennt: Sir Karl Popper? Wer wissen will, wo sich die SPD-Rechte ihr antimarxistisches Theorie-Korsett entleihen will, besorge sich

Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie
Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn,
389 Seiten, DM 25,–

und erfahre, daß der geistige Vater der SPD Immanuel Kant ist. Vermutlich mit dem kategorischen Imperativ „Zieh mit, wähl' Schmidt!"



Linke Sozialdemokratie bricht die marxistische Tradition nicht ab, sie biegt nur dran rum:

Realisten oder Verräter?
Die Zukunft der Sozialdemokratie
von Günther Nenning
C. Bertelsmann Verlag, München, 255 Seiten, DM 29,80

Nenning, KONKRET-Autor, ist einer der witzigsten und pointiertesten Propheten eines „sozialdemokratischen" Westeuropa, das von einer Internationale eurokommunistischer und sozialistischer Parteien regiert wird. Die KPI und die KPF, so Nenning, machen schon ihr Godesberg.

Wer seine feministischen Häutungen hinter sich hat, sollte mal wieder Anschluß an eine Emanzipationsbewegung suchen, die diesen Namen noch zu recht trug:

Arbeiterinnen kämpfen um ihr Recht Autobiographische Texte rechtloser und entrechteter „Frauenspersonen".

Peter Hammer Verlag, Wuppertal, 390 Seiten, DM 36,–

Um keine falschen Hoffnungen zu wecken: In den Texten von Clara Zetkin kommt kein Spontanfick vor.

Ein Handbuch für wehrlose Eltern legt eine KONKRET-Autorin vor:

Verändert die Schule jetzt
Elterninitiativen gegen Schulnotstand
von Lottemi Doormann
Beltz-Verlag, Weinheim und Basel, 286 Seiten, DM 20,–

Lottemi Doormann, die selbst die Hamburger Initiative Kleine Klasse mitgegründet hat, schildert deren Erfolgs- und Leidensweg, berichtet über andere Elterninitiativen, analysiert die Widerstände und bietet Alternativen an.

Gibt es „Pardon" eigentlich noch? Ich habe aufgehört, diese Zeitschrift zu lesen, als die Autoren der Beilage „Welt im Spiegel" (kurz: WimS) ausschieden: Lützel Jeman (später bürgerlich: Robert W. Gernhardt), F.W. Bernstein und F.K. Wächter.
Von Gernhardt und Bernstein gibts jetzt, wenn schon nicht ihr Bestes, so doch ihr Allerbestes:

Besternte Ernte
Zweitausendeins/Frankfurt,
160 Seiten, DM 11,90

Leider fehlt auch nicht „Der Kragenbär, der holt sich munter, einen nach dem andern runter", und was in der Rubrik „Chemie und Wahnsinn" vorkommt, hält kein Frisör aus. Wilhelm Busch, Christian Morgenstern und die zwei beiden!
Deshalb:
Ich leide an Versagensangst,
besonders, wenn ich dichte.
Die Angst, die machte
mir bereits
manch schönen Reim
zuschanden.

Martin Walser

Der Grund zur Freude

99 Sprüche zur Erbauung des Bewußtseins

VII. Teil

61. Naive Fragen an unsere Höchsten, betreffend das Höchste:
Ist denn Demokratie nicht, Gerechtigkeit
angewandt? Warum also wird die Arbeit nicht
demokratisch gemacht? Finden Sie, Feierabend-
gerechtigkeit reicht?

62. Clyde Side oder Langmut 71:
Besitzer lassen Werften verkommen.
Dann wollen sie schließen. Dann garantiert
der Staat Profit auf Kosten der Arbeiter. Dann
besetzen Arbeiter die Werften.

63. Das Französische Bündnis:
Wir lernten, weil wir schwerer sind und eingerichteter,
oft von Frankreich den fälligen Schritt. Zeigt uns
Frankreich jetzt, wie man das Jahrhundert
aus der Routine erlöst?

64. Was den Engagierten fehlt:
Wir wären auch lieber jedes Mal zuhause
geblieben, Kollege. Der Auftritt ist uns so peinlich
wie dir, der Nutzen sowieso dunkel. Aber uns fehlt
deine wetterfeste Sensibilität.

65. Diktatur des Demokratiats:
Wenn sie dich als Kommunisten behandeln,
weißt du, wie sie Kommunisten behandeln.
Wenn sie sich Demokraten nennen, weißt du,
daß die Firma jetzt so heißt.

66. Lebenslauf:
Schön ist es, auch unterhaltend, Freunde
gehabt zu haben. Treu folg ich der Spur,
bis ich sehe, an welcher Kurve ich
welchen Freund verlor.

67. Stimmbildung:
Wem bleib ich, wenn ich mir treu bleibe, treu?
Dem, den ihr gemacht habt aus dem,
der ich werden wollte. Durch Lossagen
lern ich meine Stimme kennen.

68. Zwischen:
Wenn ich die Nadelspitze spür, auf der ich stehe,
möcht ich mich bequemen. Die mich auf sie
zurücktreiben, sind mit mir der Meinung,
die Position sei unhaltbar.

69. Als Unabhängiger:
Nachdem ich mehrere Runden im Ring
gewartet hatte, begann ich gegen mich
zu boxen. Als ich zu Boden ging,
zählte man mich aus.

70. Wenn du von dir sprichst:
Erwähne die Kälteschalen an den Knien,
den experimentellen Charakter deiner Meinungen,
die durch das Haus treibenden Drucksachen,
die Käsrinde, die schwitzt.

im focus

In der Reihe "im focus" erscheinen Arbeitsmaterialien und Diskussionsbeiträge zu aktuellen Problemen der kapitalistischen Entwicklung und der sozialistischen Bewegung unter Einbeziehung internationaler Fragestellungen.

Auf über 1000 Seiten in ca. 200 Dokumenten liefern die ersten fünf Bände das Standardwerk zur PORTUGIESISCHEN REVOLUTION: eine umfassende Dokumenten- und Materialiensammlung zu den Ereignissen in Portugal vom 11. März bis zum 25. November 1975. Sie sind eingeleitet, kommentiert und aus dem Portugiesischen übersetzt von Günter Schröder.

Bd. 1: MFA - Poder Popular
Bd. 2: Lutar - Criar Poder Popular
Bd. 3: A Ofensiva Reaccionaria
Bd. 4: Vencer! Mas Como?
Bd. 5: O 25 de Novembro.
Die Bände kosten zusammen DM 44.-, sind aber auch einzeln erhältlich.

B. HAFENEGER
K. KESSELGRUBER (Hg.)

Bildungsurlaub in der Bundesrepublik
Beitrag zur Arbeiterbildung?
Erfahrungen Perspektiven Analysen

Erste praktische Erfahrungen und theoretische Einschätzungsversuche zu Bildungsveranstaltungen im Sinne dieses Gesetzes und im Interesse von Arbeiterjugendlichen werden in diesem Buch dargestellt. Sämtliche Beiträge stammen aus der Praxis, sie sollen daher in erster Linie Anstöße für weitere Bildungsarbeit vermitteln und die Diskussion um bedürfnis- und interessenorientierte politische Bildung mit Arbeiterjugendlichen (als Teil der Arbeiterklasse) voranbringen.

288 Seiten DM 9.80

Zum Gemeinschaftsfrieden

Axel Azzola, Heinz Brand, Emil Carlebach, Sebastian Cobler, Erich Fried, Hans Heinz Heldmann, Christopher Jetter, Jakob Moneta, Ulrich Roeder, Ulrich Sonnemann verdeutlichen das Maulkorbgesetz aus der Sicht von Juristen, Gewerkschaftern und Schriftstellern. Sie zeigen die Geschichte und Konsequenz diese Gesetzes auf und geben Diskussionshilfen, was gegen die Durchsetzungskraft des Gesetzes getan werden kann. Zusätzliche Materialien. HANDBUCH GEGEN ZENSUR UND REPRESSION.
176 Seiten DM 7.-

Die Reihe 'im focus' ist nur ein Teil unseres Verlagsprogramms. VERLAGSPROSPEKT ANFORDERN! Linke in der Provinz kriegen unsere und viele andere Bücher (ca. 800 verschiedene Titel aus ca. 50 kleinen linken Verlagen - schön aufgelistet in einem nach Themen gegliederten Versandkatalog) vom PROLIT-Buchvertrieb, Postf. 2969, Giessen

focus verlag
Dammstr. 11/Postf. 2328
Tel.: 0641-34760
6300 Giessen

Wir machen weiter

Lottemi Doormann war in einem „Kinderhaus", das viel zu schön ist, als daß es von einer Hamburger Behörde freiwillig gefördert würde

Die Vertreter des Amtes für Jugend, der Gesundheitsbehörde, der Baubehörde und der Bezirksschornsteinfeger waren baff: „Wir möchten Ihnen offen sagen, daß wir tief beeindruckt sind von dem, was Sie hier in Eigenarbeit und mit eigenen Mitteln aufgebaut haben."

Gegenstand der Bewunderung ist das „Kinderhaus" in Hamburg-Eimsbüttel, genaugenommen eine 500 Quadratmeter große Etage mit Treppenhaus, in fünf Monaten von einer Eltern-Erzieher-Initiative vollständig umgebaut und eingerichtet für die Bedürfnisse von 60 kleinen und größeren Kindern: mit Gruppenräumen, Mehrzweckhalle und Teeküche, mit Kuschelekke, Ruhezimmer und Werkraum – ein Ort der Kinderfreundlichkeit, von dem man sonst nur zu träumen wagt. Die Kinderetage ist nicht nur schön geworden, sie entspricht auch behördlichen Vorschriften. So kann die Heimaufsicht den Initiatoren mitteilen, „daß Sie ab sofort 60 Kinder ganztags unterbringen können".

Das war am 21. Juli vergangenen Jahres. Zwölf Tage später kommen die Kinder (3 bis 12 Jahre alt), der „Betrieb" läuft an. Es gibt eine Kleinkindergruppe, eine Vorschulgruppe und zwei Schulkindergruppen – kleine Gruppen von 11 bis 18 Kindern mit insgesamt 8 (acht!) weiblichen und männlichen Erziehern.

„Unsere Erziehungsziele", sagt die Heimleiterin Heidi Kaiser, „sind Selbständigkeit, Gleichberechtigung und Kritikfähigkeit, aber auch Rücksichtnahme. Das Recht des Stärkeren zählt bei uns nicht. Unsere Kinder sollen lernen, sich selbst zu verwalten und Verantwortung für eine Gemeinschaft zu entwickeln."

Geöffnet ist das Kinderhaus von (6.30 bis 18 Uhr – abgestimmt auf die Arbeitszeiten der Eltern, die zum Beispiel im Hafen, bei der Post, als Angestellte oder Lehrer arbeiten. Drei Studenten sind darunter und einige ausländische Arbeitnehmer. Viele der Mütter, auch der Väter, sind alleinstehend.

Heidi Kaiser: Wir wollten keinen kleinen, unter sich bleibenden antiautoritären Kinderladen machen, sondern eine echte Alternative zu den staatlichen Kindertagesheimen zustandebringen, von den räumlichen und personellen Bedingungen her, mit dem Spielangebot, mit unserem pädagogischen Konzept und unserem Mitbestimmungsmodell, wo alle Beteiligten wirklich mitentscheiden können."

Das Kinderhaus liegt in „Eimsbüttel", wie die Alteingesessenen sagen, zwischen St. Pauli und dem Sanierungsviertel Altona. Nämlich in einem jener „soziokulturell benachteiligten und gegenwärtig unzureichend versorgten Stadtteile", wie es im letzten Jugendbericht des Hamburger Senats heißt, in denen neue Kindertagesheime vorangig gebaut werden sollen, weil hier „für die nächsten Jahre ... eine ‚Überversorgung' nicht zu befürchten ist".

Zweifellos haben die Kinderhausleute dem Staat bei dieser sozialen Aufgabe bürgerinitiativ geholfen. Und sie haben es billig gemacht, die Ärmel selbst hochgekrempelt , Feierabende, den Urlaub, die Wochenenden kostensparend drangegeben, fünf Monate lang. Zuerst eine kleine Gruppe, dann, nach Informationsveranstaltungen und Flugblätteraktionen, immer mehr Eltern, Interessierte, Freunde und Nachbarn.

Nur durch diese immense Eigenarbeit konnten die Investitionskosten so niedrig gehalten werden, daß das „Kinderhaus e. V. Heinrichstr." lediglich einen Baukostenzuschuß von 48 000 Mark beantragt hat. Eine vergleichbare öffentliche Einrichtung hätte den Senat etwa 900 000 Mark gekostet. Auch der Pflegesatz im Kinderhaus ist günstiger als in staatlichen Kindertagesheimen: 404 Mark monatlich gegenüber üblichen 560 Mark. Doch der Applaus der obersten Behörde bleibt aus. Und als im August der amtliche Bescheid über die Pflegesatzgenehmigung und der schon im April beantragten Baukostenzuschuß noch immer ausstanden, beruhigte die Behörde: „Eine Frage von Tagen".

Die Post vom Amt kam – aber sie enthielt das, wovon die Kinderhausleute heute sagen: „der Hammer aus heiterem Himmel". Zunächst lehnte die Hamburger Behörde für Jugend, Schule und Berufsbildung den Baukostenzuschuß mit dem Hinweis auf die „leeren Kassen" ab. Kommentar des FDP-Abgeordneten Gerhard Weber: „Gemessen an dem, was sonst über den Tisch bei uns geht und ausgegeben wird an öffentlichen Geldern, wäre das doch 'ne Kleinigkeit gewesen!" Sodann erklärte die Behörde, daß es überhaupt gar keinen Bedarf an diesen neugeschaffenen Kindertagesheimplätzen gebe und sich daher die Pflegesatzgenehmigung erübrige.

Und was ist mit den sechzig nicht erdachten, sondern ziemlich vorhandenen Kindern? Schulsenator Apel (Hamburgs „Kultusminister"), versichert blauäugig: „Zur Zeit können in der Region des Kinderhauses alle Kinder, deren Eltern die Voraussetzungen erfüllen (das sind: alleinstehende Berufstätige oder Eltern, deren Kinder aus bestimmten pädagogischen Gründen in ein Tagesheim aufgenommen werden müssen"), kurzfristig in bestehenden Einrichtungen untergebracht werden. Eine Warteliste für solche Kinder gibt es nicht."

In monatelanger Eigenarbeit aufgebaut - eine „Kaderschmiede für die ganz Kleinen"?

Nun haben aber die Eltern und Erzieher des Kinderhauses natürlich nicht monatelang geschuftet, ohne sich vorher über die Bedarfsfrage bei den zuständigen Fürsorgerinnen zu informieren. Übereinstimmendes Ergebnis: Es fehlen Plätze in allen Altersgruppen, vor allem bei den Schulkindern.

Nicht nur die Eltern des Kinderhauses, auch Parteigenossinnen des Schulsenators Apel gingen noch einmal auf Erkundungen, so z. B. die SPD-Abgeordnete Helga Kutz-Bauer: „Wir sozialdemokratischen Frauen haben ‚gewallrafft', wie wir immer sagen. Haben nicht als Politiker angerufen, sondern als Mutter und die Oberfürsorgerin gefragt: ‚Wie ist das denn, ich habe ein Kind, Einzelkind und so, es müßte auch unter andere Kinder. Außerdem bin ich berufstätig, mein Mann ist berufstätig'. Da hieß es jedesmal: ‚Nur Notfälle', und Warteliste kommt überhaupt nicht infrage, und fragen Sie doch mal die kirchlichen oder sonstigen Heime. Wir können für Sie über-

haupt nichts tun! Andererseits hören wir von unseren Kollegen in der Fraktion: ‚Was, Ihr schreit nach Kindertagesheimen? Wieso, die stehen doch alle leer, und da ist sowieso zuviel Platz', und irgendwie glaubt man, man spinnt ein bißchen."

Daß die Behörde dennoch stur bei ihrer Ablehnung bleibt, hat jedoch im Fall Kinderhaus und ähnlicher Initiativen politische und nicht nur finanzielle Gründe. Denn hier geht es nicht mehr um die Erfüllung formaler Voraussetzungen, sondern um die *Praktizierung* emanzipatorischer Pädagogik, wie sie von der offiziellen Hamburger Jugendpolitik lediglich postuliert wird. Die behördliche Sozialarbeit fühlt sich zu recht provoziert: Das Kinderhaus ist besser, schöner, freier und – billiger.

Die Eimsbüttler Eltern sagen: „Offenbar will man uns gegenüber ein Exempel statuieren, das andere Elterninitiativen, ja generell freie, das heißt nicht staatliche Träger sozialer Einrichtungen davon abhalten soll, in ähnlicher Weise die Eigeninitiative zu ergreifen." Beunruhigt sind daher auch so etablierte Verbände wie das Diakonische Werk oder der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband („Was hier mit Euch gemacht wird, trifft uns morgen"), der übrigens das Kinderhaus Ende Oktober einstimmig in seine Dachorganisation aufnahm.

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen sprach endlich die Springerpresse aus, was Senator Apel wohl nur dachte. Wenn eine Initiative als Symbol die rote Rübe wählt, an der Kinder gemeinsam ziehen, ist für den Chefredakteur des „Hamburger Abendblatt" klar, daß „im Hintergrund mindestens einer ist, der das Unternehmen dirigiert – an einem knallroten Faden". Das Kinderhaus wurde zur „Kaderschmiede für die ganz Kleinen", denn „beim ‚langen Marsch durch die Institutionen' muß frühzeitig für Nachwuchs gesorgt werden". Und weil die Behörde „gemerkt hat, wer dahintersteht", rücke sie nun keine Zuschüsse mehr für „das rote Kinderhaus" („Die Welt") heraus.

Tatsächlich hatte aber die Behörde das pädagogische Konzept des Kinderhauses öffentlich nie in Zweifel gezogen und an keiner Stelle die Verweigerung der Gelder mit „kommunistischen Fädenziehern" begründet. Erst als am 28. September 1976 der amtliche Ablehnungsbescheid im Kinderhaus eintraf und die empörten und enttäuschten Kinder mit ihren Erziehern noch am selben Tag dem Amt für Jugend einen Besuch abstatteten, sah Senator Apel rot. Da hieß es dann: „Indoktrination", „Manipulation" und „Mißbrauch mit den ihnen anvertrauten Kindern".

Dennoch: Es steht, allen bisherigen Behördenentscheidungen zum Trotz, nicht schlecht für die Initiative. Sie hat sich bei ihrer Arbeit intensiv um Solidarität bemüht und sie auch bekommen. Auf zahlreichen Wohltätigkeitsveranstaltungen haben sich bekannte Musiker der „Hamburger Szene", Schauspieler und Kinderbuchautoren für das Kinderhaus eingesetzt. Bürgerschaftsabgeordnete der FDP und SPD plädierten für eine Unterstützung, auch der „Ausschuß zur Förderung der Jugendwohlfahrt" im Amt für Jugend stimmte für eine Pflegesatzbewilligung. Der Vorstand des „Kinderhauses e.V." (z.Z. etwa 300 Förderer und 90 aktive Mitglieder) ist gegen den Bescheid der Behörde vor Gericht gelaufen.

Ganz oben aber, hinter seinem Schreibtisch, sitzt der verantwortliche Präses der Behörde und erklärt die „Angelegenheit" für beendet: mit seinem Nein. Für ihn sieht die Rechnung, marktwirtschaftlich ausgedrückt, so aus: „Wo kein Angebot ist, ist auch keine Nachfrage". Und mag ein Platz im Kinderhaus auch billiger sein als in den üblichen Aufbewahrstätten – er ist teurer als gar keiner. Also überflüssig.

Selbst Hamburger Richter mochten dieser Logik nicht ganz folgen. Anfang Januar wurde die Behörde „im Wege der einstweiligen Anordnung verpflichtet, dem Antragsteller (Ole Schaffenberger und seine Eltern) vorläufig ab 17. Januar 1977 für sechs Monate öffentliche Jugendhilfe durch Unterbringung in dem Kindertagesheim Kinderhaus in der Heinrichstraße zu gewähren". ■

154: Die exemplarische Geschichte einer Befreiungsaktion, einer Entscheidung zum Handeln gegen Herrschaft, einer Auseinandersetzung um Leben und Tod, also um uns.
240 Seiten. DM 14

155: Was Akkordarbeit für Frauen heißt, wie sie ihr ganzes Leben, Denken, Fühlen beherrscht – darüber berichtet Marianne Herzog aus eigener Erfahrung.
112 Seiten. DM 7 (Abo: 6)

158: Die Bauernoper ist ein populäres, historisch korrektes Konzentrat über den Bauernkrieg. Die Ruhrkampf-Revue deckt ein anderes Kapitel unbekannter deutscher Geschichte auf.
128 Seiten. DM 8

160: In diesem Comic erfahren Sie (fast) alles, was Sie vor und nach der Bundestagswahl über die Bonner Volksvertretung wissen müssen sollten.
96 Comic-Seiten. DM 8

Rotbücher

ATELIER IM BAUERNHAUS
2802 FISCHERHUDE

FISCHERHUDER TEXTE

Pelle Igel, Stiefel bleibt Stiefel
Lyrik u. Prosa des „roten Großvaters" 5,80

Günter Demin, Aufbruch aus Villach
Erzählung zur Emanzipation 9,80

G. Schatzdorfer, Nichts gegen die Polizei
Epigramme und Kurzgeschichten 9,80

Hans Meier, Kolonie Raffgier
10 Erzählungen, Grafik: Nico Timm 9,80

J.-G. König, Verlieren ist kein Schicksal
Gedichte in Prosa, Grafik: W.-D. Stock 8,80

Otmar Leist, Jahre des Feuerteufels
Gedichte 8,80

Rudi Bergmann, Auf daß du es immer spürst... Liebesgedichte 8,80

BERUFSVERBOT, Lesebuch 14,80

NEUERSCHEINUNGEN 1977

Wolfgang Bittner, Probealarm
Gedichte, Grafik: U. Evezard 9,80

J.P. Stössel, Der Grund zum Leben
Gedichterzählung, Grafik: Zingerl 12,80

STRAFJUSTIZ, Ein Lesebuch
Hrsg. Wolfgang Bittner ca. 16,80

David Erlay, Verwunschene Gärten - Roter Stern. Heinrich Vogeler Dokumentarische Biografie
FT 16, ca. 60 Seiten 7,80 DM

Horst Tomayer

Penis wie Peking

Wenn die Rechte erzählt, wo die Sexualaufklärung herkommt

Hinter Gitter mit Euch! Verbrechergesindel! Das arbeitsscheu herumzieht und die Jugend sittlich verdirbt! Ihr gehört doch unter die Viecher! Erst dann bis Ihr Kastriet (Originalschreibweise) sein werdet, wird Euch die tierische Geilheit genommen sein!" Noch gar nicht lange her, da argumentierte ein Landsmann Sigmund Freuds, der Herr Doktor Ingenieur Wohlmuth aus Baden, wohnhaft dortselbst in der Wassergasse, mit diesen wohlgesetzten Worten gegen die Kindertheatergruppe „Kukuruz", die im Lande Karl Kraus' und der Salzburger Festspiele das Aufklärungsstück „Darüber spricht man nicht" aufzuführen gewagt hatte.

Wenig später erwischte es die „Rote Grütze", die das Stück als erste deutschsprachig erarbeitet und herausgebracht hat, in deutschen Landen: in Bergisch-Gladbach. Die Bundestagswahl stand vor der, in diesem Phalle, Hosen-Tür, und die Stimmen vorsortierende konservative Presse wies tagelang und seitenbreit mit schamrot angelaufenem Zeigefinger auf die Schamlosen. Da half auch nicht ein Draht zum lieben Gott in Gestalt eines Dominikaner-Paters, der das Aufklärungsstück als pädagogisch wertvoll und preiswürdig empfunden hatte.

Als die Münchner Gruppe „Oppeldok" aufklärungsspielerisch tätig werden wollte, ließ das CSU-gestrickte Schulamt den Vorhang runter. Sand in nämlicher Sache warfen hysterisierende Frauenbünde dem Bochumer „Bollerwagen" ins GeTriebe. Ein Apage satanas ereilte die Hannoveraner „Theaterwerkstatt" vom Hildesheimer Bistumsblatt: „Mit ihren Späßen bringen sie die Kinder schnell auf ihre Seite", heißt es in der Auslegung des unverhohlenen Aufrufs zum Spielverbot, „aber dann werden die Späße immer eindeutiger. Das Ganze entwickelt sich zu einer Propaganda-Show für sexuelle Hemmungslosigkeit und die Überflüssigkeit von Ehe und Familie". Intensiv wie der Föhn drückte der in München beheimatete „Freundeskreis Maria Goretti" mit Warnungen vor Geschlechtskrankheiten, Rauschgiftorgien, Schulkinderschwangerschaften, Abtreibungen und Alkoholismus als Folge von Sexualaufklärung auf Gemüt und Gewissen der Elternschaft.

Hat es die Aufklärung – im weiteren Sinne – in der Bundesrepublik Deutschland im großen und ganzen schon sehr schwer, tragen die Kinder- und Jugendtheater, die zum kleinen Unterschied aufspielen, ein besonderes Bündel. Und weiß Gott nicht auf der leichten Schulter. Denn ruckzuck hat ein Entrüstungsprofi genug Eltern-Unterschriften zusammengekehrt und kein Schulrat, der nicht ehrfürchtig die Meldungshacken zusammenschlüge. Lachen- und Spott-erschwerend kommt hinzu, daß die spießer-christliche „Verantwortung" in der Regel mit dem gewöhnlichen Antikommunismus das Sakrament der Verleumdung eingeht. Urbi oder orbi, das nimmt sich nichts.

In Westberlin beispielsweise, das von allerhand Durchhalte-Konserven in letzter Zeit wieder als Wachhäuschen der freien Welt empfohlen wird, fand im letzten Jahr, kein Witz!, eine von der CDU provozierte veritable Abgeordnetenhaussitzung über Kindertheater statt. Seit Jahren vergeht keine Woche, in der das international renommierte GRIPS und die mit dem Jugend-Stück „Was heißt hier Liebe" zum GRIPS aufgeschlossene „Grütze" von der CDU und ihren Hinweis im Springer-Hochhaus nicht angeschossen werden als „Zersetzer sittlicher Ordnung", wobei Stadträte der SPD-Rechten bei Spielverboten und minderen Schikanen nicht selten Feuerschutz geben.

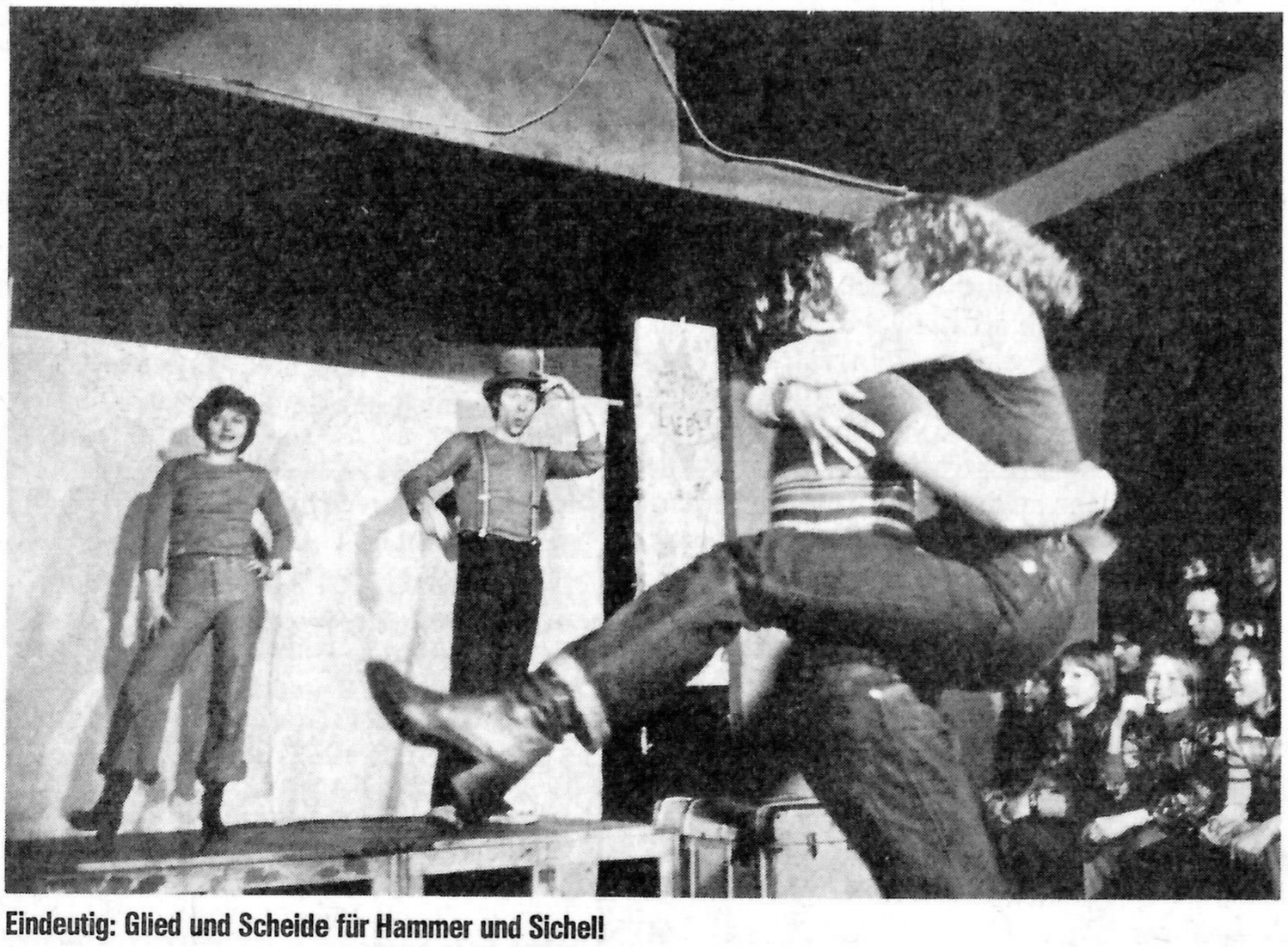
Da ist Henning Lemmer, Nachfahr des verblichenen gesamtdeutschen Ministers gleichen Namens, Mitglied der CDU-Abgeordnetenhausfraktion. In dieser vom Antikommunismus gerüttelten und geschüttelten Stadt klärt er in einem Rundschreiben mit halboffiziellem Briefkopf (mit dem Berliner Wappenbären) die „lieben Mitbürger und Eltern" in seinem Wahlsprengel Zehlendorf über das Aufklärungstheater auf: „‚Rote Grütze' heißt eine kommunistische Agitationsgruppe", hebt er an, „die sich mit dem Wohlwollen der SEW um die Beeinflussung der Kinder kümmert. Scheinheilig wird als unpolitischer Anlaß das Thema Sexualerziehung benutzt. Bei Tanz und Spiel und mit flotten Liedchen werden die Kinder zu sexuellem Tun aufgefordert. Die ‚Rote Grütze' ist dabei stolz auf ihre eigene Schamlosigkeit. Vulgärsprache und Schockeinwirkung werden berechnend eingesetzt, um den Kindern das natürliche Schamgefühl und das individuelle Gewissen zu nehmen. Manche Pädagogen mögen diese Art von Aufklärung, weil das zur Zeit als modern gilt. Aber unverkennbar ist, daß die ‚Rote Grütze' zugleich ein bestimmtes kollektives Bewußtsein zu erzeugen sucht. Man leistet damit Vorarbeit für das Ziel, die Kinder später politisch manipulieren zu können. Das ist zweifellos der Parteiauftrag der ‚Roten Grütze'."

Glied und Scheide statt Hammer und Sichel im Banner – wer hätte das gedacht. Revolutionär auch, daß sich die „auftragerteilende" SEW den gesellschaftlichen Hauptwiderspruch neuerdings von Künstlern in der Gegend zwischen den Beinen lösen läßt. Und wenn nicht die selbst bürgerliche Sozialpsychologie träumt, dann lassen sich eher sexuell verklemmte und neurotische Typen politisch manipulieren als Leute, die über ihren Triebhaushalt bescheid wissen.

Aber, wie gesagt, auf dem Lügenübungsplatz Westberlin finden selbst solche Gehirnquerschläger ihr Ziel. Und so mußte die „Grütze" statt zu lachen, klagen. Um eine Einstweilige Verfügung gebeten, faßte eine tagesdiensttuende Zivilkammer am Landgericht Westberlin den Beschluß, Lemmer bis zur Hauptverhandlung ein bißchen den Mund zu verbieten. Er darf nicht sagen: „Die Antragstellerin ist eine kommunistische Agitationstruppe, die sich mit dem Wohlwollen der SEW um die Beeinflussung der Kinder kümmert".

trotz dem, muß er blechen, oder in den Kahn.

Die „Grütze" darf erstmal weiter „verderben" ... ■



Eindeutig: Glied und Scheide für Hammer und Sichel!

Presse

Zur Emma

Alice Schwarzer hat in dieser Zeitschrift über den Prozeß von Itzehoe, über ihre Erlebnisse mit der bürgerlichen Presse und über das Buch der DDR-Feministin Irmtraut Morgner berichtet. Jetzt hat sie eine eigene Zeitung gemacht, namens „EMMA", die uns politisch unter dem Niveau zu rangieren scheint, das Alice Schwarzers Beiträge in KONKRET halten. Auch die Gefahr, sie als Mitarbeiterin zu verlieren, darf uns nicht hindern, zu sagen, was ihre „Emma" ist: Ein Stolperstein auf dem Weg zur Emanzipation.

Brigitte Rohkohl

Das Fernsehen gibt Emma Starthilfe – sogar in der Nachrichtensendung „Heute", mit Interviews in Kulturmagazinen, die gesamte Presse von links nach rechts begrüßt sie wohlwollend. Niemand hat etwas dagegen, wenn die Emanzipation zur Emma gemacht wird.

Im Gegenteil. Die Schwarzer mit der großen Erfahrung im Verscherbeln der Frauennöte bekommt endlich Gelegenheit zum großen Ausverkauf. Schwarzer-Kurs, Schwarzer Herausgeberin, Schwarzer-Frauenbild, Schwarzer – doppelt so groß wie jeder andere Autorenname in einem Heft, das nicht von ungefähr so wenig Widerspruch auslöst. Gern gesehen bei den Mächtigen, die Emma zu bekämpfen vorgibt.

Es steht schlecht um diesen Kampf. Es sind leider keine 300tausend, aber es sind doch nicht wenige, die ihn führen – in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in den Schulen und auch in den Medien. Sie alle, die ihre Situation in der Gesellschaft verändern wollen, werden den seichten Schwachsinn zur „petra" und „Brigitte" legen und vielleicht sogar den Anlaß benutzen, auch diesen Schlag gegen Frauen zusammen mit den Kolleginnen zu diskutieren. Denn man kann sogar aus Emma etwas lernen:

Frauenfeindlichkeit, zum Beispiel, ist nicht geschlechtsspezifisch. Die Emma-Damen kriegen es fertig, so ungefähr jedem Thema eine reaktionäre, das heißt auch: frauenfeindliche Seite abzugewinnen. So geschwätzig die Autorinnen sich über die Frauenthemen auslassen, die auch in den Hochglanzfrauenzeitungen verbraten werden – so kärglich berichten sie aus der Arbeitswelt. Wo Worte fehlen, helfen Bilder aus (Seiten 34/35). Und wo Frauen über Arbeitslosigkeit berichten, werden eindrucksvolle Aussagen in eine feministische Zuordnung gepreßt, die mit den Aussagen nichts zu tun hat – aber immerhin, da kommen wenigstens mal Frauen zu Wort, die sich nicht am Rande der Gesellschaft vergnügen (Seiten 25 bis 27).

Das Staunen einer Autorin über die Frauen, die *„an der Seite der Männer"* (Seite 44) Südvietnam befreiten, macht die Revolutionäre, die zufällig kein „Wunderhorn" haben, zu Exoten. „Sind sie noch weiblich, bleibt die *etwas* alberne Frage" (Seite 48). Man höre: „etwas" – wenn sich das nicht wohltuend von „Praline" absetzt.

Schön ist „Emmas Seite für Mädchen" (Seite 49), witzig – aber leider der *einzige* Beitrag für die unemanzipierten Frauen, die sich mit Kindern abplagen. Sonst kommen Kinder nicht vor.

Auch für Humor sorgt Emma – auf den Seiten 39/40 kann man sich totlachen über eine Frau, die nicht so schlau ist wie die Damen von der Redaktion. Neu in der Frauenverunglimpfungsbewegung ist „Männerjustiz" – wie XY-Schwarzer sie versteht: schwänzlich böse, fast unerklärlich. Aber lernen soll man wohl, daß das alles nur wenig mit unseren Gesetzen, gar nichts mit Klassenjustiz, sondern nur mit der Tatsache zu tun hat, daß unter den meisten Roben „was baumelt".

Wenn wenigstens an dieser Stelle erklärt würde, wovon soviel geredet wird: was das denn eigentlich ist, eine „Männergesellschaft". Aber dann würde vielleicht herauskommen, daß Emma ein Ausdruck dieser verdammten Männergesellschaft ist. Wenn sich Frauen in die Ecke Emma drücken lassen, sind sie die bedauernswerten Opfer und militanten Bewahrer des Patriarchats. Nicht Boenisch, nicht Habe würden heute noch so dämliche Sätze über eine Frau loslassen wie Alice über ihren Lieblingskinostar Romy Schneider: „Was für ein entwaffnendes Nebeneinander von Dominanz und Demut, von Intelligenz und Irrationalität" (Seite 22). Gartenlaubengesäusel: „Welches Nebeneinander von Stärke und Schwäche" (Seite 23). Donnerwetter!

Ja, sie verstehen sich und haben dieselben Sorgen, die Rassefrau und die Klassefrau. Und wer immer noch nicht wahrhaben will, daß hier die schwärzeste Schwarzer den schwarzen Kurs angibt, der lasse sich von der Dame Pinl auf den Seiten 20/21 den Rest geben: „Wirtschaft interessiert mich nicht!" Eine Frau stellt sich dumm und plappert über das „Abrakadabra der Wirtschaftspolitik". So wünscht sich Boenisch die deutsche Tussi.

„Daß uns Frauen diese Ziele (gemeint sind Macht und Profit) nicht so sehr interessieren, ist sicherlich gut und richtig", plappert es in Emma. Deshalb soll die „kleine" Emma-Leserin so wenig davon erfahren wie der „kleine" „Bild"-Leser. Und sich allenfalls wünschen oder sogar dafür streiten, daß mehr Frauen in die Chefetagen der Konzerne aufrücken. Denn das ist ja wohl Emmas Drama: daß Herr Abs nicht Frau Abs ist. Überhaupt – *der* Kapitalismus: da liegt die Häsin im Pfeffer.

Emma ist eine Zeitung von Frauen gegen Frauen. Die Emanzipation der Frau wird auch eine Emanzipation von Emma sein müssen.

FRANCESCA SOLLEVILLE
»FRAG DIE FRAUEN«

Best.-Nr. L557o1
Chansons über Frauen
3o-cm-LP, stereo
Textbeilage

Anfang März und Ende April
auf BRD-Tournee

„pläne„
Schallplatten und MusiCassetten
für Kopfhörer.

pläne
Verlag „pläne„ GMBH
Braunschweiger Str. 20
4600 Dortmund
Tel.: 0231 · 81 89 25

GESAMTVERZEICHNIS anfordern

Neue Erfahrungen
brauchen ein anderes Denken

Merve Lowien
Weibliche Produktivkraft
Gibt es eine andere Ökonomie?
Erfahrungen in einem linken Projekt
ca 240 S., DM 10.–

Gilles Deleuze/Felix Guattari
Rhizom
ca 70 S., ca DM 6.–

Luce Irigaray
Waren, Körper, Sprache
Der ver-rückte Diskurs der Frauen
80 S., DM 7.–

Antonio Negri
Staat in der Krise
ca. 90 S., ca DM 7.–

Hegedüs/Heller/Vajda
Die Neue Linke in Ungarn
2 Bände, 410 S., zus. DM 21.–

B. Leineweber/K.-L. Schibel
Die Revolution ist vorbei –
wir haben gesiegt.
Über Landkommunen und Alternativprojekte
128 S., DM 9.–

Michel Foucault
Mikrophysik der Macht
Über Strafjustiz, Psychiatrie und Medizin
118 S., DM 9.–

N. Poulantzas/R. Miliband/E. Laclau
Kontroverse über den kapitalistischen Staat
112 S., DM 9.–

Gesamtverzeichnis bitte anfordern

Merve
1BERLIN15 POSTFACH 327

Der AIB-Sonderdruck 1/1977

- stellt in Grundsatzdokumenten, Interviews und geschichtlichen Abrissen die **Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika** vor;
- bringt grundlegende Dokumente der **internationalen Bewegung gegen Apartheid** und für die Solidarität mit den Völkern Südafrikas, Namibias und Zimbabwes.

Umfang: 32 Seiten; Preis: 1,50 DM zuzüglich Porto. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bestellungen an:
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1

Heft 26 TEXTE AUS DER DDR
Ernst Bloch:Rede auf dem 4. DDR-Schriftstellerkongreß, J.Fuchs,T.Brasch,P.Huchel, S.Faust,G.Zschorsch,R.Schneider,A.Reinhardt DM 5,-

K.A.WITTFOGEL
BEITRÄGE ZUR MARXISTISCHEN ÄSTHETIK.Linkskurve-Aufsätze Vor-u.Nachwort d.Verf. DM10,- Raubdrucke-Hinweis,ca.100 S.

ROBERT HAVEMANN
BERLINER SCHRIFTEN
3.Aufl.,8 neue Texte (über Biermann), 150 S., DM 15,-

ÜBER WOLF BIERMANN
100 Autoren zur Ausbürgerung und den Folgen.170S.,DM 10,-

ÜBER REINER KUNZE
Böll,H.Mayer,R.Schneider u.a. Corino,Ignée. 80S.,DM 10,-

ERNST OTTWALT
DEUTSCHLAND ERWACHE!
Geschichte des Nationalsoz. Wien 1932,Reprint 1977
400 S., DM 30,-

in Vorbereitung:
HEINZ BRANDT EIN TRAUM, DER NICHT ENTFÜHRBAR IST
400 S., Reprint 1977,DM 20,-

Verlag europäische ideen
1 Berlin 37, Postfach 246
Lief.geg.Vorauskasse

Dokument

Portugal und die Sozialistische Internationale

„Mario ist zu zurückhaltend"

Ende vergangenen Jahres veröffentlichte die französische Wochenschrift „Politique hebdo" ein Dokument, das trotz seiner (wenn auch inzwischen leider nur noch historischen) Brisanz in der Bundesrepublik nicht zur Kenntnis genommen wurde: das Protokoll einer Geheimsitzung von Parteiführern der Sozialistischen Internationale über Portugal, die im August 1975 in Stockholm stattfand. KONKRET veröffentlicht Auszüge

Mario Soarez, Vorsitzender der sozialistischen Partei und heute Ministerpräsident Portugals:

„Wir sind überzeugt, daß es einen Plan gibt, eine antidemokratische Kraft aufzubauen. Trotz der positiven Resultate von Helsinki glaube ich, daß eine Bewegung in Gang gekommen ist, inspiriert durch den internationalen Kommunismus. Die portugiesische KP allein ist schwach, sie hat weder genug Mitglieder noch die Struktur, um einen solchen Plan zu verwirklichen. Es hängt also von der UdSSR ab und, technisch, von der Tschechoslowakei und der DDR. Sie haben unbegrenzte Finanzmittel und von kubanischen Spezialisten geschulte Militärs.

Aber die Sozialistische Partei hat heute einen phantastischen Rückhalt im Volk. Ein anderes wichtiges Element: der Widerstand der Kirche. Die Katholiken haben ihren Rundfunksender verloren – die PS hat sie unterstützt. Das Episkopat ist bereit, sich der kommunistischen Machtergreifung zu widersetzen – der Kardinal hat mir gesagt: ‚Wenn die Polen der Roten Armee widerstehen konnten, warum wir nicht?'

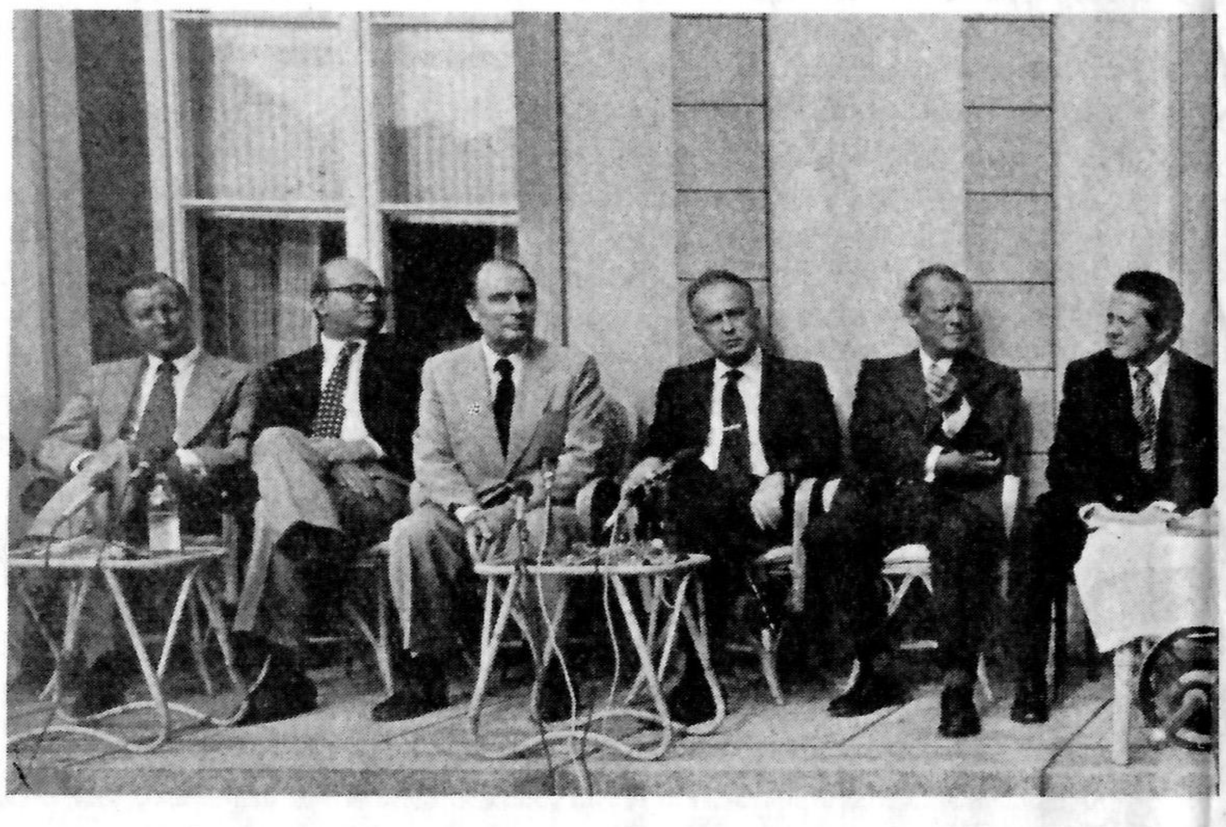
Was kann die europäische Sozialdemokratie für uns tun? Portugal hängt unmittelbar von Europa ab. Wir brauchen seine wirtschaftliche Hilfe. Die Position der PS ist, daß wir eine Hilfe ohne Bedingungen wollen. Aber wir verstehen natürlich die Haltung der EG. Also ich, ich muß eine Hilfe ohne Bedingungen fordern – und Sie, Sie müssen auf politischen Konditionen bestehen. Wenn Europa energisch ist, kann das kommunistische Unternehmen nicht standhalten.

Wir sind für die Revolution, aber welche Revolution? Stalinistisch oder authentisch sozialistisch? Was uns von der KP trennt ist nicht Marx, sondern Stalin. Wir müssen in Europa die Linken unserer Couleur mobilisieren.

Wir müssen auch die portugiesische Situation entmysthifizieren, die Frage der Menschenrechte stellen. Es gibt jetzt dreibis viermal soviel politische Gefangene als unter Salazar.

Wir müssen Radioprogramme entwikkeln. Die BBC, der westdeutsche Rundfunk werden noch genauso viel gehört wie unter Salazar. Wenn das französische Radio etwas tun könnte – unglücklicherweise

Stockholmer Tagung der Sozialistischen Internationale: „Von der Passivität der Vereinigten Staaten erstaunt"



werden die Programme des französischen Radios von der Kommunistischen Partei manipuliert.

Wir organisieren uns für den Widerstand. Wir brauchen Geld von den Sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften. Die SPD hat große Anstrengungen unternommen. Aber die PSP ist in großen Schwierigkeiten. Wir werden eine Zeitschrift herausgeben, um ‚Republica' zu ersetzen. Ganz konkret müssen wir die organisieren, die bereit sind, militärischen Widerstand zu leisten.

Wir müssen den Austausch entwickeln: Palme muß Carvalho einladen. Die PSP wird eine Liste mit nicht-kommunistischen aber einflußreichen Militärs liefern. Das ist die Methode, die die Kommunisten anwenden. Viele Offiziere der MFA wurden nach Rumänien und in die DDR eingeladen. Europa muß sich dessen bewußt werden, was in Portugal auf dem Spiel steht. Wenn Costra Gomes in Lissabon siegt, wird Spanien davon angesteckt. Das Lebensalter von Tito und Franco zählt in den Plänen des internationalen Kommunismus. Ich bin über die Resignation und die Passivität der Vereinigten Staaten erstaunt."

Willy Brandt, SPD-Vorsitzender, heute auch Vorsitzender der Sozialistischen Internationale:

„Es darf keinen Zweifel an unserer Sympathie für das potugiesische Volk und die PSP geben.

Was die MFA (Bewegung der Streitkräfte) betrifft, wer hat dort die Macht? Rumänien, Jugoslawien, Algerien haben mindestens ebensoviel Einfluß. Ich habe im Juli mit Breschnew darüber gesprochen. Er wollte mir das Gefühl geben, daß er über die Situation nicht besonders gut Bescheid weiß. Er hat mir den Eindruck vermittelt, daß er eine Invasion der USA in Portugal hingenommen hätte.

Mario ist in seinen Erwartungen gegenüber Europa zu zurückhaltend. Wir haben wenig Zeit, viele Amerikaner halten Mario für eine Art Kommunisten. Das liegt am Mangel an Initiative und Vorstellungskraft über unsere Rolle beim Vorschreiten der Linken.

Die SPD ist bereit, konkrete Hilfe zu leisten: Radio-Sendungen, Arbeit in Richtung auf die portugiesischen Gastarbeiter, direkte Hilfe, Einladungen an MFA-Führer etc. Eine Frage: Könnte man nicht an die Gründung eines Komitees auf hoher Ebene zur Freundschaft mit der Demokratie in Portugal denken?"

Joop den Uyl, Vorsitzender der Volkspartei/KVP, Ministerpräsident der Niederlande:

„Warum hat die PSP vor den Wahlen einen Pakt mit der MFA unterzeichnet, mit dem sie zugestanden hat, daß die Macht in den Händen der Militärs bleibt? Das hat der Haltung der MFA eine legale Basis verschafft! Als die PSP die Regierung verlassen hat, warum hat sie nicht den Generalstreik provoziert? Bevor wir über die Opposition in der Armee sprechen, müssen wir die Arbeiterklasse mobilisieren."

Harold Wilson, Vorsitzender der Labour-Partei, 1975 britischer Premierminister:

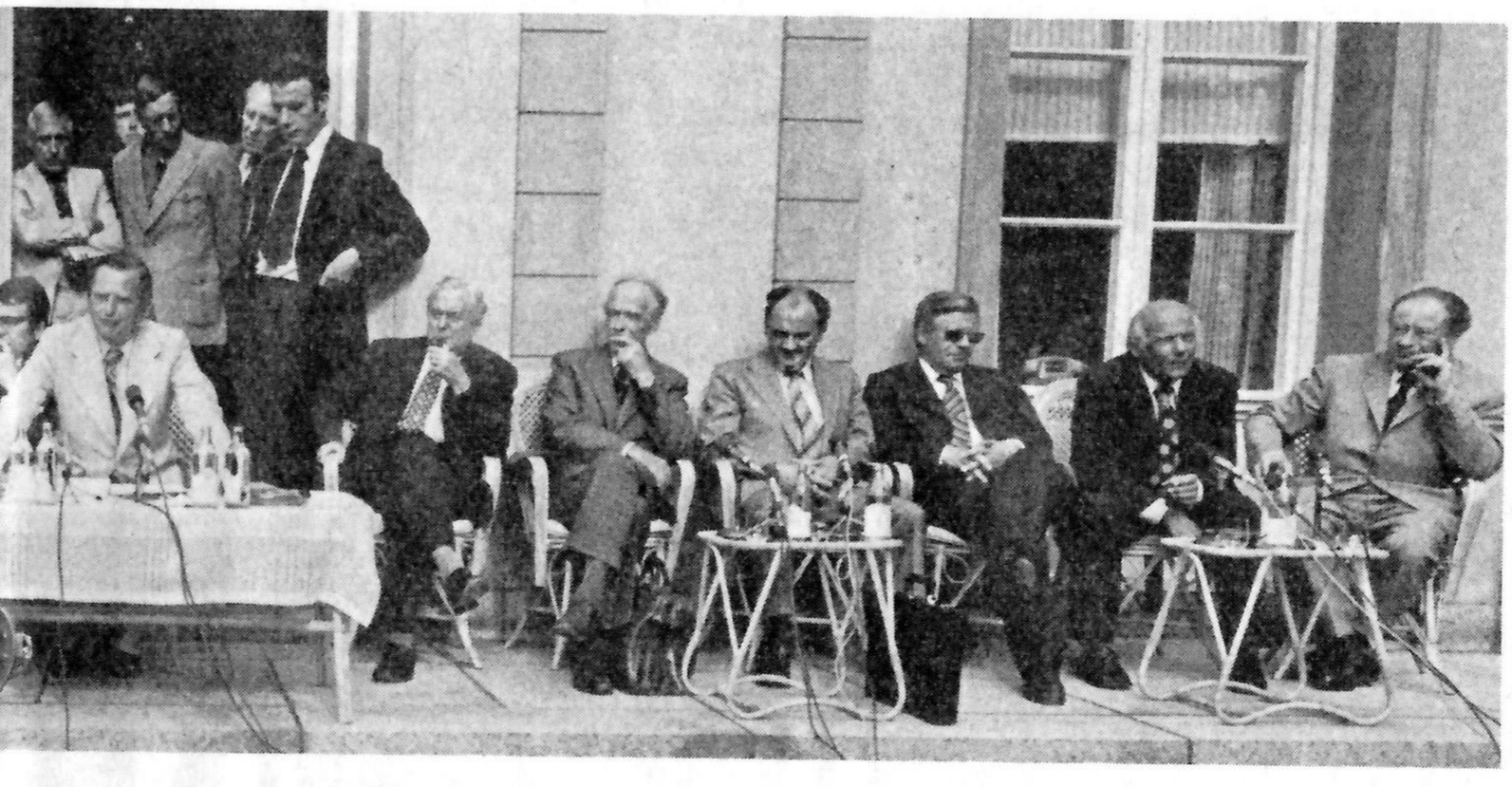
„Wir wollten in Helsinki über Portugal diskutieren. Ich habe Costa Gomes getroffen, und ich habe ihm gegenüber meine Besorgnis ausgedrückt. Er ist meinen Fragen ausgewichen: Welche Art von Demokratie wollen Sie? Er hat nicht geantwortet. Er war stets von zwei Offizieren umgeben, die ihn offenbar überwachten."

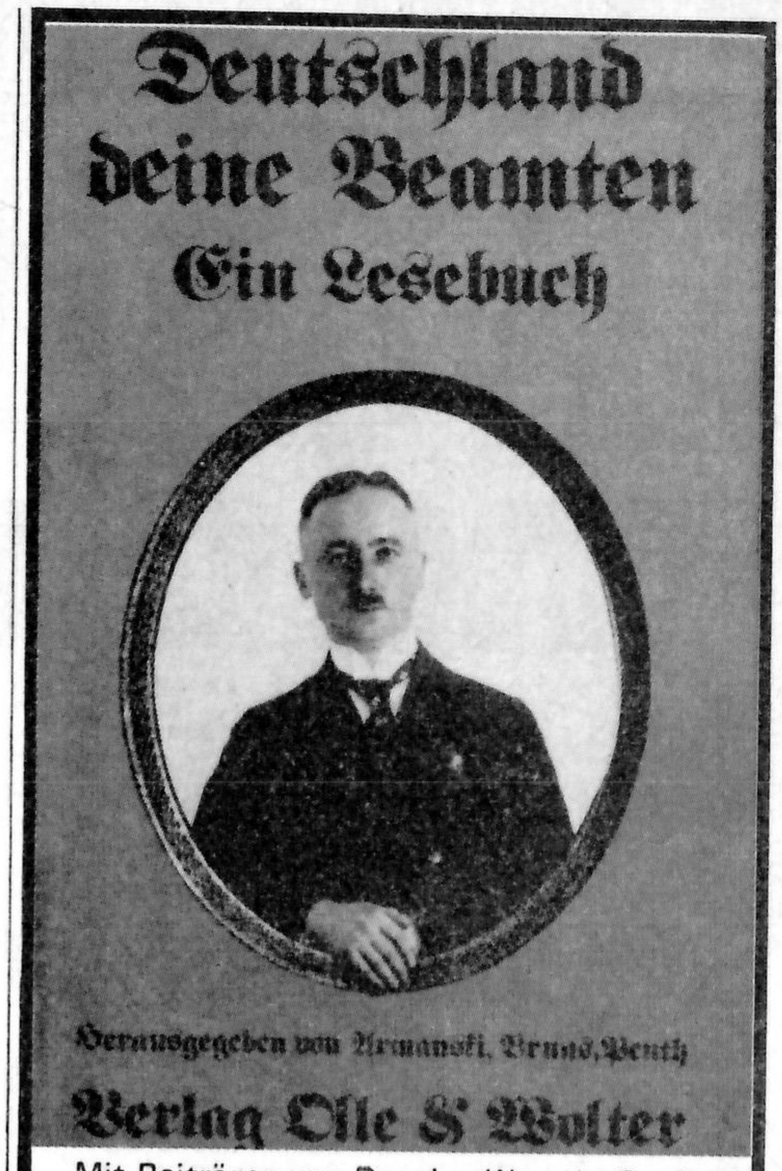
Francois Mitterand, Vorsitzender der französischen sozialistischen Partei:

„Wir müssen bei der ökonomischen Hilfe für Portugal eine offene Haltung einnehmen. Freundschaft ist gut, aber sie muß konkrete Formen annehmen. Was Mario Soares sagt, zeigt, welche Vorlage er bevorzugt. Wahrscheinlich ist es nicht gut, wenn die PSP als Empfänger auswärtiger Direktiven erscheint."

Olof Palme, Vorsitzender der schwedischen sozialistischen Partei, 1975 Regierungschef:

„Für unsere Aktion müssen vier miteinander verbundene Ziele gesteckt werden: Eine pluralistische Demokratie muß erreicht werden; eine freie Presse muß garantiert werden; die gleichen Garantien müssen für freie Gewerkschaften bestehen; schließlich müssen die Beziehungen zum Ausland frei sein." ■





Mit Beiträgen von Dronke, Weerth, Graf, Fontane, H.u.Th. Mann, Hesse, Tucholsky, Seghers, Kluge, Böll u.v.a.

180 Seiten **DM 9,80**

Bitte fordern Sie unseren Katalog unter Beifügung einer 50-Pfg-Marke an: Verlag Olle & Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 30

olle&wolter

Günther Grosche/Werner Finster:

Weltwährungssystem und Weltwirtschaft

ca. 132 Seiten, DM 14,80

„Inflation", „Währungskrise", „Rohstoffdirigismus", „Dollarkurs", „Unctad-Konferenz", „Zahlungsbilanz" . . .
Mit solchen oder ähnlichen Schlagworten werden wir fast täglich konfrontiert. Bezeichnen sie voneinander isolierte Phänomene oder besteht zwischen ihnen ein Zusammenhang? Wissen wir eigentlich, daß die damit gemeinten wirtschafts- und währungspolitischen Entwicklungen unsere persönliche Lebenssituation beeinflussen?
Das Buch befaßt sich mit den Ursachen und Folgen der Entstehung des Weltmarktes und der Währungssysteme. Dabei wird versucht, die Zusammenhänge zwischen scheinbar isolierten ökonomischen Prozessen herauszuarbeiten und sie nach ihren sozialen und politischen Folgen zu befragen.

Jochen Kuhnen:

Erfahrungen mit der Gesamtschule

ca. 180 Seiten, DM 17,80

Dieses Buch setzt sich kritisch mit der Gesamtschulproblematik auseinander und dokumentiert die Erfahrungen des Autors mit und in der Gesamtschule. Die theoretische Aufarbeitung dieser Praxis versucht die „Theorie der Schule" in einen umfassenden gesellschaftstheoretischen Rahmen einzuordnen.

Frohmut Menze:

Schule in der Provinz

124 Seiten, DM 9,80

Wie sehen Hauptschüler sich selbst, was haben sie für ein Weltbild, auf welchem sozialen Hintergrund findet Schule in der Provinz statt? Der Autor hat versucht, die Schüler das weitgehend selbst sagen zu lassen.

Bitte fordern Sie unseren Gesamtprospekt an. Verlag Kübler KG, Postfach 1242, 6840 Lampertheim

Erklärung aus Stammheim/II. Teil

Stammheim und die Linke

Dieser authentische Text, verfaßt von den Angeklagten im Stammheimer Prozeß, entstand auf Fragen eines freien Mitarbeiters von „Le Monde Diplomatique". KONKRET veröffentlicht ihn als Dokument der Zeitgeschichte*

Es gibt ein paar Signale von Widerstand – einen diffusen Mobilisierungsversuch gegen Repression.

Aber die Linke hat Angst. Die kleinen, tendenziell subversiven Gruppen verdrängen den Prozeß. Sie wissen, daß es ihr Prozeß ist, daß es die Vietnamopposition der 60er Jahre ist, die hier endgültig liquidiert werden soll; daß der Staatsschutz mit der psychologischen Kriegsführung gegen die RAF, wovon die Prozesse ein Teil sind und Stammheim die Spitze, jede Opposition meint. Also auch sie. Aber der Terror wirkt. Er agonisiert. Man hat Wut, aber steckt den Kopf in den Sand.

Von den maoistischen Gruppen hat der KBW den Prozeß wenigstens justizkritisch kommentiert. Daß die Rechtsbrüche, daß die Verrechtlichung der Isolationsfolter durch den Bundesgerichtshof und das Bundesverfassungsgericht Signale von Krieg und Faschismus sind, faßt er nicht. Die stupide dogmatische Rezeption verfälscht da die Politik der Gefangenen, sie verteidigt demokratische Rechte, die in der Bundesrepublik nie real waren – verankert in der Verfassung nur als Vehikel von Antikommunismus. Aber das paßt nicht in die Staatsapologetik der auf die chinesische Außenpolitik festgelegten Gruppen.

Diese Sekten wiederholen die Tragödie der III. Internationale nicht als Farce, sondern als Witz: Inzwischen propagieren sie mehr oder weniger offen die US-Militärstrategie: Stärkung der Nato, der Wehrkraft der Bundeswehr, so der Hegemonie des Westdeutschen Imperialismus in Westeuropa als „Vaterlandsverteidigung". Die RAF denkt da anders. Sie hat die US-Präsenz in der Bundesrepublik und die Politik der Regierungen Brandt/Scheel, Schmidt/Genscher in ihrer Funktion für das US-Kapital im strategischen Subzentrum des US-Imperialismus, das die Bundesrepublik ist, angegriffen. Daß der Prozeß für die K-Parteien nicht existiert, kann man angesichts der reaktionären Inhalte ihrer politischen Praxis, die ihre antiimperialistische Phraseologie gegenstandslos macht, nicht bedauern.

Zur Frage der legalen Partei haben die Gefangenen mal gesagt: Das Problem der DKP wie der maoistischen Parteikarikaturen hier ist, daß das instrumentelle und ideologische Medium der institutionellen Strategie die totale Verrechtlichung ist, also auch das Parteiengesetz. Vorausgesetzt die Parteien wollten das: mit dem Parteiengesetz ist nicht taktisch umzugehen, weil sein strategischer Zweck – die juridische Disziplinierung politischer Organisation – der Klassenfunktion kommunistischer Organisation, die Negation des Kapitals und seines Staates zu sein und zu artikulieren – antagonistisch ist. Das Institutionsgebot ist ein Operator der Verrechtlichung des Klassenkampfes. Fraktionen, die sich darauf einlassen, werden ein Moment der Verstaatlichung aller gesellschaftlicher Beziehungen in den Bereichen, die die parlamentarischen Parteien nicht erfassen. Sie werden ja auch ganz konkret als ideologische Staatsapparate begriffen: Was sie von dem Widerstandspotential, das sich aus der Studentenbewegung entwickelt hat, nicht kontrollieren, wird kriminalisierbar und kriminalisiert – und man muß bei einer seit neun Jahren stagnierenden Wählerzahl, nur Wähler, von 0,4 Prozent sagen: An der Strategie der DKP stellt nichts den Staat des Kapitals in Frage. Ihre Linie und Funktion sind nicht revolutionär, sondern ein institutionelles Surrogat und in der Bundesrepublik eine besonders triste Politik der Degradation proletarischer Organisation – also des Moments von Klassenbewußtsein, das sie in der Illegalität noch war – zur Manövriermasse von Staatspolitik bzw. zu einer Frage der Beziehungen zwischen den Blöcken.

Wenn Mies, der Vorsitzende der DKP, genau in einem Moment, in dem die Bundesrepublik nach innen und außen offen als Protagonist des neuen Faschismus auftritt, vor allem die erstaunliche Message drauf hat, „daß wir Kommunisten auch Menschen sind", spricht er von diesem Elend: Einer proletarischen Partei, die nach der Erfahrung von 33, statt gegen die Internationalisierung der faschistischen Doktrin „innere Sicherheit" im internationalen Kontext des Widerstands mit allen Mitteln zu kämpfen, die Koexistenzpolitik besingen muß. Was eben heißt, die imperialistische Legalität, und damit ein Kräfteverhältnis, in dem die BRD mit ökonomischer Erpressung, politischem Druck und ihrem Vorsprung in den neuen Technologien der Erfassung und Kontrolle die amerikanische Strategie in Westeuropa durch die technische Integration der repressiven Staatsapparate, ihre Rechtspolitik, ihre Militärpolitik in der Nato usw. durchsetzt.

Den auch im Sinn des „demokratischen Kampfes" kommunistischer Parteien einfachen Gedanken, daß die Chance eines friedlichen Übergangs in Westeuropa – wenn es sie gibt – die Frage einer Widerstandsbewegung im Kernland der Reaktion, der Bundesrepublik ist, die Frage einer Politik, die die außenpolitischen Manöver des BRD-Imperialismus interpretiert und paralysiert, faßt sie damit programmatisch nicht – Ausdruck der Tatsache, daß ihr defensives Arrangement in die „Parteienlandschaft" und seine Konsequenz, ihr bornierter Legalismus – die kommunistische Partei vollständig korrumpiert hat. Als sie nach 40 Jahren antikommunistischer Offensive 1968 wieder auftauchte, nur um ein total vom amerikanischen Kapital und den Normen des NS-Staatsapparates – denn er wurde nicht zerschlagen, nur angepaßt – definiertes Terrain zu betreten, war sie nicht Partei der Revolution, sondern der Konsolidierung des anderen Staates, der ihre Politik dem Kalkül der Akzeptanz unterwarf.

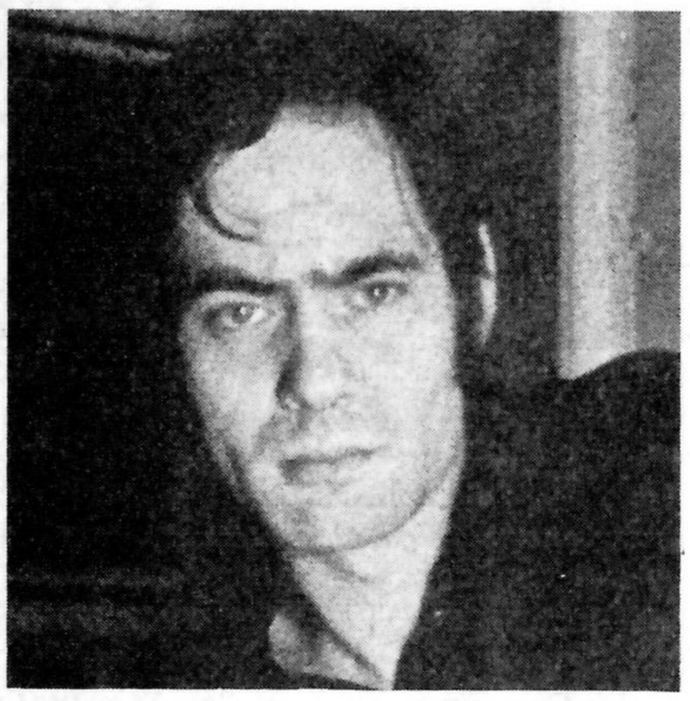
Sie durfte also den durch die SPD als Regierungspartei integrierten Teil ihrer Geschichte, den alten Antifaschismus – die authentische Bündnislinie ihrer Defensive, mit der sie im Nationalsozialismus und im kalten Krieg überwintert hatte – hochhalten; das Versprechen ihrer illegalen Politik und des proletarischen Widerstands im dritten Reich hat sie dementiert. Ihr Programm und ihren Namen hatte sie – praktisch nach Maßgabe der SPD – zu ändern, was übrigens – soviel ich weiß – einer der Gründe ist, warum Ulrike, die früher in z. T. wichtigen Funktionen in der illegalen KPD gearbeitet hat, 1968 mit ihr gebrochen hat – denn sie war wie die ganze Gruppe davon überzeugt, daß die illegale proletarische Aktion mehr über die objektive Lage der Klasse aber auch mehr darüber sagt, wie sich hier Klassenbewußtsein entwickeln kann als alle Proklamationen – oder meinetwegen auch Pressefeste – einer kommunistischen Partei, die, um legal zu sein, vor dem Sozialdemokratismus kriecht.

Die RAF sagt: Es hat sich gezeigt, daß in der historischen Falle, die dieser Staat für die Klasse ist, der Kampf für die proletarische Alternative nicht von einer kommunistischen Partei ausgehen kann, nicht von einem Apparat, der hier zwangsläufig Apparat beider Staaten ist, nicht von einer Form, die in dem immer noch von der Offensive der Reaktion definierten Mißverhältnis, das beide Staatlichkeiten in sich und zueinander sind, etwa so versteinert ist, wie diese andere monumentale Behauptung, es gäbe eine Regularität des Klassenkrieges *für* die Massen. Er kann nur von einer neuen autonomen Front der Militanten ausgehen, auch, wenn ihre Aktion und Organisation noch diffus ist – es gibt sie und *sie* ist es heute, die dafür sorgt, daß der Stacheldraht an der Mauer durch den Stacheldraht in Bonn richtig interpretiert ist (und natürlich letztenendes auch in Wyhl –

*) Warum die Redaktion diesen Beitrag trotz grundlegend anderer politischer Einschätzungen veröffentlicht, ist in KONKRET 2/77 nachzulesen

Die ersten Fotos aus der Zelle: Gudrun Ensslin . . .

. . . Jan Carl Raspe



und Andreas Baader

Die Bilder stammen aus einer Fotoserie, die zum größten Teil am 30. 11. 1976 bei einer Mitarbeiterin des „Internationalen Komitees zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa" beschlagnahmt worden war. Die Bilder wurden bislang noch nie veröffentlicht.

überall, wo Gewalt von unten in einem strategischen Punkt die „Einheitswirklichkeit" der Bourgeoisie bricht.).
Die DKP ignoriert natürlich die RAF und die Prozesse – nachdem sie sie bis 1974 als Abenteurer diffamiert hat. Wenn es Berührungspunkte gab, dann über den bürgerlichen alten Antifaschismus, den die RAF polarisiert hat, der aber als kritischer Konsens, als Bewegung der bürgerlichen Intelligenz in der Bundesrepublik gelaufen ist, seit den USA in Vietnam die antifaschistische Maske abgerissen wurde. Seine materielle Basis mußte sich zersetzen, nachdem er auch als Feigenblatt kein Element imperialistischer Politik mehr sein kann.

Den Antagonismus Imperialismus und Demokratie hat er nie reflektiert, d.h. die Tatsache nicht, daß Defensive antifaschistische Bündnispolitik eine Funktion des Angriffs werden muß, oder sie wird als verselbständigte, zum Programm erhobene defensive Apologie des Status Quo – bleibt im Imperialismus, der Krieg ist – dessen Antithese also Krieg gegen diesen Krieg – auf die reaktionäre Seite des Widerspruchs festgelegt.

Es ist zwangsläufig, daß diese alten ratlosen Eliten zwischen ihrer Identifikation mit dem Elend der Gefangenen und der Furcht vor den Illegalen, die kämpfen, oszillieren, aber jetzt noch im Namen des pazifistischen alten Antifaschismus und mit seinen Begriffen an das System zu appellieren, ist eher Politik gegen die RAF, insofern es die Tatsachen bestreitet, die ihre Aktion begründen: Die Einheit des Imperialismus, der in Chile foltert wie hier; die Reife der Situation: International vergesellschaftete Produktion und die im Versuch, ihre Tendenz zum Sozialismus durch Vergesellschaftung der Repression einzudämmen, veränderte Rolle des Staates. Der Faschismus kann – solange er im Appell an den Staat im Namen der von der kapitalistischen Entwicklung lange zersetzten Werte nur bestritten wird – natürlich nicht bekämpft werden. Die Klage des bürgerlichen Antifaschismus ist ein Euphemismus. Sie blockiert – und darin identifiziert er sich mit der Niederlage 33 wie die DKP – das Medium des Kampfes jetzt: Subjektivität, was auch heißt – die materialistische Analyse unserer Kampfbedingungen, zu der eine Bewegung nicht kommen kann, wenn sie nicht kämpft, die Revolution nicht will – von der Reaktion getrieben wird, statt das System, indem sie angreift, in einen offenen Zersetzungsprozeß zu treiben – und sei es hier auch nur die Zersetzung seiner Ideologie und der Selbstdarstellung des „Modells" des Reformfaschismus für Europa. Jedenfalls wird das Entsetzen der bürgerlichen Antifaschisten über die Prozesse folgenlos bleiben.

Antifaschismus als politische Kraft kann sich nur um die Guerilla – und das nur im internationalen Rahmen – entwickeln: Aus seinen historischen Wurzeln – im II. Weltkrieg und gegen das III. Reich – nur im Ausland. Aus seiner Schwäche und mit dem Antikommunismus der US-Besatzer verschmolzen, ist er hier keine Kraft. Er ist es im Ausland, weil er als kleinbürgerliche Ideologie dort gegen das Monopolkapital, den Westdeutschen Imperialismus mit wiedererkennbaren Zügen eine Basis hat. Er hat sie, weil die internationalen Monopole in Westeuropa das nationale Kapital durchdringen und den nationalen Gesellschaften die parasitäre Struktur des US-imperialistischen Herrschaftssystems in seinem reifsten Ausdruck, dem internationalen Konzern, durch die Außen-, Wirtschafts- und Militärpolitik der Bundesrepublik aufzwingen. Wahrscheinlich ist, daß der Reflex dieser Bewegung in die Bundesrepublik größere Bedeutung für den legalen Widerstand hat, als die zänkischen und verwirrten Versuche der neuen Linken, sich zu sammeln.

Das Problem des Widerstands ist das Problem der allgemeinen Entpolitisierung der Linken – ihrer Liquidierung des Internationalismus. Es ist ja real eine Frage der Entscheidung für die proletarische Situation, die Frage des Bruchs mit diesem System, der Seite auf der man steht,

- ob der Schmerz, der Zorn über die Verelendung und Entfremdung hier uns auf die Seite der Slums, der Ghettos, Reservate, Lager, Trakts, auf die Seite der Besitzlosen bringt, auf die Seite, die die Frage nach einem anderen Leben als Machtfrage stellen muß,
- oder ob es der Blick aus einem Milieu ist, das zwar ein Ghetto, aber so wie die zerfallene neue Linke darin ihre Resignation kultiviert, auch ein Freiraum, eine Idylle ist – privilegiert, aus deren Konflikten, ihrem Mittelstandscharakter nach, zu keinem politischen Begriff von Imperialismus, imperialistischem Staat und proletarischer Politik zu kommen ist.

Tatsächlich hat nicht mal die Kampagne gegen die Berufsverbote den Staat thematisiert, was für ein Staat und wessen Staat die Linke aus dem Öffentlichen Dienst rausäubert. Die neue Linke hat den Marsch durch die Institutionen 68 – mit der Behauptung einer strategischen Perspektive angetreten. Obwohl die Ambivalenz, ob „revolutionäre Berufsperspektive" nicht nur ein anderes Wort für „Beamtenbesoldung" ist, damals schon drin war. Tatsächlich verdeckt das Gezeter über die Berufsverbote ihren Zweck: Daß die Regierung den „Beamtenkörper" der Definitions- und Selektionsgewalt des Staatsschutz unterwirft, um – wie in der Staatsschutzjustiz – die Institution überall unmittelbar an die Stelle des Rechts, der alten Regeln zu setzen, als wäre es nicht 33 genauso gelaufen.

Die Potenz, die Wucht, mit der das vor sich geht ohne auf Widerstand zu stoßen, gehört zu den spezifischen Bedingungen des postfaschistischen Staats Bundesrepublik. Dazu gehört die Struktur der Staatsapparate aus ihrer ungebrochenen Kontinuität auch nach dem 3. Reich, dazu gehört ihre politische Hygiene durch die Ausrottung der Opposition zwischen 33 und 45, nach 45 die Knebelung, Paralysierung, Vereinnahmung der Gruppen, die aus der Illegalität kamen durch die, die in der Emigration korrumpiert worden sind, schließlich deren Steuerung durch die Besatzungsmacht, den CIA usw. im kalten Krieg.

Die qualitativen Sprünge im Faschisierungsprozeß werden nicht begriffen. Vor kurzem hat sich sogar amnesty international, eine Organisation, die aktiv antikommunistisch, jedenfalls antisowjetisch ist und insofern in der BRD primär affirmativ wirkt, darüber beklagt, daß die Leute sich nicht mal mehr trauen, Antifolterresolutionen, die sich mit Folter in Lateinamerika und Südostasien befassen, zu unterschreiben – aus Angst, vom Verfassungsschutz registriert zu werden. Und sie werden registriert. Die Angst ist begründet. Was das für eine Dimension hat, ist am Verabschiedungsprozeß des neuen Verfassungsschutzgesetzes in Niedersachsen jetzt zufällig bekannt geworden. Fast alle anderen Bundesländer haben bereits so ein Gesetz – entsprechend den Richtlinien, die dafür zentral von der Innenministerkonferenz ausgegeben worden sind. Das Gesetz bestimmt für alle Angestellten und Beamten des Öffentlichen Dienstes und der Funk- und Fernsehanstalten eine Berichterstattungspflicht gegenüber dem Verfassungsschutz. Gleichzeitig kämmt das Bundeskriminalamt jetzt, wo es über die größte Datenbank der Welt verfügt, die gesamte

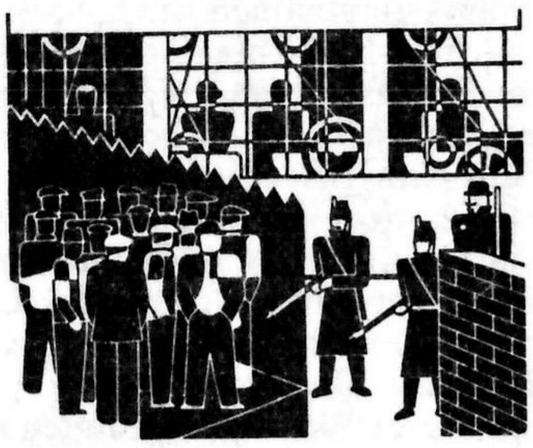
H.U. Bohnen

Das Gesetz der Welt ist die Änderung der Welt

250 S./kart. 25,— DM

Die rheinische Gruppe progressiver Künstler (1918-1933)

Köln 1914 — Dada
Verbindung nach Berlin
Die Formierung der rheinischen Künstlergruppe und ihr Verhältnis zum „Jungen Rheinland" in Düsseldorf und zur „Novembergruppe" in Berlin



Die Entwicklung der gegenständlich-konstruktiven Bildform im Kreis der „Kölner Progressiven" und ihre Einschätzung
Natur — Gesellschaft — Kunst
Destruktion als Konstruktion — Die Theorie einer proletarischen Kultur und die künstlerische Praxis der „Kölner Progressiven" bis 1923
Die „Kölner Progressiven" in der revolutionären Bewegung bis 1924
Die künstlerische Praxis der „Kölner Progressiven" in der Phase der ‚relativen Stalisierung' der Weimarer Republik (1924—1929) und ihre Bedingungen
Gegenständlich-konstruktive Bildform und Bildstatistik
Die „Gruppe progressiver Künstler" in den Jahren 1929—33 und ihre Zeitschrift „a bis z" (I)
Exkurs: Der Fotograf August Sander
Die „Gruppe progressiver Künstler" in den Jahren 1929—33 und ihre Zeitschrift „a bis z"

Fritz Brupbacher
Marx und Bakunin. Ein Beitrag zur Geschichte der Internationalen Arbeiterassoziation
Einleitung Karl Lang
230 S. / 15,— DM

J. Asseyer, B. Kramer, H. J. Viesel. H. P. Heilmann
Hiebe unter die Haut
Diskussion um die Thesen von Mattick, Lenk, Lösche, Rabehl
156 S. / 7,— DM

Unsere Wünsche sind Erinnerungen an die Zukunft
Anarchismus und Marxismus, Bd. 3
Beiträge von H. Koechlin, N. Chomsky, M. Rubel
125 S. / 7,50 DM / Deutsche Erstübersetzung

Karin Kramer Verlag
1 Berlin 44, Postfach 106

Linke durch. Das heißt, es findet eine nahezu lückenlose Kontrolle und Erfassung der politischen Szene in der BRD statt, die viel weiter reicht als eine physische Internierung wie in Chile.

Das politische Klima ist ähnlich wie nach einem faschistischen Putsch. Entsprechend herrscht Panik. Daß die Guerilla und die Gefangenen aus der RAF dieses Problem Angst nicht haben, wirkt da deutlich als aus einem politischen Zusammenhang kommend, der seine politische Geschichte, aber nicht sein politisches Zentrum in der Bundesrepublik hat. Ihre Identität ist internationalistisch. Wenn in der Bundesrepublik der Prozeß der Faschisierung überhaupt begriffen wird, dann am Kampf der Guerilla. Er setzt der Demoralisierung der Linken eine Grenze und wo es das gibt – ein selbstkritisches Verhältnis zur eigenen Korruption – dann durch ihren Widerstand.

Aber zwischen der Tatsache, daß die Gefangenen unter der enormen Repression im Gefängnis nicht zusammengebrochen sind und der allgemeinen Entpolitisierung der legalen Linken gibt es nicht viele Vermittlungen.

Die Prozesse werden hier wenig Wirkung haben. In ihnen beherrscht der Staatsschutz total das Bild und sie sind bis ins Detail durchprogrammiert. Man muß kämpfen, weil man immer kämpfen muß. Aber die überdeterminierte Reaktion, in der die Maschine ihre ideologischen Vermittlungen so demontiert, daß die Massen es begreifen, läuft auf dieser Ebene nicht mehr, eben weil die Rezeption total durchstrukturiert ist. *Für* uns reagiert der Apparat nur durch die Aktion. Aber die Maßnahmeprozedur samt der umständlichen Verpackung der militärischen Mittel und Ziele in das Ritual normaler Strafverfahren bildet natürlich den Bruch in der Strategie des US-Kapitals seit seiner Niederlage in Vietnam ab. Die Schärfe, die das ganze hat, signalisiert die Defensive, die Friktion der kapitalistischen Strategie seit Vietnam. Brandt erkannte 72/73 Staatsverdrossenheit daran, daß bis zu 20 Prozent der Erwachsenen bereit waren, ins Gefängnis zu gehen – „strafrechtliche Verfolgung in Kauf zu nehmen" – um einen Illegalen aus der RAF eine Nacht vor der Polizei zu schützen – davon im Verhältnis dreimal soviel Arbeiter und Bauern wie Mittelstand und Intelligenz zusammen.

Diese Erfahrung und das Legitimationsdefizit, das sie bedeutet, mit allen Mitteln der Repression und Manipulation zurückzurollen, ist eine wesentliche Funktion der Prozesse. Sie sollen die Bevölkerung an den Ausnahmezustand als Normalzustand gewöhnen, daran, daß, wer Widerstand leistet, vernichtet wird. Das ist die Lektion, die der Staatsschutz mit diesen Prozessen erteilen will. Innenpolitisch klappt das auch. Nach außen nicht. Nach außen ist der repressive Prozeß in der BRD wesentlich am Ausnahmecharakter der Verfahren sichtbar geworden, und so wird die Innenpolitik der Regierung ihrer Außenpolitik disfunktional. Was die Sozialdemokratie gerade verschleiern sollte: daß der Westdeutsche Imperialismus jetzt als Funktion des Internationalen US-Kapitals seinem Wesen nach dieselbe Sache ist wie der NS-Faschismus – diesmal ohne die Vermittlung einer chauvinistischen Massenmobilisierung, sondern als bloße institutionelle Strategie der internationalen Monopole – ist in der staatlichen Reaktion auf die Politik der RAF nur sichtbar geworden, vermittelt. Zu begreifen ist es als Modell einer Weltinnenpolitik, die nicht als nationale Politik entwickelt, sondern aus der geostrategischen Rolle, die die einzelnen Regionen militärisch und ökonomisch für das ganze System haben, geplant wird. In den Subzentren wird die „Innere Sicherheit" mit dem ganzen Instrumentarium der Verwissenschaftlichten Repression maximiert – von den Konsumritualen bis zur Militarisierung der Gesellschaft, der Struktur der Armee, der zentralen Verfügung über die Daten und Massenkommunikationssysteme, psychologische Kriegsführung usw., so ist die Unterdrückung hier von der strategischen Rolle der Bundesrepublik für das amerikanische Kapital definiert, wie ihre strategischen Operationen im Europa der EG, in den Mittelmeerstaaten Europas und Nordafrikas – zur Sicherung der militärischen Kontrolle und Garantie über das Öl des Nahen Ostens durch die Kontrolle und die Garantie der Konterrevolution in diesen Staaten – auch Funktion der Defensive des US-Kapitals in der 3. Welt sind.

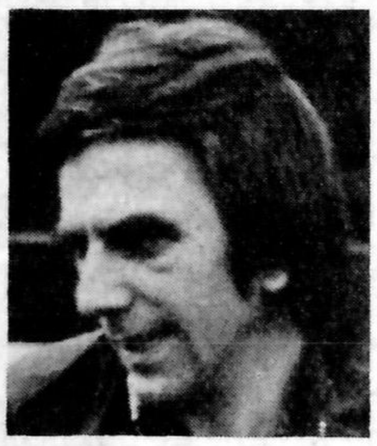
In diesem Prozeß hat der justizförmige Bewältigungsversuch antiimperialistischer Politik in der BRD tatsächlich nur international politische Relevanz, weil so an ihm revolutionäre Lernprozesse laufen können, wie auf der anderen Seite konterrevolutionäre Konzeptionen in ihnen weiterentwikkelt werden. Man sieht es jetzt an den „Antiterrorismus"-Initiativen der Regierung in der EG und in der UNO. „Nichtstaatliche Gewaltanwendung" zu ächten bedeutet, daß das Moment revolutionärer Umwälzung, das als Widerstandsrecht in bürgerlichen Verfassungen vermittelt und tradiert ist, eliminiert wird, d.h. praktisch, politische Opposition, die klassischen und neuen politischen Delikte kriminalisiert werden, das politische Asyl beseitigt und das Widerstandsrecht und damit die Essenz der Menschenrechte – daß Rebellion legitim ist, um sie durchzusetzen – wie sie es Innerstaatlich ist, auch international aufgehoben werden soll. Es ist faschistische Rechtspolitik auf der Ebene des Völkerrechts, die unmittelbar gegen die RAF, den 2. Juni, die revolutionären Zellen entstanden ist.

Der RAF war '70 klar, daß es so laufen wird, daß die SPD Transmission des neuen Faschismus ist. Sie hat die Entwicklung analysiert und antizipiert, lange bevor sie an Portugal offensichtlich geworden ist, die Weltöffentlichkeit erreicht hat. Das ist überhaupt einer der Gründe, warum sich das Nato-Sicherheitsbüro – die Instanz, die die Supervision der Nato-Geheimdienste hat, der bis '74 die SPD-Figur Nollau vorsaß, der damit gleichzeitig Koordinator aller westlichen Geheimdienste im Nato-Bereich war – schon '71 über alle Entwicklungen zur RAF direkt und sofort informieren ließ, wie jetzt rauskam. Brandt sagt in einem Brief an Olof Palme „sozialdemokratische Politik ist die Vorwegnahme der Katastrophe, um sie zu verhindern".

Die RAF sagt, „ein strategisches Projekt, das der US-Imperialismus – und das ist das ‚Einzigartige' ihrer Beziehung – über die Deutsche Sozialdemokratie als Regierungspolitik und in der Sozialistischen Internationale durchsetzt, ist die reibungslose, **präventive** Faschisierung der bürgerlichen Staatsapparate in Westeuropa". ■

Rudi Dutschke

Wo fängt die BRD-Linke an?



Einer der zahlreichen Beiträge zur Biermann-Diskussion in KONKRET 1/77 hat Rudi Dutschke ziemlich aufgebracht. Hier seine Kritik an Karl W. Paweks Artikel „Wer verhindert Rosas rote Demokratie?"

Nach dem regelmäßigen Lesen der für mich interessanten KONKRET-Artikel von Pawek ist mir bezüglich seiner Position ein gewisses „Licht" aufgegangen. Besonders durch den letzten über Wolf Biermann. Versuchen wir es auf einen Punkt zu bringen: Da wird von Pawek *formal* die Kritik von Biermann an den herrschenden Verhältnissen in der DDR anerkannt, *real* aber die Unterdrückung dieser Kritik gerechtfertigt. Insofern auch die Ausbürgerung, da kann sich Pawek drehen wie er will, gerechtfertigt. Wird für Polen, CSSR und SU usw. gleichermaßen zutreffen, oder? Da Du, lieber Pawek, wahrscheinlich den Artikel von Wolfgang Abendroth (KONKRET 12/75) für ein Verständnis des *Ausreiseverbots* von Biermann sehr genau gelesen hast, meine Antwort darauf eventuell überflogen hast, muß ich Dir einiges erneut sagen. Daß Abendroth und andere das *Einreiseverbot* von Biermann in die DDR inzwischen tief bedauerten, ändert meiner Meinung nach nichts an ihren Grundpositionen in der Analyse der Verhältnisse in der DDR.

Pawek schreibt gegen Biermann wie Abendroth von einer Kritik, die am „falschen Ort und zur falschen Zeit" sich zeigt und darum falsch und gefährlich ist. Um da eine gewisse Kontinuität der Auseinandersetzung wiederherzustellen, zitiere ich aus meiner Antwort an Abendroth: „Meine These ist: Der Grad und das Wesen der Kritik können sich allein verschieben nach dem Grad der Entwicklung der sozialistischen Demokratisierung. Wenn der Grad der Demokratisierung niedrig ist, darf doch nicht die Kritik der Verhältnisse noch niedriger sein! Die Niedrigkeit des Grades der Kritik gefährdet den Demokratisierungsprozeß und nicht umgekehrt."

Auch G. Lukacs, der mit E. Bloch in der Einschätzung der osteuropäischen Länder durchaus nicht übereinstimmte, sagte in seiner Schlußskizze: „Beide großen Systeme: Bedeutung des *echten* Marxismus als alleiniger Ausweg. Darum: in sozialistischen Ländern marxistische Ideologie als Kritik des Bestehenden, als Förderung der immer notwendiger werdenden Reformen".

Versuchte nicht Biermann von seiner Lebens- und Produktionsgeschichte her diesem methodischen Prinzip Rechnung zu tragen? War der ganze Reformkommunismus in der CSSR etwas anderes? Die SU scheint sich immer weniger über jene historische Notwendigkeit von radikalen Reformen klarzuwerden (so wenig wie die herrschenden Kräfte in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern).

Andere Sozialisten und Kommunisten werden aus der SED ausgeschlossen, erhalten „Rügen", müssen „verbindliche Unterschriften" leisten. Die Hussak-Maschine geht natürlich besonders gegen die Chartisten und Eurokommunisten vor. Heute scheint mir die absurde und geschichtlich schon überholte Frage durchaus erlaubt zu sein: Warum, lieber Pawek, hat die SED eigentlich W. Biermann in den Westen gehen lassen, hatte sie es doch ca. ein Jahr früher noch verhindert? Etwa, um ihn sowieso nicht wieder hereinzulassen? Oder erlag sie den „imperialistischen Machenschaften und Manövern", sie nicht genau durchschauend? Ist Lachen und Weinen dabei nicht gestattet? Den Sozialisten und Kommunisten Wolf Biermann servierte die Partei- und Staatsmaschine ab, blitzartig hatte sie den Udo Jürgens bei der Hand und bezahlte ihn noch mit Westgeld. Ist doch ein hohes Niveau des „sozialistischen Alltags" oder Sonntags in der DDR, nicht wahr?

Genossen und Sympathisanten von der DKP, wenn da bei Euch kein Moment von Zweifel, nicht ein Moment von Scham sich freimacht, so kann ich mir Eure Lernprozesse bei den Klassenkämpfen in der BRD schwer vorstellen, eher Eure hemmende Rolle in diesen Kämpfen. Pawek hat so manchen Zweifel an der DDR-Entscheidung, aber aus eigenartigen Gründen. Für mich doch ziemlich unerwartete Denkähnlichkeit zwischen ihm und der FAZ tauchen da plötzlich auf. Vielleicht waren sie schon früher, ich entdeckte sie erst jetzt. So wie für Pawek von seinem Standpunkt aus „zur Schadenfreude kein Anlaß" ist, so ist die entstandene Lage für Herrn Maetzke von der FAZ „viel weniger Anlaß zur Genugtuung". Pawek sagt richtig, daß der Rausschmiß von W. Biermann vorhandene Probleme in der DDR nicht lösen kann; er fügt zwielichtig hinzu, der „BRD-Linken" werden dadurch neue Probleme beschert. Welche allerdings, läßt er uns im Unklaren. Genauso, wie er uns nicht erklärt, wer für ihn die „BRD-Linke" ist. Wo fängt sie an, und wo hört sie auf?

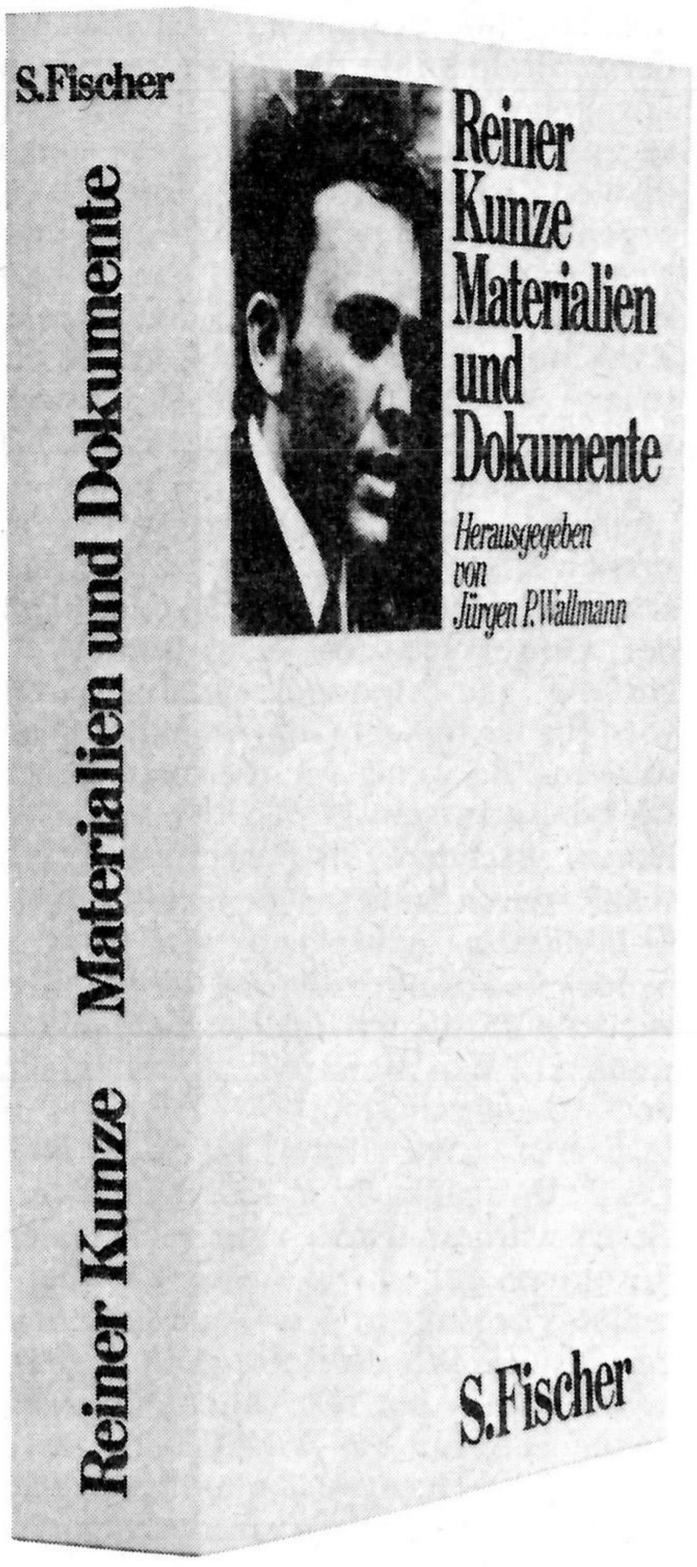
Daß die widersprüchliche Linke jenseits der DKP eine erwähnenswerte Breite hat, übersieht Pawek bestimmt nicht. Ich sagte anderswo: über Wyhl, Brokdorf, Frauenbewegung, neuen tendenziell politischen Lohnkämpfen, über das „DDR-Geschenk" eines glänzenden politischen Liedermachers und anderen hervorragenden Künstlern, über die sich neu andeutenden Kämpfe der Studenten- und Fachschulbasis, über den deutlicher werdenden Kampf gegen das Berufsverbot und die verschiedensten Formen der Repression wächst potentiell eine neue objektive Möglichkeit, der „zweiten Restaurationsperiode" (O. Negt) einen viel intensiveren Widerstand entgegenstellen zu können.

Für Pawek sieht die Welt ganz anders aus. Was ich illusionslos als Möglichkeit sehe, scheint er vielmehr als Gefahr zu sehen. Und hier beginnt für mich eingentlich der zentrale Punkt der Differenz zwischen Dir, lieber Pawek, und mir. Ich will es Dir sagen: Dein Artikel ist nicht mit jenem radikalen Zweifel bestehenden Verhältnissen gegenüber, welchen Namen sie auch immer tragen mögen, geschrieben, sondern Dein Artikel scheint mir voller Skeptizismus, Zynismus und tiefer Verachtung der deutschen Arbeiterklasse und den anderen werktätigen Schichten gegenüber. Die Wurzel dafür, daß Du Biermann mit „dumm", „naiv" und „unglaubwürdig" versiehst, scheint mir darin zu liegen. Die schwere Niederlage der KPD, der SPD und der Gewerkschaften dem Bündnis von NSDAP mit Monopolkapital gegenüber wird für Dich nicht Gegenstand des Nachdenkens. So wenig wie die spontanen Betriebsbesetzungen in den Ost- und West-Zonen nachdem die faschistische Herrschaft durch militärische Eroberung der Großmächte gebrochen war und der Schock der Bombardierung der Städte sich wieder auflöste. Ich fände es nicht schlecht, wenn Du den B. Sarel, „Arbeiter gegen den ‚Kommunismus'" (Trikont) und D. Staritz, „Sozialismus in einem halben Land" (Wagenbach) in KONKRET rezensieren würdest. Diese zwei verschiedenen Positionen geben viel Aufschluß über die realen Vorgänge in den ersten Jahren nach dem Kriege. Wie die Befreier und Eroberer in der West- und Ost-Zone die freiwerdende Tätigkeit der Arbeiterschaft in den Betrieben recht schnell unterdrücken, wird für Pawek nirgendwo eine nachdenkenswerte historische Wahrheit. Darum kann er sich eine historische Lüge bauen: Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung wird zu „Philofaschisten" ernannt.

Die Literatur von 1944 bis 1947/48 scheint Pawek so unbekannt zu sein wie die Programme der neu entstehenden Parteien. Halbwahr sagt er: „Allein die militärische Stärke der SU bezwang den Faschismus, schuf die DDR". Die Aufteilung der Welt über Jalta, Teheran und Potsdam zwischen den Siegermächten wird einfach ignoriert. So wenig wie er danach fragt warum und wie die deutsche Arbeiterklasse nach dem 2. Weltkrieg erneut daran gehindert wird, eine Einheitsfront zu ermöglichen, vielmehr eine neue Spaltung der Klasse und der Nation von den Eroberermächten systematisch betrieben wurde.

All das und vieles andere mehr nicht im geringsten heranziehend, wirft er Biermann, Havemann und ihren Freunden innerhalb und außerhalb von Gefängnissen, vor, nicht zu begreifen, daß es in der DDR nicht nur überzeugte Kommunisten gebe. Was für eine große Entdeckung! Und dann kommt die Paweksche „Dialektik": Gerade weil nicht alle „Bürger" in der DDR überzeugte Kommunisten sind, darum führe die Einführung von „Rosas roter Demokratie" unvermeidlich zur Erwürgung der DDR durch den westlichen Monopolkapitalismus. Was für ein Flachsinn. ■

Dokumentation einer Entwicklung



Reiner Kunze
Materialien und Dokumente
Herausgegeben von
Jürgen P. Wallmann
ca. 240.Seiten, Brosch.
DM 10,–

Die vorliegende Materialsammlung, zusammengestellt von Wallmann, der im Westen als bester Kenner von Kunzes Werk gilt, soll anhand von Dokumenten aus acht Jahren den Weg des Schriftstellers Reiner Kunze überschaubar machen und zugleich exemplarisch die Kontinuität bzw. Diskontinuität der DDR-Kulturpolitik seit dem VI. Schriftstellerkongreß im Mai 1969 vorführen.

S. Fischer

Klaus Wagenbach

Tuttiquanti

„herr Wagenbach herr Wagenbach/stimmt das mit dem neuen krach?" fragte Yaak Karsunke im letzten KONKRET. Klaus Wagenbach sagt ja und schildert den Konflikt in seinem Verlag aus Klein-Verleger-Sicht

KONKRET war so freundlich, mir eine Antwort auf Yaak Karsunkes Gedicht „Wieder Krach bei Wagenbach" (KONKRET 2/77) zu gestatten.

Auf Karsunkes Kunstwerk möchte ich aus drei Gründen nicht eingehen: Erstens sind die Reime selbst nach Bitterfelder Kriterien zu hölzern – ich reime ja auch nicht Karsunke auf Halunke. Zweitens ist das Gedicht zu rachelüstern: ich gebe hiermit nochmals bekannt, daß die ersten beiden Bände Karsunkes im Verlag Klaus Wagenbach erschienen sind und daß ich das dritte Buch Karsunkes abgelehnt habe. Drittens findet Karsunke linke Unternehmer grauenhaft; das finde ich nun wieder dumm und provinziell, sondern würde mir im Gegenteil (trotz Francois Maspero, Bernd Kramer, Giulio Einaudi, K. D. Wolff oder Inge Feltrinelli) noch mehr linke Kollegen im Verlagswesen wünschen – aber einen Münzenberg werden wir so schnell in Deutschland wohl nicht wieder haben, dafür sorgen u. a. die Karsunkes, deren Spezialität es u. a. ist nachzutreten, wenn jemand stolpert.

Den restlichen Raum also schnell genutzt für die Frage: Woher kommt bei den zahlreichen Konflikten innerhalb der Linken die unglaublich brutale Tonart und die Linkshaberei um jeden Preis?

Das hängt doch überhaupt nicht mit irgendeiner Kritik am Betriebsrat (da darf man doch wohl noch lachen, wenn von fünf Mitarbeitern plötzlich zwei Betriebsrat sind) oder einer mangelhaften Mitbestimmung zusammen – in einem normalen „mitbestimmten" Tendenzbetrieb darf der Betriebsrat mal gerade (vertraulich) die Lohnlisten einsehen, während bei uns jeder Zugang zu allem (inkl. Bilanz) hat.

Nein, die Wut (und das weiß jeder Linke, der länger in einem kollektiven Zusammenhang gearbeitet hat) entsteht aus Enttäuschung. Enttäuschung darüber, daß der Freiraum in einem linken Projekt doch kleiner ist als erhofft – dafür sorgen die Marktzwänge und der Staatsapparat. Enttäuschung darüber, daß die Arbeitsteilung kaum geringer ist als anderswo. Enttäuschung über eine Freizeit, in der man so auf sich zurückgeworfen ist wie sonst auch. Enttäuschung über die miserable Ökonomie. Enttäuschung über mangelnde Sensibilität, zu harte Kritik, zu geringe Zuwendung.

Kurz: Da unsere Hoffnungen zu groß sind, geraten unsere Enttäuschungen oft zu groß. Man schafft es einfach nicht mehr und greift (erschöpft) zum nächstbesten Argument: UnternehmerChauviPatriarchtuttiquanti. Aber diejenigen, die eine derartige Argumentation benutzen (gleichgültig, ob sie sich gegen diejenigen richtet, die „drin" bleiben oder die „gefeuert" werden), vertreten zumindest ihre Interessen. Und sie haben immerhin noch einen zusätzlichen Grund für ihre Wut: die Trauer um den Verlust des vertrauten Umgangs mit Genossen oder Freunden. Und solche Trauer läßt auch noch manche Brutalität verständlich werden – wer in einem linken Projekt arbeitet, ist vorgewarnt.

Die linken Feierabendreimer aber, die parasitären Häme-Rezensenten, die können uns gestohlen bleiben, denn wenn bei Konflikten innerhalb der Linken etwas notwendig ist, dann Ermutigung. So war es auch bei unserm Konflikt: beiden Teilen wurde von Freunden, die den Konflikt anders einschätzen, geholfen. Seit Mitte Januar arbeitet der Verlag wieder voll und hat das umfangreichste Frühjahrsprogramm seit Bestehen.

Herbert Gruhl

Ausweglose Tragik

Herbert Gruhl, CDU-Umwelt-Experte und Autor des meistverkauften Sachbuchs des letzten Jahres, „Ein Planet wird geplündert", antwortet auf die Rezension des Marxisten Wolfgang Harich („Ende ohne Wende" KONKRET 11/76)

Ich habe das Erscheinen des Buches von Professor Wolfgang Harich „Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der ‚Club of Rome'" im August 1975 uneingeschränkt begrüßt. Es ist der erste größere Anstoß, der aus dem östlichen Machtbereich kommt. Dadurch erfuhr ich auch von dem Moskauer Symposium „Mensch und Umwelt" im Jahre 1972.

In der Analyse unserer begrenzten Welt und der Naturgesetze stimmen wir völlig überein. Darum will ich zunächst ein kleines Mißverständnis bei Harich ausräumen. Leider – aber es war zeitlich gar nicht anders möglich – kannte ich Harichs Buch vor Fertigstellung meines Manuskriptes nicht. Dessen Erwähnung auf Seite 288 meines Buches beruht auf einem reinen Zufall: Beim Umbruch war diese Seite um zwei Zeilen zu kurz geraten, so daß ich diese auf Bitten des Verlages einschalten sollte; ich benutzte diese günstige Gelegenheit zu einem Hinweis auf Harichs brandneues Buch.

Die Ergebnisse des Club of Rome, besonders im ersten Bericht, sind für Harich völlig unbezweifelbar, er weist die Kritik daran zum Teil mit Spott scharf zurück. Ja, er bedauert die spätere Kontroverse im Club of Rome als der Sache abträglich – wie ich auch. Wolfgang Harich erkennt ganz klar die naturgesetzlichen Grenzen, die der Menschheit gesetzt sind, und daß sie für den Kommunismus genauso gelten wie für den Kapitalismus. Er nennt ausdrücklich

die Grenzen für die Weltbevölkerung und ihre Ernährung, für die Rohstoffvorkommen und die Energievorräte, für die Umweltbelastung und auch für das Klima.

Die Übereinstimmung mit mir geht bis in solche Einzelheiten wie die Ablehnung des Wortes „Umweltverschmutzung" als einen zu schwachen und unangemessenen Begriff; die Forderung nach Ablösung der Fachleute durch „Generalisten", wenn es um Entscheidungen geht; Arbeitsplätze können kein Selbstzweck sein und es ist nicht möglich, in den Entwicklungsländern genügend Arbeit zu schaffen und diese Länder zu industrialisieren. (Harich stimmt ausdrücklich E. F. Schumacher und dessen Vorschlägen zur Einführung einfacher und dezentralisierter Technologien zu.) Wir sind insgesamt verpflichtet, unsere Politik auf die kommenden Generationen abzustellen. Die Konsequenz für Harich lautet: Der Kommunismus muß sich korrigieren, das verheißene Zeitalter der Fülle wird nie kommen, der Staat wird nicht überflüssig sondern immer wichtiger.

Diese Korrektur hält er mit der Lehre von Marx für vereinbar. Harich beruft sich im wesentlichen auf drei Textstellen von Karl Marx und eine von Friedrich Engels, wonach die Natur, die Ökologie, vor der Ökonomie den Vorrang hätte. Er gibt aber zu, daß diese Punkte bisher im Kommunismus keine Berücksichtigung gefunden haben, wobei seine Ausführungen zugleich einen Einblick über die unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführte Diskussion im Ostblock geben. Dort sind unter den Naturwissenschaftlern Anhänger der Begrenzung zu finden, dagegen kaum unter den Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaftlern, genausowenig unter Politikern. Dies ist fast ein Spiegelbild der Fronten im Westen. Der große Unterschied besteht darin, daß hier schon seit etwa vier Jahren eine große öffentliche Diskussion, auch in den Medien, stattfindet. Es mindert ihren Wert nicht, wenn daraus leider noch keine politischen Konsequenzen gezogen worden sind. Aber immerhin organisiert sich hier die bewußte Minderheit in Verbänden und sie darf es auch.

Für Harich liegt die Lösung des Problems in der Einführung des Kommunismus – und zwar weltweit. Eine Art Weltregierung hätte alle Güter nach einem strengen Reglement zuzuteilen. Dabei geht er von dem kommunistischen Postulat der Gleichheit aller Menschen aus, was nicht ausschließt, daß die Ostasiaten Reis und die Europäer Weizen bekommen, wenn sie das jeweils lieber mögen. Ich habe die Möglichkeit einer Weltregierung in einem Kapitel untersucht und komme zu einem negativen Ergebnis. Daß schon die erste Spaltung im Weltkommunismus eintrat, als eine zweite Großmacht, nämlich China, kommunistisch wurde, gibt mir eher Recht als Harich. Noch schauriger erscheinen mir aber die Konsequenzen einer radikalen „gerechten" Verteilungswirtschaft. Da wäre mir ein Wettbewerb nach unten (um den Wenigerverbrauch) lieber – soweit es um materielle Güter geht. Vielleicht werden hier einige rufen: Vorsicht, ein Idealist!

Ganz unverständlich bleibt mir aber, warum Harich von dem Hauptproblem gar nicht spricht: der Erschöpfung der nichtnachwachsenden Ressourcen. Harich zieht nicht die Konsequenz aus dem Kernpunkt meines Buches: die Unterscheidung zwischen dem, was die Natur jährlich stets neu liefert, und dem, was nur einmalig auf diesem Planeten vorhanden ist, dessen Vorräte zu Ende gehen werden – gleich wann. Ich kann ihn da kaum mißverstanden haben, da er für die Entwicklungsländer noch einen gewaltigen Nachholbedarf postuliert. Und nicht einmal die Sowjetunion scheint den ausreichenden „Lebensstandard" zu haben, den alle bekommen sollten. – Nur der Westen, der hat ihn schon.

Da viele westliche Industrieländer bereits eine höhere Güterproduktion erreicht haben, könnten sie nach Meinung Harichs noch schneller zum Kommunismus übergehen als die Ostblockländer. (Sie brauchen das Durchgangsstadium des Sozialismusses gar nicht erst zu durchlaufen.) Der Nachholbedarf der Entwicklungsländer ergibt jedoch etwa eine Verdreifachung des jetzigen Jahresverbrauchs an Energie und Rohstoffen der gesamten Menschheit! Auf wie lange Zeit werden dafür die einmaligen Vorräte reichen? Selbst bei radikalster Bewirtschaftung und Verteilung nur eine begrenzte. Es ist müßig darüber zu streiten, ob einige Jahrzehnte oder einige Jahrhunderte.

Darum habe ich keinen Ausweg beschrieben, weil ich in der Tat keinen weiß! Andere tun nur so, als hätten sie Auswege. Letztlich ist das auch ein Betrug wie der heute gängige vom dauernden „wirtschaftlichen Wachstum". Daß es für jedes Problem eine „Lösung" geben muß, daran glauben die Techniker, die Fachleute; diese brauchen sich nicht die Mühe zu machen, ganzheitlich zu denken.

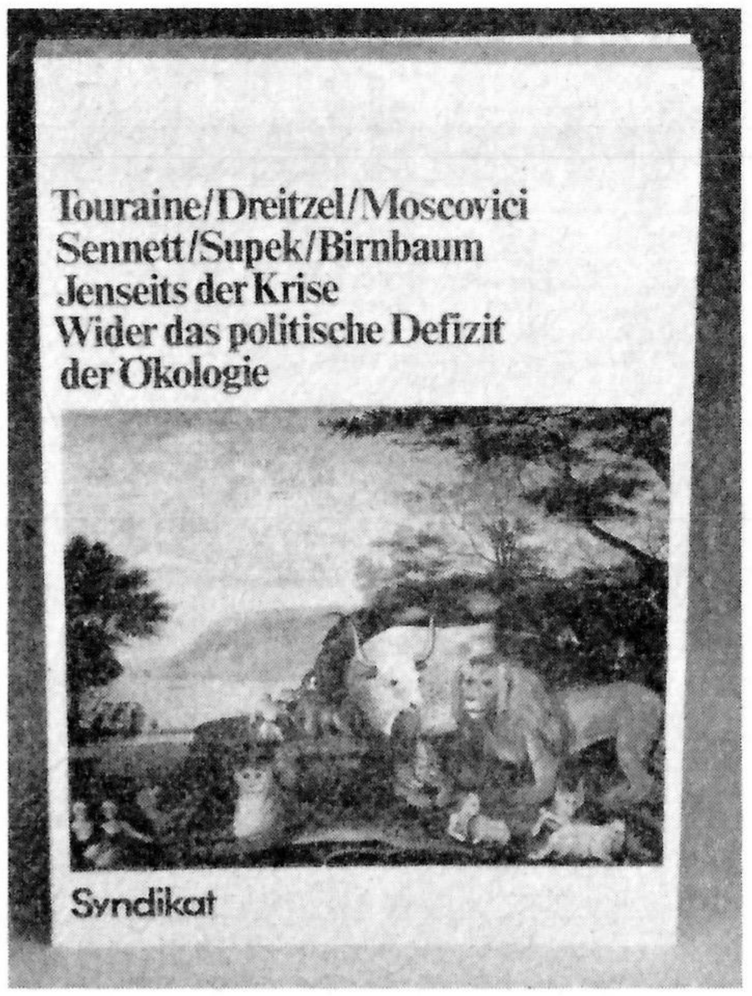
Wir werden uns wieder daran gewöhnen müssen, daß dieses Dasein von auswegloser Tragik ist, was bereits die alten Griechen wußten. Und dennoch – oder gerade darum – haben sie Spitzenleistungen der Kunst und der Philosophie geschaffen.

Angesichts dieser Ausweglosigkeit könnte ich mein Angebot nur höchst bescheiden vortragen: Zunächst keine weiteren Erhöhungen unseres sogenannten „Lebensstandards", das man mit den Zahlen des Bruttosozialprodukts ausdrückt – und warum eigentlich die „Hebung" aller Entwicklungsvölker auf unser Niveau einer sinnlosen Verschleißwirtschaft? Mit meinen bescheidenen Vorschlägen sichern wir der Menschheit zwar nicht eine ewige Zukunft (was auch Wolfgang Harich nicht kann), aber doch vielleicht ein paar Jahrhunderte des Fortbestehens.

Mir scheint jedoch das allein schon so wertvoll zu sein, daß ich daraufhin „meinen Grundsätzen die Treue wahren" werde – in Bonn wie in Brokdorf. Wie lange ich das durchhalten kann, hängt von dem Maß der Unterstützung ab, die ich im Volk finde, soweit es das eigene „elementare Interesse" und damit auch das der Kinder und Enkel erkennt. Ich hoffe, daß es nicht erst einiger Katastrophen bedarf, um es zu mobilisieren. Denn es könnte sehr leicht geschehen, daß dann nicht einmal mehr der Ausweg des freiwilligen Verzichts noch offensteht. ■

Syndikat

Autoren- und Verlagsgesellschaft



Welche Alternativen gibt es zum technokratisch verordneten Stillstand einerseits und zum fahrlässigen Raubbau an der äußeren und inneren Natur des Menschen andererseits? Hier wird nach nicht weniger gefragt als nach den Bedingungen und Möglichkeiten einer neuen Gesellschaft, einer neuen Kultur - jenseits der Krise

220 Seiten. Kart. DM 24,-

Als SYNDIKAT - REPRISE wieder zugänglich:

Henri Lefèbvre
Die Revolution der Städte

Ausgehend von einer Sozialgeschichte der Stadtentwicklung und von der Analyse der Stadt als sozialem Lebensraum, der die Alltagserfahrungen einer wachsenden Zahl von Menschen immer nachhaltiger bestimmt, formuliert Lefèbvre, man könnte sagen in letzter Minute, eine Kritik des "Urbanismus" als Institution und Ideologie.

200 Seiten. Broschur. DM 12,-

Am SYNDIKAT Interessierte werden regelmäßig durch 'Zirkulare' informiert:

Ich bin an regelmäßigen Informationen interessiert:

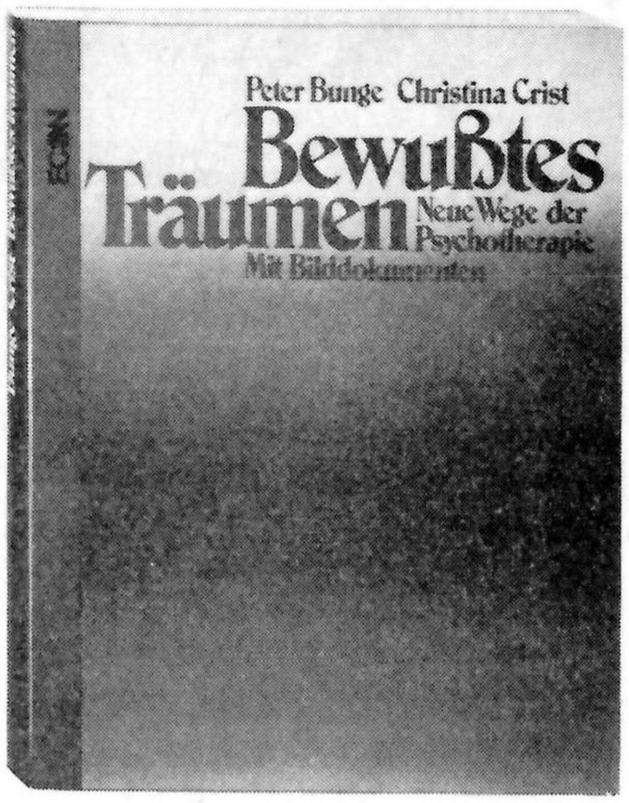
.....

.....

.....

bitte ausschneiden und einsenden an:
Autoren- und Verlagsgesellschaft Syndikat
Savignystr. 61 - 63, Postfach 174003
6000 Frankfurt/Main 1
Tel. 0611/751801-751781

Das Protokoll einer gruppentherapeutischen Klausur



Peter Bunge/Christina Crist
BEWUSSTES TRÄUMEN
Neue Wege der Psychotherapie.
Mit Bilddokumenten
272 Seiten mit vielen Abbildungen, Pappband 38 DM

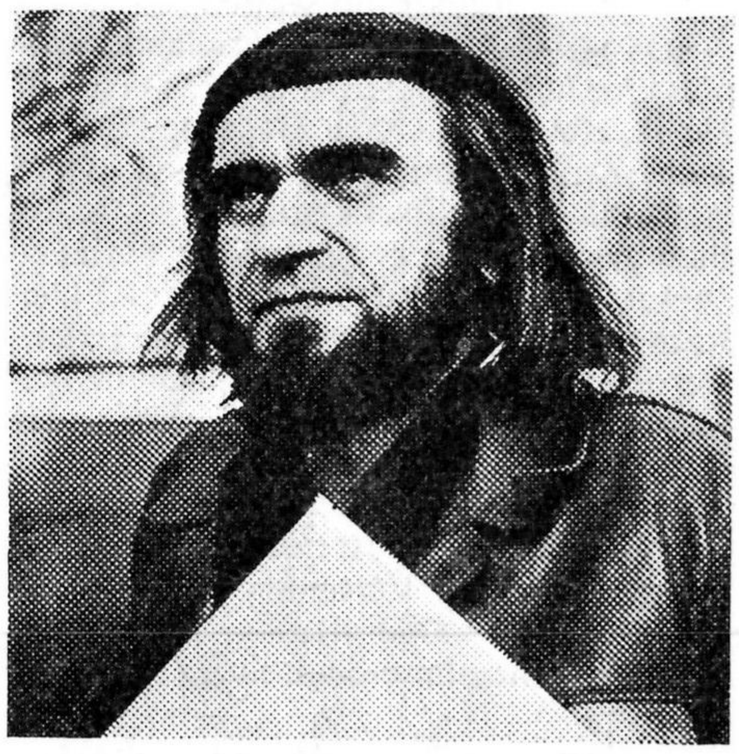
"Bewußtes Träumen" sind psychische Prozesse, die bei Teilnehmern an einer Gruppentherapie mit geringer Schlafzeit über mehrere Tage hinweg auftreten. Dabei wird ein Zustand zwischen "Wachsein und Traum" erreicht, der neue Möglichkeiten der Behandlung psychischer Störungen eröffnet. Die Autoren dokumentieren mit diesem Buch die Arbeit einer therapeutischen Intensivgruppe. Durch das direkte und intensive Miterleben dieser Gruppe wird dem Leser die Möglichkeit gegeben, seine eigene Persönlichkeit, seine Wünsche, Hoffnungen und Reaktionen besser zu verstehen.

In jeder Buchhandlung!

ECON
Verlag, Postfach 9229
4000 Düsseldorf 1

Als ehemaliger DDR-Bürger von deutscher Spaltung schon einmal betroffen, macht sich Gerhard Zwerenz Gedanken über eine neue Zonengrenze: die zwischen deutschen Nord- und Südstaaten. Solche und ähnliche Reflexionen über „Die Westdeutschen" veröffentlicht er demnächst im Bertelsmann-Verlag

Spaltet die BRD



Gerhard Zwerenz

Die Westdeutschen haben drei Möglichkeiten, ihre politische Zukunft zu gestalten. Sie können unter sozialliberaler oder christliberaler Führung ihre bisherige Politik fortsetzen. Sie können, der Tendenzwende folgend und nach rechts rückend, ein konservatives, wo nicht gar reaktionäres Regime installieren, das, im Bündnis mit wenigen anderen reaktionären Staaten, der ganzen Welt den Kampf ansagt. Sie können, endlich, dem Vordringen dieser gefährlichen Konfliktbringer ein Halt entgegenrufen, eingeschlossen das Risiko staatlichen Bruchs zwischen Nord und Süd.

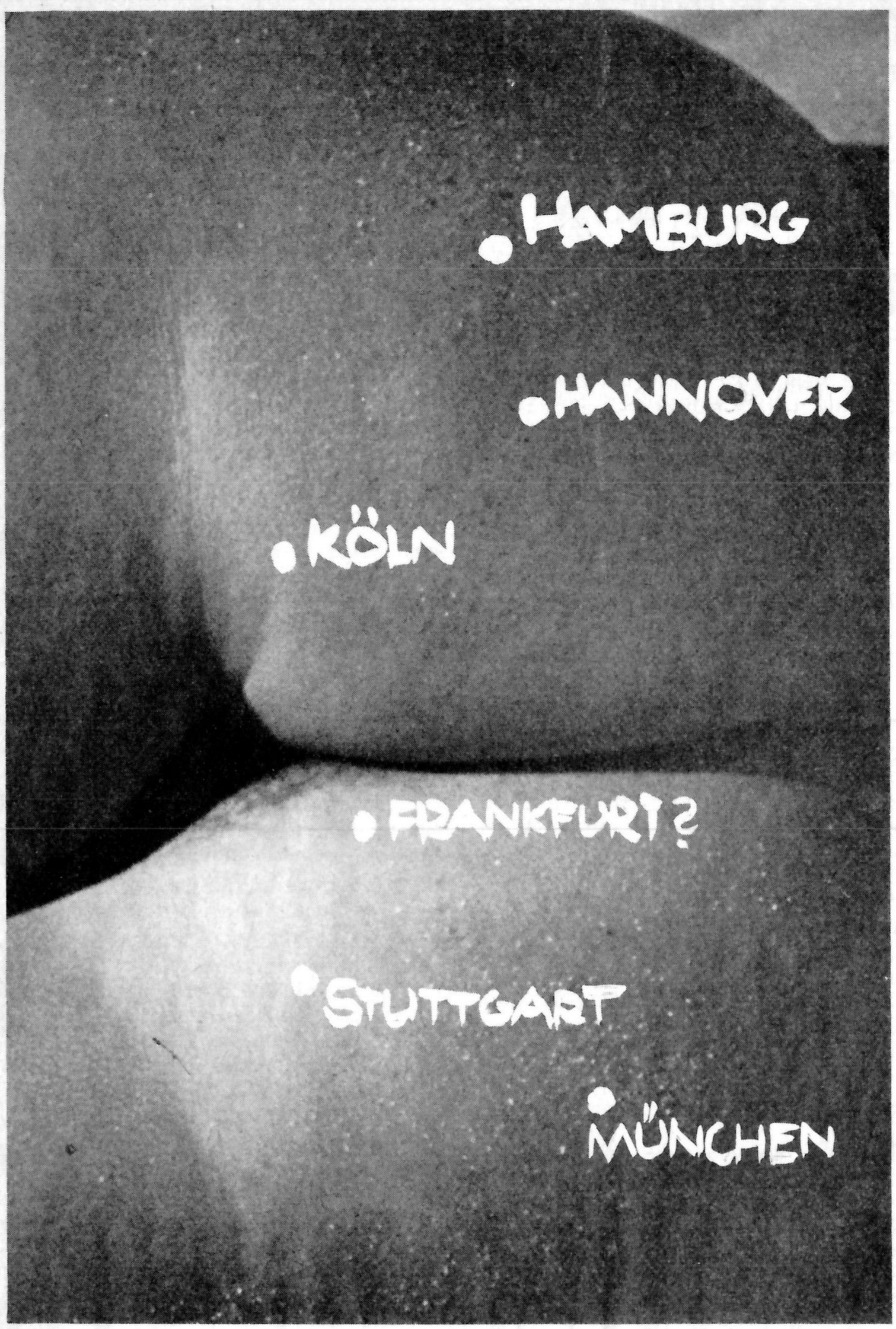
Mit aller gebotenen Nüchternheit betrachtet, erscheint die dritte Lösung als die auf die Dauer wahrscheinlichste. Denn die ungelösten sozialökonomischen Probleme erbringen im Süden die größeren und schärferen Psycho-Konflikte, die von innen nach außen abzuwenden zu den Regeln konservativer Politik-Kunst zählt. Der Norden Westdeutschlands dagegen könnte eher im Stadium zu findender Kompromisse zwischen Arbeit und Kapital verharren, jedenfalls verlangen die durch Urbanität, Gewerkschaftserfahrung und sozialdemokratische Disziplinierung gegangenen Arbeitermassen nicht im gleichen Maße nach außenpolitischer Abreaktion ihrer aufgestachelten Gefühle und angestauten Aggressionen. Die protestantische Mentalität verbürgt bei allen Nachteilen, etwa der Einbuße an sinnlicher Vitalität, doch den enormen Vorzug größerer Nüchternheit. Der Verstand steht den Notwendigkeiten des Alltags und seiner Politik offen und umgekehrt. Am Ende längerer und gefährlich tiefgreifender Massenbewegungen kann den verantwortlichen westdeutschen Politikern kaum ein anderer Ausweg bleiben als der des grenzensetzenden tiefen Schnitts zwischen Nord und Süd. Es fragt sich nur, wo die Schnittlinie verlaufen wird, was heißt, es kommt darauf an, ob Hessen nach Norden oder Süden fällt. Was zu entscheiden Sache der Hessen selbst ist.

Bevor wir die Situation in Hessen untersuchen, müssen wir wohl die bayerischen Zustände vor der Ausuferung ins Reich der Karikatur schützen, die zwar stattfindet, nicht aber das ganze Bayernland umfaßt. Es wäre verhängnisvoll, erschiene uns der Bayer nur als Lederhosenlandmann mit mediokrer Gesinnung.

Zuerst einmal ist einzugestehen, wie sehr den Nichtbayern das Bayerische ans Herz gewachsen ist. Wer südwärts in Urlaub fährt, durchquert Bajuwarien als quasi erste Ferienlandschaft, als Vorposten der Verheißung, hernach kommen Österreich, Schweiz, Italien, Jugoslawien und die weiteren Sonnenländer. Das wundersame Seen- und Bergland und seine Millionenabsteige München lassen die Herzen höherschlagen. Die Verbindung von barocker Vitalität und humanistisch gebildeter Liberalität, wie sie in einigen Münchner Großbürgerfamilien erreicht wurde, ist unvergessen, auch wenn gerade diese Familien im 20. Jahrhundert dazu beitrugen, einstige Größe und Bildung vergessen zu machen.

Was zugleich erstaunen und erschrekken läßt, ist das Gottesgnadentum, das von den Wittelsbachern auf die CSU übertragen wurde, deren Führer neuerdings selbst im vorher sozialdemokratisch gehaltenen München Auftritte wagen, bei denen Tradition und Moderne in FJS persönlich inkarnieren. Der König ist Volksführer, der Volksführer König. Wenn an die 60 Prozent Wähler ihr Bayerntum derart personalisieren, kommen Wahlsiege in greifbare Nähe, wie sie sonst nur in Diktaturen erzielt werden, was die Frage stellen läßt, ob hier unter dem Mantel einer alle einigenden Partei die Verteilung der Güter zur Zufriedenheit der Mehrheit gelöst wird oder ob die Interessenvertretungen der einzelnen, der Schichten, Gruppen und Klassen von den Wählern nicht mehr als wichtig empfunden werden, vielleicht, weil sie einen Volksgemeinschaftsgeist anheimfielen, der den Deutschen nicht ganz unbekannt blieb.

In diesem Lichte betrachtet, sind die Bayern deutscher als die anderen Westdeutschen, die Über-Deutschen gewissermaßen, die noch weniger streiken, noch



Westdeutschland am Arsch: „Fragt sich nur, wo die Schnittlinie verlaufen wird"

willliger arbeiten (freilich auch feiern, nirgendwo gibt's so viele Feste und Feiertage, wie im Machtbereich bayerischer Kirchenstaatlichkeit), die sich von Gewerkschaften und SPD nicht zur eigenen Interessenwahrnehmung anhalten lassen, vielmehr ihr Interesse in dem ihres Arbeitgebers sehen, ganz wie der brave alte Knecht seinem Herrn die Treu hielt, den kärglichen Lohn nicht murrend, sondern mit Dankbarkeit ins Sacktuch steckend, ja, was wäre denn deutscher als dieser Kernbayer, der's zufrieden ist, sein Kreuzl an der rechten Stelle macht, die Kirche aufsucht oder stellvertretend das Wirtshaus, der in Raufhändeln mal zulangt, eben ein ganzes Mannsbild, wie der Maßkrug überschäumend, aber im Privatleben bitt schön und nicht während der Arbeitszeit oder gar politisch. So rauflustig-unruhig das Mannsvolk in den Wirtshäusern oder auf der Münchner Oktober-Wies'n auftritt, so ruhig, besonnen und rechtschaffen arbeitsam verhält es in den Betrieben, seien es industrielle Großwerke wie Siemens und BMW oder abgelegene Bauernhöfe, man lebt und ordnet sich unter, den Raufhändel-Rest erledigt der Polizeiposten.

Mag sein, daß eine zum freistaatlichen Nationalcharakter verfestigte Verinnerlichung im Resultat den Mehrwert mehrt wie die Industrieanlage in kolonialen Fremdländern, wo niederes Lohnniveau das eingesetzte Kapital überproportional wachsen läßt. Das Lohnniveau in Bayern ist allgemein niedriger als in anderen Gegenden Westdeutschlands, selbst im Ballungsraum München mit seiner unmäßig anwachsenden Großindustrie liegen die Löhne und Gehälter hinter anderen Ballungsräumen merklich zurück. Mag sein, die günstigen Bedingungen schaffen ein weiteres Mal die günstige Bedingung, die man als Zusammengehörigkeitsgefühl oder leitmotivische Staatsidee bezeichnen kann. Problematisch wird die Situation durch den missionarischen Eifer, mit dem bayerische CSU-Politiker nordwärts sieghaft vorwärtsdrängen, reißt der katholisch-ständische Kollektivismus doch in seinem sich erweiternden Einzugsbereich die Errungenschaften moderner Sozialentwicklung nieder. Ein Westdeutschland, das sich den Bayern unterwürfe und zu Großbayern entwürdigte, setzte die Gefahren des alten Deutschen Reiches fort. Die Bewußtlosigkeit der Arbeitnehmer, die Schwäche der Gewerkschaften und Sozialdemokratie erbrächten jene soziale Kopflosigkeit, die das Dritte Reich erreicht hatte, nicht durch Abbau der Konflikte, sondern durch Disziplinierung der Kontrahenten.

Die Gefahr einer derart verbayerten Bundesrepublik liegt auf der Hand. Von den liebenswerten, folkloristisch interessanten Eigenschaften dieses lebenskräftigen und spielfreudigen Landvolkes bliebe nichts, weil der Umschlag in die den gesamten Weststaat umfassende Polit-Ideologie die alte, überwunden geglaubte Ausgangsposition wiederherstellte: Nicht mehr das frühere Großdeutschland, wohl aber das rumpfhafte Westdeutschland als industriestarke, militärpotente Ordnungsmacht Mitteleuropas, mit imperialen Ausstrahlungen nach Ost und West. Man male sich nur aus, wie die Abwehrbewegung der kommunistischen Oststaaten beschaffen sein müßte und wie die Klassenkämpfe in Italien und Frankreich verliefen, da die dortigen Rechtsparteien von der rechten Bundesrepublik energisch unterstützt würden und die Linksparteien folglich die Unterstützung der Oststaaten erhielten und annehmen müßten.

Daß die Projektionen dieser Machtpolitik mindestens bei FJS selbst nicht unbekannt sind, zeigt sein letztes „Spiegel"-Interview vor den Bundestagswahlen 1976, in dem Strauß erstmals ganz offen und der erstarkenden Volksfrontbewegungen in Westeuropa halber den Zusammenschluß Europas als für die BRD unzumutbar charakterisierte und eine Achse Bonn–Washington vorschlug. Die drohende Bajuwarisierung Westdeutschlands eskalierte, wie FJS cool in Rechnung stellt, die europäischen Konflikte bis zur Unmöglichkeit eines Vereinigten Europa. Der triebhaft maßgebende Politiker ist sich darüber völlig im klaren, und seine emotionale Rhetorik, die ihre Technik den großen Münchner Bierhallenhöllen verdankt, wo vor ihm schon ein anderer Agitator die Gesten und Töne erprobte, die dann ein ganzes Volkshirn vernebelten, diese Rhetorik sollten wir nicht geringschätzen. Westdeutschland, auf die bayerische Linie von 60 Prozent Zujublern gebracht, würde seiner gesamten Nachbarschaft unerträglich. Das dermaßen wie gehabt „geeinigte" Westdeutschland wäre nichts als eine Gefahr und Zumutung: „Die Deutschen sollen sich und anderen zum Verhängnis werden, weil sie nachgerade nichts mehr begriffen und sonst kein Ziel mehr kannten als einzig äußere Macht." (Heinrich Mann in „Ein Zeitalter wird besichtigt"). Seltsamerweise sagt den Westdeutschen niemand, daß sie mit ihrem Geflecht von Kompromissen das Optimum ihrer Nachkriegsgesellschaft erreicht haben, das zu erhalten es wert wäre, das aber mit jeder weiteren Neigung nach rechts und jedem Abbau der bürgerlichen Rechte unweigerlich verlorenginge. Aber die Westdeutschen schätzen ihre Nachkriegserrungenschaften offensichtlich so wenig, daß sie sie nicht einmal behalten wollen. ■

Hans A. de Boer
Unterwegs Erfahren
Notizen aus drei Kontinenten
Vorwort von Helmut Gollwitzer
3. Auflage 1976
184 Seiten, DM 16,80

„Ihre Unterwegs-Erfahrungen habe ich in einem Zug gelesen. Sie haben wahrlich viel erlebt und dank höchster Bewahrung gut oder doch glimpflich überstanden..."

(Gustav Heinemann)

„Dieser Mann liest seinen "christlichen Mitbrüdern" die Leviten... Die Satten und Trägen mögen hier ihre Denkanstöße bekommen – weil der Autor ihnen ganz kräftig vor den Kopf stößt." (Klaus Pokatzky, Frankfurter Rundschau)

Jugenddienst-Verlag
56 Wuppertal 2

Ulrich Borsdorf/
Lutz Niethammer (Hg.)
Zwischen Befreiung und Besatzung
Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945
352 Seiten, DM 24,–

Gerda Luft
Heimkehr ins Unbekannte
Eine Darstellung der Einwanderung von Juden aus Deutschland nach Palästina 1933–1939
Vorwort von Willy Brandt
164 Seiten, DM 12,–

Ansgar Skriver
Das Konzept der Hilfe ist falsch
Entwicklung in Abhängigkeit
ca. 100 Seiten, DM 8,–

Peter Hammer Verlag
56 Wuppertal 2

Satire

Schuß-fertig-auf die Plätze!

Doch gut, daß man mal Hebräisch gelernt hat. Weil es mich nämlich in die Lage versetzt, zum Frühstück mit großem Genuß die israelische Zeitung „Hotam" zu lesen. Weniger das Wort zum Sabbath als den Sportteil! Auf hebräisch. Dochdoch, zum Beispiel hier ein hochinteressanter Kommentar zur sportlichen Lage im Nahen Osten. Können Sie auch hebräisch?

Also gut, ich übersetze: „Bei den Olympischen Spielen in Montreal hat Israel nicht besonders günstig abgeschnitten. Umso brillanter waren unsere jungen Sportler auf der Olympiade der Behinderten in Toronto. Dort holten Israels durchtrainierte Kriegsinvaliden insgesamt 41 Goldmedaillen, dicht gefolgt allerdings von den fast ebenso tüchtigen Kriegsinvaliden aus Ägypten. Und man darf wohl sagen: Der Erfolg der einen wäre ohne den Erfolg der andern nicht möglich gewesen."

„Es ist zu erwarten", fährt der Sportkommentator aus Tel Aviv fort, „daß der Vordere Orient auch auf der nächsten Olympiade der Behinderten seine glänzenden Erfolge wiederholen wird. Schon jetzt allerdings sind unsere hochdekorierten Veteranen ebenso wie ihre ägyptischen Sportfreunde gut beraten, ihre Erwartungen nicht mehr so hoch zu schrauben." Mein Geheimtip für die Olympiade der Behinderten 1980 heißt: Goldregen für den Libanon. ■

Der normale Soseinsbestand

Peking trauert. Mao ist tot.
Hannover jubelt. Der große Vorsitzende Ernst Albrecht lebt.
Königsberg klagt. Kant ist tot.
Hannover jauchzt. Der große Staatsphilosoph Ernst Albrecht schreibt.
Weimar weint. Goethe ist tot.
Hannover frohlockt. Der große Dichter Ernst Albrecht dichtet.
Athen verhüllt sein Antlitz. Plato ist tot.
Hannover klopft sich auf die Schenkel. Ernst Albrecht denkt.

Das Weistum der Jahrhunderte, die Summe menschlicher Erfahrung, die Quintessenz der Erkenntnis ist unter uns erschienen. Und zwar im Verlag Dr. Heinrich Seewald, Stuttgart-Degerloch: „Ernst Albrecht: Der Staat. Idee und Wirklichkeit. Grundzüge einer Staatsphilosophie."

Grundzüge – ein bescheidener Titel für ein Buch, von dem das Universum spricht. Der weise Indianerhäuptling am Rio de la Plata zeigt es dem staunenden Neger am Kilimandscharo, der eisgraue Eskimo von der Walfischbucht schenkt es dem geheimnisvoll lächelnden Chinesen am Yang Tse Kiang, die Eulen im Bayrischen Wald heulen es von Wipfel zu Wipfel und die Fische in der Leine japsen es einander zu: Ernst Albrecht hat ein Buch geschrieben.

Und doch hat keiner es gelesen, dieses Buch, keiner hat gewagt, hinabzusteigen in den bodenlosen Abgrund Albrechtschen Weistums. Wir halten es daher für unsere vornehmste Pflicht, wenigstens die Perlen Albrechtscher Philosophie in einer handlichen, leicht verständlichen Ausgabe dem deutschen Volk ins Herz zu pflanzen.

Gewiß schenken die Gedanken des niedersächsischen Ministerpräsidenten nur dem ihre überbordende Sinnfülle, der sie im Gesamtzusammenhang der Originalausgabe liest. Aber für den Hausgebrauch, morgens beim Rasieren, mittags beim Spülen, abends beim Nachtgebet, empfiehlt sich doch unser Hausschatz für den Kulturbeutel des deutschen Volkes: Worte des Vorsitzenden Ernst.

Seite 17: Über das volle Sosein.

Wenn hier vom „vollen Sosein" die Rede ist, anstatt schlicht vom Sosein, so um ganz klar zu machen, daß nicht ein wie immer gearteter Ausschnitt aus dem Soseinsbestand gemeint ist (gemeinsamer oder normaler Soseinsbestand). Das volle Sosein umfaßt die Gesamtheit der vorkommenden Soseinsbestimmungen.

S. 91: Über den Menschen.

„Der Mensch ist ein körperliches Wesen."

S. 18: Über Schwanzquasten.

„Zum normalen Sosein der Gattung Löwe gehört die Schwanzquaste."

S. 61: Der Vorsitzende Ernst über seine Erfahrungen als Heimwerker.

„Was ist der Sinn des Hammers? Das Einschlagen von Nägeln und anderen Stiften."

S. 201: Über den Geschlechtstrieb (sex appeal).

„Desgleichen liegen die Einflüsse des Geschlechtstriebes (sex appeal) bei der politischen Karriere von sonst so verschieden gearteten Personen wie Evita Peron und den beiden Kennedys auf der Hand."

S. 205: Der Vorsitzende Ernst über Logik.

„Massensuggestion setzt die Präsenz einer geballten Masse von Menschen voraus."

S. 203: Über absteigende Linien.

„Die partielle Irrationalität unseres Handelns gilt grundsätzlich für alle Menschen, seien sie Könige, Minister oder Abgeordnete, Adlige, Bürger, Bauern oder Arbeiter, Männer oder Frauen."

S. 221: Wiederum über den Menschen.

„Natürlich sind auch Richter Menschen."

S. 205: Über Zirkus und dergleichen.

„Harmlose Gelegenheit, aggressive Triebe abzureagieren (also nicht in altrömischen Circus-Spielen, wohl aber beim Sport, bei der Jagd, bei der Raumfahrt)."

S. 225: Über systemgemäße Abhängigkeit.

„Die beherrschte Schicht hängt systemgemäß von der beherrschten ab."

S. 218: Der Vorsitzende Ernst über den Massenmenschen.

„Über den Massenmenschen ist viel gedacht und geschrieben worden."

von Georg Bungter
und Hans Konrad Zander

S. 26: Alles über Napoleon.

„Napoleon war ein Individuum, aber die Idee von ‚so etwas wie Napoleon' ist allgemein."

S. 18: Über ‚normale' Bedingungen.

„Aber was wären schon normale Bedingungen für den Staat oder für die Liebe."

S. 92: Über die Befriedigung des Körpers.

„Unbefriedigte Körperlichkeit schafft Unfrieden und Verbitterung, die sich schließlich gegen den Staat selbst richten müssen."

S. 239: Über Trägheit. Sowie abermals über den Menschen.

„Der einzelne Mensch *kann* zu einem bestimmten Zeitpunkt träge sein; er muß es nicht."

S. 106: Über Wollen und Tun.

„Wollen und Tun sind nicht dasselbe."

S. 173: Der große Vorsitzende Ernst über die richtige Art, Schluß zu machen.

„Ohne Leben hört alles auf." ■

Observatio in Utero

Der zuständige Realschuldezernent im Regierungspräsidium Arnsberg – Sauerland – hat unlängst alle Realschulleiter seines Bezirks angewiesen, ihm – Zitat – „von Ihnen bekannt werdenden Mitgliedern der DKP-Jugendorganisation Junge Pioniere Kenntnis zu geben" – Zitat Ende. Dies geschehe – Zitat – „auf Veranlassung des Kultusministeriums" – Zitat Ende – und sei – Zitat – „vertraulich" – Zitat Ende.

Dieses Vertrauen hat das Kultusministerium in Düsseldorf jetzt schamlos gebrochen. Ein Sprecher verurteilte die Liste verfassungsfeindlicher Kinder im Sauerland – Zitat – „auf das schärfste" – Zitat Ende – und deutete Maßnahmen gegen den angeblich übereifrigen Schuldezernenten an. Wir verurteilen das Vorgehen des Ministeriums – Zitat – „auf das schärfste" – Zitat Ende –, und versichern den gemaßregelten Schuldezernenten ihrer vollen Solidarität im Kampf gegen das verfassungsfeindliche Kind.

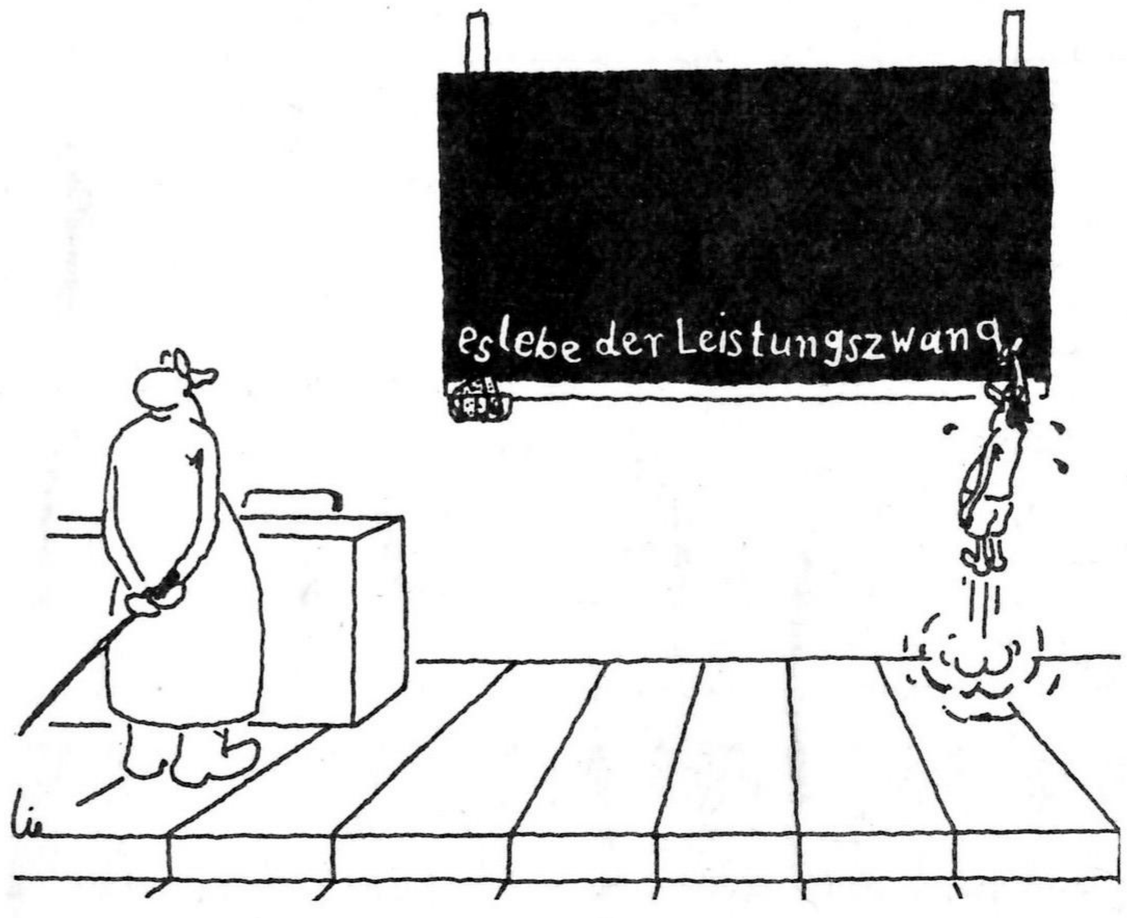
Wir wissen aus den klassischen Schriften von Oswald Kolle, daß die Pubertät – und zwar gerade die Pubertät! – das Gesamtbild der nachmaligen Persönlichkeit ein für allemal prägt. Wer als Realschüler in der Pubertät unter die Verfassungsfeinde fällt, der bleibt ein Verfassungsfeind sein Leben lang. Höchste Zeit für den pflichtbewußten Schulmann, ihn aufzuschreiben und unserem Verfassungsschutz zu überstellen.

Denn wir wissen aus den klassischen Schriften von Alfred Rosenberg, daß eigentlich schon die Grundschuljahre – und zwar gerade die Grundschuljahre! – das Gesamtbild der nachmaligen Persönlichkeit ein für allemal prägen. Wer als Grundschüler unter die Volksfeinde fällt, der bleibt ein Volksfeind sein Leben lang. Höchste Zeit für den freiheitlich-demokratischen Grundschullehrer ihn aufzuschreiben und der Schutzstaffel zu überstellen.

Denn wir wissen aus „Brigitte" – vereinigt mit „Constanze" – daß eigentlich schon die Kindergartenjahre – und zwar gerade die Kindergartenjahre! – das Gesamtbild der nachmaligen Persönlichkeit ein für allemal prägen. Höchste Zeit also für die Tante, den kleinen Lump aufzuschreiben und dem Bundeskriminalamt zu überstellen.

Denn wir wissen aus den jüngsten Schriften von Sigmund Freud, daß schon die frühkindliche Phase – und zwar gerade die frühkindliche Phase – das Gesamtbild der nachmaligen Persönlichkeit ein für allemal prägt. Höchste Zeit also für die deutsche Mutter, den kleinen Hosenscheißer aufzuschreiben und dem Verfassungsschutz zu überstellen.

Denn wir wissen aus den klassischen Vorträgen von Pater Leppich, daß eigentlich schon die Zeit im Mutterschoß, ja daß schon der Akt der Zeugung selbst das Gesamtbild der nachmaligen Persönlichkeit entscheidend prägt. Höchste Zeit also für den unter dem Ehebett lauernden Verfassungsschützer, den werdenden Unhold aufzuschreiben und dem Gummischutz zu überstellen. ■

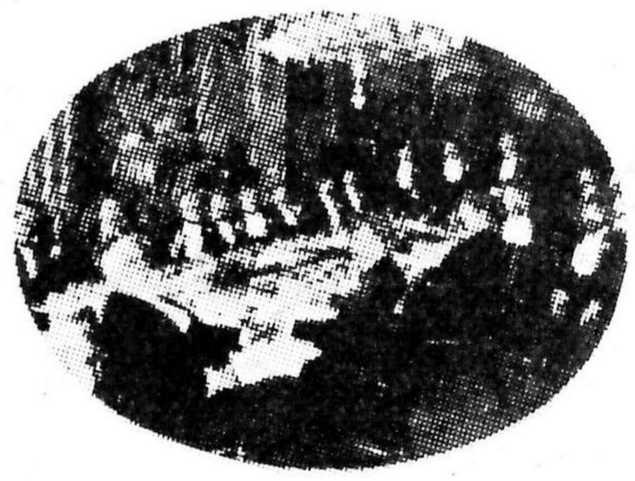


aus: „Sozialmagazin"

Günter Herburger
Flug ins Herz
Roman
Luchterhand

2 Bände in Kassette. DM 40,–
Herburgers Roman gibt ein weitgespanntes, großartiges Panorama dieser Jahre, erzählt vom Denken und Fühlen, vom Arbeiten und Träumen in diesem Land. Dieses Buch will ein Stück Utopie wagen, ohne die unsere Sehnsucht nach Glück nicht auskommen könnte.

LUDWIG FELS
ALLES GEHT WEITER
GEDICHTE
LUCHTERHAND



DM 12,–
Die Wut Fels', aus früheren Arbeiten bereits bekannt, ist unnachahmbar. Die Brisanz seiner Sätze ist die Brisanz seiner Erfahrungen, das Aufrührerische an ihnen." *Gustav Ernst, ‚Wespennest'*

Ursula Krechel
Nach Mainz!
Gedichte

DM 12,–
Die stille Wut, der Aufstand, die größere Hoffnung - davon handeln die Gedichte in diesem Band. Jedes ist, auch wenn es vom Mangel spricht, ein Schritt darüber hinaus.

Luchterhand

Hermann L. Gremliza's

konkret ex-press

Ich fahre schon zusammen, wenn mein SPD-Landesvorsitzender Oswald Paulig mich

Lieber Genosse

nennt. Wenn er mir dann noch für die im vergangenen Jahr gehaltene Treue

dankt,

wenn er einen

besonderen Dank

für die Unterstützung des Wahlkampfs und einen

sehr herzlichen Dank

für Spenden hinterherschickt, weiß ich, was er will:

Die Mehrzahl unserer Mitglieder läßt den Betrag abbuchen. Die Kinderkrankheiten dieses Systems sind längst überwunden

nämlich der Abbuchung, nicht der freien Marktwirtschaft

und die organisatorischen Vorteile für uns groß.

Also doch der freien Marktwirtschaft? Aber wozu dann noch Geld von Genossen?

Leben, d.h. ihre laufenden Kosten finanzieren, muß die Partei.

Wie August Bebel in seiner bekannten Schrift „Der wissenschaftliche Sozialismus als Buchhaltung" mit Recht ausführte: La vie est dure/sans confiture.

Auf der Suche nach der Definition für die letzten Dinger, die Quadratur des Greises oder die Eier des Kolumbus, greife ich gern zum „Spiegel":

Im traditionell unruhigen Süd-Hessen mag der Bezirksvorsitzende Rudi Arndt nicht von sozialistischen Träumen lassen. Seine Ziele: ein durchgehend progressiver Steuertarif mit einem Spitzensteuersatz von 58 Prozent.

Hat sich's unnötig schwer gemacht, der Marx, mit seiner freien Assoziation freier Produzenten, mit Diktatur des Proletariats und Revolution. Sozialismus ist bei 58 Prozent. Bei 59 Kommunismus. Journalismus bei 51,1.

Darum geht's im „Spiegel" drunter und drüber, das heißt eigentlich oben drunter und unten drüber beziehungsweise drünter und druber. Aber

bitte, alles was das Auge schaut, ist für Ihnen aufgebaut:

Sozialliberale Deutschlandpolitiker glaubten, durch eine Taktik des Wegtauchens die schwierige Phase überbrücken zu können.

Anders gesagt: Sie wollten einen Fluß (die Phase?) über die Brücke schlagen, die Taktiker.

Ähnliches versucht Herr Fack von der FAZ:

Im Öffnungsproblem liegt das Dilemma der Entspannungspolitik beschlossen.

Was aber, wenn im Öffnungsdilemma das Problem beschlossen läge? Obgleich ich geneigt bin zuzugeben, daß dieses Dilemma zum Problem geworden ist, sehe ich es doch so, daß vielmehr das Verschlußproblem das Dilemma offenlegt. Schließlich bleiben zwei Möglichkeiten: Entweder Herr Fack kauft sich ein Wörterbuch, oder er schreibt – ohne das Dilemma weiter zu problematisieren – einfach, daß ihm die Entspannungspolitik stinkt.

Facks Kollege Adelbert Weinstein, Oberst a.D., zielt über Kümmel und Korn:

Es gibt heute keine glaubwürdige konventionelle Abschreckung in Mitteleuropa. Das ist der Schluß, zu dem der ausgeschiedene amerikanische General Hollingworth in einer Studie kommt. Der General rennt offene Türen ein.

Nämlich bei der FAZ. Aber das ist gar keine Kunst. Bei denen hängen Säcke in den Rahmen.

Eine Schlagzeile der „Welt":

Dregger: Die Polizei ist unzureichend ausgerüstet

Ich hab nicht weitergelesen, aber ich kann mir schon denken, woran's liegt: Am Atomsperrvertrag.

Ab und zu, wenn Druckfehler es wollen, rutscht die Wahrheit sogar in Zeitungen des Springer-Konzerns. Jüngst auch in die „Welt":

Da sich das Ausmaß des Verrats nicht absehen lasse, habe der BND von sich aus mehrere „Quellen" abgeschaltet. Der für die Sicherheit der Bundesrepublik so wichtige Geheimdienst sei damit gegenwärtig weithin funktionsfähig.

Manchmal, wenn kein Druckfehler zur Hand ist, nimmt metaphorisches Mißgeschick dessen segensreiche Funktion ein. So versuchte ein „Bild"-Redakteur einen Hamburger Verleger zu loben, der einst wegen eines Beitrags in seiner Illustrierten sein Bundestagsmandat niederlegen mußte:

Bucerius stellte sich vor seine Redaktion und trat zurück.

Mehrmals und kräftig.

Wes der Springer voll ist, des läuft der Walden über:

Debatte im Debet, parlamentarischer Winterschlußverkauf in der Nähe des Konkurses – so präsentierte sich die Koalition nicht unerwartet. Die SPD-Redner flohen durch den einzig verbliebenen Notausgang der bei der angreifenden Opposition „fehlenden Alternative". Wenn... die Body-Building-Pose sozialer Sicherheit zu Muskelschwund, Wortbruch und Scherbenkitten verfallen ist,

doch: zu Kitten verfallen

muß dieser agitatorische Ruf so übersetzt werden: Wir haben die Karre in den tiefen Sand gefahren... Der Bundeskanzler als Verwalter eines hypothekarischen Nachlasses kämpfte wie ein Löwe – aber

wir ahnens schon:

wie ein Zirkuslöwe, der im Kreis des Zentralkäfigs gefangen ist. Von der Opposition, die in der Rolle des Dompteurs wacker ihre Muskeln spielen ließ, ohne die Verbände ihrer Selbstverstümmelung verbergen zu können...

Schreiben ist ein schönes Handwerk. Oder: Das verbügelt sich, sagte der Schneider, und setzte den Ärmel im Halsloch ein.

Ein „Spiegel"-Leser äußert sich zu einem Titelbild, auf dem eine nackte Frau zu sehen war:

Das Titelbild ist recht appetitlich und gibt allen ästhetischen Wünschen Raum.
Lippstadt
Dr. Dr. med. Robert Gresiek

Daß solche Kerle Frauen wie ihren Fraß betrachten, wobei ihnen das Wasser im Mund wie der Schweiß in den Socken zusammenläuft, ist nicht neu. Auch nicht, daß sie bei Onanievorlagen auf „künstlerisch Wertvollem" bestehen. Die Vorstellung aber, sich als Frau vor einem solchen Doppeldoktor ausziehen zu müssen, dürfte auf der Autobahn hinter Lippstadt zu einer Häufung von Geschwindigkeits-Übertretungen führen.

konkret Heft 4 erscheint am 31. März 77

Zweitausendeins No 3.
„Die ersten 20 ‹Kursbuch›-Bände nochmals drucken und dann für ein paar Mark verkaufen. Das wäre was."

Diese als Vorschlag getarnte Frage richteten wir an den Herausgeber Hans Magnus Enzensberger.
Denn seit Jahren waren die ersten 20 Bände dieses „interessantesten Periodikums in Westdeutschland" (NEW YORK TIMES) beim Verlag ausverkauft, in den Buchhandlungen vergriffen, sie wurden selbst unter Freunden nur ungern verliehen.

„Aus Kursbüchern ist ersichtlich, wo es hingeht." DIE ZEIT.
Obwohl Enzensberger anfangs untertreibend meinte, Kursbücher gäben nur „Verbindungen an" und schrieben „keine Richtungen vor", stellte sich doch bald heraus, daß das Kursbuch zumindest richtungsweisend war.
Kursbuch 2 1965 legte mit seinem Dossier „Der Iran und sein Wohltäter" die Grundlage zu dem etwas distanzierten Empfang, den der Schah 1967 hierzulande hatte. Das gleiche Kursbuch berichtete in „Apartheid als Geschäft" über das westliche Wirtschaftsinteresse an der unveränderten Situation in Südafrika, ein derzeit auch nicht gerade unaktuelles Thema.
Kursbuch 6 1966 berichtete über „Die amerikanische Opposition gegen den Krieg in Vietnam", aus der bald auch eine hiesige wurde. Heft 17 1969 behandelte „Die kulturelle Revolution der Frau" und lieferte damit erste feministische Ansätze. Und bereits in Kursbuch 19 erschien 1969 eine „Kritik des Anarchismus".

„Mal in Enzensbergers Kursbuch blicken, das bringt einen anderswohin." Alexander Mitscherlich.
Das von Hans Magnus Enzensberger herausgegebene und bei Suhrkamp verlegte Kursbuch hatte gleich nach seinem ersten Erscheinen 1965 „einen Erfolg, der auf dem deutschen Zeitschriften-Markt bisher seinesgleichen sucht", sagt der Westdeutsche Rundfunk. In der Zeit „von Juni 1967 bis Sommer 1968 war die Publikation fast schon zu einer Institution der revolutionsgestimmten Linken in der Bundesrepublik geworden", steht in der ZEIT zu lesen. Und selbst das linker Parteinahme sicherlich unverdächtige CAPITAL mußte beeindruckt zugeben: „Vergleicht man die derzeitige Druckauflage der linken Elitezeitschrift Kursbuch, welche die auf diesem Niveau schwindelnde Höhe von 40 bis 45.000 erreicht hat und hält mit den Auflagen der im Anspruch vergleichbaren renommierten bürgerlichen Diskussions- und Kulturzeitschriften – 3.000 bis 7.000 Exemplare –, so hat man im übrigen einiges Recht auf die Folgerung, der Geist stehe auch heute nun einmal links."

Plötzlich kosten die ersten 20 kompletten Kursbuch-Bände nicht mehr 160 Mark. Sondern 29,90. Haben Sie die übrig?
Um die ersten kompletten Jahrgänge des Kursbuchs, einzeln gekauft, ins Regal stellen zu können, hätten Sie damals schon 160 Mark ausgeben müssen. Nicht gerechnet die Liebhaberpreise, die bisher für verschollene Ausgaben oder Raubdrucke gezahlt wurden. (Antiquariate verlangten rund 25 Mark pro Kursbuch, macht schreckliche 500 Mark für die kompletten 20 Bände!).
Ab jetzt ermäßigt sich der erforderliche Betrag drastisch auf ganze 29,90 DM. Der Herausgeber Hans Magnus Enzensberger hat uns nämlich die Erlaubnis zum kompletten Nachdruck gegeben. Und wir veröffentlichen die ersten 20 Kursbuch-Bände nun ungekürzt, als Reprint der Originalausgaben, incl. Kursbögen. Unser Reprint hat 4.168 Dünndruckseiten (11 x 15 cm), ist in zwei dicke Ganzleinen-Bände gebunden (dunkelblaues Irisleinen mit Prägung). Jeder Band hat ein Lesebändchen und ein Gesamtinhaltsverzeichnis.

Wo es die 20 Kursbuch-Bände für nur 29,90 gibt.
1. Nicht im Buchhandel, tut uns leid, sondern nur bei uns, exclusiv bei Zweitausendeins.
2. In unseren Läden *Berlin* Kantstraße 131, *Frankfurt* Eschersheimer Ldstr. 5, *Freiburg* Schiffstr. 10, *Mainz* Große Langgasse 8 und *München* Amalienstraße 45.
3. Per Post mit dem nachfolgenden Coupon. Zu erwähnen wäre noch der begrenzte Vorrat. Und die Auslieferung in der Reihenfolge des Bestelleingangs.

Kursbuch 1
Beckett: Falsch angefangen. J. Becker: Glücksreihen. Chotjewitz: Hommage à Frantek. U. Johnson: Eine Kneipe geht verloren. K. M. Michel: Sprachlose Intelligenz. Dossier 1: Streit um Worte, Sartre/Simon. Dossier 2: Auschwitz-Prozeß; P. Weiss, M. Walser. Und mehr.

Kursbuch 2
Fanon: Von der Gewalt. C. Fuentes: Rede an d. Bürger d. USA. Castro: Rede v. d. UNO. Robinson: Von China aus gesehen. R. Barthes: Afrikanische Grammatik. Dossiers: Iran & sein Wohltäter/Apartheid als Geschäft/Entwicklungshilfe o. Ausbeutung/Volkes Stimme. H. M. Enzensberger: Europäische Peripherie. Und mehr.

Kursbuch 3
Foucault: Spuren d. Wahnsinns. Lars Gustafsson: Ballonfahrer. Hermans: Manuskript, gefunden in einer Klinik. Häfner: Einblicke in Wahnwelten. Barthelme: Spiel. Chr. Enzensberger: Verminderung d. Menschen. Dossier: Wahn & Politik. Und mehr.

Kursbuch 4
Katechismus zur deutschen Frage. Brief a. d. Bundesminister für Verteidigung, V. Braun: 5 Gedichte auf Deutschland. J. Ziem: Brief aus Halle. M. Walser: Eine gewöhnlich verlaufende Reise. Dossier: Fahrlässige Werbung. Und mehr.

Kursbuch 5
Sanguineti: Purgatorio del'Inferno, A. B. Johnson: Traktat über die Sprache. Saussure: Gegenstand der Sprachwissenschaft. Carnap: Strukturbeschreibungen. Tynjanow & Jakobson: Literatur & Sprachforschung. Bierwisch: Strukturalismus. Geschichte, Probleme & Methoden. Lévi-Strauss: Sprache & Gesellschaft. Und mehr.

Kursbuch 6
Ferlinghetti: Where is Vietnam? Dossiers: Amerikanische Opposition gegen den Krieg in Vietnam/Erzählungen aus einem chinesischen Dorf. Kantowsky: Versagen der indischen Landreform. Bo Gustafsson: Versuch über den Kolonialismus. P. Weiss & H. M. Enzensberger: Kontroverse um politische Moral. Und mehr.

Kursbuch 7
Lettau: Der Feind. G. Grass: Vom Rest unterm Nagel. H. Müller: Lohndrücker. Max Frisch: Erinnerungen an Brecht K. Völker: Brecht & Lukács. Heinrich Böll: Brief an einen jungen Nicht-Katholiken. Lettau: Journalismus als Menschenjagd. Dossiers: Ein Wirtschaftstag der CDU/Kommentare zur deutschen Frage (Augstein, Dichgans, Mitzenheim u. a.). Und mehr.

Kursbuch 8
Neue Mathematik.
Bertrand Russell: Die Mathematik & die Metaphysiker. A. d'Abro: Kontroversen über das Wesen der Mathematik. Wittgenstein: Bemerkungen über die Grundlagen der Mathematik. Turing: Kann eine Maschine denken? Neumann: Allg. & logische Theorie der Automaten. Lévi-Strauss: Mathematik vom Menschen. Und mehr.

Kursbuch 9
Revolution, Protest.
Herbert Marcuse: Ist die Idee der Revolution eine Mystifikation? Dossier 1: Kronstadt 1921 oder die Dritte Revolution. Kuron/Modzelewski: Offener Brief an die Polnische Arbeiterpartei. Schickel: Dialektik in China. Dossier 2: Vietnam & die Weltrevolution. Chomsky: Vietnam & die Redlichkeit des Intellektuellen. Walser: Praktiker, Weltfremde & Vietnam. Zur Kritik der progressiven Intelligenz in Deutschland. Und mehr.

Kursbuch 10
Dossier: Chlebnikov und andere. Manganelli: Über die Schwierigkeit, mit den Toten zu verkehren. Chr. Enzensberger: Größerer Versuch über den Schmutz. Herburger: Dogmatisches über Gedichte. Johnson Brief aus NY. Und mehr.

Kursbuch 11
Revolution in Lateinamerika.
Peter Weiss: Che Guevara! Imperialismus & Revolution in Lateinamerika: Imp. & kapital. Entwicklung/Der bewaffnete Aufstand/Internationaler Kontext: China, Cuba, Vietnam. Interview mit Douglas Bravo. Kontroverse Castro & die kommunistische Partei Venezuelas. Dossier: Lateinamerikanische Annalen. Berliner Gemeinplätze. Und mehr.

Kursbuch 12
Der nicht erklärte Notstand.
Dokumentation & Analyse eines Berliner Sommers.

Kursbuch 13
Nirumand: Die Avantgarde der Studenten im Internationalen Klassenkampf. Schütze: Widerstand an Spaniens Universitäten. Donolo: Theorie & Praxis der Studentenbewegung in Italien. 2 Dossiers: Studenten in Prag/Warschauer Bilanz. Sonntag: Versuch über die lateinamerikanischen Universitäten. Dossier: Politische Kriegsdienstverweigerung. Kreipe: Studenten in Frankreich. Negt: Studentischer Protest – Liberalismus – 'Linksfaschismus'. Und mehr.

Kursbuch 14
Kritik der Zukunft. Koch: Kritik der Futurologie. Dossier: Zukunft der Konterrevolution. Goodman: Plauderstunde m. d. Rüstungsindustrie. Dossier 2: SF-Literatur in Deutschland. Friedrich Engels: Von der Autorität: Dossier: Konkrete Utopie, 72 Gedanken für die Zukunft. Dutschke/Rabehl/Semler: Ein Gespräch über die Zukunft. Und mehr.

Kursbuch 15
Cimarrón: Erzählungen eines ehemaligen Sklaven. Lu Hsün: 4 Schriften ü. Literatur & Revolution. Dossier: China, Kultur Revolution Literatur. Mao Tsetung: Ein unveröffentlichtes Gedicht. Salvatore: Versuche über Unsereinen. Karsunke: Anachronistische Polemik. K. M. Michel: Ein Kranz für die Literatur. H. M. Enzensberger: Gemeinplätze, die Neueste Literatur betreffend. Kursbogen: Autodafé, Die Kritik ist tot... Und mehr.

Kursbuch 16
Kulturrevolution/Dialektik der Befreiung. Schneider: Phantasie im Spätkapitalismus & die Kulturrevolution. Kreipe: Spontaneität & Organisation. Dossier dazu. Laing: Undurchschaubarkeit & Evidenz in modernen Sozialsystemen. Carmichael: Black Power. Henry: Soziale & psychologische Kriegsvorbereitung. Gerassi: Imperialismus & Revolution in Amerika. Sweezy: Zukunft des Kapitalismus. Marcuse: Befreiung v. d. Überflußgesellschaft. Und mehr.

Kursbuch 17
Frau/Familie/Gesellschaft
Schrabert-Klebert: Kulturelle Revolution der Frau. Hazel: Unwissenschaftliche Betrachtungen eines weiblichen Monsters. Der Begriff 'Frau'. Dossier: Emanzipationen. Protokolliert von E. Runge. Luc Jochimsen: Frauen in der BRD. Die Mehrheit, die sich wie eine Minderheit verhält. Masi: Familie im alten und neuen China. Berndt: Kommune & Familie. Kommune 2: Kindererziehung in der Kommune. Dermitzel: Thesen zur antiautoritären Erziehung. Kursbogen und mehr.

Kursbuch 18
Cuba. Marti: Schleuder Davids. Dossier: 50 Jahre cubanischer Geschichte mit den Augen einer Köchin. Chaumón: Angriff auf den Präsidentenpalast. Desnoes: Erinnerungen eines Zurückgebliebenen. Kontroverse ü. d. ökonomische System in Cuba: Guevara, Bettelheim, E. Mandel. Alonso: Wider die Lehrbücher des Marxismus. Castro: 3 Reden. Padilla: 5 Gedichte. Bildnis einer Partei: PCC. Kursbogen: Tupamaros. Und mehr.

Kursbuch 19
Kritik des Anarchismus. Bakunin: Brief an A. Herzen. Dreßen: Gegen Narzißmus & Volkstümelei. Hobsbawm: Was kann man noch vom Anarchismus lernen? Stalin: Anarchismus oder Sozialismus. Harich: Zur Kritik der revolutionären Ungeduld. Schickel: Anarchismus in China. K. M. Michel: Herrschaftsfreie Institutionen? Kursbogen. Und mehr.

Kursbuch 20
Über ästhetische Fragen. Benjamin: Methodenfragen e. marxistischen Literatur-Analyse. Chr. Enzensberger: Die Sache m. d. Literatur, die Sache m. d. Person. Walser: Über die Neueste Stimmung im Westen. Karsunke: Die Straße & das Theater. Wondratschek: Roman. Roehler: Die Abrichtung, deutsche Sätze für Schüler & Erwachsene. Jürgens: Staat als Kunstwerk. Haug: Kritik der Warenästhetik. Baukasten zu einer Theorie d. Medien. Siepmann: Rotfront Faraday. Und mehr.

Kursbuch 1 bis 20, komplett in 2 Dünndruckbänden für nur 29,90 DM.

Hiermit wird bestellt:
Bitte ausschneiden und einsenden an
Zweitausendeins Versand,
Hahnstraße 54-56, Postfach 710507,
6000 Frankfurt am Main 71

Ich bestelle _____ Exemplar(e) der kompletten Ausgaben Kursbuch 1 bis 20, in 2 Dünndruckbänden, Ganzleinen, Format 15 x 10 x 5 cm, für zusammen nur 29,90 DM, incl. Mehrwertsteuer.

Zahlungsweise:
☐ Ich füge 1 Post/Bankscheck bei über _____ DM plus 2,50 Versand.
☐ Schicken Sie die Ausgabe bitte per Nachnahme. Die Nachnahme- und Versandkosten will ich tragen.
Keine Lieferung ins Ausland.
Ihr gratis Merkheft bekomme ich bereits regelmäßig: ☐ ja ☐ nein

Name, Vorname

Postleitzahl, Ort

Straße, Nummer

Meine Unterschrift, Datum KK 3

Levi's zeigt Ihre beste Seite am besten

LEVI'S